Dienstag, 14. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 136 - 24.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

EG-Minister uneinig über Sparpolitik

Ha./UL. Luxemburg

Die EG-Außenminister haben gestern in Luxemburg versucht, für die zentralen Streitfragen der Gemeinschaft, die auf dem Ende dieser Woche in Stuttgart stattfindenden Gipfel-Treffen behandelt werden sollen, Lösungsvorschläge zu formulieren. Im Mittelpunkt der zählen Verhandlungen stand die künftige Finanzierung der EG. Der Verlauf der Debatten machte es fraglich, ob sich die Außenminister auf einen gemeinsamen Bericht an ihre Regierungschefs einigen können. Wahrscheinlich wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher deshalb versuchen, in eigener Verantwortung ein neues Positionspapier für den Stuttgarter Gipfel zu formulieren. Konkrete Lösungen sind jedoch auch in Stuttgart kaum zu erwarten. Das in Luxemburg vorliegende Papier der deutschen Präsidentschaft machte eine Erweiterung des Finanzrahmens von einer Überprüfung der bisherigen EG-Politiken, vor allem im Agrarbereich, abhängig. Die Bundesregierung will nur dann mehr Mittel an Brüssel abführen, wenn sich die EG auf ein rigoroses Sparprogramm verständigt. Die Regierungen der anderen EG-Staaten wollen offenbar je nach ihrer Interessenlage den Rotstift an verschiedenen Stellen ansetzen.

Kompromißpapier über Erziehung zum Frieden

p. p. Bonn

Die Kultusminister der unionsregierten Länder haben gestern ein Kompromißpapier zum Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht" vorgelegt. Darin heißt es unter anderem: „Die Kultusminister betonen die Aufgabe der Schule, zur Friedenserziehung beizutragen. Dies heißt: Erziehung zu Toleranz und Gerechtigkeit und zum Eintreten für die Menschenrechte. Friedenserziehung bedeutet zugleich, die Aufgabe der Bundeswehr für die Erhaltung des Friedens in Freiheit deutlich zu machen." Wie der bayerische Kultusminister Hans Maier betonte, müßte dieser vorgelegte Kompromißentwurf auch von den SPD-Kultusministern akzeptiert werden, wenn sie nicht in Widerspruch zu „ihrem eigenen Verteidigungsminister" geraten wollten. Der saarländische Kultusminister Wolfgang Knies ergänzte, daß dies ein Einigungsangebot „auf der Basis des Verfassungs-Konsens" sei. Wenn die SPD-Minister den Vorschlag nicht akzeptierten, „sollen sie sagen, wo sie den Verfassungs-Konsens aufkündigen". Die Anregung zu einer derartigen Erklärung der Kultusminister war im Jahre 1980 vom damaligen Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) gegeben worden. Seite 4

ZITAT DES TAGES



„Es ist an der Zeit, daß sich der Bundeskanzler selber um den Stahl kümmert."

Johannes Rau (SPD), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, über die Situation der deutschen Stahlindustrie (Seite 3) FOTO: POLY-PRESS

Klose mahnt SPD

AP, Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose hat Zweifel an der Oppositionsfähigkeit seiner Partei angemeldet. Klose forderte gestern in Bonn die Sozialdemokraten auf, sich endlich von der irrealen Vorstellung zu lösen, „immer noch irgendwie Regierungspartei zu sein". Die SPD müsse erkennen, daß sie nicht durch politische Wendemanöver und Tricks der anderen in die Opposition gedrängt worden sei, sondern durch eine Wählerentscheidung.

Trend gegen Mitterrand

SAD, Paris

Zwanzig Prozent aller Franzosen, die vor zwei Jahren für François Mitterrand als Präsident stimmten, sind mittlerweile „enttäuscht" und würden heute die Oppositionsparteien wählen. Wie aus dem Ergebnis einer Umfrage, die die Tageszeitung „Le Monde" veröffentlichte, hervorgeht, würde bei Neuwahlen für die Präsidentschaft ein Kandidat der Opposition mit einer „komfortablen" Mehrheit gewählt werden, wenn diese Wahlen jetzt stattfänden.

Reisediplomatie

AFP/DW. Prag/Bonn

Peking setzt seine Reisediplomatie gegenüber Osteuropa kontinuierlich fort. Nach den Besuchen des chinesischen Generalsekretärs Hu Yaobang in Rumänien und Jugoslawien und des stellvertretenden Außenministers Qian Qichen in Ungarn, der „DDR" und Polen hat jetzt der für Osteuropa zuständige Abteilungsleiter im Pekinger Außenministerim Ma Xusheng wie erwartet die Tschechoslowakei und Bulgarien besucht. Wie es von unterrichteter Seite in der Hauptstadt der CSSR hieß, habe Ma Xusheng gestern nach einem fünftägigen Besuch Prag verlassen und sei nach Belgrad weitergereist.

Sacharow untersucht

AP, Moskau

Zwei der sowjetischen Akademie der Wissenschaften angehörende Ärzte haben den Bürgerrechtler Andrej Sacharow an seinem Verbannungsort Gorki an der Wolga untersucht und empfohlen, daß er in einem Krankenhaus behandelt wird, teilte Sacharows Frau Jelena Bonner in Moskau mit.

WIRTSCHAFT

Optimismus bei Stahl

dpa/VWD, Essen

Auf dem Stahlmarkt zeigt sich wieder „Aussicht auf Besserung". Wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen in seinem neuesten Bericht schreibt, mehrten sich auf den internationalen Stahlmärkten die Anzeichen, daß die Talsohle erreicht oder gar durchschritten sei. In der Bundesrepublik Deutschland werde der Stahlbedarf im Laufe dieses Jahres „deutlich steigen". Für die Rohstahlerzeugung erwartet das Institut ein Wachstum im Jahresverlauf von rund 15 Prozent. Seiten 3 und 9

Aktien wieder fest

DW. Frankfurt

Aktien- und Rentenmarkt eröffneten die neue Woche mit einer festen Tendenz. WELT-Aktienindex 137,2 (135,5). Dollarmittelkurs 2,5415 (2,5514) Mark. Goldpreis pro Feinunze 413,00 (411,25) Dollar.

KULTUR

Papst-Stück aufgeführt

AP, Warschau

Fünf Tage vor dem Papst-Besuch in Polen hatte zum Wochenende ein Theaterstück von Papst Johannes Paul II., das dieser 1964 verfaßte, im Warschauer Rozmaitosci-Theater Premiere. In der Inszenierung von Regisseur Andrzej Maria Marczewski erzählt das Stück „Strahlende Vaterschaft" die Geschichte des einsamen Lebens eines Mannes mit dem Namen Adam, der durch die Begegnung mit der Halbwaise Monika erkennt, wie wichtig zwischenmenschliche Beziehungen sind und die Vaterstelle für das Mädchen übernimmt.

WETTER

Leicht unbeständig

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet zunächst heiter bis wolkig. Im Tagesverlauf Bewölkung und strichweise Regen. Tagestemperaturen zwischen 17 und 22 Grad, in der Nacht 10 bis 15 Grad. Allgemein schwacher bis mäßiger Wind.

Ost-Berlin verspricht Kirche Prüfung der Abschiebung Jahns

Proteste in Mitteldeutschland / Petition an UNO-Generalsekretär Perez

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die gewaltsame Abschiebung des Jenaers Roland Jahn, Kopf der dortigen „Friedensgemeinschaft", in die Bundesrepublik Deutschland ruft in der „DDR" Besorgnis, Unsicherheit und Proteste hervor. Als erster prominenter Kirchenrepräsentant wies der Schweriner Landesbischof Heinrich Rathke während des Rostocker Kirchentages auf Fragen von Jugendlichen und vor Journalisten auf die negativen Folgen dieses Vorgangs für das Ansehen der „DDR" hin, die sich „damit in der Weltöffentlichkeit einen schlechten Dienst tut".

Nach Informationen der WELT hat Ost-Berlin inzwischen dem thüringischen Landesbischof Werner Leich, der erst am 21. April mit Erich Honecker konferiert hatte, eine „Überprüfung" des Falles Jahn und seiner Begleiterscheinungen zugesagt.

Bischof Rathke war während eines öffentlichen Gesprächs junger Kirchentagsbesucher mit Kirchenprominenz nach dem Fall Jahn und der Ausreise-Problematik insgesamt gefragt worden. Vor der Presse faßte er später seine Einstellung zu diesem Vorgang zusammen und erklärte:

Er übersehe nicht, ob es stimme, „daß Leute gezwungen sein sollten, unseren Staat zu verlassen." Aber er habe „an anderer Stelle schon Leuten gesagt, die meinten, auf diese Weise kann man meinetwegen Christen oder so aus dem Staat befördern: Damit tut ihr euch vor der Weltöffentlichkeit einen schlechten Dienst."

Vor den Journalisten fügte Rathke zum Thema Ausreisen eine „differenzierte Darstellung" hinzu. Er führte ein Beispiel aus der kirchlichen Amtspraxis an, die beispielsweise vorsehe, daß selbst ein mecklenburgischer Pfarrer, der nach Sachsen wechseln wolle, quasi einen „Ausreiseantrag" stellen müsse: „Verstehen Sie die Parallele – wie sieht es denn in meiner Kirche aus, wenn die Leute sagen, es gefällt mir nicht bei euch? Daraus ziehe ich dann die Konsequenzen für meine Kirche. Ich möchte Leute haben, die gerne hier bleiben."

Er habe den staatlichen Stellen wiederholt nahegebracht und in „hautnahen Verhandlungen" gesagt: „Leute, wir brauchen Situationen, in denen nicht solche Ausreisegründe kommen." Er selbst sage jedem, der mit einem Ausreisewunsch zu ihm komme: „Ich kann dir nur raten, wenn du wissen willst, was am Glauben dran ist, dann bleibe hier und wage das Vertrauen."

Rathke verteidigte ausdrücklich Ausreisegründe in die Bundesrepublik aus rein humanitären Motiven: „Es gibt genug solcher Gründe. Wenn einer beispielsweise sagt, ich gehe dahin, weil meine Mutter stirbt, und ich will sie pflegen, oder meine Frau lebt dort."

In der thüringischen Landeskirche, aus der Roland Jahn stammt, bemüht sich die Kirchenleitung, dem Eindruck mangelnder Hilfe für Jahn entgegenzutreten. Bischof Werner Leich habe erst am Morgen nach der Abschiebung von dem Vorgang erfahren und sich dann unverzüglich eingeschaltet. Eine Intervention des zuständigen Superintendenten am Nachmittag des skandalösen Vorfalls sei erfolglos geblieben.

Unterdessen scheint festzustehen, daß Jahn die mündliche Rücknahme seines Ausreiseantrags förmlich unter Zeugen erklärt hat. In den Gesamtvorgang waren auch der Ostberliner Austausch-Anwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel sowie das „DDR"-Justizministerium eingeschaltet. Nach Paragraph 15, Absatz 3, ist Jahns Ausbürgerung selbst nach dem Ostberliner Staatsbürgerschaftgesetz nichtig: Danach wird die Ausbürgerung erst mit dem „Besitz der Urkunde" wirksam, die Jahn nicht erhielt. Jahn übergab UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar inzwischen eine Petition.

Zum Thema „Frieden" machte der katholische Bischof Heinrich Theissing (Schwerin) mit Zustimmung seines evangelischen Amtsbruders Rathke vor 700 stark applaudierenden Zuhörern bei einem „Ökumenischen Forum" in Rostock die strikteste Aussage: „Nichts, aber auch gar nichts gefährdet den Frieden so sehr wie die Erziehung zum Haß." Das Wort „Friedenskampf" sei ein „Unsinn in sich, den wir von den Marxisten übernommen haben". Theissing sprach sich statt dessen dafür aus, dem christlichen Friedensbegriff „Gehör und Wirkung" zu verschaffen.

In der „DDR" gehört die Erziehung zum Haß gegenüber dem „Klassenfeind" zum pädagogischen Auftrag der Schule. Erich Honeckers Frau Margot, Volksbildungsministerin, forderte erst am Wochenende wieder die Lehrer dazu auf, die Lehren von Marx, Engels und Lenin „in die Herzen und Hirne der Jugend zu pflanzen".

DER KOMMENTAR

Haß und Frieden

ENNO von LOEWENSTERN

Im Westen gibt es viele, die anklagend – Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene da – den Warnern vor der sowjetischen Überrüstung den „Aufbau von Feindbildern" vorhalten. Faktisch aber gilt hierzulande Hans Apels Aussage von 1980: „Wir hassen niemanden, wir bedrohen niemanden, wir werden niemanden angreifen." Niemand, der Vorkehrungen gegen sowjetische Raketen und sprungbereite Nationale Volksarmisten trifft, haßt darum Russen oder Sachsen. Im Gegenteil, man bemüht sich um Kontakte, um das verbindende Gespräch, eben um eventuelle falsche Vorstellungen abzubauen.

In der „DDR" dagegen wird der „tiefe Haß gegen den Imperialismus und seine Söldner" gelehrt, der „Haß auf den imperialistischen Feind". Warum eigentlich, wenn schon der Sozialismus als die alleingültige, wissenschaftlich als unfehlbar und unvermeidlich nachgewiesene Zukunft gilt? Wenn man dort nur zu gut weiß, daß dieser „Feind" tatsächlich niemals angreifen wird?

Nun, man stelle sich vor, die Zonenbehörden betrieben in der Tat einen sachlichen, nüchternen, womöglich versöhnlichen Ton und akzeptierten, wenn schon nicht die westlichen Führer, dann wenigstens die einfachen Menschen als Menschen und nicht als Söldner. Mit welcher Selbstverständlichkeit würden die „DDR"-Einwohner verlangen, dann doch wenigstens mit diesen Menschen reden, leichter Besuche empfangen – und auch machen zu dürfen?

Alsbald würden die Menschen drüben ihren Machthabern mitteilen, daß sie aus den Kontakten mit den Menschen hüben eindeutig ersähen, daß diese den Frieden wollen und daß sie sich durchweg Politiker wählen, die Garanten einer friedlichen Politik sind. So daß eigentlich die SS 20, die jetzt schon öffentlich auf den Synoden angefochten werden, als überflüssig erwiesen schienen. Man würde fragen, warum man nicht dort wie hier über den Frieden sprechen, Abrüstung bewirken kann. Kurz und gut, eine ganze Politik würde in sich zusammenfallen.

„Nichts gefährdet den Frieden so sehr wie die Erziehung zum Haß", konstatiert der katholische Bischof Theissing, Schwerin. Man kann es auch umgekehrt sagen: Nichts gefährdet die Aggressionspolitik so sehr wie ein Verzicht auf die Erziehung zum Haß.

USA reden mit Moskau über Libanon

Syrien lehnt „Kuhhandel" mit Washington ab / PLO-Chef kündigt arabischen Gipfel an

AFP/rtr, Washington/Bahrain

Zwischen den USA und der Sowjetunion gibt es nach Angaben des amerikanischen Nahost-Beauftragten Morris Draper zur Zeit „ernsthafte Diskussionen" über die Lage in Libanon. In einem Fernsehinterview präzisierte Draper, es gehe dabei allerdings nicht um eine „Zusammenarbeit" mit dem Ziel, eine Einigung über den Abzug fremder Truppen aus dem Land zu erreichen. Die Kontakte mit der UdSSR seien notwendig gewesen, weil es „riskante Augenblicke" gegeben habe. In diesem Zusammenhang nannte er die Aufstellung sowjetischer Raketen des Typs SAM-5 in Syrien, die von sowjetischen Mannschaften bedient würden.

Nach seiner Darstellung sollte der Einfluß, den Moskau auf die Regierung in Damaskus auszuüben vermag, allerdings nicht überschätzt werden. „Syrien ist schließlich kein Satellit der UdSSR", sagte Draper. Ob die syrischen Truppen aus Libanon abgezogen werden, sei vor allem eine Entscheidung der Regierung in Damaskus. Es gebe aber „vernünftigen Optimismus", daß dies erreicht werde.

Mit einem „baldigen Gesprächskontakt" zwischen den USA und Syrien rechnet der libanesische Außenminister Elie Salem. Zum Abschluß seines Besuchs in Washington, wo er mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz konferiert hatte, sagte er vor der Presse, die amerikanischen Bemühungen um Libanon würden energisch fortgesetzt. „Der notwendige Durchbruch wird in einigen Wochen erfolgen." Dies wurde jedoch von der syrischen Regierung unverzüglich dementiert. Damaskus werde seine Weigerung, die Truppen aus Libanon abzuziehen, nicht zurücknehmen. Syrien werde sich nicht auf einen „Kuhhandel" mit den USA einlassen.

In Washington kursieren zur Zeit Gerüchte, daß die USA die Möglichkeit in Erwägung ziehen, den von Israel besetzten Teil des Golan zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Offenbar erhoffe man sich davon, daß Syrien im Austausch gegen sein 1967 von Israel besetztes Territorium aus der Bekaa-Ebene in Libanon abziehen könnte. Ein solches Tauschgeschäft würde allerdings erheblichen amerikanischen Druck auf Israel voraussetzen, das in der Kontrolle über die Golan-Höhen eine sicherheitspolitische Notwendigkeit sieht.

In Bahrain hat PLO-Chef Yassir Arafat ein Gipfeltreffen der arabischen Staaten angekündigt, das auf eine Initiative der PLO, Saudi-Arabiens und Algeriens zurückgehe. Termin und Tagungsort stünden aber noch nicht fest.

Arafat machte wiederum „arabische Einmischung" für die Rebellion innerhalb der größten PLO-Organisation, der Fatah, verantwortlich. Arafats Gegner innerhalb der PLO sagten in Damaskus, sie hätten schätzungsweise 70 Prozent aller Fatah-Mitglieder hinter sich. Es gehe bei der Rebellion nicht um Feindschaft gegen Arafat, sondern um dessen Einschwenken auf eine Linie, die den US-Friedensplan für Nahost unterstütze. Er machte den Einfluß Saudi-Arabiens für Arafats Wendung verantwortlich, da das Land amerikafreundlich sei.

Albrecht sieht für Union ideale politische Struktur

WELT-Interview mit Niedersachsens Regierungschef

DW. Hannover

Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht (CDU), ist der Meinung, daß die Union „für weit länger als ein Jahrzehnt" die politische Richtung in der Bundesrepublik Deutschland bestimmen werde, wenn die gegenwärtige „ideale politische Struktur" erhalten bleibe: Die Linke sei in SPD und Grüne gespalten, und die FDP habe sich wieder eindeutig rechts von der CDU/CSU angesiedelt. Das Gespräch führten Wilfried Hertz-Eichenrode und Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld.

WELT: Herr Ministerpräsident, sind Sie davon überzeugt, daß die Regierung Kohl/Stoltenberg/Genscher/Lambsdorff die gebotene Wende mit hinlänglichem Mut und ausreichendem Tempo vollführt?

Albrecht: „Bis jetzt darf man sagen, daß sie ein ungewöhnliches Maß an Mut und auch ein sehr großes Tempo vorgelegt hat. Das hat es wirklich kaum je gegeben, daß eine neue Regierung, die aus dem Stand heraus die Verantwortung übernehmen mußte, in einer ausgesprochenen Krisensituation in so kurzer Zeit so viel auf den Weg gebracht hat. Ich erinnere an das erste gewaltige Einsparungspaket, das ja nun wirklich nicht leicht war. Jetzt liegt schon das zweite vor. Der Haushalt ist zwar noch nicht saniert – das kann man auch nicht innerhalb eines Jahres; aber er läuft nicht mehr in ständig wachsende Defizite hinein. Und auch an die Wirtschaft sind Signale gegeben worden: Verbesserung der Finanzierung der Wirtschaft durch steuerliche Maßnahmen, klare Ablehnung von weiteren Steuererhöhungen. Ich denke, daß dies für die Zeit, die zur Verfügung stand, eine hervorragende Bilanz ist."

WELT: Das ist die finanz- und wirtschaftspolitische Seite ...

Albrecht: „Dasselbe gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik. Auch hier sind klare Verhältnisse geschaffen worden. Das Verhältnis zu den Bündnispartnern ist hervorragend. Der Kontakt zu der Sowjetunion und der DDR ist nicht abgerissen. Auch hier, finde ich, hat die Regierung in wenigen Monaten sehr Beachtliches geleistet."

WELT: Ist die Weichenstellung zur Wende, soweit es die Finanzpolitik und damit auch die Wirtschaftspolitik betrifft, zuallererst eine Leistung von Gerhard Stoltenberg?

Albrecht: „Das ist eine Gemeinschaftsleistung. Das kann nicht anders sein. Aber mein Freund Gerhard Stoltenberg hat nun mal die Ressortverantwortung, und er ist ihr in bewundernswerter Weise gerecht geworden."

WELT: Franz Josef Strauß verlangt zur wirtschafts- und finanzpolitischen auch eine geistig-moralische Wende. Stimmen Sie ihm zu?

Albrecht: „Ja. Wir alle stimmen dem zu. Wir alle haben in diesem Wahlkampf immer wieder gesagt – Helmut Kohl hat es sogar zu seinem Hauptthema gemacht: Nur mit Vorschriften, Gesetzen, staatlichen Maßnahmen werden wir nicht zu Rande kommen, wenn die Bevölkerung das Ganze nicht mitträgt. Mittragen heißt, daß man sich selbst engagiert, daß man bereit ist, wieder Leistung zu erbrin-

● Fortsetzung Seite 8

Anschlag gegen Adenauer-Stiftung bei Bonn

W. K. Bonn

Zum erstenmal ist im Weichbild der Bundeshauptstadt ein Bombenanschlag gegen eine deutsche Institution verübt worden. Bei dem Sprengstoffanschlag auf das Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin wurden in der Nacht zum Montag Büros des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes beschädigt. Als Täter bezeichnete sich eine Gruppe „Revolutionäre Zelle" (RZ). Der Anschlag habe sich gegen die „Stiftung der herrschenden Rechtskoalition", die auch in Lateinamerika tätig sei, gerichtet, heißt es in einem „Bekennerbrief". Die Konrad-Adenauer-Stiftung war 1964 zur Förderung der politischen Bildung im In- und Ausland gegründet worden.

Kohl an baldigem KSZE-Abschluß interessiert

ms. Bonn

Bundeskanzler Kohl hat sein Interesse an einem baldigen Abschluß des KSZE-Folgetreffens in Madrid auch damit begründet, daß bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen eine Gesprächsebene zwischen West und Ost erhalten bleiben müsse. Vor dem CDU-Bundesvorstand sagte Kohl, ein Feld, über das mit den osteuropäischen Staaten besonders gesprochen werden müsse, seien die Menschenrechte. Dabei gehe es auch um die Schicksale vieler Unbekannter. Kohl sprach im Hinblick auf die kommenden Monate und die dann anstehende Entscheidung über die Nachrüstung von einer „starken Belastungsprobe" vor allem für die Bundesregierung.

Wilms: Ende für Globalpläne bei Bildungspolitik

p. p. Bonn

Die Kultusminister des Bundes und der Länder haben sich gestern darauf geeinigt, die gemeinsame Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) erheblich zu „straffen" und stärker auf aktuelle Fragen zu konzentrieren. Sie reagierten damit unter anderem auf einen Beschluß der Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU vom März, in dem die Abschaffung der BLK in ihrer bisherigen Form gefordert worden war. Die neue Vorsitzende, Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, unterstrich, daß die Arbeit in dem Gremium stärker politisiert und „umfassende Gesamtplanungen" (wie Bildungsgesamtpläne) nicht mehr betrieben werden sollten.

Strauß antwortet Engelhard: Eine grobe Unwahrheit

Steit zwischen Koalitionsparteien über Rechtspolitik

PETER SCHMALZ, München

Zwischen den Koalitionspartnern CSU und FDP ist es gestern zu heftigen Auseinandersetzungen über die Rechtspolitik gekommen. Nachdem Bundesjustizminister Hans Engelhard vor dem bayerischen FDP-Landesvorstand zum Demonstrationsrecht erklärt hatte, es bestünde inhaltliche Übereinstimmung zwischen ihm und den Rechtspolitikern der CDU und man werde gemeinsam die Störmanöver der CSU abwenden, bezeichnete der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß diese Einschätzung gestern als „absurd". Nach der CSU-Vorstandssitzung sagte Strauß gestern zu den Worten Engelhards: „Das scheint eine grobe Unwahrheit zu sein."

Während der Vorstandssitzung wies auch der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, die Erklärung des Justizministers entschieden zurück. Er beteuerte, es herrsche zwischen den Rechtspolitikern von CSU und CDU volle Übereinstimmung, daß die Koalitionsvereinbarungen eingehalten würden.

Dennoch ist in der CSU der deutliche Unmut spürbar über das Ausmaß des FDP-Einflusses auf die Bundespolitik. Auf die Frage eines Journalisten, was denn sei, wenn sich die Union gegen die FDP nicht durchsetzen könne, meinte Strauß: „Dann soll man halt sagen: Die Grenzen der Wende bestimmt die FDP." Und nach kurzem Zögern fügte er an: „Das ist ein Tatbestand. Aber das - haben diejenigen gewußt, die auf eine Koalition mit der FDP hin alles angestellt haben. Man kann doch nicht so tun, als ob man eine Entscheidungsfreiheit hätte, wenn man sie gar nicht hat." Die CDU vor ihren eigenen Wählern warnend, meinte der CSU-Vorsitzende, nur in einer Traumwelt könne man glauben, „daß die Wählerschichten der CDU Triumphgesänge für die FDP anstimmen".

Verstimmung herrscht in der CSU auch noch über die Satzungsänderung der CDU, die ihr die Gründung eines CDU-Landesverbands in Bayern ermöglichen kann. Strauß sprach lachend von einem „Trockenskikurs". Er könne noch nicht abschließend sagen, ob die CSU ebenfalls ihre Satzung ändern werde, dies sei aber für eine Ausdehnung über Bayern hinaus nicht notwendig. Strauß erneuerte das Angebot an die CDU, bei den Europawahlen in Bayern zu kandidieren.

Bonn bestätigt Treffen Kohl/Saudis

Boenisch: Entscheidung über Lieferung der Leopard-Panzer fällt bei Besuch in Riad

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung hat den Bericht der WELT bestätigt, wonach sich Bundeskanzler Helmut Kohl über Pfingsten mit dem saudiarabischen Verteidigungsminister Prinz Sultan in Ludwigshafen getroffen hat. Regierungssprecher Peter Boenisch sagte gestern vor der Bundespressekonferenz, es habe sich dabei um ein „privates, vertrauliches Gespräch" gehandelt, aus der er keine Einzelheiten nennen könnte.

Auf den Bericht der WELT angesprochen, wonach es dabei um die von Riad gewünschte Lieferung des modernen Kampfpanzers Leopard 2 gegangen sei, antwortete Boenisch ausweichend. Er könne sich vorstellen, daß ein Verteidigungsminister Interesse habe, auch über Waffen zu sprechen. Das Auswärtige Amt bestätigte lediglich, daß es eine Begegnung zwischen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und dem israelischen Botschafter in Bonn, Ben-Ari, gegeben hat.

Boenisch sagte, es liege „in der Sache", daß eine Entscheidung über die Lieferung der Panzer beim Besuch des Bundeskanzlers in Saudi-Arabien fallen werde. Zuvor will Kohl Israel besuchen. Beide Visiten sind bis zum frühen Herbst vorgesehen. Der Besuch in Riad werde entscheidend sein für „Urteils- und Meinungsfindung" der Bundesregierung. Er glaube nicht, daß es zuvor eine Kabinettsentscheidung darüber geben werde. Boenisch gab auch zu erkennen, daß sich die neue Bundesregierung nicht unbedingt an die Haltung ihrer Vorgängerin in dieser konkreten Frage gebunden fühlt. Bonn werde sich verhalten, daß es den „politischen Notwendigkeiten entspricht" und sich nicht an der „alten Regierung orientieren".

Zugleich hob Boenisch auf die Regierungserklärung des Kanzlers ab, aus der die besondere Verpflichtung der Bundesregierung für die Existenzsicherung Israels und das freundschaftliche Verhältnis zu den arabischen Staaten deutlich werde. Der Staatssekretär bestätigte auch, daß Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff bei seinem kürzlichen Besuch in Riad auf die Wünsche der Saudis nach der Lieferung des Kampfpanzers angesprochen worden sei. Die Bundesregierung werde sich umsichtig und möglichst geräuschlos verhalten. Boenisch zitierte aus dem WELT-Kommentar von Matthias Walden, „ein solcher Weg läßt sich aber nicht in Nagelstiefeln gehen, sondern nur auf Zehenspitzen". Der Regierungssprecher: Dies sei ein weiser Rat.

Heute in der WELT

Warum das Volk befragen, wenn man doch nicht darauf hört? S. 2	Athen mit Washington über Stützpunkte einig? S. 8
Zypern: Das Problem der geteilten Insel S. 3	Wirtschaft: Industrieländer sollen Expansion einleiten S. 9
Hamburg: Die „Elbchaussee" wendet sich von Dohnanyi ab S. 4	Sport: Hansi Müller wegen Mekkerns vom Platz gestellt S. 18
Arbeiter, Angestellte und Jungwähler stimmten gegen Labour S. 5	Fernsehen: „Unser Kosmos", neue Serie über das Weltall S. 18
Schauprozeß in Riga soll die letzten einschüchtern S. 6	Kultur: Mit „Turandot" ans rettende Ufer? S. 19
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 6	Aus aller Welt: Jetzt bedrohen auch Lattichalgen Venedig S. 20

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein gutes Beispiel

Von Günter Zehm

Berlin freut sich über jeden internationalen Gast von Rang, den es in seinen Mauern begrüßen kann. Seine Verantwortlichen sind auch viel zu erfahren in der Kunst des notwendigen Kompromisses, um nicht Verständnis zu haben für diplomatische Rücksichtnahmen, die sich Besucher der alten Reichshauptstadt auferlegen müssen. Um so mehr waren sie angetan von dem UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, der bei seiner Berlin-Visite ein volles Programm absolvierte, einschließlich eines Besuches an der Mauer mit melancholischem Blick über Drahtverhaue und freies Schußfeld.

Was der erlauchte Gast bei offiziellen Begrüßungs- und Tischreden zu sagen wußte, bedarf freilich der Korrektur oder zumindest der Gegenrede. Perez de Cuellar lobte die Berliner dafür, daß sie nach dem Kriege so gut mit ihrem Problem „fertig geworden" seien und pries die Berliner „Lösung" als Vorbild für andere „unlösbar erscheinende Situationen". Berlin, meinte der UNO-Sekretär, sei Beispiel einer besonders gelungenen „Verständigung zwischen Staaten mit unterschiedlichen Interessen".

Dem Bürgermeister von Weizsäcker und den anderen Berliner Begleitern, die gute Miene zur fatalen Rhetorik machten, muß es bitter aufgestoßen sein. Eine zerrissene Metropole in einem zerrissenen Land, mörderisches Niemandsland dort, wo einst Weltstadtverkehr pulsierte. KZ-Wachtürme mit Maschinengewehrschützen, eingesperrte Bürger auf der anderen Seite – das soll Beispiel einer gut gelungenen internationalen Lösung sein? Nichts ist gelöst und nichts ist „fertig geworden" in Berlin, Perez de Cuellar zum Trotz.

Dennoch hatte sein Auftritt und hatten seine Reden Symbolwert. Sie offenbarten die Blindheit und Ohnmacht einer Organisation, der es noch nirgendwo in der Welt gelungen ist, wirklich Frieden zu schaffen und die deshalb die gewaltsame Teilung des Zusammengehörigen und das argwöhnisch durchgeladene Maschinengewehr schon für eine „Lösung" hält.

Grenze für Terrorismus?

Von Rolf Görtz

Während die Ministerpräsidenten Spaniens und Frankreichs, Gonzalez und Mauroy, knappe zwanzig Hubschrauberminuten von Madrid entfernt durch einen der vielen unbekannten Wildparks politisierten, kniete im Baskenland ein Spezialist der Polizei mit Bleischürze vor einer anderthalb Kilo schweren Bombe, um sie zu entschärfen. Die Bombe lag im Hauptquartier der Sozialistischen Partei in San Sebastian – im Baskenland steht diese Partei in der Opposition, in Madrid in der Regierung. Die Bombe wurde deponiert vom „comando autonomo anticapitalista", einer der weitverzweigten ETA-Organisationen, „weil die Sozialisten die Interessen des kapitalistischen Systems verteidigen".

Andere ETA-Kommandos ließen an diesem Wochenende in Bankfilialen Bomben platzen; in Madrid zählt sie schon niemand mehr. Der baskische Industrieverband stellte jedoch kürzlich fest, daß die Morde, Zerstörungen, Entführungen und Revolutionssteuern langsam die baskische Wirtschaft zum Erliegen bringen.

So werden nach Lenins altem Rezept hier die Voraussetzungen für die marxistische Revolution ganz primitiven Stils geschaffen. Der ETA geht es nicht um das freie Baskenland. Der Landesministerpräsident fordert auch schon ganz offen einen autonomen Staat baskischer Nation als Teil eines spanischen Staatenbundes: „Wir wollen nicht eines von siebzehn gleichen Ländern eines Bundesstaates sein – denn sonst geht es hier bald zu wie in Ulster."

Da die ETA niemals einen Hehl daraus gemacht hatte, daß ein solches Staatengebilde von ihr nur als „Basis für die Revolution in ganz Spanien und ganz Frankreich" betrachtet wird, scheint sich endlich auch Frankreich bereit zu finden. das so oft abgewiesene Gespräch über die gemeinsame Bekämpfung der ETA aufzunehmen. Nur eine fugendichte Kontrolle der Grenze zwischen Frankreich und Spanien nämlich könnte den Terroristen die Luft nehmen.

Was man mittragen kann

Von Peter Philipps

Die Kultusminister der CDU/CSU haben ihren SPD-Kollegen in den Ländern eine Brücke gebaut. Sie haben einen Kompromißvorschlag zum Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht" vorgelegt, auf den man sich einigen kann – bei gutem Willen.

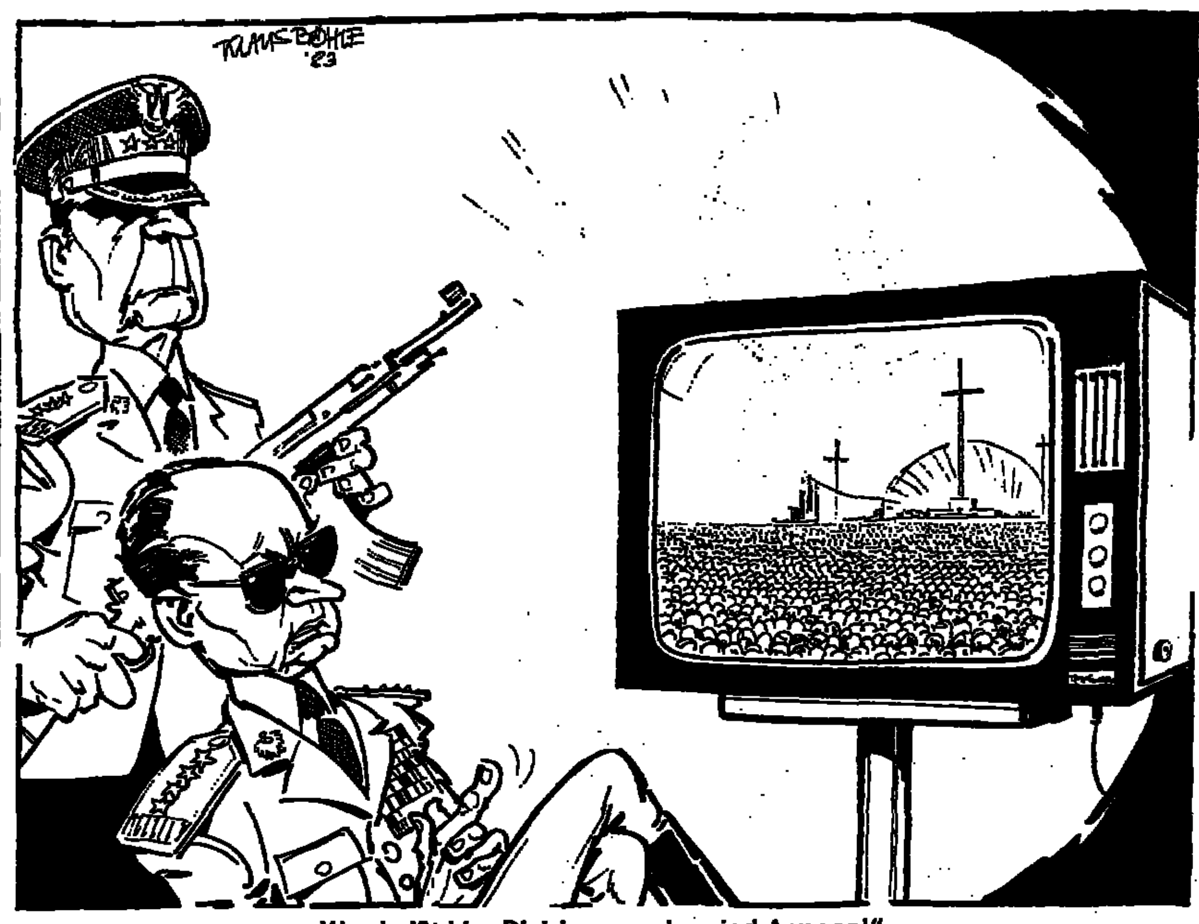
So stehen in dem Papier der Unionsminister Sätze, die sicher auch die SPD unterschreiben kann: „Frieden ist die Grundlage für ein menschenwürdiges Zusammenleben. Zum Frieden gehört die Verwirklichung der Menschenrechte. Frieden als Frucht der Gerechtigkeit verlangt die Bereitschaft zum Dienst an der Gemeinschaft, den Einsatz für die Menschenrechte, die Überwindung von Hunger, Unterentwicklung und Unterdrückung in der Welt."

Aber es stehen eben auch Sätze drin wie: „Frieden ist ohne Freiheit nicht denkbar. Der Schutz des Friedens und die Verteidigung der Freiheit gehören zu den obersten Zielen unserer freiheitlichen Verfassung."

Und im Zentrum steht etwas, was zu erwähnen die SPD-Minister unverständliche Scheu hatten: „Aufgrund des Ost-West-Gegensatzes hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz dafür entschieden, die Bundeswehr zur Sicherung des Friedens und ihrer freiheitlichen und sozialen Demokratie als Verteidigungsarmee aufzustellen." Und: „Die Ableistung des Wehrdienstes ist die generelle, in der Verfassung verankerte Pflicht aller jungen Männer."

Was ist davon für die SPD unvereinbar mit der Wahrheit – mit ihrem eigenen Anteil an einer Geschichte, die Männer wie Schmidt und Apel mitvertraten? Schließlich geht es auch um die Glaubwürdigkeit einer Partei, die mitreden will über „ernsthaftes" Verhandeln in Genf, über NATO-Zugehörigkeit oder nicht. Wenn sie solche Aussagen ablehnt, folgt daraus nicht, daß ihr die ganze Richtung nicht paßt?

Wenn hingegen, wie es einer seiner SPD-Kollegen kürzlich formulierte, der Hamburger Senator Joist Grolle sich bei diesem Thema „zu sehr verrannt" hat, dann sollten seine SPD-Kollegen überlegen, ob er wirklich noch der richtige Mann ist, als Präsident der Kultusministerkonferenz zu moderieren.



„Was heißt hier Divisionen – das sind Armeen!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Reise ins bedrohte Land

Von Carl Gustaf Ströhm

Papst Johannes Paul II. wird übermorgen zum zweiten Mal den Boden seiner polnischen Heimat betreten – diesmal unter ganz anderen Problemen, Erwartungen und Gefahren als im Jahre 1979. Diesmal kommt kein fröhlicher, triumphierender, von scheinbar unverbrüchlichem Optimismus und von Siegeszuversicht getragener Papst in sein polnisches Land. Zwischen 1979 und 1983 ist vieles geschehen – mit Polen und mit dem charismatischen Oberhaupt der katholischen Kirche.

Da war das Attentat, das Johannes Paul wie durch ein Wunder überlebte. Da war der Zusammenbruch des Gierek-Regimes; und da war die Massenbewegung der „Solidarität", die knapp ein Jahr nach seiner ersten Polen-Reise die politische und psychologische Landschaft des Ostblocks auf bisher ungeahnte Weise veränderte. Und da war schließlich der 13. Dezember 1981, die Verkündung des Kriegszustandes. Der Papst ist von den Wunden des Mordanschlags genesen, aber er kommt jetzt in ein zutiefst verwundetes Land und zu einem in seinen Hoffnungen und Gefühlen verletzten Volk.

Was vermag er in dieser Lage den Menschen zu geben, die sehnsüchtig auf ihn warten? Zunächst gibt es eine seltsame Koalition von heterogenen politischen Kräften in der Führung Polens sowie in der katholischen Kirche und in der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", die gemeinsam an diesem Papst-Besuch interessiert sind – wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen. Jaruzelski erhofft sich von einem ohne größere Zwischenfälle abgelaufenen Papst-Besuch eine Stärkung seiner Autorität. Dem Westen (also den gestrigen und vielleicht zukünftigen Kreditgebern) soll gezeigt werden, daß eigentlich alles wieder mehr oder weniger „normal" ist. Auch Moskau soll sehen, daß das Militärregime trotz aller Unkenrufe aus dem sowjetischen Blätterwald die Lage fest im Griff hat.

Sollte allerdings etwas schiefgehen, sollte es zu spontanen oder – was auch möglich erscheint – polizeilich provozierten Zwischenfällen kommen, könnte die Geduld Moskaus mit dem polnischen General ein jähes Ende nehmen. Moskau scheint von der Papst-Reise nicht übermäßig begeistert zu sein. Die mit dem Kreml in enger Übereinstimmung handelnden Tschechoslowaken haben bereits auf ihre Weise reagiert: Sie stellten für die Dauer des Papst-Aufenthalts im Nachbarland die Ausgabe von Transit-Visa durch die CSSR ein.

Die katholische Kirche Polens hat sich im Vorfeld der Papst-Reise in eine Art taktischen Bündnisses mit dem Jaruzelski-Regime begeben. Die Führung der katholischen Kirche hat auch klar zu erkennen gegeben, daß sie nicht unbedingt Partei für die in den Untergrund abgedrängte Gewerkschaft „Solidarität" ergreift. Sie denkt in größeren Zeiträumen. Das trifft auch für den von manchen seiner eigenen Landsleute als Zauderer und Taktiker kritisierten Primas Glemp zu. Er sieht in den Ereignissen der kommenden Tage die Chance, seine Kirche als geistige und moralische, ja sogar als machtpolitische Institution noch tiefer in der polnischen Wirklichkeit zu verankern.

Sobald es aber um die „Solidarität" und um das „zweite Polen" geht – um jenen Teil der polnischen Gesellschaft, der entweder in der inneren Emigration oder direkt im Untergrund lebt –, zeigen sich die Unbekannten dieser politischen Gleichung. Wird die junge und mittlere polnische Generation die Geduld aufbringen, noch einmal zu warten und zu hoffen – oder werden aktivistische Kräfte unter der Parole „Jetzt oder nie, alles oder nichts" die Schranken der politischen Räson durchbrechen?



Diesmal sind die Sorgen größer: Johannes Paul II. vor der Schwarzen Madonna in Tschenstochau 1979 FOTO: AP

Lech Walesa, der bezeichnenderweise von der Lenin-Werft für den Papst-Besuch keinen Urlaub erhielt und an einem Sonntag zur Audienz nach Tschenstochau fahren muß, hat zur Ruhe gemahnt. Zugleich aber hat er das Verschwinden des gegenwärtigen Regimes vorausgesagt. Das alles gibt einen Vorgeschmack für künftige Konflikte, vielleicht sogar künftige Tragödien.

Johannes Paul II., der 1979 in Gnesen von sich sagte, er wolle der „Papst der Slawen" sein und für jene Völker sprechen, die bisher stumm sein mußten, kommt gewiß in ein Land, das einen Sonderfall innerhalb der kommunistischen Welt darstellt. Aber dennoch wird alles, was in Polen geschieht, tiefe Wirkungen auf die anderen Länder des „sozialistischen Weltsystems" haben. Hier dürfte das eigentliche Problem zu finden sein: der Prüfstein, der für General Jaruzelski zum Stolperstein werden könnte.

Alle bisherigen Lockerungs- und Liberalisierungsversuche im sowjetisch beherrschten Lager haben gezeigt, daß isolierte Lösungen nicht möglich sind. Man kann Polen nicht liberalisieren, ohne damit die gesamte Struktur des Ostblocks zu verändern. Deshalb die Nervosität in Moskau, in Ost-Berlin, in Prag. Wenn es überhaupt jemanden gibt, der sich an diese Quadratur des Kreises heranwagen kann, so ist es dieser polnische Papst. Aber auch für ihn gilt in diesen Tagen das Wort, das einst Frundsberg auf Martin Luther gemünzt hat: Er geht einen schweren Gang.

IM GESPRÄCH Brian Mulroney

Trudeaus neuer Gegner

Von Alfred v. Krusenstiern

Er trägt Gucci-Schuhe und maßgeschneiderte Nadelstreifenanzüge. In den Clubs und in den Chefetagen des Bankenviertels von Montreal bewegt er sich mit der Selbstverständlichkeit eines Mannes, der von Geburt an dazugehört hat. Brian Mulroney ist Präsident der Bergwerksgesellschaft Iron Ore Co. of Canada und mit seinen 44 Jahren eine Säule des kanadischen Business-Establishments.

Am Wochenende wurde Mulroney von einem außerordentlichen Parteikongreß der kanadischen Konservativen zum neuen Parteichef und damit zum konservativen Kandidaten für das Amt des Premierministers gekürt. Die Kongreßdelegierten gingen ein kalkuliertes Risiko ein, denn bei aller Geschliffenheit ist Mulroney ein Außenseiter. Er hat noch nie in seinem Leben ein politisches Amt bekleidet.

Im nächsten Jahr werden in Kanada Neuwahlen erwartet; und dann wird es sich erweisen, ob Mulroney der Mann ist, um die Liberalen zu schlagen, die unter der Führung von Premierminister Pierre Elliott Trudeau seit fünfzehn Jahren Kanada regieren. Die Vorzeichen stehen allerdings für die Konservativen günstig. Bei der letzten Umfrage erhielten sie 50 Prozent der Stimmen, und nur 32 Prozent votierten für die Liberalen.

Die Wahl Mulroneys bedeutet wahrscheinlich das Ende der politischen Karriere von Joe Clark, der die Konservativen in den letzten Jahren glücklos führte. Im Jahre 1979 war Clark Premierminister einer vom Pech; verfolgten konservativen Regierung, die die Herrschaft Trudeaus für einige Monate unterbrach. Das Versagen dieser Regierung und die Farblosigkeit Clarks waren die Gründe, warum die Partei ihn jetzt durch Mulroney ersetzte.

Mulroney hat ein lupenreines konservatives Programm. Er ist ein kompromißloser Befürworter der freien Marktwirtschaft und eines engen Bündnisses mit den Vereinigten Staaten. Er will die kranke kanadische Wirtschaft gesund machen und damit die Arbeitslosigkeit reduzieren, indem er ein günstiges Klima für Investitionen – auch ausländische – schafft.



Ein politischer Neuling für Kanadas Konservative: Mulroney FOTO: AP

Das große Plus Mulroneys ist, daß er als einziger prominenter Konservativer Chancen hat, den Liberalen in der frankokanadischen Provinz Quebec Wähler abspenstig zu machen. Mulroney, selbst irisch-katholischer Abstammung, ist in Quebec aufgewachsen und von Kindesbeinen an zweisprachig. Für die Frankokanadier, die viele irische Katholiken assimiliert haben, ist er einer der Ihren.

Dazu ist Mulroney trotz seiner Geschliffenheit und seines Erfolgs in der Geschäftswelt ein Mann des Volkes. Sein Vater war ein schlechtbezahlter Elektriker in einer Fabrik in einem gottverlassenen Provinznest. Er verrichtete abends und an Wochenenden Schwarzarbeit, um seinen sechs Kindern das Studium zu ermöglichen.

Brian Mulroney wurde Anwalt und spezialisierte sich auf Arbeitsrecht. Als juristischer Berater der Iron Ore Co. of Canada bewies er so viel Geschick, daß der Aufsichtsrat der Bergwerksgesellschaft ihn schließlich zum Vorstandsvorsitzenden machte. Vor zehn Jahren lernte der ehrgeizige junge Anwalt Brian Mulroney am Swimmingpool des prominenten Mount-Royal-Tennisclubs in Montreal die bildhübsche und damals erst 18 Jahre alte Mila Pivnicki kennen. Einige Monate später heiratete er sie.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt kommentiert die ÖTV-Entscheidung:

Die Bürger werden diese Entscheidung begrüßen, weil sie nun nicht weitausgedehnte Streiks der öffentlichen Bediensteten zu befürchten haben, die nicht nur dem einzelnen Ärger verursachen, sondern auch in manchen Bereichen die staatliche Versorgung – mit Strom, Wasser, Heildiensten – gefährden können. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten die Entscheidung zumindest akzeptieren; denn sie vermeiden damit den Vorwurf, sich als staatliche Bedienstete etwas herauszunehmen, was sich für ihre Kollegen in der Wirtschaft wegen der allgemeinen Lage verbiete.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung fragt sich, welchen Fortgang die Wirtschaftspolitik der Regierung nehmen kann:

Wir glauben, heute sagen zu können, daß die schöne Versicherung von François Mitterrand am vergangenen Mittwoch – „es gibt keinen Ersatz für diese Politik" – in Wahrheit die bevorstehende Aufgabe der Austerity-Politik ankündigt, die die Regierung vor zwei Monaten beschlossen hat ... Hat man die Präsidentenbotschaft erst einmal so entziffert, bleibt die Frage, welchen Weg Frankreich wählen kann. Sparpolitik etwa? Sie würde das Wählerpotential der Parlamentsmehrheit zerstören ... Sich innerhalb der Grenzen Frankreichs einschließen? Das würde nur die Krise verstärken ... Höhere Abgaben von den Unternehmern fordern? Schwierig durchzusetzen. ... Eine neue Welle von Nationalisierungen? Aber der Staat hat doch kein Geld mehr. Wenn man's näher betrachtet, bleibt dem Präsidenten nur übrig, Raymond Barre zum Premierminister zu machen und Margaret Thatcher als Beraterin für wirtschaftliche Fragen einzustellen. Und dann, nach diesem ersten Schritt, einen Weg einzuschlagen, der das genaue Gegenteil der seit 24 Monaten geführten Politik bedeuten würde.

Daily Mail

Zur Umbildung der britischen Regierung heißt es in der Londoner Zeitung:

Die Veränderungen laufen kaum auf eine rechtsgerichtete Revolution hinaus: Sie sind der natürliche und ziemlich bescheidene Ausdruck eines großen Siegs von Frau Thatcher an den Wahlurnen. Sie sind weder extrem noch unausgewogen und unterstreichen, daß ihre charakteristische Politik einer Wiederbelebung Britanniens nicht nur fortgesetzt, sondern mit erneuerter Energie vorangetrieben werden wird.

THE TIMES

Zur Entlassung des früheren britischen Außenministers Francis Pym merkt das Blatt an:

Pym ist ein bemerkenswerter Parlamentarier, aber als Fachminister war er nicht gerade besonders geschätzt ... Es wäre für die Regierung jetzt eindeutig sehr schädlich gewesen, wenn das Ausland mit einem Außenminister zurechtkommen müßte, von dem bekannt ist, daß er so wenig Sympathien bei der Premierministerin hat und damit so entfernt von ihr ist.

Warum das Volk befragen, wenn man doch nicht darauf hört?

Was selbsternannte Ethiker alles aus der Raketenfrage machen / Von Enno v. Loewenstern

Was soll eine Volksabstimmung über die Nachrüstung, wie der Grünen-Abgeordnete und Rechtsanwalt Schily sie neuerdings beim Bundesverfassungsgericht zu erstreiten verspricht? Den Einfall einer Volksabstimmung hat erstmals der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon geäußert. Allerdings stellte sogar er klar, daß es nur eine „konsultative" Volksbefragung sein könne, also eine glorifizierte (und teure) Meinungsumfrage. Unsere Verfassung kennt nämlich keinen Volksentscheid über Nachrüstung oder ähnliche Fragen.

Die Verfassungsväter wollten faktisch genau das verhindern, was hier offenbar angestrebt wird: daß Leidenschaften zu einer Entscheidung führen, die später von der Mehrheit selber bedauert wird. So etwa, wie man sich jetzt in Österreich mit dem unseligen Votum gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf herumschlägt, das heute vermutlich anders ausfallen würde – aber kann man Volksbefragungen einfach wiederholen, bis sie das „richtige" Ergebnis bringen? Wenn nein, welche Volks-Stimmung von wann soll als Volks-Abstimmung gelten?

Der Volkssouverän entscheidet in der parlamentarischen Demokratie, indem er Persönlichkeiten wählt, die eine Politik nach seiner Vorstellung, aber nach ihrem Gewissen machen werden. Wenn diese Abgeordneten, was immer auch ihr Gewissen ihnen eingeben mag, im Einzelfall die Meinung im Lande wissen wollen, so brauchen sie weder Volksabstimmung noch Umfrage. In ihrem Wahlkreis erfahren sie, was man von ihnen erwartet.

Neuerdings jedoch wird, als Einstimmung zu einer Abstimmung, von Umfragen gemunkelt, in denen eine „eindeutige Mehrheit" ihren „eindeutigen Willen gegen die Nachrüstung" kundgetan habe. Vorgelegt wurden solche Umfragen allerdings bisher nie; man kennt eigentlich nur jene letzte ZDF-Umfrage, die eine Mehrheit für die Nachrüstung ergeben hat. Möglicherweise ist jene „Sinus"-Umfrage gemeint, noch zu Schmidts Amtszeit von offenbar interessierter Seite inszeniert und nach Schmidts Abgang von offenbar interessierter Seite lanciert.

„Sinus" hatte das von vielen ersehnte Resultat durch zwei wuchtige Suggestivfragen erreicht: „Wenn die Amerikaner die Verhandlungen nicht ernsthaft führen, sollte die Bundesregierung dann: – die Stationierung ablehnen, oder: die Stationierung trotzdem erlauben, weil wir auf den Schutz der Amerikaner angewiesen sind?" Und: „Wenn im Herbst 1983 noch keine Einigung erzielt ist, soll die Bundesregierung: – für eine Verschiebung eintreten, um Zeit zu gewinnen, oder – der Stationierung der neuen Waffen Ende '83 zustimmen?"

So stellt sich für Schily und Genossen eine weitere Frage zur „konsultativen Volksbefragung": ob man sie auch so brillant inszenieren kann mit Formeln wie „nicht ernsthaft", „um Zeit zu gewinnen", „der Stationierung ... zustimmen". Wer bestimmt, was „nicht ernsthaft" ist – Bahr, Lafontaine, eine neue Volksbefragung? Wird Zeit gewonnen, oder würde den Sowjets ein Eindruck von Schwäche vermittelt, der sie noch unnachgiebiger macht? Hat die Bundesregierung nicht in Wahrheit schon 1979 verbindlich zugestimmt?

Tatsächlich hat es eine Volksbefragung zur Nachrüstung gegeben, deren Ergebnis bindend ist. Sie erfolgte am 6. März 1983. Inzwischen gab es eine weitere, ebenso eindeutige Volksabstimmung – am 9. Juni in Großbritannien. Hinsichtlich der Franzosen braucht man ohnehin nicht nachzufragen. Die Mehrheitsmeinung ist zur Frage Nachrüstung oder Afghanisierung recht gründlich geklärt.

Zwar behaupten einige Kritiker, am 6. März habe es keine „Raketenwahl" gegeben, sondern nur ein Urteil über ökonomische Kompetenz. Das war es gewiß auch; Kompetenz hier und Kompetenz dort gehen oft Hand in Hand. Niemand aber wird im Ernst glauben, daß die Mehrheit eine Koalition in der Überzeugung „die bringen uns den Krieg" wählte, nur weil es bis dahin mehr zu essen gibt.

Manche begreifen offenbar nur zu gut, was der „Volkssouverän" wirklich will. Neuerdings begründete der SPD-Politiker Horst Isola unter Beifall seines Unterbezirks Bremen-Ost ein „Recht auf Widerstand" damit, daß durch die Nachrüstung „die Existenz des Volkssouveräns in Frage gestellt" werde. Was aber ist, wenn der Volkssouverän diesen hysterischen Unsinn nicht akzeptiert? Helmut Simon hat die Antwort schon parat: Wenn „sich Recht und Ethik nicht mehr decken", sei das „ansonsten bewährte" Mehrheitsprinzip in Frage gestellt. Soll da ein Senat des Bundesverfassungsgerichts darauf eingestimmt werden, eine neue Privat-Ethik gegen die Verfassung zu setzen? Schily sagte es direkter: Auch wenn eine Mehrheit bei einer Befragung für die Nachrüstung sein sollte, würden die Grünen weiter ihre „Opposition" machen. Also, warum erst das Volk fragen?



„Das Problem Zypern muß aus moralischen Gründen gelöst werden"

Von GÜNTER STILLER

Im Norden liegt Famagusta, die weiße, menschenleere Geisterstadt. Im Süden, auf Cap Greco, starren zwei gigantische Radar-„Spiegeleier" der Briten aufs Mittelmeer hinaus. Hier stand einst Cicero, Roms größter Redner. Im Westen kochen die Flüchtlingslager bei Athna unter der grellweißen Sonne.

Ich sehe gleichzeitig Stacheldrahtverhaue, eine rote türkische und eine weiße zyprische Fahne. Eine Patrouille unter dem hellblauen Banner der UNO braust heran. Der Offizier, ein Österreicher, wirkt deprimiert: „Das hier ist eine unheimlich politische Insel. Hier muß man jeden Schritt genau überlegen. Alles wird zu einem Eiertanz ..."

Momentaufnahme einer geteilten Insel, die im New Yorker Glaspalast der UNO längst als hochbrisanter Langzeitzünder gilt: „Zypern ist ein internationaler Gefahrenherd", warnte UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar erst vor kurzem. Nach dem 19. Juli muß sich der Sicherheitsrat wieder mit diesem heißen Punkt im Mittelmeer befassen: Dann ist das Mandat für die 2300 internationalen Soldaten der Vereinten Nationen abgelaufen und muß erneuert werden. Internationale Beobachter sind sich da einig. Ohne die „Blue Berets" würde sich die „grüne Insel der Liebesgöttin Aphrodite" bald blutrot färben!

Zypern ist immer eine Insel unter dem Schwert gewesen, besetzt und unterworfen von Griechen, Persern und Römern, von Kreuzfahrern, Venezianern, Arabern und Türken. Freiheit haben ihre Bewohner in ihrer fast 8000jährigen Geschichte so gut wie nie gekannt. So kompliziert, wie seit der türkischen Invasion aber schien die Lage noch nie. Früher hatten es die Zyprioten immer nur mit einer Macht zu tun. Heute aber überschneiden sich hier die Interessenkoordinaten nicht nur Ankaras und Athens. Jetzt sind auch die Weltmächte im Spiel.

„Wenn Sie so wollen, sind wir immer ein Opfer der Geographie gewesen", sagt ein Offizier der zyprischen Nationalgarde.

Zypern, der „unsinkbare Flugzeugträger" sichert nicht nur die Südflanke des NATO-Mitgliedes Türkei. Zypern stellt auch einen immer wichtiger werdenden elektronischen Horchposten im östlichen Mittelmeer und vor den Gestaden des wankenden Nahen Ostens dar. Darum starren die Briten von Cap Greco aus per Radar nach Norden und Osten. Darum starten pechschwarze US-Superaufklärer vom Typ TRS-I, die Nachfolger der legendären U-2, von der RAF-Luftbasis Akrotiri aus zu ihren lautlosen Spähflügen: Darum stehen rund um die einstige Bastion von Richard Löwenherz die Antennenbündel sowjetischer Spionageschiffe.

Als ob die internen Probleme Zyperns nicht schon lebensgefährlich genug wären.

Die Insel ist seit der türkischen Invasion von 1974 geteilt. 30 000 Soldaten Ankaras stehen nördlich der „Attila-Linie". Anstelle der geflüchteten oder vertriebenen griechischen Zyprioten schickte die türkische Regierung 30 000 bis 40 000 anatolische Bauern auf das Eiland. An die 200 000 Menschen wurden durch die Invasion (Deckname: „Attila-Friedensoperation") zu Heimatlosen. Und die Republik Zypern stand – buchstäblich über Nacht – ohne ihre Industriezentren, ohne ihre Kornkammern, ohne ihren Tiefwasserhafen Famagusta da.

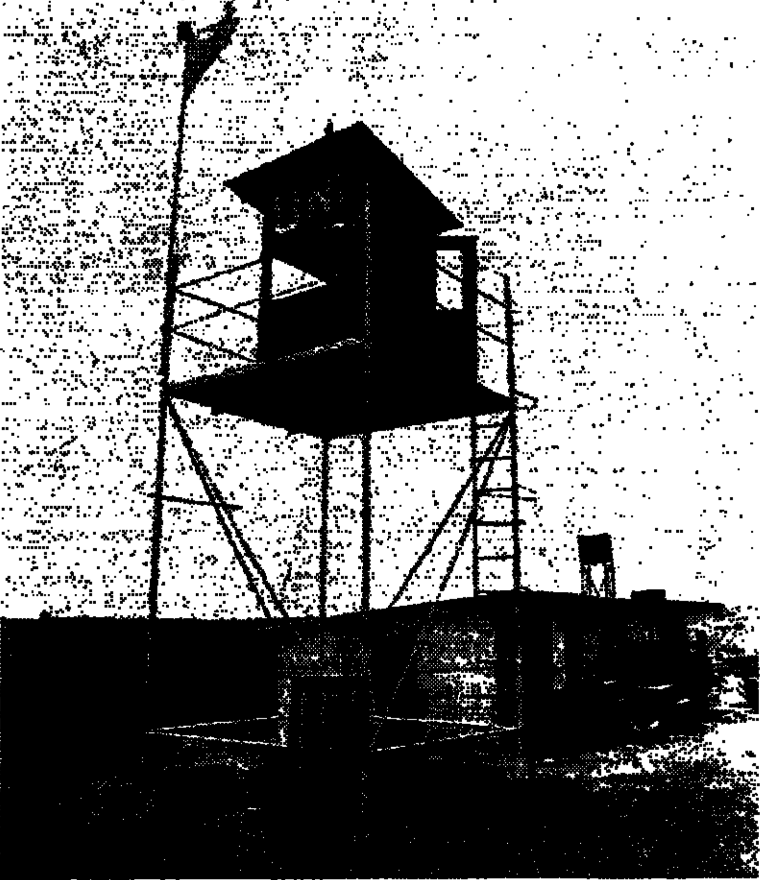
„Es war ein Wunder, daß unsere empfindliche Wirtschaft damals nicht kollabierte", sagt Dr. Iakovos Aristitidou, Direktor des Planungsamtes. „Gerettet hat uns in der Tat nur ein Wirtschaftswunder à la Bundesrepublik. Ein geplantes Wirtschaftswunder."

Die mitgelieferten Daten wirken wie Schlaglichter: Das Bruttosozialprodukt Zyperns liegt heute wesentlich höher als in den Vorinvasionsjahren, obwohl der Norden, der immerhin für 62 Prozent des GNP sorgte, verlorenging.

Obwohl nach der Invasion 12 000 Hotelbetten abgeschrieben werden mußten, haben die Touristikexperten für das kommende Jahr 40 000 Urlauberbetten im Visier – und sie werden es schaffen!

Aber selbst ein Wirtschaftswunder konnte die Flüchtlingstragödie nicht übertünchen. Immer noch sind 80 000 Vertriebene nicht oder nur provisorisch untergebracht. Und die Jugend will den Verlust ihrer Heimat um keinen Preis akzeptieren: „Wir wissen nicht, was kommt, wir wissen nur eines: Wir werden in den Norden zurückkehren", habe ich Hunderte Male gehört.

Georgios Ladas, amtierender Präsident der Republik sagte während eines langen Gespräches mit der WELT: „Das Flüchtlingsproblem, das durch den Überfall von 1974 entstand, wird bis zur vollständigen Lösung der Zypernfrage andauern. Das ist nicht nur eine Frage der Emotionen, sondern auch ein großes juristisches Problem. Hier geht es wirklich um Gerechtigkeit." Eine überwältigende Mehrheit der Zyprioten fordert die vollständige Unabhängigkeit ihres Landes. Viele von ihnen trifft man am Grabe von Erzbischof Makarios. Er ist immer noch der Held derer, die ein „Zypern für die Zyprioten" wollen.



2300 UN-Soldaten halten griechische und türkische Zyprioten auf Distanz. Im Juli entscheidet der Sicherheitsrat über eine Verlängerung des Mandats.

Der tote Makarios liegt, in 1300 Meter Höhe, auf dem Berg Troni. Nationalgardisten halten, die Bajonette aufgepflanzt, vor der offenen Gruft Wache. An klaren Tagen kann man von hier über die schändliche „Attil"-Linie hinweg bis zum Meer blicken.

Die Zyprioten um mich herum finden darin keinen Trost: „Die Politiker sind an allem schuld, die türkische und auch die griechische Regierung", sagen sie. „Als die Nationalgarde gegen Makarios putschte, als man ihn umzubringen versuchte, ahnten wir, was kommen würde. Aber zu viele unserer Landsleute waren Ignoranten."

Und ein alter Mann sagt, Tränen in den Augen: „Nur Makarios hätte uns die Freiheit bringen können."

Wohin geht jetzt der Weg?

Am Wochenende marschierten 20 000 Bewohner der Mittelmeerinsel von dem britischen Militärstützpunkt Akrotiri 16 Kilometer weit zur Hafenstadt Limassol. Sie verlangten die Schließung der britischen Basen auf der Insel und den Abzug der türkischen Truppen. Sie forderten, was fast alle Zyprioten fordern: Freiheit!. Endlich Freiheit nach 8000 Jahren!

„Wenn in der Türkei eine demokratische Regierung unser Verhandlungspartner sein würde, wäre eine Lösung des Zypern-Problems verhältnismäßig einfach", sagt Georgios Ladas, der amtierende Staatspräsident. „Aber niemand weiß, wann in der Türkei wieder demokratische Verhältnisse herrschen werden. Daher setzen wir auf die Vereinten Nationen. Hier in Zypern geht es um die Glaubwürdigkeit der UNO. Die UNO ist aufgerufen, uns auf dem Weg zur Freiheit mit neuen Ideen zu helfen. Der letzte Schlüssel zur Lösung dieser komplizierten Angelegenheit aber liegt in Ankara!"

Zypern scheint in einem Netz aus Widersprüchen und politischen Feindschaften gefangen zu sein: Für Kaufleute und Verkehrspolitiker liegt es außerordentlich günstig. Politisch und militärisch aber hat sich diese Lage für die Insel immer als lebensgefährlich erwiesen.

Die Türkei hat sich durch die brutale Invasion von 1974 in den Augen der Weltöffentlichkeit zwar ins Unrecht gesetzt. Aber die Türkei ist für den Westen strategisch sehr wichtig.

Griechenlands Regierungschef Papandreou unterstützt die Republik Zypern, aber er fährt auch einen scharfen antiamerikanischen und Anti-NATO-Kurs.

Den Zyprioten gehören die Sympathien der Mehrheit der UNO-Mitglieder, aber sie sind nicht groß und nicht wichtig genug, um von allen ihren Freunden rückhaltlos unterstützt zu werden.

„Politik mag wenig mit Moral zu tun haben", sagte ein zypriotischer Politiker. „Aber wenn man die Lage Zyperns vorurteilsfrei prüft, dann kann man nur zu einer Schlußfolgerung kommen: Das Problem Zypern muß aus moralischen Gründen gelöst werden!"

Vielleicht wird der Westen helfen: Auf dem EG-Gipfel in Stuttgart am kommenden Wochenende werden die Außenminister auch über die zyprische Frage diskutieren. Für die Zypern-Resolution der UNO-Vollversammlung Mitte Mai, die den Abzug der türkischen Besatzungstruppen forderte, stimmten überraschender Weise auch Frankreich, Spanien und Portugal. Sieben der zehn EG-Mitglieder, darunter auch die Bundesrepublik, enthielten sich zwar der Stimme. In der Vergangenheit aber hatten die EG-Staaten in ähnlichen Fällen so gut wie immer gegen die Forderungen der Zyprioten votiert.

„Früher haben alle Generäle und Admiräle, alle Eroberer unsere Insel gefunden, obwohl ihre Navigationsmittel sehr schlecht waren. In der jüngsten Vergangenheit haben viele Politiker des Westens diese Insel nicht gefunden, obwohl man heute über die modernsten Navigationsmittel aller Zeiten verfügt. Jetzt aber scheinen sich die Kompaßnadeln einzupendeln: Wir spüren, wie die Bereitschaft, uns zu helfen, immer stärker wird", sagte einer der führenden Männer Zyperns in einem privaten Gespräch.

Es ist wohl allerhöchste Zeit!

Seit der türkischen Invasion von 1974 ist Zypern geteilt. 30 000 Soldaten Ankaras stehen nördlich der „Attila-Linie". Beim Gipfeltreffen der EG in Stuttgart steht das Schicksal der Insel mit auf der Tagesordnung. FOTOS: NICO NAGEL

Ein Streit an vielen Fronten behindert die Stahlsanierung

Von JOACHIM GEHLHOFF

Erwähnenswertes zu unser aller besserem Leben haben sie noch nicht zuwege gebracht. Doch eines muß man ihnen lassen: Die Abgeordneten der Grünen haben es mit der von ihnen initiierten Aktuellen Stunde des Bundestages am vergangenen Freitag geschafft; blitzartig kam einer erstaunten Öffentlichkeit der beklagenswert desolate Zustand deutscher Wirtschaftspolitik bei der Verteidigung des wichtigsten Potentials der heimischen Grundstoffindustrie vor Augen und Ohren.

Das Volk wurde Zeuge einer im schlechtesten Sinne denkwürdigen „Stahldebatte". Gewidmet war sie einer bald neunjährigen, zumal für Hunderttausende betroffener Arbeitnehmer und Aktionäre schlimmen Branchenkrise. Gebracht hat sie das Horrorbild eines „nationalen Kampfes aller gegen alle".

Schon wenige Beispiele der Exzesse, die sich in dieser Debatte die Sachwalter des Gemeinwohls leisteten, belegen das. Da prügelt der Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf die angeblich die Bonner Politik der Krisenbewältigung störenden Stahlunternehmer. Dazu auch auf die „Stahl-Bundesländer", denen er „keine müde Mark" Bonner Unternehmenshilfe androht, wenn die Länder nicht die Hälfte der bislang mit circa drei Milliarden Mark anvisierten Einmal-Hilfe an die krisengeschüttelten Unternehmen aus ihren Kassen zahlen.

Da kontert (mit stillem Beifall zumal seiner CDU-Kollegin Breuel aus Niedersachsen) aus dem weitaus größten Stahl-Bundesland Nordrhein-Westfalen dessen SPD-Wirtschaftsminister Professor Jochimsen nicht minder unversöhnlich: So lasse man sich nicht, und gleichfalls „mit keiner müden Mark", erpressen, schon gar nicht für ein Bonner Stahlhilfeprogramm, das Steuerzahlergeld nur für „Abwrackprämien" statt für arbeitsplatzsichernde Investitionen in eine bessere Zukunft vorsehe.

Zu allem Überfluß ist diese nationale Stahlkontroverse, ohnhin mit heftigem Streit zwischen dem Gros der Branche und dem „Außenseiter wider Willen" Klöckner (derzeit zweitgrößter deutscher Stahlproduzent) angeheizt, erst der kleinere Teil des Gesamtproblems. Denn zugleich stehen Bundesregierung, Landesregierung und Stahlunternehmen vor der Riesenaufgabe, noch in diesem Monat die deutsche Position bei der Verlängerung des Stahlkrisenmanagements in der Europäischen Gemeinschaft zu wahren und tunlichst zu verbessern. Und das gegenüber EG-Partnern, die darauf lauern, ihre eigenen Positionen in der für alle Europäer schrumpfenden Stahlwelt auszubauen.

Einigkeit macht stark? Wenn das stimmt, dann gehen die Deutschen in diese Europa-Verhandlungsrunde um die Zukunft ihrer Stahlindustrie denkbar schwach hinein. Jetzt sei, so betonen die Produzenten und ihr Verband, die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers gefordert. Der müsse, quasi in letzter Stunde, die Marschroute einer deutschen Stahlpolitik bestimmen, mit der man das Wirtschaftsministerium überfordert sieht.

Was geschehen muß und warum es geschehen muß, das haben die deutschen Stahlunternehmer ihrer Regierung in der letzten Woche in einem dicken „Positionspapier" ihres Verbandes aufgeschrieben. Dies mit dem drohenden Unterton, daß die Branche zwar immer noch die leistungsfähigste und modernste Stahlindustrie in Europa sei, daß ihr aber der Exitus drohe, wenn die europäische Stahlkrisenpolitik ihren bisherigen Kurs beibehalte. Die herausragenden Punkte dieses Positionspapiers summieren sich zu einem Scherbengericht über die Bonner Politik in der langen Stahlkrise.

An der Schaffung von Überkapazitäten in der europäischen Stahlindustrie waren die deutschen Unternehmen „weit unterproportional" zu ihrem traditionellen Drittel-Anteil an der EG-Produktion beteiligt. Sie haben, „weil wir Privatunternehmer sind", im Gegensatz zu ihren Nachbarn schon vor Krisenausbruch kräftig auch mit Personalabbau rationalisiert und umstrukturiert. Von 1965 bis heute kürzten sie ihre Belegschaftszahl um 81 000 Mann oder um ein Drittel. Das war um die Hälfte stärker als in der gleichen Zeit bei den übrigen EG-Ländern, sieht man vom Sonderfall des nun aufgelösten „Anpassungsstaus" in Großbritannien ab.

Seit Krisenbeginn sind die deutschen Stahlunternehmen, von der nur noch mit Milliardenhilfe aus der Staatskasse zu rettenden Arbed Saarstahl abgesehen, bislang subventionsfrei geblieben. Bei ihren EG-Nachbarn aber schwoll die Subventionslawine auf 80 Milliarden Mark an. Drastische Beispiele dafür:

Allein die großen verstaatlichten Stahlunternehmen in Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien haben in sieben Krisenjahren 42,5 Milliarden Mark Verlustausgleich aus den Staatskassen bekommen. Das waren in keinem Fall weniger als 20 Prozent des Umsatzes – und praktisch der volle Personalkostenersatz.



Für die Stahlwerker ist der Blick in die Zukunft düster. FOTO: M. VOLLMER

Italiens Staatskonzern Italsider kommt sogar bis auf 33 Prozent seines Umsatzes als Verlustausgleich. Und dieser Konzern ist, mit einem Drittel-Zuschuß seiner Investitionsgelder aus der Brüsseler Gemeinschaftskasse, in der Krise sogar vom neunten auf den zweiten Platz unter allen Stahlerzeugern der freien Welt vorgerückt, hat seinen Produktionsanteil in der EG seit dem ersten Krisenjahr 1975 um die Hälfte vergrößert.

Gegenüber solcher Subventionsschwemme konnten die deutschen Stahlunternehmen in den letzten Jahren nur 18 Dollar je Jahrestonne Rohstahl in die Anlagenmodernisierung investieren. In den USA waren es 34 Dollar, in Japan 31, in Italien 33, in Großbritannien 30 und selbst in Belgien und Frankreich noch je 20 Dollar. Kommentar des Verbandsvorsitzenden Dieter Spethmann: „Noch einige Jahre so weiter und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist perdu."

Im europäischen System der Produktionsdrosselungsquoten für alle Unternehmen wurden die Deutschen stiefmütterlich bedacht. Hatten sie im letzten Vorkrisenjahr 1974 noch 34,2 Prozent Anteil an der EG-Rohstahlproduktion, so waren es 1982 nur noch 31,9 Prozent „quotengesicherter" Anteil. Die Differenz macht selbst bei der inzwischen gesunkenen Produktion noch 10 000 Arbeitsplätze aus.

Und wie soll die Umkehr zu einer besseren Stahlpolitik aussehen? Neben vielen Details des „Nachteilsausgleichs" etwa in der Energie- und Verkehrspolitik hebt der Verband zwei Kardinalpunkte hervor:

In der nun gleich bis Ende 1985 anstehenden Verlängerung des EG-Krisenmanagements möge Bonn für die Aufbesserung der deutschen Produktionsquote um ein Zehntel sorgen. Dies sowohl zwecks Wiedergutmachung des bisherigen Anteilsverlustes als auch wegen der erlittenen Subventionsnachteile und der frühzeitigen eigenen Strukturanstrengungen. Eine solche Quotenaufbesserung brächte auch heute noch etwa 15 000 Arbeitsplätze.

Schnell und vorbehaltlos möge Bonn die in Aussicht genommene Stahlhilfe von 3 Milliarden Mark auf den Weg bringen – und diese möglichst auf 4,5 bis 6 Milliarden Mark aufstocken. Komme diese Aufstockung nicht, so werde die in den bisherigen Strukturprogrammen der Unternehmen bis 1985 vorgesehene „Freisetzung" von weiteren 33 000 Arbeitskräften um „bedeutende Zahlen" größer ausfallen müssen.

Und wie reagiert das Bundeswirtschaftsministerium auf dieses „Positionspapier"? Verblüfft stellen die Stahlunternehmer fest, daß man es in Bonn nicht als willkommene Rückenstärkung der deutschen Position bei den anstehenden EG-Verhandlungen wertet, sondern eher als Dolchstoß in den Rücken. Mit Detailkrämerei versuchte das Haus des Grafen Lambsdorff in der letzten Woche, alle von den Unternehmern dargestellten Schäden bisheriger Stahlpolitik als denn doch nicht so groß zu relativieren. Schlimmer noch: Ohne Not und gleich zweimal räumt das Ministerium deutsche Verhandlungspositionen im Vorfeld des kommenden EG-Stahlgipfels:

Die geforderte Quotenaufbesserung sei zur Hälfte „nicht gerechtfertigt, weil die deutsche Stahlindustrie keine Anteile verloren hat". Zur anderen Hälfte entspreche sie zwar dem auch von Bonn geteilten Drängen nach Berücksichtigung von Vorleistungen der Umstrukturierung im künftigen Quotensystem. Doch wollten ja auch andere Länder mehr, so daß nur die Verlängerung des heutigen Zustands realistisch sei.

Wenn die deutsche Stahlindustrie auch auf ihre Vorleistungen im Personalabbau seit 1965 verweise, so sei das heute nur noch „Historie", ergo ohne Belang für die aktuelle politische Aufgabe eines opfergleichen Abbaus von Überkapazitäten und Arbeitsplätzen in der EG-Stahlindustrie.

Das heißt ja wohl nun nichts anderes, als daß der früh Vernünftige für die Sünden jener mitbüßen soll, die den Strukturwandel der (immer noch wachsenden) Welt-Stahlproduktion zu Lasten der traditionellen Erzeugerländer allzulange ignoriert haben.

Büßen freilich müssen die deutschen Stahlunternehmer im nun ausgebrochenen Viel-Fronten-Krieg auch für einen gravierenden eigenen Fehler. Die Branche hat es bislang nicht fertiggebracht, den Aufbruch zu neuen Stahlstrukturen mit den fälligen Großfusionen zu noch rationelleren Unternehmensgebilden zu begleiten. Zu Gebilden, die auch den Umstrukturierungshilfebedarf an die Staatskassen klein halten. Nur die Stahlfusion Krupp/Thyssen scheint auf gutem Wege.

Die „Elbchaussee" wendet sich von Dohnanyi ab

Von UWE BAHNSEN

Wenn die Elbchaussee feindselig wird, dann geht nichts mehr" – diese Erkenntnis formulierte Hamburgs sozialdemokratischer Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vor gut einem Jahr, im Mai 1982 während des Bürgerschaftswahlkampfes. Er beschrieb damit eine der Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Politik in der Hansestadt: das traditionelle Bündnis zwischen dem – jahrzehntelang sozialdemokratisch geführten – Senat und den Handelsherren, Reedern und Bankiers. Es findet seinen baulichen Ausdruck in der unmittelbaren Nachbarschaft von Rathaus, Handelskammer und Börse, Wand an Wand in der City.

Heute freilich ergibt die politische Nahaufnahme ein Bild, das für die Wirtschaft der Stadt, für den Senat und für die Regierungspartei gleichermaßen beunruhigend ist: Klaus von Dohnanyi, seit dem triumphalen Wahlsieg vom 19. Dezember vergangenen Jahres im Besitz einer komfortablen Regierungsmehrheit, schickt sich – nach einer Goodwill-Phase vor den beiden Bürgerschaftswahlen von 1982 – offenbar an, dieses Bündnis und damit den „Kaufmannssozialismus" hanseatischer Prägung endgültig zugrunde zu richten.

Schon Dohnanyis Amtsvorgänger Hans-Ulrich Klose hatte diese Allianz auf das äußerste strapaziert, als er sich – ebenfalls nach einem spektakulären Wahlerfolg im Juni 1978 – politisch zu „häuten" begann und nach einigen turbulenten Monaten schließlich als linker Systemveränderer dastand. Die „Elbchaussee", die den jugendlich-charmanten SPD-Star bis dahin als „uns Uli" ans Herz gedrückt hatte, entzog ihm in tiefer Enttäuschung Sympathie und Unterstützung. Es war der Anfang vom Ende des Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose.

Die Wandlung dieses so begabten wie von Selbstzweifeln geplagten SPD-Politikers, sein Abdriften zum linken Flügel der Partei, wirkte dabei freilich unfertig, zuweilen fast spielerisch, als Teil eines inneren Klärungsprozesses, unter dem er selbst vielleicht am meisten litt. Sein Nachfolger Klaus von Dohnanyi hat sich in den zwei Jahren seiner Amtszeit im Hamburger Rathaus auch gewandelt, jedenfalls im Bewußtsein der Hamburger Öffentlichkeit: Aus dem mit liberalem Öl gesalbten „Genossen Nadelstreifen" ist mittlerweile ebenfalls ein Sozialdemokrat linker Provenienz geworden, der – anders als Klose – Fleiß und Aktenkenntnis mit belehrendem Doktrinarismus und hochgespanntem Selbstbewußtsein zu konsequentem Handeln verbindet.

So wie dieser rote Edelmann hat noch kein SPD-Politiker das hanseatische Establishment genervt, dessen Hang zum Understatement auf stillem Reichtum beruht. Erfolgreichen Bankern erteilt er dozierende Ratschläge, wie man eine Bank zu führen hat. Erfahrenen Werftmanagern, die längst singen können, weshalb es dem Schiffbau schlecht geht und was zu seiner Rettung getan werden muß, hält er vor, daß und wieso sie alles falsch gemacht haben. Die Erfordernisse der Energiepolitik beurteilt er in demselben apodiktischen Stil wie die Kriterien, denen der neue Intendant des Thalia-Theaters genügen soll. Er ist alles selbst – sein eigenes Vorbild, sein eigener Ratgeber, sein eigener Exekutor. Seinem unverbesserlichen Hang, alles selbst machen zu wollen, entnimmt er die Selbsteinschätzung, er sei ein „Durchsetzer" – eine Rolle, in der er sich vor allen anderen gefällt.

Dohnanyis Methoden haben dabei – besonders nach dem Wahlsieg vom 19. Dezember – eine Bedenkenlosigkeit erreicht, die früher in Hamburg als absolut stilwidrig undenkbar gewesen wäre. Exemplarisch zeigt sich das an der nur noch ruppig zu nennenden Art und Weise, in der dieser Bürgermeister den Einfluß des Staates in der Wirtschaft auszuweiten gedenkt – in der traditionellen SPD-Bastion Hamburg soll das sozusagen als Muster zur bundesweiten Nachahmung vorgeführt werden. Das in

Landesbericht Hamburg

der Hansestadt besonders vielfältig gegliederte Instrumentarium für dieses Vorhaben sollen die öffentlichen Unternehmen sein, die in der Verkehrs- und Wirtschaftsmetropole einen weiten Bereich von der Energieversorgung bis zum Messe- und Ausstellungswesen abdecken. Nur der Staat könne, so meint Dohnanyi, den stürmischen ökonomischen Strukturwandel so steuern und abfedern, daß die sozialen Folgen akzeptabel bleiben. Der Beweis dafür ist freilich nirgends erbracht. Logischerweise bedeutet diese Politik für die öffentlichen Unternehmen eine völlig neue Aufgabenstruktur – im Arbeitsplatzangebot vor allem. Und ihre Vorstände können nicht mehr wie bisher „nur" als wirtschaftliche und technische Fachleute operieren, die dem ökonomischen Erfolg ihrer Gesellschaft zu dienen haben – sie müssen vor allem Erfüllungsgehilfen und Vollstrecker jenes staatlichen Willens sein, der in der Hamburger SPD-Führung festgelegt und vom Senat artikuliert und administriert wird.

Wie das im einzelnen aussehen soll, wird derzeit an zwei Beispielen vorgeführt, mit denen der Senat sich beschäftigt – den Hamburgischen Electricitätswerken (HEW) und der Staatsreederei Hadag. Beide unbequeme Unternehmensvorstände möchte Dohnanyis Rathausregierung in die Wüste schikken, wenn es denn ohne allzu großes öffentliches Getöse möglich ist. Der HEW-Vorstandssprecher Hans-Werner Oberlack, ein international hochangesehener Energiewirtschaftler, wurde kürzlich ins Dienstzimmer des Bürgermeisters zitiert, wo Dohnanyi ihm nach heftigen Vorwürfen wegen einer Kontroverse über den Termin der nächsten HEW-Hauptversammlung dürr und in seltsamer Verkennung der Rechtslage bedeutete, er möge sich nach einem neuen Posten umsehen. Noch vor Jahresfrist hatte Dohnanyi übrigens mit Oberlack völlige Übereinstimmung in der Energiepolitik festgestellt und öffentlich bekundet.

Unabhängig und sachorientiert wie Oberlack, dazu aber bockbeiniger und renitenter, ist der Hadag-Vorstandssprecher Jens F. K. Jacobsen, dem heute auf einer Hadag-Aufsichtsratssitzung ein Strick aus monatelangen Untersuchungen im Unternehmen gedreht werden soll – ausgelöst durch Vorwürfe wegen angeblicher Mißwirtschaft, die ein Bilderblatt veröffentlicht hatte. Und sogleich waren auch Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung zur Stelle und leiteten gegen die Hadag-Spitze ein Ermittlungsverfahren ein. Das hatten sie 1977, nach einer aufsehenerregenden Durchsuchungsaktion in der Reederei, schon einmal getan – mit dem Ergebnis, daß eineinhalb Jahre später die völlige Haltlosigkeit der Vorwürfe zu konstatieren war.

„Spitzenkönner" möchte Klaus von Dohnanyi, eigenen Worten zufolge, an der Spitze der öffentlichen Unternehmen sehen. Ob sich freilich Top-Manager für diese Positionen noch interessieren werden, wenn sie behandelt werden wie beispielsweise Oberlack und Jacobsen, ist mehr als fraglich – ganz zu schweigen von der Rolle, die ihnen zugemutet werden soll. Sie wird – im Falle HEW – in schöner Deutlichkeit in einem streng vertraulichen Papier beschrieben, das Dohnanyis neuer Energiesenator Jörg Kuhbier, ein ehrgeiziger junger Mann von linkem Standort und rechter Lebensart, in einer streng vertraulichen Senatsvorlage klar beschrieb. Es ging um die Neubesetzung des HEW-Aufsichtsrates, die der Senat für notwendig hält, um das Unternehmen in den Griff zu bekommen: „Die sonstigen Erwägungen, die bei der Besetzung der Aufsichtsräte in der Privatwirtschaft eine Rolle spielen mögen, wie Kundenbetreuungen, Lieferantenkontakte und Bankverbindungen, treten bei einem staatlichen Versorgungsunternehmen mit weitgehend monopolähnlicher Absatzlage, staatlich genehmigtem Tarifsystem und finanzpolitischer Rückendeckung durch die Stadt in den Hintergrund." Die führenden Männer der Wirtschaft haben begriffen, was da in den öffentlichen Unternehmen vorbereitet werden soll – in einem Bereich, der vor allem in Hamburg mit der Privatwirtschaft durch ein dichtes Geflecht von Geschäftsbeziehungen verbunden ist: eine schleichende Politik staatlicher Omnipotenz.

Die „Elbchaussee" reagiert entsprechend. Formal begegnet man dem Bürgermeister, der diesen Kurs entwickelt hat, mit Höflichkeit. Aber man akzeptiert ihn nicht mehr als den Gesprächspartner, dem Vertrauen und Offenheit entgegengebracht werden.

„Der Anblick von Teilung stimmt traurig"

rtr, **Berlin**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, hat sich gestern in Berlin für eine beschleunigte Abrüstung sowohl konventioneller als auch strategischer Waffen eingesetzt. Zugleich beklagte er, daß die Großmächte die UNO zu wenig nutzten, um Fortschritte auf diesem Gebiet zu erzielen. Vorsichtig zuversichtlich äußerte sich Perez über die Möglichkeit einer Lösung bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf.

Perez nahm nach zur Frage der „Friedensbewegung" Stellung. Er sagte, daß sie seiner Auffassung nach „gewissermaßen berufen" sei, auf die Probleme aufmerksam zu machen und den jeweiligen Regierungen zu zeigen, „wo es drückt". Voraussetzung sei, daß die Friedensbewegung eine ehrliche Abrüstung erreichen wolle, und keine anderen Beweggründe hinter ihren Zielen steckten.

Der UNO-Generalsekretär, der mit einem Abstecher in Berlin seinen knapp fünftägigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland beendete, sagte nach einem Blick über die Mauer auf das Brandenburger Tor, der Anblick von Teilung stimme ihn traurig.

Antrittsbesuch in Berlin

DW. **Berlin**

Der neue französische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Jacques Morizet, machte gestern seinen Antrittsbesuch in Berlin und traf dabei mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker, Parlamentspräsident Peter Rebsch und führenden Repräsentanten der französischen Schutzmacht zusammen. An der Bernauer Straße im französischen Sektor der Stadt besichtigte er die Sperranlagen. Gestern abend gab Morizet in seinem Berliner Amtssitz einen Empfang.

Krause: Zuschlag für untere Beamte

gil. **Bonn**

Eine „Nachbesserung" für Beamte des einfachen und mittleren Dienstes noch in diesem Jahr fordert der Deutsche Beamtenbund (DBB). Wie sein Vorsitzender Alfred Krause in einem Pressegespräch erklärte, sollte das bereits verabschiedete Besoldungsgesetz geändert werden, um die Nachteile der Beamten gegenüber den Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zu verringern. Bereits in seinem Interview mit der WELT (9. 6.) hatte Krause eine solche Forderung angekündigt.

Nach seiner Rechnung hat der Staat bei den Beamten 1983 rund ein Prozent eingespart, also den Tarifbereich entsprechend höher dotiert. Dieses Geld sollte nicht zu einer linearen Erhöhung der Beamtengehälter verwendet werden, sondern zu einer gezielten Verbesserung der unteren Gruppen. So möchte der DBB eine Tarifklasse beim Ortszuschlag gestrichen wissen, was für die Besoldungsgruppen A1 bis A8 eine Erhöhung von monatlich 36,- Mark bedeutete. Ferner sollen die Eingangsämter A3 (z. B. Oberschaffner) abgeschafft und durch A4 ersetzt sowie für Assistenten das Eingangsamt auf A6 statt A5 festgesetzt werden. Die Besoldung A3 beträgt derzeit rund 2270 Mark (Endgehalt plus Ortszuschlag bei zwei Kindern). Dem Vorschlag werden in Bonn jedoch nur geringe Chancen eingeräumt.

Krause machte deutlich, daß sein Verband der Beamtenpolitik der neuen Bundesregierung zunehmend kritischer gegenüber steht. „Ich hätte nicht erwartet, daß die neue Regierung so schnell in so viele Fettnäpfchen tritt", meinte er.

‚Richter überschritt nötige Zurückhaltung'

dpa, **Bonn**

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Otto Regensburger hat den Rücktritt von Bundesverfassungsrichter Helmuth Simon gefordert. Regensburger erklärte gestern in Bonn, Simon habe mit der „Propagierung des sogenannten zivilen Ungehorsams" gegen die Nachrüstung das „Maß der jedem Richter auferlegten Zurückhaltung bei weitem überschritten". Er sei für alle ähnlichen Fälle als „befangen anzusehen" und damit „für die Ausübung seines Richteramtes behindert". Auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover hatte der Karlsruher Richter die Meinung vertreten, daß die Ächtung der Massenvernichtungsmittel keine Streitfrage sei, die durch einen Mehrheitsentscheid geklärt werden könne. Sie gehöre wie die Grundrechte oder die Frage der Todesstrafe in den Bereich des Unabstimmbaren.

Falsche Partei

DW. **Bonn**

Durch ein Mißverständnis wurde in der WELT vom 7. Juni dem Oberbürgermeister von Worms, Wilhelm Neuß (CDU), nicht nur eine falsche Parteizugehörigkeit (SPD), sondern auch eine Äußerung gegenüber seinen angeblichen Parteifreunden („Wenn ihr mir Russen bringt, würde ich es genauso halten") zugeschrieben, die er, wie er erklärt, nie getan hat.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Dienst in der Bundeswehr ist auch Friedensdienst"

Kultusminister der Union wollen ein Zeichen setzen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der niedersächsische Kultusminister Georg Bernd Oschatz sprach gestern in Bonn davon, daß die Kultusminister ein Zeichen setzen müßten „gegen die schleichende Veränderung der Verfassung". Die Kultusminister der unionsregierten Länder haben deshalb den Entwurf für eine Erklärung der Kultusminister-Konferenz (KMK) zum Thema „Bundeswehr und Friedenssicherung im Unterricht" vorgelegt, der ganz dezidiert in all seinen Teilen auf das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abhebt.

Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter betonte bei der Vorlage, daß man mit diesem Papier nicht versuche, die Friedensthematik umfassend aufzuarbeiten. Die Zielsetzung sei vielmehr entsprechend dem einstimmig gefaßten KMK-Beschluß vom Dezember 1980, deutlich zu machen, „daß unverzichtbare Voraussetzung für die Friedenssicherung das Gleichgewicht der militärischen Kräfte ist und daß insofern der Dienst in der Bundeswehr Friedensdienst bedeutet". Die Kultusminister der Union wollten die Aufgabe der Schule unterstreichen, zur Friedenserziehung beizutragen. „Das heißt nach unserer Auffassung: Erziehung zu Toleranz und Gerechtigkeit und zum Eintreten für die Menschenrechte. Friedenserziehung bedeutet aber zugleich, die Aufgabe der Bundeswehr für die Erhaltung des Friedens in Freiheit deutlich zu machen."

Seit dem KMK-Beschluß, der nach den Krawallen um öffentliche Bundeswehr-Gelöbnisse auf eine Anregung des damaligen Bundesverteidigungsministers Hans Apel (SPD) zurückging, sind mehrere Alternativ-Entwürfe zu einer entsprechenden Kultusminister-Erklärung erarbeitet worden und in die Öffentlichkeit gelangt. Dabei stellte sich immer wieder ein großer Dissens zwischen den Kulturministern der Union und der SPD heraus. Anfang des Jahres schien die Möglichkeit eines Kompromisses endgültig gescheitert, nachdem die SPD-Kultusminister aus Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen ihren eigenen Entwurf bereits in Form einer Broschüre gedruckt und an die Schulen versandt hatten. Doch unter anderem auf Initiative von Oschatz bemühten sich die Unions-Minister noch einmal darum, ein konsensfähiges Kompromiß-Papier zu entwickeln.

Darin werden zum einen Gedanken aufgenommen, die auch in dem SPD-Entwurf ähnlich zu finden sind, wie: „Die Bundesrepublik Deutschland betreibt eine Friedenspolitik, die Gewaltverzicht und Bereitschaft zur Verteidigung einschließt." Und: „Frieden ist die Grundlage für ein menschenwürdiges Zusammenleben. Frieden als Frucht der Gerechtigkeit zum Dienst an der Gemeinschaft, den Einsatz für die Menschenrechte, die Überwindung von Hunger, Unterentwicklung und Unterdrückung in der Welt."

Aber sie heben auch das hervor, was in den bisherigen SPD-Entwürfen fehlt, nämlich den Artikel 87a Grundgesetz, nach dem der Friedensauftrag des Grundgesetzes die Verteidigung mit bewaffneten Streitkräften einschließt. Der bayerische Kultusminister Hans Maier wies Vorwürfe des KMK-Präsidenten Joist Grolle (Hamburg) zurück, daß Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung nicht als gleichwertige Grundrechte behandelt würden. Das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht sagten eindeutig, daß der Wehrdienst eine Grundpflicht sei, von der der Ersatzdienst nur unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausnahme bleiben könne.

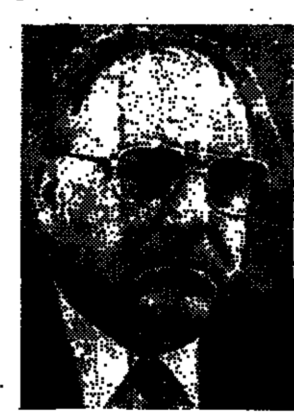
Seite 2: Was man mittragen kann

Die CSU wird ihre Trümpfe ausreizen

Beim „Jour fixe" stimmt Strauß „seine Bundesminister" auf bayerische Interessen ein

PETER SCHMALZ, **München**

Mag Heiner Geißler die Teilung der Union in zwei Schwesterparteien auch als historischen Irrtum bezeichnen, aus bayerischer Sicht zahlt sich dieser vermeintliche Fehler gleich doppelt aus: einmal für die Mehrheitspartei CSU, die ihre um 60 Prozent pendelnden Wahlergebnisse nicht zuletzt der Meinung verdankt, es sei eben die eigenständige CSU, die auch gegenüber der Bonner Zentralregierung bayerische Interessen am besten verficht, und zum anderen aus der Tatsache, daß dem Land durch den permanenten Druck der CSU auf Bonn manche „preußische" Zurücksetzung erspart bleibt.



Druck aus München: Helmut Kohl

Der Bundeskanzler wird dieses Drängen von Strauß und seiner CSU in den nächsten Monaten auf verschiedenen Sachgebieten sicher noch zu spüren bekommen. Wer wie die bayerische SPD der Meinung ist, Strauß kümmere sich lieber um Namibia und Togo als um das geplante Großklinikum in Regensburg oder den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, der befindet sich im Irrtum. Ist bei dem CSU-Vorsitzenden das außenpolitische Interesse auch groß, ist sein Terminkalender auch gespickt mit Einladungen ausländischer Staatsmänner und hat er seinen Blick vom Auswärtigen Amt offenbar noch nicht abgewendet, so bleibt ihm als Ministerpräsident genügend Zeit und Kraft, Helmut Kohl ein unangenehmer, weil Versprechen und Zusagen beharrlich anmahnender Landespolitiker zu sein. Kohl wird diesen Umstand stärker als in der Anfangsphase seiner Regierungszeit als konstanten Faktor einplanen müssen.

Dagegen wäre die Hoffnung auf eine stille Absetzbewegung der CSU-Minister weg von ihrem Landesvorsitzenden trügerisch, weil an den Realitäten vorbei. Ein am Rhein aus CSU-Mund locker gewagtes Wort ist noch längst kein Beweis einer beginnenden Distanzierung vom „Chef", wie Strauß in höheren CSU-Zirkeln respektvoll bezeichnet wird. Die lose Zunge wechselt an der Isar im Angesicht des Vorsitzenden schnell den Ton.

Und eine Fehleinschätzung wäre es auch, wollte man den „Jour fix", zu dem Strauß seine fünf Bundesminister allmonatlich zu sich ruft, als Kujonierungs-Instrument des Parteichefs interpretieren. Der Kanzler wird wohl schon bald erkennen, daß bei diesen Treffen weniger allgemein-politische Strategien als handfeste Sachthemen besprochen werden. Hier hat sich Strauß ein im föderativen Verhältnis zwischen Bund und Ländern bisher einmaliges Gremium geschaffen, bayerische Wünsche wohlpräpariert ins Kabinett zu transportieren. Zu bestimmten Sachfragen werden Landesminister hinzugezogen, von denen erwartet wird, daß sie sich zu dem Treffen mit hieb- und stichfesten Unterlagen gewappnet haben.

Strauß spielt bei seinem Poker mit Bonn bewußt eine doppelte Trumpfkarte: Als Vorsitzender der – wie er seine Partei versteht – zweitstärksten Koalitionspartei konnte er als einziger der deutschen Ministerpräsidenten bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung Zusagen und Versprechen für Maßnahmen in Bayern erwirken, auf deren Einlösung er nun als bayerischer Regierungschef wie als Parteivorsitzender dringt.

Konkrete Konfliktpunkte zeichnen sich bereits ab. Die CSU wird sich vehement gegen die Vorstellung der FDP wehren, die noch von der Regierung Schmidt verfügte Sperre der Haushaltsmittel für den Rhein-Main-Donau-Kanal nicht noch vor der Sommerpause aufzuheben. Bei diesem Thema

Zusagen angemahnt: Franz Josef Strauß

zeigt die CSU erhebliche Ungeduld und verweist auf die Koalitionsvereinbarung, die den Weiterbau zusichert. Auf eine Zusage stützt sich Strauß auch bei seiner Forderung, das seit Jahren geplante Großklinikum in Regensburg endlich zu beginnen. Gegen die Mittelkürzungen der alten Regierung, denen der Bau zum Opfer gefallen wäre, hatte die Münchner Staatsregierung Verfassungsklage in Karlsruhe erhoben und diese erst zurückgezogen, nachdem Kohl die Förderung zusicherte. Inzwischen aber sieht man in München Anlaß zu der Befürchtung, Finanzminister Stoltenberg wolle die Mittel ebenfalls so begrenzen, daß Regensburg dem Rotstift zum Opfer fallen würde.

„Italien steht voll hinter Doppelbeschluß"

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der italienische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Professor Luigi Vittorio Ferraris, hat die Entschlossenheit seiner Regierung betont, amerikanische Mittelstreckenwaffen zu stationieren, falls die Genfer INF-Verhandlungen zu keinen Ergebnissen führen. Nur diese Entschlossenheit könne die Sowjets zu einem konstruktiven Verhalten in Genf bewegen, sagte Ferraris gestern abend bei einem Vortrag in Bonn.

Er hob hervor, daß es über die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses in Italien einen breiten Konsens gebe, der vor allem durch die eindeutig westliche Orientierung der Sozialistischen Partei ermöglicht worden sei. „Sogar in den Wirren eines Wahlkampfes findet im Bereich der Sicherheitspolitik das Konzept des Gleichgewichts als unabdingbare Voraussetzung die Anerkennung aller", versicherte Ferraris. Von der Rechten bis zur Linken bestünden keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß das Gleichgewicht von den Sowjets gestört worden sei und daß es wiederhergestellt werden müsse.

„Die Einhelligkeit dieser Meinungen kann eine Erklärung darin finden, daß eine pazifistische Bewegung in Italien nicht vorhanden ist, da die öffentliche Meinung in Italien nicht so sehr die apodiktische Bejahung des Friedens an sich in den Vordergrund stellt als vielmehr die Bestrebungen, ihn durch die Mittel – auch militärischer Art – zu sichern, die sich als notwendig erweisen sollten", fuhr der Diplomat fort.

Sorge bereitet der italienischen Regierung derzeit nach seinen Worten die Frage des europäischen Zusammenhalts in der Unterstützung des Doppelbeschlusses. Würde hier die atlantische Solidarität erschüttert, so wären „katastrophale politische Auswirkungen für Europa auch über die unmittelbaren strategischen Folgen hinaus" zu erwarten.

Bonn berät über Rüstungskontrolle

Co., **Bonn**

Die Bundesregierung will ihre Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik noch stärker intensivieren und koordinieren. Diesem Zweck dient eine heute im Auswärtigen Amt beginnende zweitägige interne Konferenz. An ihr nehmen unter Vorsitz des Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Ruth, die Bonner Delegationsleiter bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR), dem Madrider KSZE-Folgetreffen und beim Genfer UNO-Abrüstungsausschuß sowie Vertreter von acht deutschen Auslandsvertretungen teil.

Die Konferenz, in die sich zeitweise auch Außenminister Genscher und Staatssekretär von Staden einschalten wollen, hat vor allem die Aufgabe, Aspekte der verschiedenen Rüstungskontrollbereiche und die politischen Tendenzen in Ost und West im Zusammenhang zu analysieren.

An erster Stelle der Themen rangieren die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF). Botschafter Ruth hob gestern vor Journalisten noch einmal die mit aller Deutlichkeit im Pariser NATO-Kommuniqué niedergelegte Position des Bündnisses hervor:

- Die NATO-Partner sind daran interessiert, bei den INF-Verhandlungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu Ergebnissen zu kommen.
- Sollten konkrete Ergebnisse erzielt werden, wird der Umfang der westlichen Nachrüstung im Lichte dieser Resultate geprüft werden.
- Führen die Verhandlungen zu keinen Ergebnissen, so wird die Dislozierung neuer Mittelstreckenraketen wie geplant beginnen.

Ruth bezeichnete es als bemerkenswert, daß die Franzosen dieser Festlegung gemeinsam mit den Amerikanern und den anderen Verbündeten zugestimmt haben.

Der 17. Juni endete nicht mit einer Niederlage

Von HANS-R. KARUTZ

Der Arbeiteraufstand vom 16. und 17. Juni wirkt bis heute in der „DDR" nach und führte dazu, in der SED-Führung das „Risiko-Bewußtsein" bei allen ihren Schritten und Unternehmungen gegenüber der mitteldeutschen Arbeiterschaft zu schärfen und wachzuhalten. „Der 17. Juni endete nicht mit einer Niederlage" – dies ist die Hauptthese der Betrachtung dieses Jahrestages durch jüngere Historiker und Politologen in der Bundesrepublik. Sie legten ihre neuen Erkenntnisse, die vor einer Unterschätzung der weitreichenden Bedeutung des 17. Juni bewahren wollen, kürzlich auf der 16. Tagung der „DDR"-Forschungsspezialisten vor und in einem Sonderband des „Deutschland-Archivs" zum 30. Jahrestag dieses Ereignisses dar.

Ewers hatte auf der Expertenkonferenz Ende Mai über die „langfristigen Auswirkungen des Arbeiteraufstandes" erklärt, die detaillierte Beschäftigung mit der Vor- und Nach-Phase der Erhebung beweise, daß die Position der Arbeiterschicht nach dem 17. Juni „bestätigt" worden sei.

„Der 17. Juni hat die Grenzen politischer und materieller Zumutbarkeit für die DDR-Arbeiter markiert." Die „eher SPD-geneigte" Arbeiterschaft habe in erster Linie versucht, „die eigene Gesellschaft zu demokratisieren". Die Vorstellung von einer Wiedervereinigung durch Eingliedern der „DDR" in die Bundesrepublik sei nicht vorherrschend gewesen. „Feige Funktionäre, die fehlende Präsenz des Regimes und das Verstecken von Ulbricht und Grotewohl" seien für den Erfolg des 17. Juni mit entscheidend gewesen.

Ewers und sein Koautor Thorsten Quest schildern überdies im Sonderband über den 17. Juni bislang kaum zur Kenntnis genommene Einzelheiten über den tapferen passiven Widerstand der mitteldeutschen Arbeiter vor allem in den einstmaligen KPD-Hochburgen Leuna, Buna und Bitterfeld gegen die Racheaktionen der Partei nach dem zusammengeschossenen Aufstand.

Während die ursprüngliche SED-Parole – der viele Arbeiter zunächst vertrauten – hieß, „keine Maßregelungen" gegen Streikende zu ergreifen, durchkämmten Betriebsschutz und Kriminalpolizei im Laufe des Sommers 1953 systematisch alle Großbetriebe.

Ulbricht selbst mußte sich bei Auftritten in Großkombinaten Fragen nach „verschwundenen Kollegen" gefallen lassen – auch aus einem „ausgesuchten parteiloyalen Publikum". Denn die Verhaftungswelle aktivierte „zahllose Arbeiter und ganze Belegschaften und löste einen unüberhörbaren Chor von Forderungen nach Freilassung der Inhaftierten aus".

Der SED wurden damals nach dem Aufstand regelrechte „Forderungskataloge", präsentiert, die beispielsweise in den Zeiss-Werken aus 129 Punkten bestanden. Das entsprechende Papier der Buna-Werke enthielt die Aufforderung „Rücktritt der Regierung" und „Freie Wahlen" – wohlgemerkt, noch weit nach dem 17. Juni ...

Die bisweilen von Nachkriegs-Historikern und im neuesten „Spiegel" vertretene These, der da-

DIE ● ANALYSE

malige Hohe Kommissar der UdSSR und heutige Moskauer Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, sei am 5. Juni 1953 quasi mit einer Ablösungsvollmacht für Walter Ulbricht aus der UdSSR zurückgekehrt und der Aufstand habe diese Absicht vereitelt, wird keineswegs von allen Experten geteilt.

So schreibt Rudolf Wichard, Politologie-Professor in Schwäbisch Gmünd, in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte" vom 21. Mai 1983: Semjonow habe an jenem Tag „offenbar Direktiven mitgebracht, die der SED eine Anpassung ihres harten Sparkurses an die Liberalisierungsbestrebungen in der Sowjetunion empfahlen".

Wichard nennt auch die Zahl von 300 000 Arbeitern, die sich an den Streiks und Demonstrationen beteiligten. Dies entspricht rund fünf Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft, wobei es sich um die strategisch wichtigsten Kombinate handelte. Diese Zahl wird in der offiziellen „Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik" von 1981 sogar bestätigt.

Ebenfalls in einem Beitrag für den 17.-Juni-Sonderband des „Deutschland-Archivs" behandelt der Politologe Gerhard Wettig die vermeintlich verpaßte Chance für eine Ablösung des verhaßten Ulbricht. Der damalige Stellvertreter Erich Honeckers in der FDJ-Führung, Heinz Lippmann, habe später geschrieben, der Kurswechsel von Anfang Juni 1953 (Neuer Kurs der SED, jedoch zunächst ohne Rücknahme der Normenerhöhungen, d. Red.) sei lediglich der „überfällige Versuch zur Anpassung des Herrschaftsverhaltens an eine veränderte Realität" gewesen. Die Gruppe um den damaligen SSD-Chef Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur des „Neuen Deutschland", hätten „den gleichen Machttypus wie Ulbricht" verkörpert. Ihnen sei es, so Lippmann, keineswegs um Liberalisierung, sondern um eine „Modernisierung der Diktatur und den Versuch gegangen, das System wieder lebensfähig zu machen".

Die Metamorphose des offiziellen SED-Bildes vom 17. Juni gelang rasch: Während das SED-Zentralkomitee noch am 21. Juni 1953 von „verbitterten Arbeitern" sprach, die sich von „Partei und Regierung verlassen gefühlt" hätten, war die Sprachregelung am 24. Juli 1953 perfekt. Es war eine „von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung aus ehemals aktiven Nazisten und ehemaligen SPD-Mitgliedern".

Bis in das SED-Parteistatut von 1976 erweisen sich jedoch die fortwirkenden Lehren des 17. Juni. Unter Punkt 2, Absatz h der Mitgliedspflichten heißt es, der Genosse müsse „gegen Subjektivismus, Mißachtung des Kollektivs, Egoismus und Schönfärberei auftreten und gegen die Neigung, sich an Erfolgen zu berauschen, gegen jeden Versuch ankämpfen, Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen und sich dafür einsetzen, Kritik und Selbstkritik von unten in jeder Weise zu fördern".

Denn nur eine einigermaßen zufriedene und auch künftig nicht durch starke Einbußen im Lebensstandard beeinträchtigte Industriearbeiterschaft bewahrt die SED davor, sich mit dem unverheilten Trauma des 17. Juni intensiv auseinanderzusetzen.

Ausgebürgerte Pazifisten gegen Nachrüstung

dpa, **Berlin**

In einem offenen Brief an die Bundestagsfraktion und die Friedensbewegung haben aus der „DDR" ausgebürgerte Pazifisten gegen die NATO-Nachrüstung protestiert und eine Abrüstung in Ost und West gefordert. In dem der Deutschen Presse-Agentur übermittelten Brief, der von 20 früheren Mitgliedern der Jenaer Friedensgruppe unterzeichnet wurde, heißt es: „Wir haben uns in unserem Land für Abrüstung in Ost und West eingesetzt, und das werden wir auch hier tun. Auch wenn wir jetzt in West-Berlin leben müssen, sind wir doch eng mit unseren Freunden in Jena, Ost-Berlin, Halle, Cottbus, Dresden, Schwerin und in vielen anderen Städten der DDR verbunden."

Nach Ansicht der Unterzeichner wird eine mögliche Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland den „politischen Druck auf unsere Freunde in der „DDR" verstärken. „Wir sind in Sorge um den Frieden, denn der Warschauer Pakt wird nicht mit einer ‚Nachrüstung' zögern. Wir haben erkannt, daß nicht nur in der DDR mit Feindbildern zum Haß erzogen wird, sondern auch hier. Deshalb muß die Abrüstung in unser aller Köpfe beginnen."

Analyse eines historischen Wahlsiegs: Die parteipolitische Grenze in Großbritannien verschob sich weit nach Norden

Arbeiter, Angestellte, Jungwähler stimmten gegen Labour

Von FRITZ WIRTH

Betrachtungen und Erkenntnisse über einen politischen Erdrutsch, dessen Dimensionen und Ursachen vielen Beobachtern immer noch unbegreiflich sind:

1. Die britische Labour Party ist eine Arbeiterpartei geworden, der die Arbeiter davonlaufen.

2. 60 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten britischen Arbeiter und Angestellten wählten am 9. Juni gegen Labour.

3. Die Mehrheit der Jungwähler, die bei dieser Wahl zum ersten Mal zur Urne gingen, wählte konservativ.

4. Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert wählten mehr Männer als Frauen konservativ, und das zu einem Zeitpunkt, da dieses Land zum ersten Mal von einer Frau regiert wird.

5. Die „Grünen" und die „Friedensbewegung" haben beim Ausgang dieser Wahl praktisch keine Rolle gespielt.

Das sind Einsichten und Erkenntnisse, die besonders die Labour Party zu diesem Zeitpunkt, da sie sich bereits zu neuen Wahlen rüstet, um einen neuen Parteichef zu finden, zur Kenntnis nehmen muß. Denn diese Wahl ist nicht durch das Mehrheits-Wahlsystem entschieden worden, wahlentscheidend waren vielmehr eine Serie bedeutsamer soziologischer und ideologischer Umstrukturierungen.

Eine genaue Analyse dieser Veränderungen macht deutlich, daß der Versuch Labours, das verlorene politische Terrain zurückzuerobern, wesentlich schwieriger ist, als selbst Pessimisten bisher vermuteten. Die Partei ist dabei, ihre Basis zu verlieren. Ihr Stimmen-Kollaps war nicht ein einmaliges Ereignis oder ein politischer Unglücksfall, sondern der vorläufige Tiefpunkt einer lang anhaltenden Anti-Labour-Entwicklung.

Labour verlor bei dieser Wahl 5,3 Prozent der Stimmen im Vergleich zum Jahre 1979. Ihre 27,6 Prozent sind der geringste Stimmenanteil seit 1918. Tatsache ist, daß sich der Labour-Stimmenanteil seit Attlees großem Wahlsieg 1945 ständig abwärts bewegt. Das hat nichts mit dem Wahlsystem zu tun. Die Unfairneß dieses Wahlsystems hat bei dieser Wahl lediglich die Dimensionen der Labour-Niederlage mitbestimmt, sie erklärt nicht die Niederlage an sich.

Im Gegenteil: eine Analyse über die Diskrepanz zwischen Stimmenanteil und dafür gewonnenen Unterhaussitzen zeigt, daß sich zwischen 1945 und 1979 diese Diskrepanz im Durchschnitt mit 5,1 zugunsten Labours, mit 4,5 Prozent zugunsten der Torys und mit 0,3 Prozent zuungunsten der Liberalen ausgewirkt hat. Das belegt, wie stark die beiden großen Parteien die Nutznießer des Mehrheits-Wahlsystems sind. Da eine Wahlreform nur mit ihrer Zustimmung durchgeführt werden kann, sind die Aussichten der Sozial-Liberalen auf eine Änderung praktisch gleich Null.

Der für Labour alarmierendste Aspekt ihrer Wählerflucht ist die Entfernung von den Gewerkschaften, dem angeblich „großen Bruder" dieser Partei. So gaben im Jahre 1964 noch 73 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Labour ihre Stimme. Bei dieser Wahl am 9. Juni waren es nur noch 39 Prozent. 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten konservativ, 20 Prozent gaben den Sozial-Liberalen ihre Stimme. Das bedeutet, daß bei dieser Wahl 60 Prozent der britischen Gewerkschaftsmitglieder gegen Labour gewählt haben, und das vor dem Hintergrund von 3,1 Millionen Arbeitslosen!

Damit stellt sich die Frage der engen politischen Liaison zwischen Labour und Gewerkschaften neu. Zahlreiche Labourpolitiker fragen, ob sich damit noch die Tatsache rechtfertigen läßt, daß die Gewerkschaften bei der Wahl des neuen Parteichefs, die jetzt bevorsteht, mit 30 Prozent der Stimmen das großes Sagen haben. Andererseits fragen viele Gewerkschaftsfunktionäre, ob die Labour Party angesichts ihrer schlechten Wahlresultate noch die massive finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften verdient. Tatsächlich sind nur noch 17 Prozent der britischen Gewerkschaftler bereit, Beiträge an die Labour Party zu zahlen.

Nicht weniger bemerkenswert ist die Tatsache, daß 30 Prozent der britischen Arbeitslosen bei dieser Wahl den Konservativen ihre Stimme gaben. Nur 45 Prozent von ihnen wählten Labour, obwohl die Partei versprochen hatte, die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten fünf Jahren um 2,5 Millionen zu reduzieren.

Auch rein geographisch hat sich die Grenze, die dieses Land in den sozialistischen Norden und den konservativen Süden teilte, bei dieser Wahl erheblich nach Norden verschoben. Diese Grenze verlief bisher südlich von Coventry. Sie liegt heute nördlich von Manchester. Die Masse der ungelernten Arbeiter (insgesamt 56 Prozent) hat bei dieser Wahl „bürgerlich" gewählt, also konservativ (29 Prozent) und sozial-liberal (27 Prozent).

Der Überlauf der Jungwähler, die seit dem Kriege sichere Labourwähler waren, ins Lager der Konservativen ist ein Trend, der sich bereits 1979 zeigte. Damals entschieden sich diese Jungwähler schon zu gleichen Teilen für Labour und für die Torys. Am 9. Juni nun ist dieser Umschwung mit einer für die Labour Party alarmierenden Wucht vollzogen worden. Nur 17 Prozent der Jungwähler gaben Labour ihre Stimme (und das bei einer Arbeitslosenrate von 16 Prozent unter diesen Jungwählern). 20 Prozent wählten die sozialliberale Allianz und 20 Prozent konservativ. Der Rest blieb der Wahlurne fern.

Einer der Gründe für diese Entwicklung: Labour verfügt heute nicht mehr über eine politische Jugendorganisation. Die Jungsozialisten sind vollständig ins Lager der radikalen „Militant Tendency" übergelaufen.

Die erstaunliche Tatsache, daß zum ersten Mal in diesem Jahrhundert mehr Männer als Frauen konservativ wählten, obwohl die Partei zum ersten Mal von einer Frau geführt wird, hat nur sehr bedingt politische Gründe. Frauen entscheiden mehr nach Persönlichkeit denn nach Programm, und in dieser Hinsicht hatte die sozial-liberale Allianz Attraktionen anzubieten. Der sehr jugendlich und dynamisch wirkende liberale Parteichef David Steel und der stellvertretende Parteichef der Sozialdemokraten, David Owen, übten bei dieser Wahl den größten Appeal auf weibliche Wähler aus und führten überlegen die Liste der beliebtesten britischen Politiker an. Der konservative Stimmenverlust bei den Frauen kam also voll der Allianz zugute. Tatsächlich ist diese sozial-liberale Allianz eine „Frauenpartei" geworden.

Stabil geblieben ist bei dieser allgemeinen Wählerflucht für Labour nur der Stimmenanteil bei den Bürgern über 65 Jahre, was die Zukunftsaussichten nicht rosig macht, und in Schottland, wo die Labour Party 41 von insgesamt 72 Unterhaussitzen gewann. Das bedeutet, daß künftig im Unterhaus ein Fünftel der Labourabgeordneten aus Schottland kommt. Die Hochburgen dieser Partei verschieben sich also immer weiter in die nördliche Randzone Großbritanniens. Labour wird daher in den nächsten Jahren im Parlament eine wesentlich proschottischere Politik als bisher betreiben müssen und läuft damit Gefahr, sich noch weiter von der Masse der Wähler in England zu entfremden.

Zu den stillen, aber höchst signifikanten Verlierern dieser Wahl gehören ferner die britischen „Grünen", die mit dem anspruchsvollen Ziel in die Wahl gegangen waren, mindestens fünf Prozent der Stimmen zu gewinnen und es damit den „Grünen" in der Bundesrepublik nachzumachen.

Das Ergebnis ist deprimierend: Insgesamt 53 627 Briten wählten am 9. Juni „grün", das sind weniger als 0,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Immerhin hatten die „Grünen" mit 109 Kandidaten zu dieser Wahl die viertgrößte Zahl von Kandidaten aufgestellt.

Ihre Niederlage ist zugleich ein Desaster für die britische Friedensbewegung, die die britischen „Grünen" aktiv in dieser Wahl unterstützte, obwohl betont werden muß, daß sich diese Anti-Nuklear-Bewegung in erster Linie mit den Labour-Kandidaten identifizierte.

Das bedrückendste Ergebnis dieser Wahl: Der Sieg der „Sinn-Fein"-Partei in Belfast. „Sinn Fein" ist die Schwesterpartei der Terror-Organisation IRA. Zugleich aber brachte diese Wahl in Nordirland trotz interner Spannungen einen erstaunlichen Aufschwung der protestantischen Unionsparteien, die 15 der insgesamt 17 nordirischen Unterhaussitze gewannen. Das zeigt: Das Land kehrt zu seinen alten verhärteten politischen Strukturen zurück. Im Hinterhof der britischen Politik werden neue Sturmsignale sichtbar.

Seite 9: Glaubwürdigkeit verloren

Die Gaullisten wenden sich resolut Europa zu

Aber nur Empfehlungen an die Partei, keine Beschlüsse

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit mehr Phraseologie als konkreten Maßnahmen hat die gaullistische „Sammlungsbewegung für die Republik" von Jacques Chirac eine „resolute Hinwendung zu Europa" vollzogen. In einer Entschließung ihrer Führung an die Partei heißt es: „Wir fordern alle Parteimitglieder auf, ihren Willen kundzutun, alles zu leisten, damit die Errichtung eines einigeren und selbstsicheren Europa wieder zur Primärforderung der französischen Politik wird." Parteichef Chirac hatte das 24stündige Europa-Seminar seiner Parteiführung mit der Begründung angesetzt, daß die „Politik der augenblicklichen Regierung die Gefahr eines Bruchs mit Europa" in sich trage und ihr daher entschlossen entgegengetreten werden müsse.

Kommentatoren bewerten den Schritt des Gaullistenchefs unterschiedlich. Für die einen stellt er „eine wahre Revolution" dar für eine Partei, die sich jahrzehntelang eher negativ zum europäischen Einigungswerk verhalten hatte, für die anderen ist er nur ein taktisches Manöver, um der Konkurrenz-Partei UDF des ehemaligen Präsidenten Giscard das Wasser abzugraben. Noch ist wenig wahrscheinlich, daß es, wie die Gaullisten dies wünschen, zu einer gemeinsamen Liste der Rechts-Parteien unter der ehemaligen Präsidentin des Straßburger Parlaments, Simone Veil, kommt.

Chirac bestand in seinem Einführungsbericht an das Zentralkomitee vor allem auf der Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit in der Außenpolitik, die „zwischen Paris, Bonn, London und Rom abzustimmen" sei, sowie auf Bemühungen in Richtung auf eine europäische Sicherheitspolitik. Alles aber, was zu einer größeren Integration der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft führen könnte, wie größere Vollmachten des Parlaments oder Mehrheitsentscheidungen im Rat, war sorgfältig aus den Vorschlägen weggelassen. Insofern rührte der Gaullistenchef noch nicht an die Substanz der heutigen Institutionen, wie das der Genscher-Colombo-Plan oder die neuen Vorschläge tun, die Bundeskanzler Kohl offenbar auf dem Stuttgarter Gipfel machen will.

Die Vorwarnzeit ist ein strategisches Element

Pershing 2: Geschwindigkeit erhöht die Abschreckung

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Ein beliebtes Argument gegen die Pershing 2, das auch geflissentlich von der sowjetischen Propaganda benutzt wird, ist die hohe Fluggeschwindigkeit dieser Rakete. Die Sowjetunion behauptet, sie sei so groß, daß Moskau nur wenige Minuten Warnzeit verblieben. Das ist zweifellos richtig, es ist geradezu die Stärke der Pershing 2, so schnell zu sein, daß Gegenmaßnahmen außerordentlich erschwert werden. In dieser Eigenschaft der Pershing 2 liegt ein entscheidendes Element ihrer Abschreckungsfähigkeit.

Man muß davon ausgehen, daß der Sowjetunion dennoch eine, wenn auch nur kurze Warnzeit verbleibt, die sie nutzen kann. Moskau hat nach der Unterzeichnung des Vertrages zur Begrenzung der Raketenabwehr 1972 die ausdrücklich erlaubten Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet mit gewaltigen Geldmitteln vorangetrieben. Der dabei betriebene Aufwand übertraf den der Vereinigten Staaten um ein Vielfaches.

Radargeräte mit Phasensteuerung (phased array), die für die Raketenabwehr eine Voraussetzung sind, gehören heute in der Sowjetunion zur Tagesordnung. In ganz Westeuropa gibt es kein einziges militärisch operationelles Radargerät dieser Art. Mit anderen Worten: Was die sowjetische Desinformationskampagne geschickt verschleiert, ist die Tatsache, daß Westeuropa bei einem Abschuß der SS 20 überhaupt keine Warnzeit hätte.

SS 20 nicht so zielgenau

Der Wiedereintrittskörper der Pershing 2, in ihm befindet sich der nukleare Sprengkopf, erreicht im Weltraum in rund 300 Kilometer Höhe zwölffache Schallgeschwindigkeit. Dies gibt ihm auch die nötige kinetische Energie, um gegebenenfalls tief in die Erde eindringen zu können. Wahlweise kann der Gefechtskopf nämlich mit einem sogenannten Erdpenetrator ausgerüstet werden, dessen äußere Hülle aus einer Legierung panzerbrechenden Stahls besteht. Der Sinn dieser Ausstattung ist, den Penetrator so tief unter die Erde zu bringen, daß mit einer verhältnismäßig kleinen Atomladung ein verbunkerter Kommandostand der höheren militärischen Führung „geknackt" werden kann.

Voraussetzung für die kleine Atomladung ist die Zielgenauigkeit der Waffe. Die Pershing 2 hat bei Probeschüssen eine mittlere Zielabweichung von 30 Metern gehabt. Der Gefechtskopf ist mit sogenannter Endphasenlenkung ausgerüstet. Grundlage für dieses Lenkungsverfahren ist die Satellitenaufklärung.

Die sowjetische SS 20 ist nicht so zielgenau, ersetzt dies aber durch eine erhöhte nukleare Sprengladung. Ist die Sprengladung groß genug – solche Dinge pflegen die Sowjets nicht dem Zufall zu überlassen –, können auch gehärtete Ziele vernichtet werden.

Bekämpfung schwierig

Die hohe Geschwindigkeit des Pershing-2-Wiedereintrittkörpers macht seine Bekämpfung schwierig, wenn auch nicht unmöglich. In der neuen Luftabwehrrakete SA 12 der Sowjetunion könnte ein Anti-Pershing-2-Potential entstehen. Die enorme Geschwindigkeit des Gefechtskopfes macht die Pershing 2 zu einer verhältnismäßig sicheren Waffe, mit der sowjetisches Staatsgebiet wirklich bedroht werden kann. Darin aber liegt der Ankoppelungseffekt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa. Ohne die Pershing 2 wäre der begrenzte nukleare Konflikt in Europa möglich, mithin auch denkbar.

Die Cruise Missile oder Marschflugkörper ist eine ebenso exakte Waffe. Doch sie hat ein Düsentriebwerk und fliegt im Tiefflug eben über die Bäume. Mit einer gut ausgerüsteten und durchorganisierten Luftabwehr kann die Cruise Missile abgefangen werden. In einigen Jahren wird die Sowjetunion einen riesigen Apparat zur Bekämpfung der Cruise Missiles aufstellen. Es kann also der Tag kommen, wo die sogenannte Durchsetzungsfähigkeit der Marschflugkörper in Frage gestellt ist. Allein auf dieses Waffensystem abgestützt, könnte die von Moskau angestrebte Abkoppelung von Amerika dann wieder stattfinden.

Die Geschwindigkeit der Pershing 2, die von den Sowjets aus sehr naheliegenden politischen und militärischen Gründen in den Vordergrund gestellt wird, ist insofern ein integrales Element der westlichen Strategie. In ihrer Reaktionsgeschwindigkeit und Durchsetzungsfähigkeit liegt die abschreckende Wirkung der Nachrüstung. (SAD)

Gederts Melengailis (32), seit 6. Januar 1983 in Haft.

Ints Calitis (55), Unterzeichner des baltischen Memorandums.

Janes Roszkalns (34), Autor des Berichts über Christenverfolgung.

FOTOS: GREGOR KONDEK

Mit einem großen Schauprozeß in Riga will Moskau die Letten einschüchtern

GREGOR KONDEK, Kiel

Der sowjetische Staatssicherheitsdienst (KGB) und die sowjetische Justiz bereiten nach Ansicht politischer Beobachter sowie nach vorliegenden Informationen aus Kreisen lettischer Oppositioneller in Riga einen Schauprozeß gegen sechs Letten vor.

Die seit dem Amtsantritt Jurij Andropows als KP-Chef im November 1982 begonnene Welle der Verfolgungen gegen Christen und Oppositionelle, die nach ihren nationalen Souveränitätsrechten in allen drei baltischen Staaten fragen, haben bisher nicht den von Moskau erhofften Erfolg gezeigt. Mit dem bevorstehenden Schauprozeß – Ausdruck einer sich steigernden Nervosität der sowjetischen Behörden – soll nun offenbar nach dem stalinistischen Muster der Abschreckung verfahren werden.

Seit Wochen wird in einer breitangelegten Pressekampagne der Prozeß vorbereitet. In der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" sowie in dem lettischen Zentralorgan der KP „Cina" und der kommunistischen Jugendzeitung für Lettland „Padomju Jaunatne" wurde ausführlich über „die Machenschaften von gesellschaftsfeindlichen Elementen, die unter dem Deckmantel der Pflege von Folklore antisowjetische Agitation betreiben", berichtet. Darüber hinaus wurde für sonstige sowjetische Gepflogenheiten in höchst ungewöhnlicher Art und Weise über die innersowjetischen Grenzen hinweg in anderen Republiken über den verderblichen Einfluß lettischer Baptisten berichtet.

Die Verhafteten sind zum Teil seit dem 6. Januar dieses Jahres in Haft. Nachdem im Januar über 50 Wohnungen vom KGB in Riga und anderen lettischen Landesteilen durchsucht worden waren, sind in den letzten Monaten die Terroraktionen der Behörden erweitert worden. Im Zuge der sogenannten Ermittlungen wurden weitere 50 Wohnungen und Haushalte durchsucht, auf den Kopf gestellt, persönlicher Besitz beschlagnahmt und Hunderte von Personen willkürlich festgenomen, verhört und auf offener Straße zusammengeschlagen.

Der WELT liegt eine Namenliste der KGB-Leute vor, die maßgeblich an diesen Aktionen beteiligt waren und diese leiteten. Chef dieser Terrorwelle ist der Leiter der Abteilung für prophylaktische Operationen des republikanischen KGB, Oberst Alberts Kondratovs, der in dem Rigaer KGB-Gebäude auf der Lenina iela 61 im Raum Nr. 551 seinen Arbeitsplatz hat und über das Diensttelefon 294-551 zu erreichen ist. Ein weiterer führender Offizier dieser Abteilung ist Oberst Smirnow, der auf der Kirova iela 45/47 in der fünften Etage im Raum 51 sein Arbeitszimmer hat. Er ist über das Diensttelefon 295-551 zu erreichen. Als besonders grausam wird der leitende Aufseher der Rigaer Strafisolation des KGB bezeichnet, der verantwortlich ist für die Kelleretage der Isolationsräume im KGB, Egons Kaucis. Seine Anschrift lautet: Riga, Altonovas iela 49 dz. 2, Telefon-Anschluß 610392. Bei der Organisierung und Exekution von Schlägereien gegen Christen und lettische Oppositionelle haben sich nach diesen Angaben als KGB-Außendienstmitarbeiter die Gebrüder Egils und Juris Kaucis hervorgetan, die zum Teil ihre Schlägertrupps unter „Wermutbrüdern" rekrutieren sollen. An diesen Aktionen beteiligt war demnach auch der für den KGB arbeitende Milizleutnant Spalva, Miliz-Revier des Lenin-Rayons der Stadtmiliz von Riga, Kugu iela 15 mit den Telefonanschlüssen 459007 und 612024. Ferner sollen die Arbeiter eines Versuchswerkes für Maschinen der Lebensmittelbranche, Stanislaw Koslow und Polubojarinow, daran beteiligt gewesen sein. Sie haben ihren Arbeitsplatz in Riga in der Vienieas gatve 20 und sind über die Kaderabteilung Apparat 622043 zu erreichen.

Hauptangeklagte des bevorstehenden Prozesses sind:

- Der 55jährige Schlosser Ints Calitis, Mitunterzeichner des baltischen Memorandums von 1979. In ihm hatten baltische Bürgerrechtler die Annullierung des Stalin-Hitler-Pakts verlangt. Calitis war als politischer Gefangener schon zweimal in sowjetischen Arbeitslagern.
- Die 52jährige Krankenschwester Lidija Doronina geborene Lasmane, die ebenfalls schon zweimal in Haft war und an einer schweren Tuberkulose leidet. Bei der Hausdurchsuchung ihrer Wohnung waren vor ihrer Verhaftung vor allem Dokumente der Moskauer Friedensbewegung beschlagnahmt worden.
- Der 55jährige Prigadier Gunars Freimanis. Freimanis hatte bereits von 1964 bis 1968 wegen Verbreitung von Gedichten eine fünfjährige Lagerhaft verbüßen müssen.
- Der 32jährige Arbeiter Gederts Melengailis, ein aktiver Christ, der seit seinem Besuch auf dem akademischen theologischen Colleg der evangelisch-lutherischen Kirche der Lettischen SSR schon mehrfach besonderen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt war.
- Der 34jährige Elektriker Janes Rozkalns. Rozkalns, aktiver Baptist, hatte in Verzweiflung wegen der seit Jahren andauernden Verfolgung von Christen eine Eingabe an das Innenministerium in Riga, an die Vereinten Nationen in New York und andere internationale Organisationen Anfang dieses Jahres verschickt.
- Der 29jährige aktive Baptist Janis Veveris. Veveris war mehrfacher Meister des Sports und mehrmals Juniorenmeister der UdSSR im akademischen Rudern.

Die Angehörigen der Verhafteten werden nach vorliegenden Berichten ständigen Verhören und Repressalien unterzogen. Die Repressalienmeister machen selbst vor der Versorgung von Säuglingen keinen Halt. Stellvertretend sei die Situation von Gunta Rozkalns, der Ehefrau des Baptisten Janis Rozkalns, geschildert. In einer Eingabe an das Internationale Rote Kreuz berichtet sie: „Täglich werde ich nun mit neuen Problemen konfrontiert, die für mich nur schwer zu bewältigen sind. Sogar von der täglich so notwendigen Ration der Kindermilchnahrung, die von einer besonderen Kinderernährungsküche gegen teure Vorauszahlung abgeholt werden muß, erhalte ich oft nur einen Teil – man sagt einfach, sie fehle."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Juristen-Reimereien

„Mühsal des Instanzenwegs": WELT vom 6. Juni

Sehr geehrte Herren,

am 16. Mai berichteten Sie unter der Überschrift „Rechtsanwälte geben den Richtern contra" zutreffend, die Überlastung der Gerichte könne gar so schlimm nicht sein; zwar sei die Zahl der erstinstanzlichen Zivilprozesse von 1,2 Millionen auf 1,47 Millionen gestiegen, also um 22,6 Prozent, jedoch habe sich die Zahl der Richter gleichlaufend erhöht von 8883 auf 12968, also um 45,9 Prozent.

In der WELT vom 6. Juni liest man nun umgekehrt – aus der Feder des Berliner Bundessenators –, die Überlastung der Gerichte könne „nicht mehr bestritten werden".

Hoppla, Herr Senator! Fast doppelt so viele Richter – nur ein Viertel mehr Prozesse – und die Belastung wird „unbestreitbar" zur Überlastung? Obwohl im gleichen Zeitraum (1957 bis 1981) richterliche Aufgaben auf Rechtspfleger übertragen worden sind?

Wie reimt sich das?

Mit freundlichen Empfehlungen
Kurt Kroymann,
Rechtsanwalt Hanseatischen Oberlandesgericht, dem Land- und Amtsgericht Hamburg

Patent nicht umsonst

„Schindluder mit dem ‚Rohstoff-Geist'": WELT vom 10. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Richtigkeit der Ausführungen in o. g. Artikel möchte ich nicht in Frage stellen – dem Deutschen Patentamt sind leider mehrere derartige Fälle bekannt –, jedoch bedürfen die Angaben über die beim Deutschen Patentamt anfallenden Jahresgebühren („Jahr für Jahr DM 2400,–") einer kleinen Korrektur:

Nach dem Patentgebührengesetz von 1976 sind für die Aufrechterhaltung eines Patents oder einer Anmeldung zu entrichten: für das 3. Jahr 100,– DM, 4. Jahr 100,– DM, 5. Jahr 150,– DM, 6. Jahr 225,– DM, 7. Jahr 300,– DM, 8. Jahr 300,– DM, 9. Jahr 500,– DM, 10. Jahr 600,– DM, 11. Jahr 800,– DM, 12. Jahr 1050,– DM, 13. Jahr 1300,– DM, 14. Jahr 1550,– DM, 15. Jahr 1800,– DM, 16. Jahr 2100,– DM, 17. Jahr 2400,– DM, 18. Jahr 2700,– DM, 19. Jahr 3000,– DM, 20. Jahr 3300,– DM. Insgesamt also für 20 Jahre 22 375,– DM.

Die Jahresgebühren liegen beim Deutschen Patentamt also weit niedriger als in Ihrem Artikel erwähnt. Ihre jährliche Steigerung soll den Patentanmelder oder -inhaber zur ständigen Prüfung veranlassen, ob die Aufrechterhaltung seines Schutzrechts noch lohnt.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, daß das Deutsche Patentamt bemüht ist, wenigstens durch eine Verbesserung der Information über veröffentlichte Patentanmeldungen und Patente den Erfindern eine Hilfestellung bei der Vermarktung Ihrer Erfindungen zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Martin Vogel,
Deutsches Patentamt,
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
München 2

DGB-Parlament

„Demonstration eigener Art": WELT vom 6. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

der obengenannte Bericht zu den Aktivitäten des DGB in Stuttgart wirft ein Schlaglicht auf Selbstverständnis und Zielsetzung des DGB.

Ziel dieser Organisation ist seit langem nicht mehr die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder, sondern die Erhaltung und der Ausbau der eigenen Machtposition.

Allein die Tatsache, daß ca. 60 Prozent der Bundestagsabgeordneten DGB-Mitglieder sind, ist bezeichnend hierfür. Gemessen an ihrer Mitgliederzahl (ca. 8 Millionen) ist der DGB im Bundestag deutlich übergewichtig vertreten.

Immer mehr Bürgern wird bewußt, wie verheerend sich die Pressionen des DGB auf das Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialgefüge unseres Staates auswirken. Es ist deshalb dringend geboten, daß die politischen Parteien künftig bei der Kandidatenaufstellung darauf bedacht sind, auch hier für Ausgewogenheit zu sorgen und in den Wahllisten zu vermerken, welcher Kandidat Mitglied des DGB ist und damit zwangsläufig DGB-Interessen vertritt.

Mit freundlichen Grüßen
Else Gerlach,
Marktheidenfeld

Duz-Freunde!

„Unions-Abgeordnete wollen mit Genscher über ‚Korrektur' reden": WELT vom 7. Juni

Trotz des Koalitionswechsels hat die FDP ihre Außen-, Wirtschafts- und Rechtspolitik so gut wie nicht geändert. Nun hat aber der Bundeskanzler die Richtlinienkompetenz. Wie aber kann sich Kohl gegen Genscher wirkungsvoll durchsetzen, wenn er diesem seit längerer Zeit in Duzbrüderschaft verbunden ist?

Dr. Alfred Herrmann,
Weißenburg

Wort des Tages

„Das Glück besteht nicht darin, daß du tun kannst, was du willst, sondern darin, daß du auch immer willst, was du tust."

Leo Tolstoi, russ. Dichter (1828–1910)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Was zählt mehr?

„Dem Umweltschutz mit Marktwirtschaft begegnen": WELT vom 3. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

marktwirtschaftliche Kräfte haben schon Probleme ganz anderer Größenordnung bewältigt, wenn man sich nur einmal der Aufbauleistung der deutschen Städte nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert.

Um dem so nützlichen Gedanken des Umweltschutzes aber nicht zu schaden, sollte man auch einmal auf Einflüsse hinweisen, die der Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für dieses Gebiet eher abträglich sind. Ich denke hier an die zahlreichen Veröffentlichungen von „Wissenschaftlern", an deren Kompetenz man zumindest gewisse Zweifel ob ihrer seriösen Zielsetzung hegen muß. Ein typisches Beispiel ist die auch in Ihrem Artikel genannte Meldung, wonach trotz „beträchtlich höherem Aufwand" für den Umweltschutz von 1970–1980 die Gesamtmenge des ausgestoßenen Schwefeldioxids gleich geblieben sei. Diese negative Betrachtungsweise läßt völlig außer acht, daß in den genannten 10 Jahren eine enorme Vergrößerung des gesamtwirtschaftlichen Volumens stattfand.

Ich meine, auch die apokalyptische Dauerberieselung der Bürger stumpft nur ab durch die Eintönigkeit und Langeweile, die damit verbreitet wird. Man darf das Gefühl für Proportionen nicht völlig verlieren und muß abwägen zwischen der Verdammung von chemischen Mitteln zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft und dem Hunger auf diesem von in 25 Jahren mit acht Milliarden Menschen bevölkerten Planeten.

Mit freundlichen Grüßen
Ferdinand Neitzert,
Kaltenkirchen

Zu enge „Masche"

„Unterstützung für Ex-Abgeordnete?": WELT vom 1. Juni

Nach Paragraph 34 Abs. 1 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ist das Verfahren vor diesem Gericht kostenfrei. Von der Möglichkeit, die volle oder teilweise Erstattung der Auslagen an die Ex-Abgeordneten anzuordnen (Paragraph 34 Abs. 3), hat das Bundesverfassungsgericht aus sicherlich wohlerwogenen Gründen abgesehen.

Eine Korrektur dieser Entscheidung – darauf liefe der Ankauf der Gutachten zum Zwecke der Dokumentation hinaus – durch Bundestagspräsident und Präsidium wäre bedenklich.

1. Die Dokumentation erscheint überflüssig. Der an den Gutachten interessierte Verfassungsrechtler kann die Gerichtsakten einsehen.
2. Die Ex-Abgeordneten kannten das Prozeßrisiko. Eine Abwälzung dieses Risikos auf die Steuerzahler würde bedeuten, daß eine Masche des sozialen Netzes im Interesse einiger Politiker enger geknüpft würde. Dem Ansehen der Bundestagsabgeordneten kann das nicht dienlich sein.

Gerhard Janetzke,
Hamm

Personalien

ERNENNUNGEN

Bill von Bredow, bisher stellvertretender Protokollchef der Bundesregierung, wird neuer Protokollchef in Berlin. Er wird auf Wunsch des Regierenden Bürgermeisters **Richard von Weizsäcker** dort Nachfolger von **Erwin Freiherr von Schacky**, der vor einigen Monaten starb. Bill von Bredo, kehrt in seine Heimatstadt zurück. Er ist 1933 in Potsdam geboren. Der Jurist war 1961 in das Auswärtige Amt eingetreten. Es folgten Auslandsposten in Mali, in dem früheren Ostpakistan und bei der damaligen deutschen Beobachter-Mission der Bundesrepublik bei der UNO in New York. 1967 bis 1970 gehörte Bill von Bredow dem Presseferat des Auswärtigen Amtes an. 1970 bis 1973 war er Leiter der Presseabteilung in der deutschen Botschaft in Tel Aviv, wo er zum Botschaftsrat aufrückte. 1972 holte ihn das Nationale Olympische Komitee als stellvertretenden Protokollchef in das Organisationskomitee der Olympischen Spiele nach München. Von 1973 bis 1977 leitete von Bredow die Presseabteilung der deutschen Botschaft in Rom. 1979 wurde ihm die Leitung des Referates „Fremde Missionen, Orden Zeremoniell" im Protokoll des Auswärtigen Amtes übertragen, das bis zu diesem Zeitpunkt sein Berliner Vorgänger von Schacky innehatte. 1980 wurde von Bredow Gesandter und stellvertretender Protokollchef in Bonn. Er ist mit **Marie Eleonore von Schwarzenberg** verheiratet, einer Frau aus einer berühmten Familie, die am österreichischen Hof eine große Rolle spielte. Das Palais Schwarzenberg in Wien ist heute noch zum großen Teil im Familienbesitz. **Karl Philipp Fürst zu Schwarzenberg**, der zeitweise Botschafter in Rußland und Paris war und 1809 die Verhandlungen über die Heirat zwischen **Napoleon I.** und der Erzherzogin **Marie Louise** führte, übernahm in den Befreiungskriegen den Oberbefehl über alle alliierten Truppen und gehört zu den Siegern der Völkerschlacht zu Leipzig.

*

Ministerialdirektor Dr. **Otto von der Gablentz**, bis 1982 Leiter der Außen- und sicherheitspolitischen Abteilung im Kanzleramt, wird neuer deutscher Botschafter in den Niederlanden. Von der Gablentz, 1930 in Berlin geboren, Jurist, studierte unter anderem in Oxford und an der Harvard-University und war Dozent am Europa-Colleg in Brügge. 1959 trat er in das Auswärtige Amt ein. Nach Verwendungen in Melbourne und an der deutschen Botschaft in London wurde er 1973 im AA Referatsleiter im Referat Europäische Einigung, Europarat, WEU.

*

Dr. **Hans-Henning Wolter**, seit 1980 Botschafter in Nepal, wird deutscher Botschafter im afrikanischen Königreich Lesotho. Wolter, 1923 in Halle an der Saale geboren, war 1962 nach dem Dr. phil. in das Auswärtige Amt eingetreten. Er war in Rabat, Tunis und Bagdad tätig, in der Zentralafrikanischen Republik und Botschafter in der Dominikanischen Republik.

Wir nehmen Abschied vom Mitglied des Aufsichtsrats

KARL A. THOELKE

* 4. April 1930 † 11. Juni 1983

Sein aus großer praktischer Erfahrung erwachsener Rat, seine kreative Phantasie, seine menschliche Wärme und seine Fröhlichkeit prägten sein Wirken im Aufsichtsrat. Sein Andenken wird uns Verpflichtung und Ansporn sein. Er wird uns fehlen.

Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft der

KLÖCKNER-WERKE AG

Anstelle von zugedachten Blumen- oder Kranzspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um Unterstützung der Sozialarbeit des Rotary-Clubs, Duisburg-West, Konto-Nr. 5 618 350 bei der Commerzbank AG, Duisburg.

Die tapfer bekämpfte Krankheit war nicht zu besiegen.
Es wäre immer zu früh gewesen.

Wir nehmen Abschied von unserem Gesellschafter und Mitglied der Gesamtleitung

KARL A. THOELKE

* 4. 4. 1930 † 11. 6. 1983

Für jeden, der ihn kannte, wird er Vorbild und Maßstab sein, uns war er mehr: ein mitreißender Freund.

Er hat unsere Arbeit und unseren Stil entscheidend mitgeprägt. Wer ihn kannte, vergißt ihn nicht.

Wir sind dankbar für das Stück des Weges, das er mit uns ging.

KLÖCKNER & CO.

GESELLSCHAFTER GESELLSCHAFTERAUSSCHUSS GESAMTLEITUNG

GESAMTBETRIEBSRAT UND MITARBEITER

Anstelle von zugedachten Blumen- oder Kranzspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um Unterstützung der Sozialarbeit des Rotary-Clubs, Duisburg-West, Konto Nr. 5 618 350 bei der Commerzbank AG, Duisburg.

Herr

KARL A. THOELKE

geb. 4. April 1930

ist am 11. Juni für immer von uns gegangen.

Herr Thoelke war mit unserer Gesellschaft seit fast zwei Jahrzehnten freundschaftlich verbunden. In den letzten fünf Jahren war er Mitglied unseres Aufsichtsrates.

Wir haben einen Ratgeber verloren, dessen umfassende Kenntnisse und Erfahrungen für uns sehr wertvoll waren. Auch seine hervorragenden menschlichen Eigenschaften werden uns in dauernder Erinnerung bleiben.

Wir vermissen ihn sehr und trauern um ihn.

Aufsichtsrat und Geschäftsführung
der
Mietfinanz GmbH, Mülheim (Ruhr)

Wir haben die traurige Pflicht, den Tod unseres langjährigen Vorstandsmitgliedes und Geschäftsführers Herrn

Hermann Leiss

anzuzeigen, der am 10. Juni 1983 im 72. Lebensjahr verstorben ist. Seinen kaufmännischen Fähigkeiten, seinem unermüdlichen Einsatz und seiner Pflichtauffassung haben die Unternehmen der Feddersen-Gruppe ihre heutige Größe zu verdanken.

Wir werden ihn nicht vergessen.

K. D. Feddersen Stiftung
K. D. Feddersen Vermögensverwaltung GmbH
K. D. Feddersen & Co. (GmbH & Co.)
Norddeutsche Ueberseegesellschaft in Hamburg mbH und Beteiligungsgesellschaften

Kuratorium, Stiftungsvorstand, Aufsichtsräte, Geschäftsführer und Mitarbeiter

2000 Hamburg 11, Ost-West-Straße 70

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 16. Juni 1983, um 12 Uhr in der St.-Petri-und-Pauli-Kirche Bergedorf, Schloßstraße, Hamburg 80, statt.

Post: Streit um die Zusatzversorgung

gba, Bonn

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) hat das dem Abschluß im übrigen öffentlichen Dienst entsprechende Tarifangebot der Bundespost abgelehnt, nicht aber das Scheitern der Tarifrunde erklärt. Grund für die Ablehnung ist nach Angaben eines DPG-Sprechers der Versuch des Postministers, die Fragen des Einkommens-Tarifvertrags mit der der Neuregelung der Zusatzversorgung zu verknüpfen.

Dieses Junktim müsse die Postgewerkschaft ablehnen, hieß es. Anders als bei der ÖTV sei bei der Post die Zusatzversorgung nicht per Tarifvertrag, sondern durch ein Selbstverwaltungsorgan geregelt. Deshalb müsse auch dort die Entscheidung über die Änderung fallen. Grundsätzlich aber, das machte der Gewerkschaftssprecher deutlich, ist auch die DPG bereit, die Eckwerte der Zusatzversorgungsregelung der ÖTV zu übernehmen. Es gehe nur darum, einige postspezifische Änderungen vorzunehmen, etwa bei der Anwartschaft dienstunfähiger Beschäftigter.

Obwohl die Einkommensregelung im übrigen öffentlichen Dienst nach dem ÖTV-Abschluß auch für die Post akzeptabel sei, müsse neu verhandelt werden, weil das Bundespostministerium bisher an dem Junktim von Einkommenstarif und Zusatzversorgung festhalte.

Bischof sieht Bedenken bestätigt

epd, Bückeburg

Das Emblem der Friedenskampagne beim Kirchentag in Hannover habe in unerträglicher Weise den Kirchenausschluß propagiert, erklärte der lippische Landesbischof Joachim Heubach gestern in einem Rundfunkinterview. Heubach bezeichnete das Emblem „Umkehr zum Leben – Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen" als „unerträglich". Seine Absage an eine Mitarbeit auf dem Kirchentag habe sich deshalb als richtig erwiesen, betonte er. Außerdem, so Heubach, seien diese violetten Tücher vornehmlich kritiklos getragen worden. Bei einem Besuch auf dem Kirchentag, den Heubach ausdrücklich nicht als Teilnahme gewertet wissen will, habe ihm nur einer der angesprochenen Tuchträger das Emblem erklären können.

Bald Entscheidung über Renten

HH. Bonn

Noch in dieser Woche dürfte die Entscheidung fallen, daß es bei der Rentenerhöhung zum 1. Juli 1984 bleibt. Gestern mittag haben die Minister Blüm, Graf Lambsdorff und Stoltenberg ihre Gespräche von Anfang Juni fortgesetzt, die „sehr gut verlaufen" seien. Wie verlautet, seien nur noch Randprobleme zu klären. Damit ist endgültig sicher, daß das Kabinett im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Bundeshaushalt 1984 am 29. Juni auch die Beibehaltung der Rentenanpassung Mitte 1984 beschließen kann.

Unsicherheit über Folgen des Papst-Besuches

Warschau nennt Forderungen an die Kirche in Polen

DW. Warschau

Im Vorfeld des am Donnerstag beginnenden Papst-Besuchs in Polen hat die Warschauer Führung eng begrenzte Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche und der Regierung beschrieben: Der Minister für Kirchenfragen, Adam Lopatka, forderte die Kirche auf, sich ernsthaft und unwiderruflich in die „sozialistische Wirklichkeit" zu integrieren. Dies sei die „einzige Perspektive". Er verband mit dieser Einschätzung auch die Aufforderung an die Kirchenleitung, „wirksam und endgültig" die seelsorgerische Tätigkeit von „destruktiver politischer Aktivität" der Gegner des Sozialismus zu trennen.

Äußerungen dieser Art führen dazu, daß sich unter den Katholiken Polens Skepsis und Angst mit den Hoffnungen, die an die Papst-Visite geknüpft sind, verbinden.

„Alle fühlen, daß der Papst-Besuch das wichtigste Ereignis seit der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 ist", sagt Jerzy Turowkicz, der Chefredakteur der katholischen Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny". „Der Papst-Besuch ist für viele die letzte Hoffnung", fügt er aber hinzu. Seine Erwartungen sind eher langfristig: Die Visite werde eine so starke moralische Unterstützung für die nach der Auflösung der „Solidarität" enttäuschte Gesellschaft bringen, daß sich irgendwann doch etwas ändern werde.

„Etwas wird sich ändern" ist auch die Einschätzung des Sekretärs der Bischofskonferenz, Erzbischof Dabrowski: „Wir erwarten keine äußeren Veränderungen, aber daß das, was wir verloren haben, wiederhergesetllt wird."

Immer wieder war es in den vergangenen Monaten darum gegangen, ob die Bedingungen für eine zweite Visite des Kirchenoberhaupts in seiner Heimat erfüllt werden. Johannes Paul II. selbst hatte wiederholt seine Haltung verdeutlicht, dabei aber auch seine – zumindest öffentlich dargestellte – Position variiert. Die Abschaffung des Kriegsrechts, die Freilassung aller politischen Häftlinge und die Wiederaufnahme des Dialogs unter Einschluß der „Solidarität" waren zunächst „Bedingungen". Jetzt sind es im vatikanischen Sprachgebrauch noch „Aufforderungen". Auch Sätze wie „die polnische Nation kann ohne Wahrheit und Freiheit nicht leben", fehlten in den vergangenen Wochen in den päpstlichen Reden völlig. Dies wurde vielfach als „Stillhalteabkommen" verstanden, um den Besuch nicht zu gefährden. Nicht, daß der Papst auf die Erfüllung der Bedingungen verzichtet hätte, sie wurde offenbar vielmehr einem höheren Ziel geopfert: Die Reise möge „den gesündesten Kräften der Nation neues Vertrauen und ohne Zögern eine möglichst politische Lösung einer Situation geben, die immer noch voller Unsicherheiten und Gefahren ist", umschrieb Johannes Paul II. am 18. Mai vorsichtig die erhoffte Wirkung seines Besuchs.

Er wird auf polnischem Boden vom Staatsratsvorsitzenden Hendryk Jablonski empfangen werden. General Jaruzelski wird, wie aus Episkopatskreisen verlautete, weder bei der Begrüßung noch bei der Verabschiedung des Papstes anwesend sein. Ein Zusammentreffen mit Jaruzelski ist lediglich für den zweiten Tag des Aufenthalts vorgesehen.

Seite 2: Reise ins bedrohte Land

Arafat fordert Ermordung Khadhafis

DW. Beirut

PLO-Chef Yassir Arafat hat sich nach Informationen der WELT auf einer geheimen Sitzung der Palästinensischen Untergrundorganisation Al Fatah nicht nur in Verbalattacken gegen den libyschen Staatschef Khadhafi erschöpft, sondern auch dessen Ermordung gefordert.

Auf dem Treffen am 25. Mai beschuldigte Arafat den Libyer, durch seine Unterstützung des Aufstands in der Fatah die Einheit und die Schlagkraft der palästinensischen Widerstandsbewegung mutwillig zu zerstören. Arafat habe darauf bestanden, hieß es, daß für den Anschlag auf Khadhafi ein Kommando der besten PLO-Kämpfer zusammengestellt werde.

Kenner der Situation werten ein Interview Arafats, in dem dieser drohte, „Khadhafi die Zunge herauszureißen", als Kriegserklärung. Offenbar hat Khadhafi die Warnung verstanden. Auf dem am Wochenende zu Ende gegangenen OAU-Treffen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ließ sich Khadhafi von fast hundert Leibwächtern gegen mögliche Anschläge abschirmen.

Gesagt

„Wir Sozialdemokraten haben gegenwärtig Schwierigkeiten. Vor allem mit uns selbst."

Der SPD-Abgeordnete Hans-Ulrich Klose zur Oppositionsrolle seiner Partei.

Athen mit Washington über Stützpunkte einig?

Presse: USA sollen 500 Millionen Dollar investieren

E. ANTONAROS, Athen

Die griechisch-amerikanischen Verhandlungen über den künftigen Status der vier US-Stützpunkte und über knapp zwei Dutzend Horchposten in Griechenland stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Obwohl der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou bei einer Kabinettssitzung am Wochenende auch einen Zusammenbruch der schon sieben Monate dauernden Beratungen nicht ausschließen wollte, berichteten westliche Diplomaten in Athen über eine angeblich „in allen wichtigen Punkten" zustande gekommene Einigung zwischen Griechen und Amerikanern.

Seit Anfang Juni waren die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Kapsis, und dem US-Sonderbotschafter Bartholomew intensiviert worden, nachdem der amerikanische Unterhändler mit neuen Gegenvorschlägen aus Washington gekommen war. Nach Berichten der griechischen Presse sieht das Grundsatzabkommen folgende Regelungen vor:

1. Die Vertragsdauer beträgt fünf Jahre, drei Monate vor Ablauf ist eine schriftliche Kündigung möglich. Wird von diesem Recht kein Gebrauch gemacht, verlängert sich das Abkommen automatisch. Wird das Abkommen von griechischer Seite gekündigt, so müssen die Stützpunkte innerhalb von maximal 18 Monaten geschlossen werden.

2. Im Vertragstext sollen die Amerikaner die Verpflichtung übernehmen, „das jetzige Gleichgewicht der Kräfte" in der Ägäis zu garantieren. In diesem Punkt hat sich Athen offenbar auf eine vage Formulierung eingelassen, weil es der Regierung Papandreou nicht gelungen ist, eine vertragliche Regelung des Militärhilfe-Schlüssels von sieben (für Griechenland) und zehn (für die Türkei) durchzusetzen.

3. Neben einem amerikanischen soll auch ein griechischer Kommandant insbesondere für das griechische Personal der Stützpunkte zuständig sein. Der griechische Ko-Kommandant wird Zugang zu den in den Basen gesammelten Geheiminformationen haben. Ein gemischter Ausschuß aus Griechen und Amerikanern soll etwaige Differenzen beilegen. In der jüngsten Zeit hat das griechische Personal aus Protest gegen die Behandlung durch die Amerikaner die Basen immer wieder bestreikt.

4. Die USA verpflichten sich, Griechenland Produkte im Wert der jährlichen Zahlungen Athens zur Tilgung der US-Militärhilfe abzunehmen. Auch soll Washington zur Modernisierung der griechischen Streitkräfte und insbesondere zum Ausbau der griechischen Flugzeugindustrie beitragen. Angeblich sind Investitionen in Höhe von rund 500 Millionen Dollar vorgesehen.

Regierungschef Papandreou wies seine Kabinettsmitglieder an, in den nächsten Tagen unbedingt in Athen zu bleiben, um eventuell an einer außerplanmäßigen Kabinettssitzung über das Verhandlungsergebnis teilnehmen zu können. Papandreou versucht anscheinend in Griechenland den Eindruck zu erwecken, er habe bis zur letzten Verhandlungsminute hart gepokert. (SAD)

Kotschemasow trat bislang kaum hervor

fnn. Moskau

Die Moskauer Kaderabteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei hat in ihren Schubladen weit nach hinten greifen müssen – bis zu den unbeschriebenen Blättern –, um den freigewordenen Botschafterposten der Sowjetunion in Ost-Berlin zu besetzen.

Selbst die Berufsdiplomaten in Gromykos Außenministerium werden viel Mühe gehabt haben, ein zutreffendes Bild von Wjatscheslaw Iwanowitsch Kotschemasow zu gewinnen, der nach der Rückkehr Abrassimows als neuer Chef in die Botschaftsfestung „Unter den Linden" entsandt worden ist. Lange ist es her, daß er zu Gromykos Haus gehörte.

Nach einem Anlauf innerhalb des Staatsjugendverbandes „Komsomol" in der Industriestadt Gorki und in Moskau unternahm dort Kotschemasow von 1955 an als schlichter „Rat" die ersten Schritte einer diplomatischen Karriere. Sie brach zwar bald wieder ab, kann heute aber als Grundlage der späten Berufung angesehen werden. Er wurde nämlich 1958 an die Botschaft in Ost-Berlin versetzt, verbrachte dort zwei Jahre als Botschaftsrat und avancierte danach zu einem stellvertretenden Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium. Es war die Dritte Europäische Abteilung, die für die deutschsprachigen Länder zuständig ist. Schon 1961 ging dieser Ansatz eines zielgerichteten Berufsweges in die Brüche.

Statt dessen ergab sich eine recht systemlose Anhäufung sogenannter gesellschaftlicher Funktionen, teilweise mit außenpolitischer Orientierung. Kotschemasow hielt sich noch ein Jahr bei dem Staatskomitee für die kulturelle Verbindung mit dem Ausland auf, übernahm später einen Vorstandsposten in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und durfte endlich auch einmal an die Spitze einer Institution treten. Es war, bescheiden genug, die „Gesellschaft für die Freundschaft mit Libyen". Daß er im vergangenen Jahr die Moskauer Delegation bei den „Tagen der sowjetischen Kultur" in Italien anführen konnte, verstärkt nur den Eindruck einer ziemlich diffusen Funktionärskarriere.

Der vielseitige Kotschemasow, im September 1918 offenbar in der Gegend von Gorki geboren, fand allerdings in einer Position über zwei Jahrzehnte lang festen Halt: Bereits seit Juli 1962 gehörte er zum Kreis der stellvertretenden Ministerpräsidenten in der russischen Föderation. Für seine künftige Tätigkeit konnte dabei wohl kein Gewinn herausspringen. So bleibt vorerst rätselhaft, welche Gründe zu seiner Berufung geführt haben mögen. Sollte mit Kotschemasow bewußt eine Allerweltsfigur auf den wichtigen Platz in Ost-Berlin gesetzt werden, von der eigenwillige Initiativen oder gar querköpfiges Verhalten nicht zu befürchten sind? Selbst dann bliebe unerfindlich, warum die Wahl nicht auf einen Diplomaten gefallen ist, der sich in den Besonderheiten der Deutschlandpolitik auskennt.

Auch in seinem politischen Gewicht hat Kotschemasow noch aufzuholen. Bisher gehört er dem Zentralkomitee der KPdSU nur als Kandidat an. Abrassimow ist immerhin ZK-Mitglied.

Albrecht sieht für Union ideale politische Struktur

● Fortsetzung von Seite 1

gen, wieder bereit ist, selber auch gewisse Opfer zu bringen. Mit anderen Worten: daß die Degenerationserscheinungen unserer Gesellschaft, die in den letzten Jahren nicht zu übersehen waren, erkannt werden und daß gegengesteuert wird."

WELT: Wie beurteilen Sie die Rolle der CSU in der Bonner Koalition? Erkennen Sie einen kalkulierten Konflikt der CSU mit Genscher und dessen FDP oder möglicherweise sogar mit dem Kanzler?

Albrecht: „Das letztere mit Sicherheit nicht. Und was das erstere angeht, so gibt es auf einigen Gebieten – zum Beispiel der Rechtspolitik – bekannte Meinungsunterschiede zwischen der Union insgesamt und der FDP. Das ist normal, dafür sind es zwei Parteien mit eigenständigem Profil. Und man kann es nie ganz vermeiden in einer Koalition, daß dies auch öffentlich diskutiert wird – manchmal auch unnötigerweise. Aber daran möchte ich keinen Zweifel lassen: Diese Koalition wird halten. Und sie wird trotz, ja vielleicht sogar wegen einer lebendigen politischen Diskussion innerhalb dieser Koalition die Kraft haben, ihre Aufgabe zu erfüllen."

WELT: Allen Schwierigkeiten zum Trotz, die in der Hauptsache ja erst noch bevorstehen?

Albrecht: „Jeder von uns weiß – ob CDU, CSU, FDP: Wenn wir diese Aufgabe nicht packen, wird es niemand in der Bundesrepublik Deutschland packen. Die SPD ist ausgeschieden aus diesen Überlegungen. Sie ist seit vielen Jahren innerlich so zerstritten, daß sie nicht mehr regierungsfähig ist. Sie ist ja nicht ausgeschieden, weil Herr Genscher die Freundschaft aufgekündigt hätte, sondern weil sie keine gemeinsamen Antworten auf die Lebensfragen der Nation finden konnte. Die Grünen sind zwar als Warner ernst zu nehmen; aber sie sind nicht ernst zu nehmen als eine politische Partei, die nicht nur Fragen stellen kann, sondern auch Lösungen anbieten muß. Es bleibt also wirklich gegenwärtig nur die christlich-liberale Koalition, um Deutschland aus der tiefen wirtschaftlich-finanziellen Krise zu führen."

WELT: Haben Sie in der deutschlandpolitischen Kontroverse zwischen CSU und FDP einen Sinn erkennen können?

Albrecht: „Auch hier ist bekannt, daß es in der Vergangenheit unterschiedliche Auffassungen gegeben hat. Es hat sicherlich im Laufe der Jahre auch eine gewisse Annäherung gegeben. Mein Eindruck ist, daß der Realismus innerhalb der FDP, zumindest bei deren führenden Persönlichkeiten, gewachsen ist. Aber angesichts der unterschiedlichen Positionen in der Vergangenheit entstehen – das ist normal – gelegentlich öffentliche Kontroversen. Ich bin nur der Meinung, man sollte sie auf ein Minimum reduzieren. Helmut Kohl hat hier die richtigen Worte gefunden."

WELT: Die CSU hat offensichtlich das Motiv, sich als Koalitionspartei in Szene zu setzen. Das kann dem Image der Union als Kanzlerpartei schaden, die ja möglichst als geschlossene Einheit von CDU und CSU in Erscheinung treten müßte. Halten Sie das für nachteilig?

Albrecht: „Das ist ein strukturelles Problem, das wir seit Jahrzehnten haben. Das hat uns aber nicht daran gehindert, durch all diese Jahrzehnte die stärkste politische Kraft in Deutschland zu sein, und unserer Regierungsfähigkeit tut das keinen Abbruch. Es ist doch bemerkenswert, daß in den schwierigsten und wichtigsten politischen Fragen es in der Sache keine gravierenden Auffassungsunterschiede innerhalb der CDU und zwischen CDU und CSU gibt. Wenn ich dies mit der tiefen Spaltung vergleiche, die quer durch die SPD geht – zum Beispiel wenn man Fragen stellt, ob der Frieden durch einseitige Abrüstung oder durch militärisches Gleichgewicht zu sichern ist, ob der Ausbau der Kernenergie der richtige Weg ist, um die Energieversorgung sicherzustellen –, dann kann man ermessen, was es bedeutet, daß die jetzt regierende Union zwar in Einzelheiten mal diskutiert, aber in den Grundauffassungen keine Probleme hat."

WELT: Seit dem Kölner CDU-Parteitag ist die bundesweite Ausdehnung der CDU, und umgekehrt auch der CSU, wieder im Gespräch. Was hätte die CDU in Niedersachsen zu erwarten, wenn dort die CSU als Mitbewerber um die Wähler aufträte?

Albrecht: „Ich sehe nirgendwo ein Anzeichen, daß die Hypothese, die Sie bilden, verwirklicht werden wird. Deshalb brauchen wir auch nicht darüber zu spekulieren, was geschehen würde, wenn ... Das ‚Wenn' wird nicht eintreten."

WELT: Leidet Ihrer Meinung nach die Qualität der Regierung Kohl darunter, daß in ihr, im Vergleich zur CDU Nordrhein-Westfalen und zur bayerischen CSU, die norddeutsche CDU unterrepräsentiert ist?

Albrecht: „Da ist ein Problem. Aber ich habe immer gesagt, dies ist nicht das Wichtigste. Das Wichtigste ist, daß wir eine starke, möglichst gut zusammengesetzte Bundesregierung bekommen, und die haben wir bekommen. Natürlich wünschen sich die einzelnen Regionen, angemessen vertreten zu sein, weil sich die Menschen wiederfinden wollen in den führenden Persönlichkeiten. Aber wenn es da, vom norddeutschen Standpunkt aus gesehen, auch den einen oder anderen Wunsch gibt, das läßt sich ja im Laufe der Zeit noch bessern."

WELT: Herr Ministerpräsident, Sie waren mit dem „Modell Niedersachsen" Schrittmacher der Koalition, die jetzt in Bonn regiert. Bereitet Ihnen die Zukunftsperspektive der FDP Sorge in dem Sinne, daß die Freien Demokraten bei der nächsten Bundestagswahl an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern und deshalb der Union nicht zur Verfügung stehen könnten?

Albrecht: „Ja. Ich habe immer zu denen gehört, die der Auffassung waren, die Union habe ein Interesse daran, daß die FDP als Koalitionspartner erhalten bleibt. So, wie es im Augenblick ist, nämlich daß sich die Linke gespalten hat in SPD und Grüne und daß die FDP sich wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wieder eindeutig rechts von der CDU/CSU angesiedelt hat, haben wir eigentlich eine ideale politische Struktur in der Bundesrepublik Deutschland. Solange die FDP als Partei mit dieser Ausrichtung besteht, haben wir als Union eine gute Chance, die politische Richtung in der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen, und das nicht nur für wenige Jahre, sondern für weit länger als ein Jahrzehnt. Und wenn die FDP konsequent den Weg weitergeht, den sie nun eingeschlagen hat, dann wird sie nach meiner Überzeugung auch erfolgreich sein. Das zeigte doch schon die letzte Bundestagswahl. Wir werden also ziemlich stabile politische Verhältnisse haben. Ich glaube, man kann aus allem die Schlußfolgerung ziehen: Noch nie waren die Chancen für die Union so gut wie jetzt. Die SPD kann uns nicht aus der Regierungsverantwortung drängen. Das könnten nur wir selber tun."

Am seidenen Faden

cd. – Die Erholung der Weltkonjunktur hängt am seidenen Faden. Er droht zu reißen, wenn es Washington nicht gelingt, mit einer Eindämmung der Budgetdefizite dafür zu sorgen, daß die Zinsen in den USA selbst und auch weltweit auf ein erträgliches Niveau zurückgehen. Das ist die Botschaft, mit der die BIZ, die Zentralbank der Notenbanken, an die Verantwortung Washingtons nicht nur für die Industrienationen, sondern besonders auch für die hochverschuldeten Länder der Dritten Welt appelliert. Denn ohne einen Wirtschaftsaufschwung in den westlichen Industriestaaten sind auch die Überschuldungsprobleme besonders in Lateinamerika, die das internationale Finanzsystem in einen Zustand gefährlicher Labilität gestoßen haben, nicht wirklich zu lösen.

In den USA zeigt sich noch viel deutlicher als anderswo in der Welt, was geschieht, wenn Geldpolitik und Fiskalpolitik nicht an einem Strang ziehen. Inflationsbefürchtungen verselbständigen sich und treiben die Zinsen hoch – auch gegen den Willen von Notenbanken, die zudem der Möglichkeit einer momentanen Unterstützung eines Aufschwungs beraubt werden.

Man sollte daher nicht die Zentralbanken als Hauptschuldige am Nichtingangkommen der Konjunktur an den Pranger stellen, sondern die Regierungen mit mangelhafter Haushaltsdisziplin. Auch in Bonn besteht in dieser Beziehung noch einiges an Nachholbedarf.

Glaubwürdigkeit verloren

Von WILHELM FURLER, London

Es gibt eine ganze Reihe innen- und außenpolitischer Faktoren, die der Konservativen Partei bei den britischen Unterhauswahlen zu ihrem Sieg verholfen und zur empfindlichen Schlappe von Labour beigetragen haben. Doch ebenso klar hat die Oppositionspartei das Wählervertrauen im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Fragen verspielt.

Am meisten Schaden hat sich die stark nach links gedriftete Oppositionspartei selbst mit drei im Wahlmanifest verbrieften Beschlüssen zugefügt: Großbritannien im Verlauf der nächsten Parlamentsperiode aus der Europäischen Gemeinschaft herauszuführen; den Einfluß des Staatsapparates, anstatt ihn abzubauen, so weit wie möglich auszuweiten; schließlich die totale Umarmung mit der Gewerkschaftsbewegung einzugehen, die alles, was es auf diesem Gebiet in Großbritannien schon gegeben hat, weit in den Schatten gestellt hätte.

Schon vor der Wahl ergaben Meinungsumfragen, daß sich die Mehrheit der Briten für einen Verbleib in der EG ausspricht. Immerhin gehen heute 42 Prozent der britischen Exporte in Mitgliedsländer der Gemeinschaft.

Noch weiter weg vom Wählerwillen entfernte sich Labour mit seiner uralten Ideologie, weite Teile der britischen Wirtschaft, darunter auch Banken, zu verstaatlichen. Eine vom Bankenverband in Auftrag gegebene Befragung kam zu dem Ergebnis, daß 77 Prozent der Bevölkerung gegen eine Banken-Verstaatlichung sind.

Die ständigen vom linken Flügel inszenierten Richtungskämpfe ließen Labour völlig übersehen, daß die vergangenen vier Jahre einer unbeirrbaren marktwirtschaftlichen Politik unter Führung der „Eisernen Lady" die Einstellung der Bevölkerung gegenüber einem allgegenwärtigen Staatseinfluß erheblich verändert haben. Verstaatlichungen, Preiskontrollen, Mindestlöhne, Devisenbeschränkungen, ein weitgehend eingeschränkter Haus- und Wohnungsmarkt und unbegrenzte Gewerkschaftsmacht vermögen höchstens noch unverbesserliche Ideologen in Begeisterung zu versetzen.

Der deutliche Wahlsieg der Konservativen muß als klares Mandat für Frau Thatcher gewertet werden, die straffe antiinflationäre Wirtschaftspolitik für weitere vier bis fünf Jahre fortzusetzen. Daran konnte das Labour-Versprechen nichts ändern, die Wirtschaft mit einem Mammut-Programm in Höhe von 43 Milliarden Pfund anzukurbeln, um die Arbeitslosigkeit von mehr als drei Millionen abzubauen.

In Großbritannien, wo die laxe Politik während der sechziger und siebziger Jahre eine Inflations-Mentalität gedeihen ließ, hat sich in nur vier Thatcher-Jahren eine Art Stabilitäts-Bewußtsein entwickelt. Dies zeigt die Bereitschaft zu deutlich niedrigeren Lohn- und Gehaltsabschlüssen ebenso wie die Tatsache, daß die Inflations-Bekämpfung trotz der bereits erzielten beachtlichen Erfolge neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit unverändert oben in der Prioritätenliste der Mehrheit der Bevölkerung rangiert.

Die Gewerkschaftsbewegung, der nach einem Labour-Wahlsieg die Kontrolle über praktisch alle Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zugefallen wäre, ist bereits in die Phase der kritischen Selbsterforschung eingetreten. Immer mehr Funktionäre räumen ein, daß die gemeinsam mit Labour entwickelte linke Strategie versagt hat und daß es zu einem gefährlichen Glaubwürdigkeits-Verlust bei der Basis gekommen ist.

Diese Erkenntnis kommt spät, aber nicht zu spät. Der für die bereits in Angriff genommene Gewerkschaftsreform zuständige Arbeitsminister Tebbit ist eines der wenigen Kabinettsmitglieder, das von der Regierungschefin bei der am Wochenende bekanntgegebenen Kabinettsumbildung an seinem Platz belassen wurde. Dies ist ein klares Indiz dafür, daß die von der Regierungspartei verfolgte Demokratisierung des britischen Gewerkschaftssystems auch in der nächsten Amtsperiode Priorität genießt. Den Gewerkschaften ist im eigenen Interesse zu wünschen, daß sie sich gegen die Reform nicht völlig sperren.

Die Einschränkung der gewerkschaftlichen Macht würde sicherlich helfen, die Gewerkschaftsstruktur in Großbritannien zu ordnen und die Gewerkschaften wieder ihren eigentlichen Aufgaben zuzuführen: für die wahren Interessen der Basis dazusein.

BIZ / Hohe US-Zinsen sind Haupthindernis für weltweiten Konjunkturaufschwung

Die vier größten Industrieländer sollen Expansionskurs steuern

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Chancen für einen nachhaltigen inflationsfreien Wirtschaftsaufschwung in den Industrieländern sind nach Einschätzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, größer als zu irgendeinem Zeitpunkt seit der ersten Ölkrise. Diese Zuversicht begründet ihr Präsident, der Schweizer Notenbankchef Fritz Leutwiler, mit der deutlichen Dämpfung *der Inflation auf unter fünf Prozent in den zehn wichtigsten* Industrieländern und der Wirtschaftsbelebung in einigen Staaten.

Auf der Generalversammlung der BIZ appellierte Leutwiler an die Zentralbanken und Regierungen, diese Chancen zu nutzen. Den Wiederaufschwung sollten, so empfiehlt die BIZ in ihrem Jahresbericht, die USA, Japan, die Bundesrepublik und Großbritannien anführen, die bei der Inflationsbekämpfung die größten Erfolge und mit ihren Leistungsbilanzen – die USA ausgenommen – keine Probleme haben. Die USA sollten sich für einige Zeit ein beträchtliches Leistungsbilanzdefizit leisten können. Besonders im Interesse der hochverschuldeten Länder, die im Zuge der Sanierungspolitik der Inlandsnachfrage noch bremsen müssen, sollten die vier führenden Industrienationen eine von der Ausweitung der Inlandsnachfrage getragene Wirtschaftsexpansion in Gang setzen. Eine von Schulden geplagte Welt brauche nicht nur Kreditgeber in letzter Instanz, sondern auch Käufer in letzter Instanz.

Als einziges wirkliches Hindernis für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung sieht die BIZ die hohen amerikanischen nominalen und realen Zinsen an, die für die USA selbst und auch international schädlich seien. Sie hielten die Zinsen in anderen Industrieländern unnötig hoch, sorgten für eine anhaltende Überbewertung des Dollar, die wiederum zu einer langfristig unhaltbaren Verzerrung der Leistungsbilanzen und möglicherweise zu protektionistischen Bestrebungen führe, und schließlich seien sie eine übergroße Belastung für die hauptsächlich in Dollar verschuldeten Länder.

Daher sei es die vordringlichste und wichtigste Aufgabe, einen Druck auf die US-Zinssätze auszuüben. Weil die Koalition zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik die Hauptursache der hohen Zinsen sei, fordert die BIZ die Verringerung der Haushaltsdefizite durch Kürzung von Ausgaben und notfalls auch durch höhere Steuern. Eine geldpolitische Lockerung wäre dagegen ein sicheres Rezept zum Wiederaufleben der Inflationserwartungen. Eine Initiative der USA zur Verringerung der Haushaltsdefizite könnte nach Meinung der BIZ in Japan, Großbritannien und in der Bundesrepublik Möglichkeiten für vorübergehende maßvolle und selektive Anreize für private Investitionen *eröffnen. Auch geldpolitisch* sieht die BIZ in diesen Ländern dann etwas Spielraum. Sie dürften sich aber nicht zu expansiven Maßnahmen drängen lassen, betonte Leutwiler.

Bis der nur langsame Wirtschaftsaufschwung in den Industriestaaten auch den schuldengeplagten Defizitländern grundlegende Erleichterung verschaffe, sei es die erste und vordringlichste Aufgabe, die durch gemeinsame Feuerwehraktionen der kreditgebenden Regierungen, Zentralbanken, internationalen Organisationen und Banken sowie der Schuldnerländer selbst gewonnene Atempause zu sichern. Dazu gehören einmal Sanierungsmaßnahmen in den Schuldnerländern als Pendant zu den an strikte Auflagen gebundenen IWF-Krediten. Nichts könnte die Wirksamkeit international abgestimmter Stützungsoperationen mehr untergraben als die Nichteinhaltung der Auflagen, warnt die BIZ aus aktuellem Anlaß. Den Banken empfiehlt die BIZ, Ruhe zu bewahren und nicht alle Länder in Lateinamerika und Osteuropa über einen Kamm zu scheren.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bonn will die Kommission zu Einsparungen drängen

HEINZ HECK, Bonn

Unmittelbar vor der Sitzung der EG-Außenminister in Luxemburg hat Minister Genscher signalisiert, daß der Bonner Streit um die finanziellen Forderungen der EG-Kommission weitgehend beigelegt zu sein scheint. Im Deutschlandfunk erklärte er, die EG müsse alle Möglichkeiten zu Einsparungen nutzen, bevor es zu Ausgabenerhöhungen komme – eine Linie also, für die Finanzminister Stoltenberg im Kabinett seit Bekanntwerden der Brüsseler Forderungen gekämpft hatte.

Schon vor dem Stuttgarter EG-Gipfel am Wochenende gilt als sicher, daß die Gemeinschaft neben Zöllen und Abschöpfungen auf die Mehrwertsteuer als wesentliche Finanzierungsquelle angewiesen bleibt; andere Möglichkeiten der Mittelaufbringung werden jedenfalls nicht in Betracht gezogen. Dieser Hinweis ist als Antwort auf die Brüsseler Forderung zu verstehen: „Die Einführung einer neuen Einnahmeart hat den Vorteil, daß gar nicht Situationen entstehen, in denen die normale Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik durch Diskussionen über finanzielle Probleme künstlich belastet würde."

Genau diese Diskussionen sollen aber durch die in Stuttgart zu erwartenden Beschlüsse in Gang gesetzt werden. Stoltenberg hatte kritisiert, daß die Kommission nicht nur keine Sparvorschläge, sondern das genaue Gegenteil mache.

Zwar stehen schon allein wegen des hohen Ausgabenanteils von nahezu zwei Dritteln die Kosten der Agrarpolitik im Mittelpunkt der Überlegungen, doch zielen die Vorschläge, wonach eine Lösung der anstehenden Probleme nur im Gesamtzusammenhang gesucht werden kann, auch auf die Begrenzung der Ausgabendynamik in anderen Gebieten.

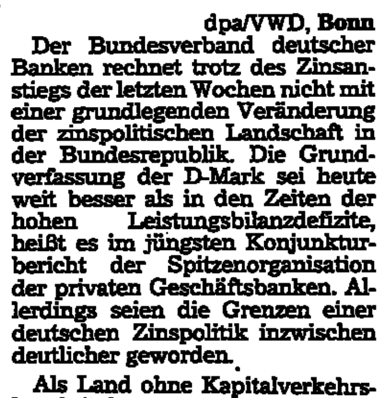
Spätestens bis Mitte September soll die Kommission im Rahmen eines ausgewogenen Gesamtkonzepts konkrete Sparvorschläge machen (Kriterien sind unter anderem eine Begrenzung der Stützungsgarantien auf bestimmte Produktionsmengen sowie die Erzeugermitverantwortung, wobei entsprechend den Marktgegebenheiten je nach Produkt unterschiedliche Formen in Betracht kommen).

Bis zum Herbst dieses Jahres soll die Kommission geeignete Vorschläge für einen wirksameren Einsatz der Brüsseler Ausgaben auch außerhalb des Agrarbereichs machen.

Die von Brüssel geforderte höhere Beteiligung an der Mehrwertsteuer steht aus Bonner Sicht für die beiden kommenden Jahre nicht zur Debatte. Die geforderte Erhöhung von derzeit ein auf 1,4 Prozent erscheint selbst unter Berücksichtigung der Mehrkosten „unannehmbar", die durch den Beitritt Spaniens und Portugals entstehen könnten.

AUF EIN WORT





„Eine konsequente Stabilitätspolitik liegt auch im Interesse der unternehmerischen Wirtschaft. Unter dem Schleier hoher Inflationsraten ist es nämlich kaum mehr abschätzbar, wie sehr Gewinne bereits zu Scheingewinnen denaturiert sind. Im selben Umfang, wie die Inflation Gewinne zu Scheingewinnen werden läßt, wird auch zwangsläufig der Bankkredit zum Risiko."

Dr. Carl S. Groß, Vorstandsvorsitzender der Oldenburgischen Landesbank AG FOTO: DIE WELT

BANKEN

Enge Grenzen für Zinspolitik

dpa/VWD, Bonn

Der Bundesverband deutscher Banken rechnet trotz des Zinsanstiegs der letzten Wochen nicht mit einer grundlegenden Veränderung der zinspolitischen Landschaft in der Bundesrepublik. Die Grundverfassung der D-Mark sei heute weit besser als in den Zeiten der hohen Leistungsbilanzdefizite, heißt es im jüngsten Konjunkturbericht der Spitzenorganisation der privaten Geschäftsbanken. Allerdings seien die Grenzen einer deutschen Zinspolitik inzwischen deutlicher geworden.

Als Land ohne Kapitalverkehrsbeschränkungen und mit der zweitwichtigsten internationalen Anlagewährung sei die Bundesrepublik den amerikanischen Zinseinflüssen besonders ausgesetzt. Vor allem der deutsche Rentenmarkt stehe verstärkt unter dem Einfluß der hohen US-Zinsen.

Zurückhaltend beurteilen die Banken die allgemeine Konjunkturentwicklung. Die jüngsten Daten bestätigten die Erwartung, daß die wirtschaftliche Erholung nur langsam Fortschritte mache.

Als „nicht ungünstig" wird die Preisentwicklung bis Jahresende beurteilt. Im Juni werde der Anstieg der Lebenshaltungskosten voraussichtlich unter drei Prozent sinken. Ob die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Juli voll auf die Preise überwälzt werden könne, sei unter den derzeitigen Nachfrageverhältnissen keineswegs sicher.

KREDITWESEN

Europäische Überwachung

Mk. Bonn

Die „Richtlinie über die Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis" wurde gestern in Brüssel vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister angenommen. Damit soll der wachsenden Integration europäischer Finanzmärkte Rechnung getragen werden.

Nach der Richtlinie müssen die EG-Staaten innerhalb von zwei Jahren ihre nationalen Bankenaufsichtssysteme erweitern. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf noch für dieses Jahr angekündigt.

Nach der Richtlinie sind künftig neben den Einzelkreditinstituten auch die Bankkonzerne einschließlich ihrer in- und ausländischen Bankbeteiligung und das von ihnen aufgebaute Gesamtkreditrisiko zu überwachen. Die Mitgliedstaaten müssen etwaige gesetzliche Hindernisse beseitigen, die dem für die erweiterte Bankaufsicht erforderlichen Informationenaustausch zwischen den oft multinationalen Bankkonzernen und den Bankaufsichtsbehörden entgegenstehen. Die Richtlinie beschränkt sich auf wesentliche Grundsätze.

Die Mitgliedstaaten können entscheiden, ob auch Minderheitsbeteiligungen an Banken oder Beteiligungen an Spezialkreditinstituten in diese erweiterte Bankaufsicht einzubeziehen sind.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Unctad: USA setzen sich für freieren Handel ein

Belgrad (dpa/VWD) – Die Vereinigten Staaten haben sich auf der 6. Welthandelskonferenz (Unctad) in Belgrad für einen offenen Handel, aber gegen zu hohe Erwartungen bei Rohstoffabkommen zur Stabilisierung der Preise ausgesprochen. Zu Beginn der zweiten Woche der bis zum 30. Juni dauernden Konferenz sagte der Staatssekretär im US-Außenministerium, Kenneth W. Dam, Handel sei der „Transmissionsriemen", der bei einer wirtschaftlichen Belebung in den Industriestaaten zu einem schnelleren Wachstum in den Entwicklungsländern führe. Hinsichtlich eines weltweiten Abbaus von Handelsschranken sollte jetzt unter Schirmherrschaft des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) über eine weitere Liberalisierung des Handels beraten werden.

Die bisherigen Rohstoffabkommen sind nach Ansicht des US-Vertreters nicht sonderlich erfolgreich bei dem Versuch gewesen, die Preise der einzelnen Rohstoffe zu stabilisieren.

Japan will Importe erhöhen

Tokio (rtr) – Der neue japanische Minister für internationalen Handel und Industrie (MITI), Sosuke Uno, hat sich für eine Erhöhung der japanischen Importe ausgesprochen. Wie der Minister gestern mitteilte, sollten so Handelsstreitigkeiten mit Partnerländern abgebaut werden. Sein Land habe Maßnahmen beschlossen, um die Exporte einiger wichtiger Produkte zu begrenzen. Er fügte aber hinzu, das Hauptproblem sei nun die Durchführung der Importerhöhung. Aus Kreisen des Ministeriums hieß es, der Außenhandelsüberschuß werde für das Finanzjahr 1983 intern bereits auf über 30 Milliarden Dollar geschätzt, während offizielle Prognosen der Regierung noch auf 20 Milliarden Dollar lauten.

Obligationen zugeteilt

Frankfurt (rtr) – Das Bundesfinanzministerium nimmt über die Ausgabe von Kassenobligationen mit drei- und vierjähriger Laufzeit insgesamt 954,7 Millionen Mark auf. Die Bundesbank teilte gestern nach einem Ausschreibungsverfahren mit, daß in der dreijährigen Tranche mit einem Zins von 7,75 Prozent 630,2 Millionen Mark zum Kurs von 99,6 Prozent zugeteilt wurden, woraus sich eine Rendite von 7,9 Prozent ergibt. In der vierjährigen Tranche mit acht Prozent Nominalverzinsung wurden 324,5 Millionen Mark mit 100 Prozent und einer Rendite von acht Prozent zugeteilt.

Brennstoffkosten steigen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die größte Kostenlast bei der Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland brachten von Ende 1977 bis Ende 1982 die Preissteigerungen für Brennstoffe. Nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt stiegen die Erzeugerpreise für Erdgas um 119 und die für Heizöl um 105 Prozent. Für Steinkohle, die 1982 rund 30 Prozent der Stromerzeugung lieferte, zahlen die öffentlichen Stromversorger 63 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Bei Schwarzarbeit erwischt

Verhängte Bußgelder 1982 in 1000 DM

Maurer	1070
Dachdecker	711
Maler	574
Stukkateure	286
Kfz-Mechaniker	286
Tischler	260
Installateure	206
Rolladenbauer	191
Plattenleger	183
Heizungsbauer	164

Am häufigsten bei der Schwarzarbeit ertappt wurden im vorigen Jahr die Maurer. Sie mußten Bußgelder von über einer Million Mark entrichten. Insgesamt wurden Bußgelder in Höhe von 5,3 Millionen Mark verhängt, gegenüber 4,7 Millionen Mark 1981. QUELLE: GLOBUS

Verwaltungsgrundsätze

Köln (VWD) – Die deutschen Verwaltungsgrundsätze für die steuerliche Prüfung internationaler Verrechnungspreise hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, gestern scharf kritisiert, weil sie Doppelbesteuerungen nicht vermeiden, sondern geradezu provozieren. Zudem hegt der BDI die Befürchtung, daß die Steuerprüfung nachträglich in die Arbeitsteilung und Aufgabenzuordnung innerhalb verbundener Unternehmen eingreift und rechtliche Beziehungen umdeutet. Besonders nachteilig dürften sich diese Richtlinien, so der BDI, für viele kleine und mittlere Betriebe auswirken, die zumeist nicht über international erfahrene eigene Steuerexperten verfügen.

Gute Auto-Konjunktur

Paris (J. Sch.) – Der französische Austerity-Plan hat die Autonachfrage bisher noch nicht gedämpft. Bis zum Mai sind die Pkw-Neuzulassungen jedenfalls weiter gestiegen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres übertrafen sie das entsprechende Vorjahresergebnis, wenn auch nur um 0,3 Prozent. Im Mai ergab sich ein Zuwachs von 12,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

DRUCKINDUSTRIE

Durchgreifende Besserung ist vorerst nicht in Sicht

INGE ADHAM, Frankfurt

In der Druckindustrie ist nach der Einschätzung des Bundesverbandes Druck e. V. Wiesbaden, vorerst keine „durchgreifende Besserung" in Sicht. Für das ganze Jahr rechnet der Verband mit einem weiteren Rückgang der Produktion um ein bis zwei Prozent.

Die Betriebe der Druckindustrie reagieren auf diese zurückhaltende Einschätzung mit einem weiteren Abbau der Beschäftigtenzahl um 5,7 Prozent auf 166 325 Mitarbeiter im ersten Quartal dieses Jahres; bis in den Sommer hinein sei eine weitere Rücknahme der Beschäftigtenzahl geplant, meint der Verband, erst dann komme der konjunkturbedingte Beschäftigtenrückgang zum Stillstand.

Im ganzen vergangenen Jahr gingen in der unter der Konjunkturschwäche leidenden Druckindustrie 3,9 Prozent der Arbeitsplätze verloren, verschärft durch einen „traurigen Rekord" von 162 Insolvenzen, denen im ersten Quartal dieses Jahres bereits 43 weitere folgten, obwohl sich die durchschnittliche Kapazitätsauslastung leicht verbessert hat. Insgesamt setzte die Branche mit 2000 Betrieben im vergangenen Jahr 21,4 Mrd. DM um, 1,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor, preisbereinigt entspricht das einem Rückgang von zwei Prozent.

Besonders stark war die Einbuße bei Geschäftspapieren (real minus elf Prozent). Das hat, wie der Verband anmerkt, nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe, denn in der Bürokommunikation werde das bedruckte Formular in immer stärkerem Maße durch neue Datenausgabeformen ersetzt.

STAHLINDUSTRIE / Vor der Entscheidung des Bundeskabinetts

Länder zögern noch mit Hilfszusage

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Vor der heutigen Entscheidung des Bundeskabinetts über die Kriterien für die Stahlhilfe von rund drei Milliarden Mark für die Jahre 1983 bis 1985 wurde gestern im Bundeswirtschaftsministerium noch einmal über die Beteiligung der Länder mit Stahlstandorten beraten. Die Länderwirtschaftsminister sagten dabei ihre grundsätzliche Bereitschaft zu, einen Beitrag zur Sanierung der Stahlindustrie zu leisten. Sie akzeptierten allerdings nicht die Forderung des Bundes, nach der sie sich zur Hälfte an der Hilfe beteiligen sollten. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Das Bundeskabinett will heute noch einmal den Grundsatz bekräftigen, daß tragfähige Unternehmenskonzepte die Grundlage für Leistungen der öffentlichen Hand sind. Dabei wird auf die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit sowie auf die Realisierung unternehmensübergreifender Rationalisierungsreserven abgestellt. Von den Unternehmenskonzepten hängt die Aufteilung der Mittel auf die 20prozentige Investitionszulage und die Umstrukturierungshilfen ab, die aus einer Beteiligung an der Teilwertabschreibung und aus Beiträgen für Sozialmaßnahmen bestehen, die als Folge des Personalabbaus notwendig werden.

Die Forderung der Industrie nach Hilfen von rund sechs Milliarden Mark werden in Bonn als zu hoch bezeichnet. Die Gewährung von Bürgschaften stößt auf Skepsis. Allerdings scheinen einige Länder diesem Verlangen aufgeschlossener gegenüberzustehen. Immerhin haben Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg in den vergangenen Monaten ihren Unternehmen so unter die Arme gegriffen.

Nach dem Grundsatzbeschluß des Kabinetts zum Haushalt 1984 sollen rund 1,5 Milliarden Mark für Wachstumsfördernde Maßnahmen bereitgestellt werden. Dazu zählt auch die Erhöhung der Werftenhilfe, die die Bundesminister Stoltenberg und Lambsdorff den Küstenländern zugesagt haben.

Über Art und Umfang ist zwar noch keine Entscheidung gefallen. Als wahrscheinlich gilt die Aufstockung der Neubauhilfe von 12,5 Prozent an deutsche Reeder für Aufträge an deutsche Werften von jetzt 180 auf 230 Millionen Mark. Dadurch könnte ein Auftragsvolumen von 1,84 Milliarden Mark begünstigt werden. Die von den Werften geforderte Auftragshilfe für Exportorders stößt auf Bedenken.

GUMMI-WAAREN COMPAGNIE / Umsatzrückgang

Lohnverzicht der Mitarbeiter

JAN BRECH, Hamburg

Bei einem Umsatzrückgang von 8,4 Prozent in den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die Lage bei der New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG nicht gebessert. Im Unternehmen seien eine Reihe weiterer Kostensenkungsmaßnahmen und verstärkte Marktaktivitäten notwendig geworden, um zu einer Stärkung der Ertragsbasis zu kommen, schreibt der Vorstand im Geschäftsbericht. Einen wesentlichen Teil der Maßnahmen zur Sicherung der Existenz leisten auch die knapp 700 Mitarbeiter, die ab März 1983 für drei Jahre 4,5 Prozent ihres steuerlichen Bruttoverdienstes der Gesellschaft stunden. In den nächsten 36 Monaten bleiben dem Unternehmen damit rund 4 Mill. DM Liquidität erhalten.

Die Hoffnung auf eine Wende könnte sich, wie Vorstandssprecher Friedrich Trokowski meint, im Laufe des Jahres erfüllen. Als Zulieferer der Bauindustrie spüre das Unternehmen langsam die Belebung der Konjunktur. Die Kurzarbeit in Teilbereichen der Fertigung ist aufgehoben worden.

Zur Entwicklung im Berichtsjahr 1982 heißt es, daß die Umstrukturierung der Gesellschaft, die man bereits 1981 im wesentlichen als abgeschlossen angesehen hatte, durch das stagnierende Geschäft vor allem in der zweiten Jahreshälfte mit weiteren Reduzierungen in Verwaltung und Produktion fortgeführt werden mußte. Ein Umsatzplus von 3,9 Prozent habe nicht ausgereicht, die Kostensteigerungen aufzufangen. Das Unternehmen schließt zwar mit einem ausgeglichenen Ergebnis, doch mußten 3,2 Mill. DM Buchgewinne aus einem Grundstücksverkauf das Betriebsergebnis subventionieren. Der Verlustvortrag blieb mit 1,7 Mill. DM unverändert.

In den Produktbereichen war der Verlauf unterschiedlich. Bei Konsumgütern behauptete das Unternehmen den Anteil. Die Sparten Gummiwaren, duroplastische Formmassen und Thermoplastverarbeitung steigerten den Umsatz.

Preisschub bei Hüttenaluminium

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nach gut dreijähriger Pause hat nun die bundeseigene Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Bonn, ihren Listen-Grundpreis für Hüttenaluminium um 8,7 Prozent auf 375 (345) DM je 100 kg erhöht. Der mit etwa 50 Prozent der deutschen Hüttenaluminiumerzeugung führende Produzent der Branche verweist zu dieser Preiserhöhung, bei der ihm der schweizerische Alusuisse-Konzern mit seiner deutschen Tochter „Alusingen" vorausging, nicht nur auf den Abstand zu der in diesem Dreijahreszeitraum wesentlich höheren gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate.

Betont wird von VAW auch, daß die deutschen Hütten seit 1980 erhebliche Kostensteigerungen für Energie, Rohstoffe und Fremdkapital schlucken mußten. Dies und der Preisverfall habe 1982 zu erheblichen Verlusten der Unternehmen geführt. Seit dem 1. Quartal 1983 aber ziehe die Welt-Aluminiumkonjunktur wieder an. Überhöhte Produzentenbestände konnten abgebaut und die Marktpreise wieder an das Listenpreisniveau herangeführt werden.

Nicht zuletzt bringe die jetzige, „kostenorientierte" Preiserhöhung auch eine Beruhigung der Verbraucher gegenüber dem hektischen Preisauftrieb an der Londoner Metallbörse. Deren Preisnotizen sollten, meint VAW, „im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit des Aluminiums" niemals Grundlage der Preispolitik deutscher Produzenten sein.

FRANKREICH / Arbeitslosenkasse wieder leer

Neue Sanierungsaktion nötig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Sanierungsaktion für die französische Arbeitslosenversicherung (Unedic) durch Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen hat nicht lange vorgehalten. Bis Ende dieses Jahres droht der Kasse ein neues Defizit von elf bis zwölf Milliarden Franc (rund drei Milliarden Mark). Darin steckt ein noch nicht bereinigter Rückstand aus 1982 von sechs Milliarden Franc.

Bei dieser Rechnung wird unterstellt, daß die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die sich in den letzten Monaten stabilisiert hatte, nicht erneut zunimmt. Die wegen der Austerity-Politik verschlechterten französischen Konjunkturaussichten lassen aber wieder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit erwarten.

Unedic-Präsident André Bergeron forderte jetzt eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge um zwei Prozentpunkte. In seiner Eigenschaft als Generalsekretär der (gemäßigten) Gewerkschaft Force Ouvrière lehnte er aber gleichzeitig jede weitere Leistungskürzung ab. Wie die Beitragserhöhung zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aufgeteilt werden solle, sagt er nicht.

Der Unternehmerverband CNPF hat aber bereits erklärt, daß den Arbeitgebern eine Beitragserhöhung nicht zugemutet werden könne, weil ihre sozialen Lasten bereits heute „unerträglich" seien. Außerdem habe die Regierung den Unternehmen Kostenentlastungen versprochen, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Sozialminister Bérégovoy selbst hat die Sozialpartner aufgefordert, sich bis zum Ende dieses Monats über die Defizitbereinigung zu einigen. Andernfalls würde die Regierung auf dem Verordnungswege die notwendigen Entscheidungen treffen. Die Frage, wie weit sich der Staat an der Abdeckung des Defizits beteiligt, ist noch offen.

WACKER CHEMIE / Die Ertragsentwicklung hat sich stabilisiert

Positiver Trend im Inlandsgeschäft

DANKWARD SEITZ, München

Mit einer „zweistelligen Wachstumsrate" hofft der Wacker-Chemie-Konzern 1983 endlich den Sprung über die Umsatzmarke von 2 Mrd. DM zu schaffen. Noch ist Rudolf Mittag, Mitglied der Geschäftsführung, aber skeptisch, ob dieses Ziel wirklich erreicht werden kann. Denn in den ersten vier Monaten kam der Konzern erst auf ein Plus von 1,3 Prozent und die Wacker Chemie GmbH auf 3,0 Prozent. Anlaß zur Hoffnung gibt neben dem leicht steigenden Inlandsgeschäft die weiter anhaltend gute Entwicklung im Ausland.

Schon für 1982 lag dieses Ziel greifbar nahe, nachdem man 1981 mit einem Wachstum von 3,2 Prozent auf 1,859 Mrd. DM abgeschlossen hatte. Doch dann bekam auch der Münchner Chemie-Spezialist für PVC, Silicon, organische Zwischenprodukte und Pflanzenschutzmittel nach einem recht hoffnungsvollen Start den deutlichen Nachfragerückgang zu spüren – wie die gesamte Branche. Das flaue Inlandsgeschäft zerstörte alle Lichtblicke. Mit 1,858 Mrd. DM konnte wenigstens das Niveau von 1981 gehalten werden. 3,2 Prozent Zuwachs auf 947 (918) Mill. DM im Ausland stand ein Rückgang in gleicher Höhe auf 911 (941) Mill. DM im Inland gegenüber. Deutlicher schlug sich diese Entwicklung nieder bei der Muttergesellschaft Wacker Chemie GmbH, auf die 83 Prozent des Konzernumsatzes entfallen. Bei einem um 3,8 Prozent geringeren Inlandsgeschäft (777 nach 808 Mill. DM) verfehlte sie mit 1,447 Mrd. DM den Vorjahresumsatz um 1 Prozent.

Noch schlechter erging es der Tochter Elektroschmelzwerk Kempten GmbH, die von der Stahlkrise voll getroffen wurde und ein Umsatzminus von 5 Prozent hinnehmen mußte. Dagegen konnten die Wacker Chemitronic GmbH, Burghausen, und die Wakker Siltronic Corp., Portland/USA, die auf dem Gebiet der Halbleiter-Rohstoffe tätig sind, trotz der Konjunkturschwäche für mikroelektronische Bauelemente ihre Marktposition nach Angaben von Mittag weiter festigen. 19 (16) Prozent des Wacker-Weltumsatzes (1,996 nach 1,974 Mrd. DM) entfallen inzwischen auf diese Aktivitäten.

Insgesamt zeigt der Jahresabschluß 1982 gegenüber 1981 eine Stabilisierung der seit 1979 rückläufigen Ertragsentwicklung. Insbesondere durch die Stillegung der ethylenverarbeitenden Betriebe des Werkes Köln sowie durch gesunkene Rohstoffpreise verringerten sich die Betriebsverluste um 26 Mill. DM. Jedoch blieb das Betriebsergebnis bei positivem neutralen Ergebnis noch immer im Negativen, da die Erlöse, so Mittag, beim PVC und den Chlorkohlenwasserstoffen „nach wie vor unbefriedigend sind".

Bei einem mit 909,4 (999,8) Mill. DM deutlich geringeren Aufwand für Rohstoffe schließt die Erfolgsrechnung der GmbH mit einem auf 8,9 (5,8) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß. Da wieder 8 Mill. DM an die Anteilseigner, die Familie Wacker und den Hoechst-Konzern (je zur Hälfte) ausgeschüttet werden, wurde erneut auf eine Rücklagenstärkung verzichtet.

Investiert wurden 1982 weltweit 119 (155) Mill. DM bei Abschreibungen von 132 (124,5) Mill. DM. Dieses Niveau soll auch 1983 eingehalten werden. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern reduzierte sich um 4,4 Prozent auf 9472 zum Jahresende.

USA / Wirtschaft wächst schneller als erwartet

Herstellerpreise gestiegen

H.-A. SIEBERT, Washington

Zum erstenmal in diesem Jahr sind in den USA die Herstellerpreise wieder gestiegen, und zwar um 0,3 Prozent im Mai nach einem Minus von jeweils 0,1 Prozent in den beiden Vormonaten. In der Regel läßt der Großhandelspreisindex die Entwicklung der Verbraucherpreise, deren Jahresrate sich bei vier Prozent (bereinigt) eingependelt hat, zwei bis drei Monate im voraus erkennen. Da die Prognosen weit höher lagen, hält das Weiße Haus, wie aus einer Erklärung hervorgeht, das Inflationsproblem zunächst für gelöst.

Eine solche Einschätzung ist deshalb wichtig, weil Amerikas Wirtschaft schneller als erwartet wächst. Im laufenden Quartal kann die Zunahme des Bruttosozialprodukts real durchaus sechs – Januar-März-Periode: 22,1 – Prozent erreichen. An diese Größenordnung denkt zumindest das US-Handelsministerium. Die Fortschritte im Kampf gegen die Teuerung dokumentiert der Zwölfmonatsvergleich: Seit Mai 1982 erhöhten sich die Herstellerpreise nur um 2,3 Prozent; bei Fertigerzeugnissen waren es 3,9 Prozent.

Der Anstieg im Mai ist in der Hauptsache auf Heizöl und Benzin zurückzuführen, die sich um 6,4 und 2,3 Prozent verteuerten. Bei Fertigwaren betrug die Teuerungsrate 0,1, bei Automobilen 0,2, bei Kapitalgütern 0,2 und bei Halbfertigprodukten 0,4 Prozent. Erstmals sei Januar verbilligten sich Nahrungsmittel – um 0,5 Prozent. Der Index für Vormaterialien, ohne Agrar- und Energieprodukte, erhöhte sich zwar um 5,2 Prozent. Dem wird aber keine Bedeutung beigemessen, weil viele Rohstoffpreise bisher gesunken sind.

Für eine größere Preisruhe bei Getreide sprechen überdurchschnittliche Ernten, obwohl die US-Farmer den Anbau stark eingeschränkt haben – bei Weizen um 19 und bei Mais um 29 Prozent. Für die kommende Saison veranschlagt das US-Agrarministerium die Erträge bei Weizen auf mehr als 57, bei Mais auf 152 Millionen Tonnen. 1982 wurden 76,3 und 223,4 Millionen Tonnen geerntet.

Neue Lösung für Adca-Nordkette

dos, Hannover

Die Verhandlungen zwischen der Norddeutschen Landesbank, Hannover, und der Hamburger Vereins- und Westbank, die die Übernahme der 22 norddeutschen Adca-Filialen durch die Vereins- und Westbank zum Ziele hatten, sind eingestellt worden.

Nach Mitteilung der Nord/LB, die an der Adca-Bank die qualifizierte Mehrheit hält, wird statt dessen die inzwischen fusionierte Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg die 22 Adca-Zweigstellen übernehmen. An dem fusionierten Institut ist die Nord/LB ebenfalls mit 75 Prozent beteiligt.

Über die Gründe des Scheiterns der Verhandlungen mit der Vereins- und Westbank werden keine Angaben gemacht. Offenbar differierten die Preisvorstellungen der beiden Verhandlungspartner. Die neue Lösung bedarf noch gewisser Korrekturen. So soll die Bremerhavener Niederlassung der Adca-Bank von der Geestemünder Bank, an der wiederum die Bremer Landesbank beteiligt ist, übernommen werden.

AMERICAN MOTORS / Verwendung von in den USA produzierten Teilen gefordert

Konzernchef kritisiert die Japaner

H.-A. SIEBERT, Washington

Als erster Chef eines großen US-Autokonzerns hat der Vorstandsvorsitzende der American Motors Corp. (AMC), Paul Tippet, nach einem Gesetz gerufen, das ausländische Konkurrenten zwingen würde, in großem Umfang in den Vereinigten Staaten hergestellte Kraftfahrzeugteile zu verwenden. Wenn die Importe sonst nicht in den Griff zu bekommen seien, habe die Regierung keine andere Wahl, als diesen Weg zu gehen, erklärte er vor Journalisten in Washington.

Nur mit einer solchen „Waffe" könnten die japanischen Firmen davon überzeugt werden, daß es für sie vorteilhafter sei, die Autos dort zu bauen, wo die hohen Gewinne erzielt würden, nämlich in den USA, fuhr Tippet fort. Er warf den Japanern außerdem eine bewußte Manipulierung des Yen vor. Die starke Unterbewertung erlaube es den japanischen Lieferanten, ihre Wagen in Amerika um 800 bis 1000 Dollar billiger anzubieten.

Bisher hat sich Detroit in der Auseinandersetzung um die „Local Content Bill" zurückgehalten. Daß sich der Chef des viertgrößten US-Automobilunternehmens jetzt für ein solches Gesetz einsetzt, stimmt deshalb bedenklich. Dem Kongreß liegen mehrere Gesetzentwürfe vor, die im schlimmsten Fall bis zu 90 Prozent amerikanische Teile vorschreiben. Mit dem Hinweis auf mögliche Gegenmaßnahmen hat sich Präsident Reagan gegen derartige Einfuhrrestriktionen ausgesprochen. Da die Verwendung von US-Teilen von der verkauften Stückzahl abhängt, wäre Volkswagen gefährdet.

Tippet rechnet in diesem Jahr mit einer Stabilisierung des amerikanischen Automarktes auf etwas erhöhtem Niveau. Nach seinem Urteil ist in den USA eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung aber nur bei einem Rückgang der langfristigen Zinsen zu erreichen, was jedoch einen Abbau des enormen Haushaltsdefizits voraussetze. Nur wenn Geld billiger werde, könne Detroit mehr investieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen, sagte er.

Als sehr vielversprechend bezeichnete Tippet das mit der chinesischen Beijing Jeep Corp. vereinbarte Joint Venture, an der AMC und Renault beteiligt sind. Man fasse die japanische Konkurrenz sozusagen in ihrem Hinterhof. Das Marktpotential in Asien sei gigantisch; in China komme auf mehr als 500 Personen ein Auto, in Indien mache das Verhältnis 400 zu 1 aus. Gebaut werden sollen in der Volksrepublik Fahrzeuge mit Vierradantrieb, ausgestattet werden sie mit einem von AMC montierten neuen Vierzylinder-Motor.

Nach dem im letzten Monat unterzeichneten Vertrag stellt AMC, an der Renault seit vier Jahren mit inzwischen 46,4 Prozent beteiligt ist, für das chinesische Joint Venture 16 Millionen Dollar bereit, und zwar acht Millionen Dollar in bar und die andere Hälfte in Form von Technologie. Die Investitionen der Chinesen betragen 51 Millionen Dollar. AMC-Renault haben die Option, ihren Anteil von 31,3 auf 49 Prozent aufzustocken. Laut Tippet hat Renault bisher 450 Millionen Dollar für AMC lockergemacht, hauptsächlich für die Umrüstung auf den neuen Renault Alliance und die neue AMC-Jeeplinie. Fachleute gehen aber davon aus, daß die Franzosen weitere 150 Millionen Dollar (Lieferkredite, Aktienbarkauf) in den Konzern gepumpt haben.

VOITH-GRUPPE / In den USA wird ein Zahn zugelegt

Papiermaschinen dominieren

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Heidenheimer Maschinenbaukonzern Voith sieht sich auf einer soliden Basis, um weiter technologisch an der Spitze marschieren zu können. Neben einer gut gepolsterten Bilanz sorgen für den finanziellen Rückhalt die wachsenden Beteiligungserträge, der hohe Zinsüberschuß und eine sehr aktive Lizenzbilanz. Hugo Rupf, Ehrenvorsitzender des Hauses Voith, konstatiert, daß man auf jener Grundlage außergewöhnliche Risiken auf sich nehmen könne, ohne gleich die Existenz des Unternehmens zu gefährden („wir sind in einer beneidenswerten Situation").

Der Konzern, der sich auf den Gebieten des Papiermaschinenbaus, der Wasserturbinen, der Schiffs- und Antriebstechnik sowie im Werkzeugmaschinenbau betätigt, hat trotz schwieriger Branchensituation seine Marktposition in einigen Bereichen weiter ausgebaut und will in dieser Richtung weitergehen.

Nach dem sehr positiven Abschneiden der Töchter in Brasilien und in Nordamerika sind bei Voith für die USA verstärkte Aktivitäten vorgesehen, ohne daß man dies zunächst weiter präzisieren wollte.

Im laufenden Jahr 1982/83 (30. 9.) hat sich das Geschäft in den einzelnen Produktlinien wiederum differenziert entwickelt. Die Auslastung der Kapazitäten bleibe wegen der Struktur des Auftragseingangs insgesamt unausgeglichen. Es wird ein Umsatzvolumen in der Größenordnung des Vorjahres erwartet.

In 1981/82 war der Gruppenumsatz nach der im Jahr davor registrierten kräftigen Wachstumsphase leicht um 3,4 Prozent auf 1,42 Mrd. DM zurückgegangen. Dominierend blieb der Papiermaschinenbau mit 43 (47) Prozent Umsatzanteil. In dieser Sparte, in welcher der Marktanteil auf 22 (20) Prozent verbessert wurde, hat Voith seinen Vertrieb neu orientiert. Neu hereingenommen wurden Aufträge für fünf komplette Papiermaschinen, wobei freilich teilweise unbefriedigende Preise akzeptiert werden mußten.

Die nächstgrößte Sparte, die Antriebstechnik, vergrößerte ihren Umsatzanteil auf 22 (21) Prozent. Hier sieht Voith auch für die Zukunft noch gute Chancen, seine Position zu verbessern. Im Bereich der Wasserturbinen (mit 18 Prozent Marktanteil ist Voith einer der Branchengrößten) sei festzustellen, daß weniger Projekte zur Auftragsvergabe gelangten. Dies mache eine Umorientierung auf kleinere Anlagen erforderlich. Bei einem Auslandsanteil am Umsatz von 62 Prozent wurden 51 Prozent des Absatzes in ausländischen Voith-Fabriken produziert.

Mit Stolz wird das Spitzenergebnis vermerkt, das die brasilianische Tochter erzielte, die bei einem Umsatz von 19 Mrd. Cruzeiros auf ein Nettoergebnis von 5 Mrd. DM kam. Günstig beeinflußt wurde die Ertragslage darüber hinaus auch durch die Abgabe der Contigas-Schachtel, die Teil einer Umschichtung im breitgefächerten Beteiligungsportefeuille war. Aus dem auf 19,4 (17,2) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß der J. M. Voith GmbH wurden 10 (8) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Auf das Stammkapital von 120 Mill. DM sind unverändert 8 Prozent Dividende ausgeschüttet worden.

Voith	1981/82	±/%
Gruppenumsatz		– 3,4
(Mill. DM)	1416	(73)
Auslandsanteil (%)	62	– 4,3
Beschäftigte	13 218	
Sachinvestitionen	66	+ 22,2
Beteiligungsinv.	145	+ 1108,3
Abschreibungen	79	+ 43,6
Netto-Cash-flow	102	+ 11,6
in % d. Ums.	8,4	(7,1)

ALFA ROMEO / Neues Modell soll Wende bringen

Schwarze Zahlen im Visier

HANNA GIESKES, Bonn

Der italienische Automobilkonzern Alfa Romeo will sein in der Vergangenheit durch den Alfasud etwas angerostetes Image wieder aufpolieren. Der neue Alfa 33, ein „in fünf Jahren harter, schweigsamer, stiller Arbeit" entstandener Mittelklassewagen soll nach den Worten von Konzernchef Ettore Massacesi „die Wende" einleiten. Sie manifestiere sich unter anderem darin, daß der staatseigene Konzern bereits für 1984 wieder mit schwarzen Zahlen rechnet, sagte Massacesi während der Präsentation des neuen Modells in Venedig.

Im vergangenen Jahr erreichte Alfa einen Konzernumsatz von 2341 Milliarden Lire (umgerechnet 3,98 Milliarden Mark); dies sei, so Massacesi, eine Verdoppelung innerhalb der letzten fünf Jahre. Das Bilanzdefizit lag bei 82,8 Milliarden Lire (rund 140 Millionen Mark) – Massacesi: „Ein Fünftel des Defizits von 1977" – und bereits für dieses Jahr hofft die Konzernleitung auf eine Halbierung. Diese Hoffnung gründet sie auf ein bereits im vergangenen Jahr geschlossenes Abkommen mit den Gewerkschaften, das im laufenden Jahr einen Anstieg der Produktivität um 35 Prozent gebracht habe und in diesem Jahr ein weiteres Plus von 10 Prozent erwarten lasse.

Der Alfa 33 sei das erste „Etappenziel" im Rahmen der neuen Strategie, sagte Massacesi weiter. Als nächstes folgt die Produktion des „kleinen Sparautos" Arna, dem eine Kooperation mit Nissan zugrundeliegt. Er soll ab Herbst in Italien produziert werden; die gestanzten Bleche kommen aus Japan. Mit Arna und Alfasud sollen die Kapazitäten bereits im kommenden Jahr ausgelastet sein. Außerdem wurde mit Fiat ein Abkommen zur gemeinsamen Teile-Produktion geschlossen, „dessen positive Auswirkungen vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre spürbar sein werden". Der Konzern beschäftigt im Automobilbereich 28 000 Mitarbeiter.

NAMEN

Dr. **Klaus Götte**, früherer Flick-Gesellschafter, wurde als Nachfolger von Dr. Andreas Kleffel (pensioniertes Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) Aufsichtsratsvorsitzender der Girmes-Werke AG, Oedt.

Generaldirektor i. R. **Kurt Neumaier**, Aufsichtsratsvorsitzender bei den Unternehmen der Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund/München, und der Europa-Versicherungen, Köln, wurde am 12. Juni 70 Jahre.

Prof. **Heinrich Beisse**, Richter am Bundesfinanzhof in München, ist zum Vorsitzenden Richter ernannt worden. Er hat den Vorsitz im VII. Senat (Zölle, Verbrauchssteuern, EG-Marktordnungsrecht) übernommen.

Dr. Hellmut E. Schroeder, langjähriges Vorstandsmitglied der Duewag AG (früher Waggonfabrik Uerdingen AG), Krefeld, wurde am 11. Juni 75 Jahre.

In den Aufsichtsrat der Nixdorf-Computer AG, Paderborn, wurden das ehemalige Vorstandsmitglied **Helmut Rausch**, sowie der Rechtsanwalt **Dr. Dinnies**, Essen, gewählt.

Horst Seiffer (39), bisher bei der Werbeagentur Lintas, wechselt in die Geschäftsleitung der Düsseldorfer Werbeagentur Spiess & Ermisch.

ALTE LEIPZIGER / Hohe Kapitalerträge

Neugeschäft ging zurück

JOACHIM WEBER, Oberursel

Die Alte Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft a. G., Oberursel, hatte einen guten Start ins Jahr 1983. Der Neuzugang an Versicherungssumme lag in den ersten vier Monaten mit 1,1 Mrd. DM um 17 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresvolumen. Auch die Beitragseinnahmen stiegen um 12 Prozent auf rund 300 Mill. DM.

Das schwierige Jahr 1982 hat auch bei der Alten Leipziger seine Spuren hinterlassen. Das Neugeschäft blieb mit 2,62 (2,67) Mrd. DM um 1,8 Prozent unter dem Vorjahresvolumen. Damit schnitt das Unternehmen aber sichtbar besser ab als der Branchendurchschnitt, dessen Minus bei 4,4 Prozent lag. Auch die durchschnittliche Versicherungssumme der Einzelversicherung von 57 800 Mark übertraf deutlich den Branchenwert von 28 900 Mark. Die Gruppenversicherungen waren am Neugeschäft mit 40 Prozent oder 1054 (973) Mill. DM wieder überdurchschnittlich beteiligt. Mit 6,6 Mrd. DM erreichten sie einen Anteil von 32 Prozent des um 7 Prozent auf 20,8 (19,4) Mrd. DM gestiegenen Versicherungsbestandes.

Aus den vorzeitigen Abgängen von 974 (933) Mill. DM ergibt sich eine Storno-Quote von 5 (5,2) Prozent. Das Plus der Brutto-Beitragseinnahme (785 nach 774 Mill. DM) blieb mit 1,3 Prozent unter den übrigen Wachstumsraten. Die Gründe: geringere Einnahmen bei den Einmalbeiträgen und die Umstellung des Zahlungstermins für einen größeren Firmen-Gruppenvertrag. Daß der Überschuß der Versicherten um 23 Prozent auf 312 (252) Mill. DM stieg, war in erster Linie den um 15 Prozent auf 424 (370) Mill. DM gewachsenen Kapitalerträgen zu verdanken. Der Bestand an Kapitalanlagen nahm um 13 Prozent auf 5,2 (4,6) Mill. DM zu.

Beim Sachversicherer Alte Leipziger Versicherungsgesellschaft AG wuchsen die Beitragseinnahmen um 5 Prozent auf 425 (404) Mill. DM. Der durch den höheren Schadenbedarf der Industrie-Feuer- und der Einbruchdiebstahl-Versicherung auf 15 (14) Mill. DM gestiegene versicherungstechnische Verlust konnte wieder durch die auf 30 (25) Mill. DM erhöhten Erträge aus 362 (320) Mill. DM Kapitalanlagen überkompensiert werden. Die Dividende beträgt unverändert 10 Prozent auf 25 (21) Mill. DM Grundkapital.

GOLDSCHMIDT / Wieder acht Prozent Dividende – Gesunde Kapitalstruktur

Im neuen Jahr gut vorangekommen

HANS BAUMANN, Essen

„Wir empfinden unser Dividendenniveau selbst als unbefriedigend", sagte Gerd Rossmy, Vorsitzender des Vorstandes der Th. Goldschmidt AG Chemische Fabriken, Essen, anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts für 1982. Wieder wurden 4,6 Mill. DM Gewinn erzielt, aus dem der HV am 8. Juli wieder 8 Prozent Dividende auf das Grundkapital von 58 Mill. Mark vorgeschlagen werden. Wie im Vorjahr werden auch wieder 1 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt, die nun 45 (44) Mill. DM betragen.

Der schwierige Umstrukturierungsprozeß zum Spezialisten der Chemie zeigt die ersten Früchte. Obwohl der Umsatz in der AG um 6 Prozent auf 474 Mill. DM zurückging, hat sich der Rohertrag von 38 auf 40 Prozent des Umsatzes erhöht. Auch die Personalkosten ermäßigten sich nach Belegschaftsabbau von 3883 auf 3751 in der Gruppe um 4 Mill. DM. So konnte das wirtschaftliche Ergebnis gehalten und Dividende und Rücklagenzugang voll verdient werden.

Die Bilanz des Hauses ist gesund. Das Eigenkapital deckt 35,8 (34,9) Prozent der Bilanzsumme.

Der Rohertrag je Mitarbeiter erhöhte sich von 87 000 auf 90 000 Mark – der bisher höchste Satz. Die Gesamtinvestitionen betrugen 29 (31,4) Mill. DM. Der Brutto-Cash-flow von 26,3 (30,7) Mill. DM unterschritt im Berichtsjahr den Netto-Cash-flow von 28,8 (24,7) Mill. DM nach Rückgang der Rückstellungen und besonders hohen Abschreibungen. Für 1983 sind Investitionen in der Größenordnung von 17 Mill. DM vorgesehen, jedoch keine Finanzanlagen, die im Berichtsjahr noch 1,3 Mill. DM erforderten, im wesentlichen für die Übernahme der restlichen 50 Prozent des Kapitals der Verzinkerei Hemsbach GmbH.

Der Inlandsumsatz der AG erreichte 274,4 (293,8) Mill. DM, der Export verringerte sich auf 473,5 (502,1) Mill. DM. Der Gesamtumsatz der Gruppe stieg dagegen auf 728,8 (727) Mill. DM. Den konsolidierten Weltumsatz einschließlich Enkelgesellschaften gibt die Verwaltung zum erstenmal mit 771 Mill. DM und den einschließlich der Mehrheitsbeteiligungen mit 679 Mill. DM an. Der Exportanteil blieb mit 42 Prozent des Umsatzes unverändert. Der Gewinn vor Steuern betrug 11,8 (10,7) Mill. DM.

Den Gewinn je Aktie will die Verwaltung erst nennen, wenn die Umstrukturierung endgültig abgeschlossen ist.

Der Ausblick ist „leicht positiv". In den ersten fünf Monaten 1983 stieg der Umsatz zwar nur um 0,5 Prozent. Das erste Quartal 1983 kam jedoch gegenüber dem letzten 1982 um 27 Prozent voran. Gut voran kommt das Unternehmen bei den organischen Spezialitäten. Aber in den abgelaufenen Monaten schrieb auch die Sparte Kunststoffe schwarze Zahlen, während sie während des Berichtsjahres ebenso wie die anorganischen Produkte Verluste hinnehmen mußte. Bis Ende Mai legte auch der Export ein Prozent zu.

Der harte Wettbewerb sorgt nach Rossmy aber dafür, daß sich die Mengensteigerungen und die gedrückten Preise gegenseitig aufheben. Nirgendwo hätten Preiserhöhungen durchgesetzt werden können. Dennoch: Bei den Kosten ist der Berg der Umstrukturierung überschritten. In den ersten vier Monaten war das Betriebsergebnis „deutlich besser" als in der Vergleichszeit des vorigen Jahres, „obwohl das nicht einmal schlecht war".

WUPPERMANN / Bonus für Stahl-Spezialitäten

Hoffnung auf eine Belebung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Da habe auch der Prüfer der EG-Kommission gestaunt: Im Quotenkorsett des EG-Krisenmanagements habe man die Listenpreise nicht nur eingehalten, sondern zum Teil auch noch überschritten. Stolz demonstriert mit solchem Hinweis die Geschäftsführung der Theodor Wuppermann GmbH, Leverkusen, die Position der 111 Jahre alten Familienfirma als Stahl-Spezialist, der flexibler als Großkonzerne auf differenzierte Kundenwünsche eingehen könne.

Der Stolz gilt freilich der Vergangenheit. In 1981/82 (30. 9.) konnte dieser größte Walzstahlproduzent Westeuropas ohne eigene Stahlbasis (aber seit acht Jahren mit eigener Stranggießanlage bei der Krupp-Hütte Rheinhausen) trotz sinkendem Mengenabsatz seine Umsätze auf 449 (386) Mill. DM bei der GmbH und 536 (456) Mill. DM in der Gruppe steigern. Der Betriebsverlust minderte sich auf 1,6 (17,6) Mill. DM. Mit ao. Erträgen schaffte man einen Umschwung des im Vorjahr ausgewiesenen Jahresverlusts von 8,7 Mill. DM in einen Jahresüberschuß von 2,1 Mill. DM, der den Verlustvortrag auf 12,2 Mill. DM milderte.

Das ist allerdings immer noch ebenso viel wie die bei 24 Mill. DM (und seit neun Jahren dividendenlosem) Stammkapital vorhandene Rücklagensumme. Mehr als die Hoffnung, „mit einem blauen Auge davonzukommen" hat Wuppermann auch für 1982/83 nicht. Die beiden ersten Quartale brachten einen Umsatzrückschlag von 27 Prozent, das dritte Quartal läuft trotz einiger Belebungstendenzen im Abnehmerkreis noch recht flau, der Rest des Kalenderjahres aber lasse gegenüber der ersten Jahreshälfte doch eine Absatzbelebung von 5 bis 10 Prozent erwarten.

Die Auslastung der bei 1 Mill. Jahrestonnen liegenden Wuppermann-Kapazitäten bleibt dabei jedoch auf kargem Niveau. In 1981/82 wurden mit weiterer Minusrate von 5 (13) Prozent nur noch 522 300 (548 500) t Bandstahl/Warmband produziert, dazu 24 800 (31 500) t Kaltprofile und 11 400 (12 700) t Schmiedestücke. Die seit dem letzten Stahlboomjahr 1974 um ein Drittel und mit gut 12 Mill. DM Sozialplankosten (bis 1980/81) abgebaute Belegschaftszahl blieb dabei mit 1785 Mitarbeitern konstant.

Das Ende der Talfahrt ist da aber noch nicht erreicht. Keinen ihrer jetzt fertig gewordenen 46 Lehrlinge konnte die Firma übernehmen. Im Bonner Stahlhilfeprogramm ist man auch wegen weiterer Sozialpläne mit bis zu 23 Mill. DM Subventionswunsch vertreten. Ohnehin hält der Stolz auf die eigene Spezialisten-Stärke nur solange, wie auch das System der EG-Produktionsdrosselungsquoten hält. Ohne dieses, meint Wuppermann, würden die Stahlpreise um bis zu 200 DM/t oder gut ein Fünftel ihres heutigen Niveaus herunterrutschen und überall erneut dicke Unternehmensverluste bringen.

ITAG / Gebremster Optimismus im Jubiläumsjahr

Vom Erdölgeschäft abhängig

DOMINIK SCHMIDT, Celle

Der Preisverfall am internationalen Rohölmarkt hinterläßt auch bei der Itag-Gruppe, Celle, ihre Spuren. Horst Bruer und Hubert Kürzl, Geschäftsführer der Stammfirma Hermann von Rautenkranz Internationale Tiefbohr GmbH & Co KG (Itag), verweisen auf die starke Abhängigkeit des Unternehmens vom Erdölgeschäft. Der weltweit beobachtete Rückgang der Erdöl- und Erdgasförderung sowie schwächere Aktivitäten bei der Neuerschließung beeinträchtigten die Beschäftigung.

Die Itag ist im Bohrgeschäft und in der Exploration tätig. Die angeschlossene Maschinenfabrik befaßt sich mit der Herstellung von Geräten und Ausrüstungen für die Förderindustrie. Nachdem der Gruppenumsatz 1982 um rund 20 Mill. DM auf 260 Mill. DM erhöht worden war, würde es die Itag-Geschäftsführung bereits als Erfolg werten, wenn 1983, im Jahr des 75jährigen Bestehens, das Niveau von 1981 wieder erreicht wird. Zugleich müsse mit einer Verschlechterung der Ertragssituation gerechnet werden. Dies ändere aber nichts an der Absicht des Familienunternehmens, auch künftig selbständig am Markt zu operieren.

Das schwieriger gewordene Inlandsgeschäft führt zu verstärkten Anstrengungen, mit dem Bohrbetrieb im Ausland Fuß zu fassen. Das Verhältnis Inland zu Ausland, das derzeit bei 70:30 liegt, soll künftig paritätisch ausgerichtet sein. An der deutschen Erdöl- und Erdgasförderung ist die Itag mit rund einem Prozent beteiligt. Dieser Anteil soll aber durch die Aufstokkung des Explorationsbudgets auf jährlich 15 bis 20 Mill. DM erhöht werden.

Die Maschinenfabrik, die neben den Spezialgeräten ein umfassendes Dienstleistungsprogramm für die Förderindustrie anbietet, erzielt einen Umsatz von 55 Mill. DM; der Exportanteil liegt bei 65 Prozent. Die insgesamt zwanzig Anlagen der Bohr- und Aufbewältigungsbetriebe sind nahezu ausschließlich für fremde Rechnung tätig, vor allem im Ausland. Sie erlösen 60 Mill. DM. Innerhalb der Gruppe beschäftigt die Itag 650 Mitarbeiter. Im Inland werden jährlich rund 25 bis 30 Mill. DM investiert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Nixdorf zahlt 16 Prozent

Paderborn (hdt) – Die Hauptversammlung der Nixdorf Computer AG, Paderborn, stimmte bei einer Präsenz von 94,9 Prozent dem Vorschlag des Vorstandes zu, aus dem Bilanzgewinn von 32 Mill. DM wieder eine Dividende von 16 Prozent auf das 160 Mill.-DM-Grundkapital zu zahlen. An ihm hält die Deutsche Bank eine Schachtelbeteiligung von 25 Prozent, weitere rund 6 Prozent befinden sich in Händen von Mitarbeitern. Die Nixdorf Computer AG erzielte 1982 einen Umsatz von 2,29 Mrd. DM und befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs.

Unveränderte Dividende

Mainz (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 11 Prozent für 1982 wird der Hauptversammlung der Bausparkasse Mainz AG, Mainz, am 22. Juni vorgeschlagen. Gewinnberechtigt sind 32,4 Mill. DM Grundkapital. Der Bilanzgewinn wird mit 5,3 (5,1) Mill. DM ausgewiesen. Den Rücklagen sollen 1,4 (1,1) Mill. DM zugewiesen werden.

Video-Recorder teurer

Villingen (dpa/VWD) – Die Saba GmbH, Villingen, Vertriebsfirma für Geräte der Unterhaltungselektronik der Thomson-Brandt-Gruppe, wird mit Wirkung vom 15. Juni 1983 an ihre Preise für Video-Recorder um etwa 3 Prozent anheben. Wie die Saba-Geschäftsleitung mitteilte, ist diese Preisanhebung dringend notwendig, um die in den letzten Monaten erheblich gestiegenen Kosten auffangen zu können. Saba ist nach eigenen Angaben Marktführer auf dem Video-Sektor.

Seidensticker zufrieden

Bielefeld (VWD) – Um 6,6 (1,4) Prozent konnte die Seidensticker-Gruppe, Bielefeld, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. April) ihren Umsatz auf 390 (366) Mill. DM steigern. Der Zuwachs wird angesichts der nicht einfachen Marktverhältnisse als befriedigend bezeichnet. Das Plus liege erheblich über dem Branchendurchschnitt. Nominales Wachstum und reales Plus seien identisch. Die Seidensticker-Gruppe beschäftigt 2026 Mitarbeiter.

Umsatzminus

Essen (Bm.) – Die Mr. Wash AG, Düsseldorf, hat 1982 ihren Umsatz von 57 auf 50 Mill. DM reduziert. Ausschlaggebend dafür waren die Umsatzeinbußen aus dem Treibstoffgeschäft. Im Autowaschbereich erzielte das Unternehmen einen Umsatzzuwachs um 12 Prozent. Die Firma betreibt jetzt 11 Autowaschanlagen mit Großtankstellen in der Bundesrepublik. Eine Dividende gab es zuletzt für 1981 mit 15,62 Prozent.

Mehr geschlachtet

Münster (hdt) – Um 9 Prozent auf 1,46 Mrd. DM konnte die Westfleisch Vieh- und Fleischzentrale e. G., Münster, ihren Umsatz 1982 erhöhen. Die Zahl der Schlachtungen stieg um 1,6 Prozent auf 2,68 Mill., der Nutzviehumsatz wertmäßig sogar um 20 Prozent.

Hohes Prämienplus bei NRV

Düsseldorf (Py.) – Die überwiegend zur Deutsche Beamten-Versicherung, der Mannheimer Versicherung und der R + V Allgemeine gehörende Neue Rechtsschutz Versicherungsgesellschaft (NRV) AG, Mannheim, hat 1982 ihr Prämienaufkommen um 9,4 Prozent auf 53,3 Mill. DM gesteigert. Trotz eines technischen Verlustes von 2,6 (1,1) Mill. DM wird ein Jahresüberschuß von 0,8 (0,8) Mill. DM ausgewiesen, von denen 0,3 (0,25) Mill. DM den Rücklagen zugewiesen wurden. Die Aktionäre erhalten wie im Vorjahr 8 Prozent Dividende.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Neuenahr-Ahrweiler: FEKA Textil und Handels GmbH; **Bad Oldesloe:** Commercielle Communications Electronic Hass & Hass GmbH; **Berlin-Charlottenburg:** Stempel-Freiberg GmbH & Co. KG; **Bochum:** Matchball Tennisshop GmbH; **Coburg:** Elektro-Krause GmbH, Lichenfels; **Heidenheim/Brenz:** Eckardt GmbH, Industriekühlanlagen; OLKO GmbH Vertrieb technischer Produkte f. d. Papierindustrie, Chemieindustrie sowie f. Kläranlagen u. Reaktorbauten, Nattheim; **Köln:** Klaus Steinhage, Kaufmann, hdld. u. d. Fa. Carin Steinhage; B. Schütt Bekleidungs-GmbH; **Krefeld:** Ges. f. Elektrotechnik Bongartz GmbH & Co., Kempen 1; **Lampertheim:** 1. Peter Rudek KG, Viernheim; 2. Peter Maximilian Rudek, Viernheim; **Mannheim:** Juliane Freidmann, Weinheim; **München:** kibo Kommunal-Maschinen GmbH & Co. KG, Hohnenbrunn; Ulrike Rein geb. Hofmann; Brigitte Zenker, Inh. e. Lebensmittelgeschäftes; Privat-Finanz PFG Treuhand- u. private Finanzierungsvermittlungs- u. Verwaltungsges. mbH; Nachl. d. Hans Gromer, Rentner, Fürstenfeldbruck; **Neustadt:** Christel Franz, Kauffrau, Buchhandlung-Schreibwaren, Garbsen OT Berenbostel; **Paderborn:** Hans-Rainer Michels GmbH Holz- u. Kunststoffverarbeitung, Büren; **Passau:** Heidi-Moden GmbH & Co. Bekleidungsfabrik KG, Schönberg; **Rinteln:** Kottmann GmbH; **Tübingen:** MAICO-Fahrzeugfabrik GmbH, Hammerbuch 2 (Pfäffingen); **Verden:** Freiherr Adolf Konradin von Wackerbarth gen. von Bomsdorf; **Wolfsburg:** Rudolf Dörheide, Malermeister.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Freiburg i. Br.: Kaufhaus für Alle GmbH & Co. KG; **Köln:** Heinrich Steinbusch, Spedition; **Reutlingen:** Hermann Walliser KG, Pfullingen; **Rinteln:** Günther Schäfer, Inh. d. Günther Schäfer Maschinenfabrik.

Vergleich beantragt: Braunschweig: Brunsviga Holding AG; **Lübeck:** Günter Dettmann, Bad Schwartau.

Vechta: Wenzeslaus Pundsack, Kaufmann, Lohne (Das Konkursverfahren wurde aufgehoben.)

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Mit Verlusten gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	10. 6.	9. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	343,00	345,00
Sept.	343,00	355,75
Dez.	355,00	369,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	10. 6.	9. 6.
St. Lawrence 1 CW	236,91	237,06
Amber Durum	231,81	240,51
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	120,50	121,50
Okt.	126,80	127,00
Dez.	129,60	129,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	96,30	95,80
Okt.	94,80	95,00
Dez.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	10. 6.	9. 6.
Juli	154,75	155,25
Sept.	156,00	156,75
Dez.	167,25	168,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	308,75	309,25
Sept.	290,25	289,50
Dez.	277,25	278,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 6.	9. 6.
Juli	101,90	102,10
Okt.	105,00	105,10
Dez.	106,20	106,30
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	10. 6.	9. 6.
Juli	10,68	10,67
Sept.	11,00	10,98
Nov	11,30	11,28
Jan	11,58	11,55
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	19,55	19,55

Genußmittel

	10. 6.	9. 6.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	125,25	127,00
Sept.	126,10	127,04
Dez.	125,75	128,34
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2172	2185
Sept.	2225	2235
Dez.	2250	2254
Umsatz	8410	6410
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	11,60	11,75
Sept.	11,91	12,00
Okt.	12,12	12,35
Jan.	12,79	12,80
März	13,00	13,18
Umsatz	18 478	13 117
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10. 6.	9. 6.
	10,88	10,30
Kaffee London (£/t) Robusta-	10. 6.	9. 6.
Kontrakt Juli	1647–1649	1656–1657
Sept.	1590–1591	1597–1598
Nov.	1576–1577	1576–1578
Umsatz	3373	2995
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1503–1505	1504–1508
Sept.	1506–1507	1515–1516
Dez.	1515–1516	1526–1527
Umsatz	4170	8736
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	187,00–187,25	183,00–183,25
Okt.	194,25–194,50	191,50–191,75
Dez.	196,50–197,00	193,00–195,00
März	204,25–204,75	202,50–203,00
Mai	206,50–207,50	204,50–204,75
Aug.	–	–
Umsatz	9220	6408

	10. 6.	9. 6.
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	262,50	262,50
weißer Sarawak	367,50	367,50
weißer Muntok	367,50	367,50
Orangensaft New York (c/lb)	10. 6.	9. 6.
Juli	116,50	116,85
Sept.	115,40	115,75
Nov.	113,10	113,50
Jan.	108,00	108,35
März	106,60	106,80
Umsatz	300	250

Öle, Fette, Tierprodukte

	10. 6.	9. 6.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	25,50	26,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	19,05	19,42
Aug.	19,22	19,58
Sept.	19,32	19,65
Okt.	19,43	19,75
Dez.	19,65	19,98
Jan.	19,81	20,10
März	20,05	20,35
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,50	22,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	15,00
Talg New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	49,50	48,80
Juli	48,75	48,15
Aug.	45,35	45,15
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	62,70	61,85
Aug.	59,85	59,05
Febr.	58,65	58,50

	10. 6.	9. 6.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	601,50	613,00
Aug.	608,00	617,75
Sept.	612,00	622,50
Nov.	622,00	631,00
Jan.	633,00	643,50
März	644,00	654,50
Mai	655,00	662,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	174,20	176,80
Aug.	175,40	177,80
Sept.	177,00	179,70
Okt.	178,50	181,30
Dez.	183,20	185,80
Jan.	185,30	187,70
März	189,00	192,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	10. 6.	9. 6.
Juli	291,60	293,60
Okt.	301,20	303,00
Dez.	306,30	308,20
Kokosöl New York (c/lb)	10. 6.	9. 6.
Westküste fob Werk	32,25	32,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 6.	10. 6.
jegl. Herk. cif	607,50	605,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	460,00	457,50
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	392,50	392,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	120,50	121,75
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	717,50	720,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	244,50	248,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	10. 6.	9. 6.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	77,30	78,35
Okt.	78,90	79,30
Dez.	79,75	80,30
März	80,75	81,10
Mai	81,25	81,51
Juli	81,45	81,49
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	54,25	54,25
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	10. 6.	9. 6.
Aug.	444–446	446–449
Okt.	439–441	439–440
Dez.	437–440	436–438
Umsatz	200	137
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	10. 6.	9. 6.
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,50	44,50
Dez.	44,80	44,80
März	45,50	45,50
Umsatz	0	15 750
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	10. 6.	9. 6.
Juli	566,5–568,0	568,0–569,0
Okt.	570,5–572,0	570,0–573,0
Dez.	585,0–586,0	584,5–586,0
Umsatz	78	17
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 6.	9. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	10. 6.	9. 6.
Juni	13 910	13 910
Juli	13 895	13 912
Kautschuk London (p/kg)	10. 6.	9. 6.
Nr. 1 RSS loco	72,00–74,50	71,75–73,50
Juli	72,60–74,00	72,30–73,00
Aug.	72,00–72,90	71,50–71,80
Juli/Sept.	72,20–72,30	71,30–71,80
Tendenz: ruhig, stetig		

	10. 6.	9. 6.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco	249,00–250,00	246,00–247,00
Juli	251,00–252,00	248,30–249,30
August	253,00–254,00	251,00–252,00
Nr. 2 RSS Juli	246,50–247,50	244,50–245,50
Nr. 3 RSS Juli	243,50–244,50	241,50–242,50
Nr. 4 RSS Juli	237,00–238,00	230,50–231,50
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)	10. 6.	9. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 6.	10. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	102,28–102,48	105,77–105,97
drittfolg. Monat	106,05–106,25	109,50–109,71
Zink: Basis London		
laufend. Monat	185,10–185,29	187,11–187,32
drittfolg. Monat	191,05–191,25	192,36–192,56
Produz.-Preis	198,55	199,32
Reinzinn 99,9%	3714–3751	3719–3756

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 6.	10. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	434,74–437,12	440,03–442,46
Blei in Kabeln	110,00–111,00	113,50–114,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	13. 6.	10. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	354–357	357–374
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399–401	401–406
MS 63	403–407	407–410

Zinn-Preis Penang

	10. 6.	9. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,66	30,65

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 6.	10. 6.
Leg. 225	335–341	335–341
Leg. 226	337–344	337–344
Leg. 231	363–381	363–381
Leg. 233	383–392	383–392

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	13. 6.	10. 6.
Platin (DM je g)	37,55	37,40
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 300	34 300
Rücknahmepr.	33 500	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 060	34 250
Rücknahmepr.	33 500	33 220
verarbeitet	35 550	35 940
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 855	33 965
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	974,20	978,40
Rücknahmepr.	940,10	944,20
Verarbeitet	1017,40	1027,80

Internationale Edelmetalle

	13. 6.	10. 6.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	412,00	413,25
15.00	413,00	411,25
Zürich mittags	411,50–412,25	412,75–413,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 350	102 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	752,05	742,50
3 Monate	777,05	758,90
6 Monate	788,75	776,70
12 Monate	820,25	813,00
Platin (£-Feinunze) London	10. 6.	9. 6.
fr. Markt	268,90	261,10
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	81,35	79,10

New Yorker Preise	10. 6.	9. 6.
Gold H & H Ankauf	411,25	407,75
Silber H & H Ankauf	1162,50	1131,00
Platin fr. Händlerpr.	403,00–408,00	403,00–408,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	125,50–129,50	124,00–126,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1147,00	1163,00
Juli	1145,00	1168,00
Aug.	1161,50	1177,20
Sept.	1153,00	1186,50
Dez.	1199,00	1215,50
Jan.	1210,70	1225,00
März	1225,00	1245,00
Umsatz	25 000	–

New Yorker Metallbörse

	10. 6.	9. 6.
Kupfer (c/lb)		
Juni	74,70	75,35
Juli	75,10	75,80
Aug.	75,90	76,55
Sept.	75,55	77,25
Dez.	78,55	79,30
Jan.	79,25	79,90
März	80,60	81,15
Umsatz	13 000	10 000

Londoner Metallbörse

	13. 6.	10. 6.
Aluminium (£/t)		
Kasse	927,00–928,00	913,00–914,00
3 Monate	954,0–955,00	939,50–940,00
Blei (£/t) Kasse	257,50–258,00	261,00–261,50
3 Monate	267,00–267,50	271,00–271,50
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1082,0–1082,5	1077,5–1079,0
3 Monate	1106,0–1106,5	1097,5–1098,0
abends Kasse	–	1084,0–1084,5
3 Monate	–	1104,0–1104,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1047,0–1047,5	1044,0–1045,0
3 Monate	1075,0–1076,0	1072,0–1073,0
Zink (£/t) Kasse	466,00–466,50	465,50–466,50
3 Monate	481,00–481,50	479,50–480,00
Zinn (£/t) Kasse	8470–8480	8410–8420
3 Monate	8480–8485	8435–8437
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–86

PWA

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit zur ordentlichen Hauptversammlung ein.
Sie findet am Freitag, dem 22. Juli 1983, um 10.30 Uhr im Sheraton Hotel in München, Arabellastraße 6 (Kongreßzentrum) statt.

Tagesordnung

1.
Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1982 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts.

2.
Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982.
Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

3.
Änderung der Satzung
Aufsichtsrat und Vorstand schlagen folgende Änderungen der Satzung in der Fassung vom 22. Juli 1981 vor:

a) Dem § 12 wird ein neuer Absatz (5) hinzugefügt. Er lautet:

„Der Aufsichtsrat kann jederzeit mit der in Abs. (1) genannten Mehrheit einen weiteren Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden wählen. Die übrigen Wahlbestimmungen in Abs. (1), (2) und (4) sowie die sich aus Abs. (3), § 13 Abs. (1) und (6) Satz 2 und aus § 14 Abs. (1) Satz 1 ergebenden Befugnisse gelten für diesen Stellvertreter nicht."

b) § 15, Absatz (2) erhält folgenden Wortlaut:

„Für Dienstvertragsangelegenheiten der Vorstandsmitglieder soll ein Ausschuß mit Entscheidungsbefugnissen gebildet werden, der aus je zwei Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende und sein nach § 12 (1) oder (2) gewählter Stellvertreter, besteht. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden den Ausschlag."

c) § 18, Absatz (1) erhält folgenden Wortlaut:
„Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außer dem Ersatz ihrer baren Auslagen eine feste Vergütung von jährlich DM 8.000,–, der Vorsitzende und dessen Stellvertreter das Doppelte."

d) § 18, Absatz (2) erhält folgenden Wortlaut:
„Außerdem erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für je 1 % Dividende, die ausgeschüttet wird, DM 3.000,–. Für den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter gilt Abs. (1) entsprechend."

4.
Wahlen zum Aufsichtsrat
Die Amtszeit des gegenwärtigen Aufsichtsrats endet satzungsgemäß mit Ende der ordentlichen Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1982.

Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats richten sich nach den §§ 96 (1), 101 (1) des AktG und den §§ 1 (1) und 7 (1) Ziffer 2 des Mitbestimmungsgesetzes von 1976.

Die Hauptversammlung ist an den Wahlvorschlag nicht gebunden.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, für die neue Amtsperiode nachstehende Aktionärvertreter zu wählen:

Dr. jur. Wilhelm Arendts
Sprecher des Vorstands der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München

Dr. jur. Heinz Artmann
Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Gauting

Kjell Brändström (bis 30.9.83)
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Svenska Cellulosa AB, Sundsvall/Schweden

Dr. jur. Lois Erdl
Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, München

Dr. jur. Siegfried Gropper
Generalbevollmächtigter der Deutsche Bank AG, München

Dipl.-Volkswirt Udo Knop
Vorstandsmitglied der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Bad Homburg

Norbert Lehmann (ab. 1. 10. 1983)
z. Z. Vorsitzender des Vorstands der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, Raubling

Bo Rydin
Vorstandsvorsitzender der Svenska Cellulosa AB, Sundsvall/Schweden

Dr. jur. Erich Schmitt
Vorstandsmitglied der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München

5.
Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 zu wählen.

Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, ihr Stimmrecht ausüben oder Anträge stellen wollen, bitten wir, gemäß § 21 der Gesellschaftssatzung, ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bis spätestens am Freitag, dem 15. Juli 1983, bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen im Bundesgebiet zu hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort zu belassen.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Für den Fall einer Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist der hierfür auszustellende Hinterlegungsschein spätestens am Dienstag, dem 19. Juli 1983, bei der Gesellschaftskasse einzureichen.

München, im Juni 1983

PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Eisen- und Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Köln

Bilanz zum 31. Dezember 1982

Aktiva

	Stand am 1. 1. 1982 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 31. 12. 1982 DM
I. Anlagevermögen					
Sachanlagen					
Werk Thale	1,–	–,–	–,–	–,–	1,–
Geschäftsausstattung	30 992,–	78 175,25	15 500,–	22 864,25	70 803,–
	30 993,–	78 175,25	15 500,–	22 864,25	70 804,–
Finanzanlagen					
Beteiligungen	60 836 221,–	12 000 000,–	–,–	–,–	72 836 221,–
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon 20 000,– DM durch Grundpfandrechte gesichert)	40 000,–	–,–	–,–	–,–	40 000,–
	60 876 221,–	12 000 000,–	–,–	–,–	72 876 221,–
	60 907 214,–	12 078 175,25	15 500,–	22 864,25	72 947 025,–
II. Umlaufvermögen					
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				9 025,29	
Guthaben bei Kreditinstituten				24 710,54	
Wertpapiere				–,–	
Forderungen an verbundene Unternehmen				66 528 873,59	
Forderungen aus Krediten nach § 89 AktG				130 000,–	
sonstige Vermögensgegenstände				34 552 026,05	101 244 635,47
					174 191 660,47

Passiva

	DM	Stand am 31. 12. 1982 DM
I. Grundkapital		88 000 000,–
II. Offene Rücklagen		
Gesetzliche Rücklage	10 000 000,–	
Freie Rücklage	42 000 000,–	
Einstellung aus dem Jahresüberschuß	3 000 000,–	
	45 000 000,–	55 000 000,–
III. Sonderposten mit Rücklageanteil (gemäß § 52 Absatz 5 EStG)		105 622,–
IV. Rückstellungen		
Pensionsrückstellungen	2 395 125,–	
andere Rückstellungen	17 758 685,–	20 153 810,–
V. Andere Verbindlichkeiten		
sonstige Verbindlichkeiten		281 820,47
VI. Bilanzgewinn		10 650 408,–
		174 191 660,47

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1982

	DM	DM
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		7 308 000,–
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		9 316 161,78
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		36 150,–
sonstige Erträge (davon außerordentliche 20 634,– DM)		14 827 506,–
		31 487 817,78
Gehälter		919 150,90
soziale Abgaben		60 803,01
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		137 151,40
Abschreibungen auf Geschäftsausstattung		22 864,25
Steuern		
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	15 228 330,–	
sonstige	566,–	15 228 896,–
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil		105 622,–
sonstige Aufwendungen		1 415 896,22
		17 890 383,78
Jahresüberschuß		13 597 434,–
Gewinnvortrag		52 974,–
		13 650 408,–
Einstellung in die freie Rücklage		3 000 000,–
Bilanzgewinn		10 650 408,–

Pensionszahlungen: Im Geschäftsjahr 1982 sind 134 448,– DM geleistet worden. In den folgenden fünf Jahren werden sie voraussichtlich 103 %, 107 %, 113 %, 117 %, 146 % der Zahlungen des Jahres 1982 betragen.

Köln, den 5. April 1983

Der Vorstand
Remy Woopen

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Düsseldorf, den 11. April 1983

TREUARBEIT Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft
Siepe Görtz
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Dividenden-Bekanntmachung – Wertpapier-Kenn-Nummer 565 800 –
Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 13. Juni 1983 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von 8,– DM und einen Bonus von 4,– DM je Aktie im Nennwert von 100,– DM auf das Grundkapital von 88 Millionen DM zu verteilen. Die Auszahlung erfolgt ab sofort gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 22 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer. Mit der Dividende ist für inländische Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet. Den unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären, die eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Finanzamtes nach § 36b EStG vorlegen, wird die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer zuzüglich des Steuerguthabens ausgezahlt. Zahlstellen sind die Gesellschaftskasse und die als Hinterlegungsstellen veröffentlichten Bankinstitute.

Aufsichtsrat: Otto Wolff von Amerongen, Köln, Vorsitzender; Professor Dr. Gunther Hartmann, Köln, stellv. Vorsitzender; Dr. Karl-Ludwig Bresser, Düsseldorf; Rudolf Krahé, Köln; Alfred Freiherr von Oppenheim, Köln; Hans-Otto Thierbach, Frankfurt (Main).

Vorstand: Gunther Remy, Köln; Dr. Albert Woopen, Köln.

Köln, den 14. Juni 1983 DER VORSTAND

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Rentenmarkt etwas freundlicher

In der Erwartung, daß der Kapitalmarktzins nur vorübergehend und nicht „ins Unendliche" steigen werde, hat sich die Stimmung an den Rentenmärkten an der Montagsbörse deutlich verbessert. Öffentliche Anleihen wurden bis um 0,8 Prozentpunkte heraufgesetzt. Nicht ganz so stark, etwa bis um einen Viertelpunkt, zogen DM-Auslandsanleihen an. Der Pfandbriefmarkt tendierte ebenfalls etwas freundlicher, ohne daß es jedoch zu lebhaften Umsätzen kam.

	13. 6.	10. 6.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	89,75G	89,5G
6 dgl. Pf 20	81bG	81B
6¾ dgl. Pf. 2	93,75G	93,25bG
7 dgl. Pf 3	93,75G	93,5bG
7 dgl. Pf 27	100,25G	100,25bG
6½ dgl. KS 14	94,75G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G

	13. 6.	10. 6.
Br 6½ dgl. Pf 77	90,8G	90,8G
6 dgl. Pf 42	89,5G	89,5G
6½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Pfz. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76B
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90G
6½ dgl. Pf 133	88,5G	88,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9

	13. 6.	10. 6.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,9G	97,9G
7½ dgl. Pf 45	100,2B	100,2G
M 6 Südboden Pf 41	87G	87G
5½ dgl. Pf 57	76G	75G
6½ dgl. Pf 143	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 87	92B	92bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien





Die Kaufneigung hat sich verstärkt

In- und ausländische Anleger stiegen mit großen Beträgen ein

DW. – Am Wochenanfang hat sich die Kaufneigung an den deutschen Aktienmärkten noch verstärkt. Die Kurse zogen in weiten Bereichen – allerdings unterschiedlich – an. Anregungen für die Aktienmärkte kamen auch von der freundlicheren New Yorker Börse, in der der Kursanstieg mit einer nur mäßigen Ausweitung der amerikanischen Geldmenge einherging.

Commerzbank wurden mit 188 DM (plus 3,50 DM) bezahlt, Dresdner mit 186 DM (plus 2,50 DM). Siemens stiegen mit der Allgemeintendenz um 4,50 DM, AEG um 3,50 DM. Die Farbennachfolger gewannen bis 2,50 DM (Hoechst). Auch Autowerte konnten zulegen, wobei vor allem Daimler-Benz mit einem Plus von 8 DM von Auslandsanschaffungen profitierten. Etwas freundlicher auch Stromversorger mit Ausnahme von HEW, bei denen sich die näherrückende HV mit dem erwarteten Kampf um Aufsichtsratsmandate negativ auswirkt. Kleine Gewinne im Stahlbereich.

Düsseldorf: DAT verminderten um 4 DM auf 365 DM und Huta auch um 5 DM auf 130 DM. Bilfinger gaben um 2 DM auf 241 DM nach, und Dyckerhoff erhöhten um 5 DM auf 152 DM. Ravensberger Spinne stockten um 4 DM auf 160 DM auf und Rheag um 8 DM auf 410 DM. Duewag gewannen 4 DM auf 153 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Agrippina um 10 DM auf 560 DM, und Aachener Rück gaben um 50 DM auf 1050 DM nach.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte wurden bis fünf Mark heraufgesetzt, vereinzelt konnten Tagesgewinne bis zu acht DM erzielt werden. Von Nebenwerten blieben Deutsche Hypothekenbank Bremen Ex-Kapitalberichtigung 10:1 441 (480) DM, Bank für Brauindustrie bei Plusankündigung 435 DM, Mainzer Aktienbier 224 DM plus 10 DM, Braun-Vorzüge 320 minus 15 DM und Linde 399 DM plus 14 DM.

Hamburg: Im Regionalbereich blieben die Veränderungen meist begrenzt. Aus dem Rahmen fielen Breitenburger Cement, die sich auf 480 DM (minus 10 DM) abschwächten. Beiersdorf gingen zu 338 und Flensburger Schiffbau zu 152 DM aus dem Markt. Von Versorgungswerten waren HEW bei 111,50 DM etwas niedriger veranlagt und NWK-Vorzüge wurden unverändert mit 157 DM bezahlt. Bremer Vulkan begannen zu 39,50 DM und gingen danach bis 41 (plus 3 DM) um.

München: Agrob St. erhöhten um 5 DM auf 315 DM und Deckel AG um 3,50 DM auf 97,50 DM. Dywidag stockten um 15 DM auf 270 DM auf und NAK Stoffe um 3 DM auf 78 DM. Audi NSU gaben um 7 DM auf 230 DM nach.

Berlin: Engelhardt und Herlitz Vorzüge lagen um je 7 DM, DUB-Schultheiss um 6 DM und DeTeWe um 4,50 DM fester. Berthold und Kempinski verbesserten sich um je 3 DM. Herlitz Vorzüge gaben um 2 DM nach und Bergmann verloren 5 DM.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 13. 6.: 606 Optionen, 91 850 (23 900) Aktien, davon 86 Verkaufsoptionen = 4750 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-70/4,50, 10-70/8,50, 10-75/7,10-80/3,50, 1-65/16, 1-80/8, 1-85/6, 1-90/5, Siemens 7-360/1,50, 10-320/27, 10-330/25,80, 10-340/20, 1-340/25, 1-350/17, 1-360/12, Veba 10-160/11, 10-170/6, BASF 7-140/7,60, 7-150/2, Bayer 7-140/3,10, 10-140/7,10-10-5, 1-140/15, 1-150/9, BMW 7-300/34, VW 7-170/11, 10-170/23,20, 10-180/8,15, 10-190/4,70, 1-170/22, 1-180/18,60, 1-190/9,80, 1-200/8, 1-210/5, Conti 7-90/7, 7-95/3,15, 10-85/15,15, 10-90/13, 10-95/7, 1-90/12, 1-95/11,60, 1-100/10, 1-110/5, Lufthansa 10-120/9, 10-130/5, Lufthansa Vorzüge 10-120/8,45, Commerzbank 7-160/28, 7-170/18, 7-190/2,20, 10-160/29, 10-180/15, 10-190/8,75, 1-160/36,25, 1-170/25,80, 1-180/18,20, 1-190/14,50, 1-200/6,90, 1-210/3,50, Deutsche Bank 10-330/15, 1-320/30, 1-370/3,10, Dresdner Bank 7-170/18, 7-180/9,60, 7-190/2, 10-180/13,10, 1-190/18, 1-200/9,40, Hoesch 7-55/2, 10-50/8,50, 10-55/4,40, 1-50/10, 1-55/8,40, 1-60/5,35, Thyssen 10-80/7,50, 10-85/3,90, 10-90/2,30, 1-80/11,30, Bay. Hypo 7-320/3,05, BHF-Bank 7-270/25, Bewag 1-110/6,20, Deutsche Babcock 10-170/6, 1-170/12,40, Degussa 1-320/30, Kali + Salz 7-190/12,40, Kloeckner 10-45/2,80, 1-45/3,90, 1-50/2,40, RWE 10-190/2,05, 1-180/8,50, Schering 10-360/20, 1-340/42, VEW 10-130/6,30, 1-130/7,70, Alcan 1-80/11,60, Chrysler 7-65/6, 10-70/6,60, General Motors 10-180/6,20, Litton 1-170/15, Sperry Rand 1-100/7,10, Philips 10-45/3, 1-45/4,50, Unilever 1-190/20, Elf Aquitaine 1-60/4. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-70/4,10, 10-8,50, 1-60/1,90, 1-65/3,90, 1-70/6,70, 1-75/10, Siemens 1-310/5, 1-320/5,90, Bayer 7-140/5,50, 1-140/10,50, VW 10-180/9,60, 1-160/5,50, 1-180/11, Commerzbank 10-180/11, Dresdner Bank 1-180/9,30, Hoesch 7-55/4, 10-55/5, 1-50/3, 1-55/6,40, Thyssen 10-80/2, BHF-Bank 10-280/4,20, 10-280/13,90, Degussa 10-320/17, Kali + Salz 10-190/3,50, Klöckner 1-40/3,90.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9⅜	4⅞–5⅛	4¾–5
3 Monate	9½– 9⅝	5⅛–5⅜	4¾–5
6 Monate	9⅞–10	5⅜–5⅝	4¾–5⅛
12 Monate	9⅞–10⅛	6 –6¼	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1300,00	1582,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1080,00	1278,00
5 US-Dollar (Liberty)	443,00	596,64
1 £ Sovereign alt	243,00	297,19
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	255,00	316,40
2 südafrikanische Rand	240,00	293,80
Krüger Rand, neu	1068,00	1249,78
Maple Leaf	1065,00	1246,65
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	250,00	318,40
20 schweiz. Franken „Vreneli"	214,00	270,07
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	987,00	1183,11
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	555,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 6. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs¹)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,5375	2,5455	2,5138	2,49	2,58
London¹)	3,958	3,972	3,921	3,91	4,16
Dublin¹)	3,153	3,167	3,092	3,11	3,25
Montreal³)	2,0566	2,0646	2,0390	2,02	2,11
Amsterd.	89,060	89,280	88,94	88,25	90,25
Zürich	119,980	120,180	120,08	118,75	121,50
Brüssel	4,991	5,011	4,948	4,89	5,11
Paris	33,140	33,300	32,46	32,25	34,25
Kopenh.	27,955	28,075	27,755	27,25	29,25
Oslo	35,190	35,320	34,46	34,50	36,25
Stockh.**)	33,225	33,385	32,86	32,50	34,25
Mailand²) **)	1,680	1,690	1,657	1,65	1,74
Wien	14,186	14,206	14,186	14,10	14,38
Madrid**)	1,780	1,780	1,701	1,72	1,84
Lissabon**)	2,470	2,490	2,355	2,10	3,00
Tokio	1,0510	1,0540	—	1,02	1,08
Helsinki	45,875	46,075	45,015	45,50	47,25
Buen. Air.	—	—	—	—	32,50
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,963	3,037	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,2245	2,2435	—	2,16	2,29
Johannesbg.*)	2,3260	2,3450	—	1,85	2,10

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die mit Spannung erwarteten Geldmengenzahlen zeigten am 13. 6. minimalen Anstieg von um 100 Mill. DM ein positives Bild. Die Folge war ein Nachgeben der Euro-Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkte und ein Rückgang des US-Dollars um zeitweise 2,5325 im Fernen Osten. In Europa verlagerte sich der Handel auf 2,5375 bis 2,5425 bei ruhigem Geschäft. Zur amtlichen Notiz von 2,5415 glich die Bundesbank die vorhandene Nachfrage durch eine Abgabe von 6,25 Mill. Dollar aus. Die stärkste Tagesbewegung verzeichnete jedoch das Britische Pfund, das nach Gewinnmitnahmen um ½ Prozent niedriger als am Freitag zu 3,965 notierte. Der Schweizer Franken und der Japanische Yen fielen ebenfalls gegenüber DM etwas zurück auf 120,08 und 1,0625. Das Irische Pfund wurde zum 5. Male in Folge am oberen Interventionspunkt gehandelt, wobei die Bundesbank heute 260 000 Irische Pfund abgeben mußte. US-Dollar in: Amsterdam 2,8500; Brüssel 50,79; Paris 7,6510; Mailand 1507,45; Wien 17,9200; Zürich 2,1165; ir. Pfund/DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5601.

Ostmarkkurs am 13. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,00; Verkauf 24,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50 Verkauf 24,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Rückgang der Dollar-Zinssätze am 13. Juni ist besonders in den Abschlägen ab 3 Monate zu erkennen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,80/2,70	5,40/5,20
Pfund/Dollar	0,04/pari	× 0,04/pari	0,06/0,11
Pfund/DM	2,20/0,80	5,10/3,70	8,90/7,50
FF/DM	29/13	84/68	184/168

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 6.: Tagesgeld 5,00 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,25 Prozent; Dreimonatsgeld 5,50–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 13. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,50 (5,77) – 8,50 (6,38) – 9,00 (6,83) – 9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,50 (5,82) – 8,50 (6,49) – 9,00 (6,98) – 9,50 (7,40) – 9,50 (7,70) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,00. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Auto-Leasing

Zweifellos zählen Kraftfahrzeuge neben Büromaschinen zu den Gütern, die sich am besten für das Leasing-Verfahren eignen. Der funktionierende Second-Hand-Markt hält die Verwertungsrisiken in Grenzen. Schließlich sorgen die relativ kurzen Vertragslaufzeiten – im Durchschnitt etwa zweieinhalb Jahre – für raschen Umschlag. Als einziger Minuspunkt wäre bei Personenwagen der verhältnismäßig geringe Stückwert zu nennen.

Der rasante Aufschwung, den das Automobil-Leasing in den letzten Jahren erlebt hat, resultierte aus der allgemein zunehmenden Leasingbereitschaft der deutschen Unternehmer; andererseits profitierte das Automobil-Leasing zusätzlich von den Bemühungen der Wirtschaft, die weniger rationalisierungsfähigen Betriebsteile auszulagern und sich von produktionsunabhängigen Tätigkeiten zu trennen. Hierbei wurde in einigen Unternehmen auch der Fuhrpark zur Disposition gestellt.

Die Automobilvermieter konnten durch ständige Verbesserungen und Ausweitungen ihrer Dienstleistungsangebote den Anteil der Full-Service-Verträge beträchtlich steigern und verweisen inzwischen auf zahlreiche Fälle, in denen sie über ausgefeilte Kostenanalysen und transparentere Abrechnungen spürbare Einsparungen für die Leasing-Nehmer erzielt haben. Die Erfolge, die das Automobil-Leasing in Deutschland erringen konnte, lassen sich wohl am besten daran erkennen, daß diese Sparte noch wesentlich stärker expandiert hat als der Durchschnitt aller Vermietungsunternehmen. Der Anteil des Fahrzeug-Leasing am gesamten Leasingvolumen hat in den letzten 20 Jahren laufend zugenommen und sich alleine von 1970 bis 1982 versechsfacht.

Nach wie vor ist das Automobil-Leasing in Deutschland eine Domäne der herstellerabhängigen Vermieter, die derzeit etwa zwei Drittel der neuen Verträge abschließen. Auch die Finanzierungs-Leasing-Gesellschaften, die vor allem das Flotten-Leasing betreiben, kooperieren in der Fahrzeug-Vermietung meist mit Kfz-Händlern.

Die Bedeutung des Fahrzeug-Leasing könnte in Deutschland noch wesentlich größer sein, wenn nicht eine Bestimmung im Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) die Finanzierung von Kraftfahrzeugen mit mehr als vier Tonnen Nutzlast im Güterfern- und Werksverkehr verbieten würde. In anderen Ländern, allen voran die USA, gehören Lastzüge zu den Rennern im Vermietungsgeschäft. Die deutschen Leasing-Gesellschaften erwarten allerdings in absehbarer Zeit eine Novellierung des GüKG, die die bisherige Diskriminierung des Leasing gegenüber den traditionellen Finanzierungsformen von Nutzfahrzeugen aufheben soll. Die Hoffnungen auf eine beträchtliche Ausweitung des Nutzfahrzeug-Leasing dürften sich dann wohl erfüllen.

Seit etwa zwei Jahren gewinnt auch die Automobilvermietung an Privatkunden, die vor allem von Kfz-Händlern betrieben wird, an Boden. Bis dahin war dieses Geschäft bedeutungslos, da die meisten Vorteile – insbesondere steuerlicher Art – die ein gewerblicher Leasingnehmer hat, beim Privatmann wegfallen.

ARNO STÄDTLER

Das Privat-Leasing macht in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr Schule

Die meisten Firmen wählen den Fullservice

HANS BAUMANN, Essen

Sie nennen es Insentive – bei Gott nicht Rabatt. Insentive ist der Antrieb für den Markt, der Schrittmacher des Umsatzes. Und da diese Vokabel jedermann im Autoleasing tagtäglich über die Lippen kommt, pflegen sie den Schrittmacher allesamt – ohne Ansehen der Marke. Autos brauchen nun einmal Antrieb. Und was beim Barkauf beim Händler eben der Rabatt ist, das leistet beim Auto-Leasing für Private der Insentive.

Hohe Zinsen begünstigen die Finanzierung

Ohne den Insentive würde sich das private Auto-Leasing kaum rentieren. Das wissen die Hersteller. Und da sie aber auch diesen Absatzweg beschreitbar machen wollen, gewähren sie diesen Antrieb. Und da die Autobranche wie kaum eine andere in Marktanteilen denkt, kann niemand diesen Markt auslassen.

Ganz grundsätzlich ist der Privat-Leaser jener Kunde, der die Mehrwertsteuer nicht absetzen kann. Geleast werden gern Zweit- oder auch schon Drittwagen. Einen Schub hat diese Art, sein Auto zu finanzieren, auch von den hohen Zinsen der letzten Jahre bekommen. Häusle-Bauer zum Beispiel sahen sich plötzlich hohen Zinsbelastungen gegenüber, die den Aufbau von Eigenkapital in manchen Fällen verhinderten. Und da man ein Auto nicht in alle Ewigkeit fahren kann, ohne zu viele Federn bei Reparaturen und Spritverbrauch zu lassen, stieg mancher ohne Eigenkapital auf Leasing um – zu festen Monatsraten und fixierten Laufzeiten. Der durchschnittliche Autoleasing-Vertrag liegt heute ungefähr bei 30 Monaten und einer Leistung von 70 000 Kilometer.

Anders als beim Privatleasing ist das Bild vom Dienstwagen-Leasing. Hier lief das Geschäft 1982 nicht so gut. Da man nicht wußte, wie sich die Konjunktur entwikkeln würde, wurden Ersatzbeschaffungen hinausgeschoben, Leasing-Verträge verlängert.

Hugo Wieske, Geschäftsführer der LHS Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben mbH, Stuttgart, spürt aber bei den Flottenkunden größere Zuversicht ... aber. Und wenn dieses immer noch vorhandene kleine „aber" nicht mehr zu hören sein wird, dann läuft das Geschäft.

Der Ersatzbedarf wird dringlicher, obwohl sich abzeichnet, daß doch manche Firma auf kleinere Modelle für ihre Flotten umsteigt, was VW zum Beispiel beim Polo-Leasing ganz deutlich zu spüren bekam. Aber auch der Ruf nach Dieselfahrzeugen für den geleasten Flottenpark wird immer lauter.

Ein Argument steht im Vordergrund der Branche, die Tatsache nämlich, daß in der Bundesrepublik Deutschland rund sechs Millionen gewerbliche Fahrzeuge genutzt werden, daß das Leasing sich bis heute aber nur ganze 350 000 Fahrzeuge (5,8 Prozent) aus diesem Kuchen herausschneiden konnte.

Ein seltener Service in der Bundesrepublik

Dabei liegen für das Flotten-Leasing die Argumente noch eher auf der Hand als für das Privat-Autoleasing. Die deutsche Wirtschaft hat eine unzureichende Eigenkapitaldecke. Mit kaum 20 Prozent der Bilanzsumme ist sie in bisher unbekanntem Maße Investitions- und Lohnscheu geworden. Der Ausweg: Das Produktions- oder Dienstleistungsgut nicht mehr mit Eigenkapital „kaufen" und in der Bilanz aktivieren, sondern mieten, und mit den Erlösen aus den Produkten, die auf den gemieteten Maschinen hereingeholt wurden, werden dann die Mietraten bezahlt.

Aber nicht nur die Kapitalknappheit kann auf diese Weise überbrückt werden. Der Leasing-Nehmer nutzt immer die jüngste technische Entwicklung. Am Automarkt heißt das, er fährt immer eines der neuesten Modelle. Und da nicht zu sehen ist, daß die Gewinne der Unternehmen im Laufe der nächsten Jahre eine Aufstokkung des Eigenkapitals zulassen, wird die Idee des Leasing auch hier um sich greifen. Allein in den letzten acht Wochen ist der Zins bei der Refinanzierung schon wieder um 1 Prozent gestiegen. Signale aus Amerika zur Umkehr dieser Entwicklung sind nicht zu vernehmen.

Für Hugo Wieske gibt es keinen Zweifel, daß ein geleaster Fuhrpark straffer geführt wird als ein eigener. Gibt es in der Bundesrepublik auch schon über den Fullservice hinaus Leasing-Angebote, die den Service so weit treiben, daß sie die Logistik für die Flotte eines Unternehmens erarbeiten? „Nein", antwortet Wieske. Aber in den USA sei es durchaus üblich, daß der Leasing-Geber dem Unternehmer sage, welche Fahrzeuge für ihn besonders geeignet seien. In der Bundesrepublik sei selbst solcher Service noch sehr selten.

Die Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben

1969 ging das Unternehmen LHS Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben mbH, Stuttgart, aus der Schwabengarage hervor, einem reinen Handelshaus, das vor rund 60 Jahren einmal gegründet worden ist. Das Stammkapital der GmbH von 15 Mill. Mark liegt zu 25,92 Prozent bei der Gothaer Versicherungsbank, Köln, zu 11,50 Prozent bei Gothaer Leben, Göttingen, zu 9,20 Prozent bei der Veritas (Zug/Schweiz, zu 2,30 Prozent bei der VHV, Hannover, zu 25,08 Prozent bei der Suevia Verwaltungsgesellschaft, die wiederum zu 50 Prozent der Gothaer Rück und der Baden-Württembergischen Bank gehört, und schließlich zu 26 Prozent bei der Stuttgarter Straßenbahnen AG.

LHS ist durchaus kein reiner Autoleaser. 30 Prozent des Geschäftes stammen vielmehr aus dem Anlagen-Leasing und aus der Vermietung von Fremdfabrikaten, während eben 70 Prozent aus dem Verleasen von Ford-Fahrzeugen stammen.

Der Vertragsbestand der LHS betrug zum Ende letzten Jahres 8834 Fahrzeuge, das sind 2,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Von diesen Fahrzeugen werden rund 3000 im Fullservice verleast, rund 500 sogar einschließlich Benzinverbrauch.

Der Umsatz betrug im Neugeschäft 85,2 (70) Mill. Mark, davon 17 (11,7) Mill. Mark aus dem Gebrauchtwagengeschäft. Nur 35 Prozent des Gebrauchtwagengeschäfts werden über die Schwabengarage abgewickelt, den Rest bewältigt LHS selbst. Beschäftigt werden in Stuttgart knapp 50 Mitarbeiter, 13 im Außendienst. Die Beschäftigung erfolgt in weiten Bereichen in Personalunion mit für die Schwabengarage. Bm

SPEZIALISTEN / Wichtige Vorausschau auf den Markt von morgen

Die richtige Partnerwahl ist zu beachten

P. SCHNEIDER, Braunschweig

Beim Autoleasing scheint es immer noch Unklarheiten über die Möglichkeiten und insbesondere über die Partnerwahl, also welche Autoleasing-Gesellschaft anzusprechen ist, zu geben. Da tauchen Behauptungen auf, die den Leasing-Interessenten verwirren, da spricht man davon, daß kleine Leasing-Gesellschaften mit geringerem Verwaltungsaufwand bei Flottenkunden günstiger kalkulieren könnten, wobei dann auch nicht die Frage gestellt wird, wie diese kleineren Unternehmen die Sicherheit bieten können, den Rücklauf der Gebrauchtfahrzeuge nach Ablauf des Vertrages zu gewährleisten.

Der richtige Partner kann nur der sein, der dem Interessenten einen möglichst umfassenden und auf die Bedürfnisse des einzelnen ausgerichteten Leasing-Service anbieten kann. Die Auswahl des richtigen Fahrzeugmodells ist heute sicherlich nicht nur für betriebswirtschaftlich rechnende Unternehmen von Bedeutung; auch für private Verbraucher ist sie entscheidend. Hinzu kommen die von den Kunden erwarteten Dienstleistungen der Autoleasing-Gesellschaften, wie Übernahme der Wartung, Reparatur- und Schadensabwicklung, Übernahme von Kfz-Steuer und -Versicherung bis hin zur Abrechnung neuer Reifen. Und in vielen Fällen schließen sie die administrative Verwaltung des gesamten Fuhrparks ein.

Auch der private Leasing-Kunde setzt voraus, daß ihm vernünftige und realistische Vertragsformen angeboten werden und daß seine Autoleasing-Gesellschaft dafür Sorge trägt, daß sein zurückgegebenes Fahrzeug nach Vertragsablauf zu den vorher festgelegten Konditionen dann als Gebrauchtwagen wieder im Markt placiert werden kann.

Allein die hier genannten Kriterien lassen deutlich erkennen, daß Autoleasing eine Sache von Spezialisten ist und nicht nur einfach als eine Finanzierungsform für die Anschaffung eines Fahrzeugs angesehen werden sollte. Zu diesen Kriterien gehört aber auch das Wissen um die Branche, um das Auto, um den Markt und eine umfassende und realistische Beurteilungsfähigkeit des Gebrauchtwagenmarktes von übermorgen. Im Autoleasing bedeutet das eine sachliche Vorausschau auf den Gebrauchtwagenmarkt, wie er sich beispielsweise nach 24 oder 36 Monaten (je nach Laufzeit des Leasingvertrages) darstellen wird.

Die größte Autoleasing-Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist die V.A.G. Leasing GmbH in Braunschweig mit rund 100 000 Fahrzeugen unter Vertrag. Auch was den Kundenstamm angeht, so dürfte die V.A.G. Leasing gegenüber dem Wettbewerb eine führende Stellung einnehmen. Dieser Bestand an Kunden und die unter Vertrag stehenden Fahrzeuge stützen sich auf eine Absatzorganisation von rund 3400 Partnern (Händler und Werkstätten), die im gesamten Bundesgebiet und in West-Berlin vor Ort sowohl informieren als auch in aktiver Weise die Leistungskraft unter Beweis stellen.

Die V.A.G. Leasing GmbH als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Volkswagenwerk AG verfügt über detaillierte Erfahrungen in der Fahrzeug-Beurteilung und -Beratung; andererseits stehen die angeschlossenen Partner als Automobil-Fachhändler jederzeit den Leasing-Kunden und -Interessenten vor Ort zur Verfügung und können zusätzlich auf die Daten- und Informations-Banken der Leasing-Zentrale zurückgreifen, um den gewerblichen und privaten Kunden optimal zu „bedienen". Diese 3400 Partner sind beispielsweise auch Garanten für einen schnellen Absatz des Gebrauchtfahrzeuges nach Ablauf des Leasing-Vertrages.

Was das Modellspektrum der herstellereigenen Autoleasing-Gesellschaften angeht, so bietet die V.A.G. Leasing die gesamte VW-Palette einschließlich der AUDI- und Porsche-Modelle an. Wenn darüber hinaus für die Vorstandsetagen ein Daimler Benz oder BMW gewünscht wird, so ist auch das sicherlich kein Hindernis für den Vertragsabschluß.

Gemessen an einem Kfz-Bestand von über 27 Millionen stellen die 300 000 geleasten Fahrzeuge in Deutschland heute noch einen geringen Prozentsatz dar. Auch wenn die fetten Zuwachsraten im Autoleasing-Geschäft magerer geworden sind, sieht die Branche darum für die kommenden Jahre noch Möglichkeiten, gute Wachstumsraten zu erzielen. Der stagnierende Automobilabsatz, der 1981 begann und sich 1982 verstärkte, läßt auch in der Autoleasing-Branche die Hoffnung auf einen Nachholbedarf aufkommen.

PRIVATAUTO / Vorurteile durch mangelndes Verständnis

Für das Fahren zahlen, nicht für den Wagen

UDO SCHÜLKE, Bonn

Autoleasing ist heute für Unternehmer eine selbstverständliche Alternative zum Autokauf. Rund 300 000 geleaste Wagen fahren auf deutschen Straßen. Es werden immer mehr. Gewerbetreibende und Freiberufler sind von den Autoleasing-Vorteilen überzeugt: reine Kapitalbindung, weniger Verwaltungsarbeit, Steuererleichterungen und klare Kostengrundlagen.

Der Anteil der geleasten Privatwagen ist hingegen noch gering. Dafür gibt es viele Gründe, einer der wichtigsten: die Unkenntnis darüber, was Privatauto-Leasing eigentlich ist. Mangelndes Verständnis führt hier zu Vorurteilen oder gar Ablehnung. Das überrascht auf den ersten Blick um so mehr, weil doch die Miete für den Privatmann eigentlich nichts Neues ist. Wohnungen oder Telefone werden seit eh und je gemietet.

Für den Markterfolg des Privatauto-Leasing wird es entscheidend sein, wie schnell man aus dem Stadium der Unsicherheit in der Beurteilung dieser Kaufalternative herauskommt. Bei Erklärungsversuchen erscheint es angeraten, sowohl auf werbliche Umschreibungen als auch auf den Leasing-Fachjargon weitgehend zu verzichten und die Zusammenhänge so einfach wie möglich darzustellen.

Am leichtesten wird derjenige Privatmann das Grundprinzip verstehen, der im Rahmen seines privaten Haushaltes „wie ein Geschäftsmann" zu denken gewohnt ist. Denn es geht letztlich um die Frage, welche Prioritäten in einem begrenzten Haushaltsbudget gesetzt werden. Der Kernvorteil des Privatauto-Leasing kann besonders deutlich herausgearbeitet werden, wenn man zunächst die Voraussetzungen beim Privatauto-Kauf darstellt:

Bar-Kauf oder Raten-Kauf – Ein Auto kann man kaufen, indem man es sofort bar oder in Raten bezahlt. Bei Barzahlung leistet der Kunde sofort den vollen Fahrzeugwert (zum Beispiel 20 000 Mark) und wird auch sofort Eigentümer. Bei einer Finanzierung über 24 Monate leistet der Kunde ebenfalls den vollen Fahrzeugwert (20 000 Mark) plus Zinsen in Form einer Anzahlung und monatlicher Finanzierungsraten. Er wird Eigentümer nach Ablauf der Finanzierung.

Leasing – Beim Privatauto-Leasing über 24 Monate leistet der Kunde nicht den vollen Fahrzeugwert. Er zahlt nur für den Wertverlust des Fahrzeuges durch laufende Nutzung (beispielsweise 7000 Mark) plus Zinsen in Form einer Sonderzahlung und monatlicher Leasingraten. Das wird erreicht, indem der nach 24 Monaten zu erwartende Gebrauchtwagenwert (13 000) Mark) von vornherein bei der Kalkulation der Leasing-Raten berücksichtigt wird.

In Höhe dieses Gebrauchtwagenwertes bindet der Privatauto-Leasing-Kunde keine Mittel, weil keine Tilgung, sondern nur eine Verzinsung erfolgt. Er wird nicht Eigentümer. Sein Ziel ist ausschließlich die Nutzung des Fahrzeuges, das nach 24 Monaten zurückgegeben werden kann.

Daraus ergibt sich der Vorteil des Privatauto-Leasing gegenüber dem Bar-Kauf: Der Kunde braucht kein Geld in Höhe des Kaufpreises festzulegen. Der Vorteil gegenüber der Finanzierung ist, daß die Leasing-Raten niedriger sind als Finanzierungs-Raten, weil weniger Geldmittel gebunden werden. Das bedeutet für Privatauto-Leasing, daß Geldmittel freibleiben. Für sein Auto zahlt der Leasingkunde nur das, was er laufend abnutzt.

Der Vergleich zur Finanzierung soll an einem konkreten Zahlenbeispiel verdeutlicht werden. Bei einem 24-Monats-Vertrag und einer Sonderzahlung von 20 Prozent des Neupreises beträgt die monatliche Leasingrate für einen Pkw 179 Mark. Eine Finanzierung über den gleichen Zeitraum für dieses Fahrzeug führt zu einer monatlichen Belastung von 485 Mark. Der Fahrzeugpreis beläuft sich auf 12 945 Mark. Die Rechnung stellt sich dann wie folgt dar:

Finanzierung:	
Anzahlung	2 589 Mark
24×485 Mark	11 640 Mark
Belastung	14 229 Mark
Leasing:	
Sonderzahlung	2 589 Mark
24×179 Mark	4 296 Mark
Belastung	6 885 Mark

In 24 Monaten sind vom Kunden bei einer Finanzierung also 7344 Mark mehr aufzubringen als beim Leasing – oder anders ausgedrückt: Der Leasingkunde zahlt jeden Monat (24mal) 306 Mark weniger. Entscheidend ist nun, wie dieser Liquiditätsvorteil bewertet wird. Das hängt von den persönlichen Voraussetzungen des Interessenten, von seinen Wünschen und Bedürfnissen ab. Auf jeden Fall werden weniger Geldmittel in das Auto gesteckt.

Die ins einzelne gehende betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise wird jedoch in den meisten Fällen nicht zum Zuge kommen. Alle Rechenoperationen mit dem spitzen Bleistift führen immer wieder zu der Kernfrage zurück: Wie hoch wird im konkreten Fall der Liquiditäts-Vorteil (im Beispiel 7344 Mark) bewertet? Anders ausgedrückt: Wie wichtig sind die „anderen Dinge". Eine einfache Faustformel könnte lauten: Wird die alternative Verwendung gering oder überhaupt nicht bewertet, sollte Leasing weniger in Betracht gezogen werden. Bei hoher Bewertung ist Leasing jedoch empfehlenswert.

Privatauto-Leasingkunden müßten „intelligent und reich" sein, hat einmal jemand gesagt, der vom Leasinggeschäft sehr viel versteht. Untersucht man diese zunächst provozierende Aussage einmal etwas näher, scheint sehr viel Wahres daran zu sein. „Reich" ist hier sicherlich nicht so gemeint, daß man Geld in Mengen angehäuft und jederzeit sofort verfügbar hat.

Man kann sich eher einen Privatmann vorstellen, der seine Mittel gut investiert hat und im Rahmen seines begrenzten Haushaltsbudgets weitere Investitionen plant, die für ihn wichtig sind und es ihm nicht erlauben, mehr Geld für sein Auto auszugeben als unbedingt notwendig. Wenn man dann noch bedenkt, daß dieser rechnende Privatmann eigentlich keine Schulden macht und darüber hinaus noch die Möglichkeit hat, das Gebrauchtwagenrisiko abzuwälzen, könnte man ihn in der Tat für sehr intelligent halten.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, daß natürlich derjenige, der nur über wenig oder überhaupt keine Mittel verfügt, den Liquiditätsvorteil immer hoch bewerten muß.

STRUKTUR / Viele Unternehmen spüren die Flaute / Abschied vom rasanten Aufschwung / Kontrollen sparen Kosten

Eine solide Kapitalbasis ist Grundvoraussetzung

H. P. Düsseldorf

Von allen Leasing-Gütern expandieren die Fahrzeuge seit Jahren am zügigsten und gewinnen laufend Anteile am gesamten Leasing-Volumen hinzu.

In der Struktur der vermieteten Anlagen nehmen Fahrzeuge mit 19 Prozent (nach Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen mit 30 Prozent) den zweiten Rang ein. In Zahlen sieht die Vermietung von Automobilen so aus: 1979 wurden 80 000 Neuzulassungen an Pkw geleast, 1980 waren es 100 000 und 1982 schon 150 000 Fahrzeuge. Und die Chancen, die dem Auto-Leasing noch winken, zeigt die Reaktion des Leasing-Bestandes zu den am 1. Januar 1983 insgesamt zugelassenen Pkw: Es waren mehr als 24 Millionen.

Nachdem die Autoleasing-Branche in ihrer zwanzigjährigen Geschichte in Deutschland einen beachtlichen Aufschwung erlebt hat, sind die Aussichten jetzt nicht mehr ganz so rosig. Die Zeiten der soliden Zuwachsraten von 20 Prozent und mehr sind vorbei. Eine Reihe der im Autoleasing-Geschäft tätigen Unternehmen spüren die Flaute, besonders dann, wenn finanzielle Zusammenbrüche von Kunden zu Forderungsverlusten führen.

Diese Firmen stehen plötzlich vor dem Debakel: Was tun mit den 20 oder gar 200 Fahrzeugen, die bei dem in Konkurs gegangenen Leasingkunden nun auf dem Hof stehen und als Gebrauchtwagen schwierig abzusetzen sind? Es ist nicht verwunderlich, daß in den vergangenen beiden Jahren manch Kleinerer auf der Strecke geblieben ist und den vorhandenen Bestand an eine größere, finanzstärkere Leasing-Gesellschaft verkauft hat.

Wer in der Branche erfolgreich bestehen will, muß als Unternehmer eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen: Solide Kapitalbasis ist eine dieser Grundvoraussetzungen. Mitarbeiter des Unternehmens müssen genaue Kenntnisse im Autohandel haben; sie sollten in der Lage sein, Interessenten in der Wahl des für sie wirtschaftlichsten Fahrzeugs und eines entsprechenden Dienstleistungspaketes zu beraten.

Für wen ist nun Autoleasing interessant. Es bietet sich als Problemlösung für den Fuhrpark an. Die Entscheidung, einzelne Fahrzeuge oder den ganzen Fuhrpark zu leasen statt zu kaufen, hat zunächst den Vorteil, daß Mittel freigesetzt und für andere betrieblich notwendige Investitionen genutzt werden können. Die Leasing-Raten sind für die Vertragsdauer monatlich gleichbleibend, und die Miete wird zum festen Bestandteil der Kostenkalkulation. Damit verbunden ist eine Reduzierung des administrativen Aufwandes.

Soll diese Verwaltungsarbeit weiter verringert werden, kann der Leasingnehmer bei Abschluß des Mietvertrages auf zusätzliche Dienstleistungspakete zurückgreifen:

1. Übernahme der Kosten für Wartung und Verschleißreparaturen. Die Leasingraten bleiben für die gesamte Vertragsdauer konstant, ohne Rücksicht auf die tatsächliche Kostenentwicklung.

2. Die Übernahme der Kosten für Kfz-Steuern, Kfz-Versicherung mit einer Deckungssumme von zwei Millionen Mark pauschal, Kfz-Vollkaskoversicherung mit 650 Mark Selbstbeteiligung, wobei abweichende Deckungssummen und Selbstbeteiligungen möglich sind.

3. Die Übernahme der Kosten für Reifenersatz einschließlich Montage und Auswuchten. Besonders durch diese Dienstleistung neben dem eigentlichen Fahrzeug-Leasing erhält der gewerbliche Kunde einen auf seine Bedürfnisse zugeschnittenen „Kompaktvertrag" und damit mehr als eine Finanzierungsalternative.

Die Betriebskostenabrechnung wendet sich an Kunden mit Fahrzeugflotten. Hier rechnet die Leasing-Gesellschaft die monatlich entstandenen Betriebskosten ab. Wegen der ständig schwankenden Kraftstoffpreise wird es immer schwieriger, die Betriebskosten großer Flotten zu überwachen. Immerhin macht der Kraftstoffkostenanteil heute rund 35 Prozent der Gesamtkosten eines Fahrzeuges aus.

Die Kontrolle läuft folgendermaßen ab: Im ersten Schritt ermittelt man die monatlichen Kraftstoffpreise. Diese Werte werden dem Leasingnehmer monatlich zur Verfügung gestellt. In einem zweiten Schritt ermittelt die Leasingfirma die Durchschnittswerte des Kraftstoffverbrauchs aller eingesetzten Typen. Liegt der Verbrauch erheblich über dem Mittelwert, so erhält der Kunde einen Warnreport.

Eine Verbrauchs- und Kostenkontrolle hat auch ihren Einfluß auf das Kostenbewußtsein der Mitarbeiter: Ein Test über neun Monate mit mehr als 6500 Fahrzeugen aller gängigen Typen hat gezeigt, daß bei den zur Zeit stark differierenden Kraftstoffpreisen spürbare Verbesserungen durch kostenbewußtes Tanken erzielt werden konnten.

Doch die Kostenkontrolle geht weiter: Ein EDV-System erfaßt die Privatfahrten der Mitarbeiter und rechnet sie einzeln ab. Die Belastung erfolgt entsprechend dem tatsächlichen Aufwand, den der Mitarbeiter durch Privatfahrten verursacht. Alle Kontrolldaten können dem Kunden monatlich per Magnetband zur Verfügung gestellt werden.

Während sich Leasing im gewerblichen Bereich einen festen Platz bei der Investitionsentscheidung erobert hat, ist das Privat-Leasing erst seit wenigen Jahren aufgeblüht. Auswüchse im Wettbewerb, wie sie in jüngster Zeit festzustellen waren, bedrohen nach Ansicht von Branchenkennern die an sich nützliche und sinnvolle Institution des Privat-Leasing. Seriöse Leasing-Gesellschaften werden daher auch zu Lasten einer Marktanteileinbuße an ihrer Politik festhalten, dem privaten Leasing-Nehmer vernünftige und faire Konditionen anzubieten.

Es gibt sechs Einflußgrößen, die die Kalkulation beim üblichen Finanzierungs-Leasing bestimmen.

1. Der Anschaffungswert des Fahrzeugs: Er ergibt sich aus dem Angebotspreis des Händlers einschließlich Mehrwertsteuer, ergänzt um die Kosten für zusätzliches Zubehör, Zulassung und Überführung.

2. Die Laufzeit des Vertrages: Es werden zur Zeit vor allem Verträge mit 24 oder 36 Monaten Laufzeit angeboten, wobei auch die jährliche Kilometerleistung eine Rolle spielt.

3. Die Mietsonderzahlung: Mit einer Anzahlung von 20 bis 30 Prozent des Anschaffungswertes gleicht die Leasing-Gesellschaft das beim privaten Leasingnehmer höhere und schlechter einzuschätzende Bonitätsrisiko aus. Für die Mietsonderzahlung kann der Gebrauchtwagen eingesetzt werden.

4. Der Restwert: Er stellt den Wert dar, den das Auto bei Vertragsbeendigung beim Verkauf mindestens erzielen soll. Er sollte seriöserweise so kalkuliert sein, daß eine Mehrerlöschance besteht. Diese kommt dann dem Mieter bei Abschluß eines neuen Vertrages hundertprozentig (ansonsten 75 Prozent) zugute; sie sollte eine Größenordnung in der Nähe der geleisteten Mietsonderzahlung erreichen. Wird der Restwert zu hoch angesetzt und nicht realisiert, muß der Mieter bei Vertragsende nachzahlen. Bietet ein Kfz-Händler die Fest-Rücknahme am Ende der Vertragslaufzeit an, wird er den Restwert so kalkulieren müssen, daß er seine Verkaufskosten decken und einen Gewinn erzielen kann.

5. Der Mietfaktor: Dieser Multiplikator, der von jeder Leasing-Gesellschaft auf Grund ihrer betriebswirtschaftlichen Ausgangsdaten und für jede Vertragsvariante individuell ermittelt wird, erhält einen Ersatz für ihre bei Beschaffung und Verwaltung von Fahrzeugen entstehenden Kosten und ihren Gewinn.

6. Die Monatsmiete: Die monatlichen Raten errechnen sich aus dem Anschaffungswert abzüglich des Restwertes, verteilt über die Laufzeit des Vertrages und multipliziert mit dem jeweiligen Mietfaktor.

Wenn mit einer besonders niedrigen Monatsmiete geworben wird, ist Vorsicht geboten. Aufmerksamkeit verdienen auch Verträge mit kurzen Laufzeiten von 18 Monaten, bei denen die Ansetzung eines hohen Restwertes für das dann ja noch fast neue Fahrzeug auf den ersten Blick einleuchten mag. Trotzdem weiß jeder Autofahrer, daß der Wert eines Fahrzeugs im ersten Jahr nach der Zulassung überdurchschnittlich sinkt.

ÖSTERREICH / Plus durch Mehrwertsteuer-Änderung

Andauernde Erholung des Fahrzeugparks

V. RED REDTENBACHER, Wien

Die österreichische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr von der weltweiten Rezession nicht länger verschont geblieben, wenngleich sie nicht mit der gleichen Schärfe eingesetzt hat als anderswo. Diese Entwicklung führte zu einem Rückgang bei den Investitionen sowohl für Industrieanlagen, Ausrüstungen und Liegenschaften. Die Leasing-Branche wurde dabei durch den Geldmengen-Überhang konkurrierender Banken in Mitleidenschaft gezogen, aber auch durch den nur geringen Rückgang der Zinssätze in der zweiten Jahreshälfte, während die Firmenpleiten und die Geschäftszusammenbrüche Rekordzahlen erreichten.

Das ergab stark unterschiedliche Geschäftsergebnisse in den verschiedenen Bereichen des Leasing-Marktes. Immobilien-Leasing erzielte weiterhin leichte Zunahmen, vor allem durch ein besonders starkes Interesse der öffentlichen Hand. Dagegen dürfte auf dem Sektor der Industrieanlagen und der Ausrüstungen zum ersten Mal seit etlichen Jahren eine Geschäftseinbuße zu verzeichnen gewesen sein. Da die Mehrzahl der österreichischen Leasing-Firmen keine Angaben über ihren Umsatz veröffentlicht, liegen bisher noch keine genauen Angaben vor. Insgesamt wird das Leasing-Geschäft im Jahre 1982 kaum mehr als fünf Prozent zugenommen haben.

Ein erfreulicher Aspekt ist der Geschäftsverlauf beim Auto-Leasing. Auf diesem Gebiet konnte der Schock von 1980 durch die Änderung der Mehrwertsteuer überwunden werden. Der Umsatz war vor drei Jahren rapide zurückgegangen, als plötzlich auch die Leasing-Firmen 30 Prozent Mehrwertsteuer (wie andere Käufer) entrichten mußten. Vordem hatten sie nur 18 Prozent zahlen müssen, was dem Steuersatz für andere Ausrüstungen entspricht. Inzwischen melden die Marktführer im Auto-Leasing für 1982 eine Umsatz-Zunahme von 25 Prozent

Im Leasing-Sektor weht ein rauherer Wind des Wettbewerbs, weil zum Beispiel die Banken infolge ihrer hohen Liquidität sich stärker als je zuvor als Konkurrenten eingeschaltet haben. Die Folge davon waren größere Anstrengungen im Service-Bereich durch die Leasing-Firmen, was beim Fahrzeug-Leasing besonders deutlich wurde.

Die das Auto-Leasing betreffenden steuerlichen Änderungen waren im zurückliegenden Jahr nur minimal. Fahrzeuge können nach wie vor über einen Zeitraum von sieben Jahren abgeschrieben werden. Leasing bietet somit einige Vorteile, weil die Kosten steuerlich schon früher geltend gemacht werden können. Mit der Anfang 1983 in Kraft getretenen Abschaffung der Grenze von 175000 Schilling, die beim Kauf von privaten Wagen von der Steuer abgesetzt werden konnten, ist diese Entwicklung noch begünstigt worden.

In anderen Bereichen zeichnen sich ebenfalls positive Ausblicke für 1983 ab. Die Investment-Zuschüsse für Industrieanlagen und Ausrüstungen sind zum Beispiel von sechs auf acht Prozent erhöht worden, und diese können von den Leasing-Firmen ebenso wie von ihren Kunden in Anspruch genommen werden.

Wie überhaupt der allgemeine Trend dahin geht, die Leasing-Unternehmen bei der Gewährung von speziellen staatlichen Zuschüssen und Kreditgarantien in gleicher Weise wie andere zu berücksichtigen.

SEMINAR LONDON / Die Briten klagen über ihre Handelspartner

Staatliche Vorschriften blockieren den Export in osteuropäische Länder

T. B. London

„Auto-Leasing bietet eine ausgezeichnete Möglichkeit für den Benutzer großer Fuhrparks, die anfallenden Kosten umfassend und äußerst zuverlässig im voraus kalkulieren zu können." Diese Ansicht vertrat Peter Martin von der Interleasing UK Ltd. auf dem fünften Seminar, das alljährlich vom „Leasing-Digest" und Interleasing UK Ltd. in London veranstaltet wird.

„Ein Leasing-Angebot für den festen Zeitraum von zwei oder drei Jahren schließt in einer Summe sämtliche Kosten, ausschließlich Benzin und Versicherungsprämien, für den Betrieb der Fahrzeuge ein", sagte Martin. Da die Leasing-Gesellschaft an den vollen Zeitraum des Vertragsablaufes für die Vermietung gebunden ist, ergeben sich für den Vertragspartner überschauliche Kosten. Der Mieter braucht nur das Leasing-Unternehmen um ein Preisangebot für die ihn interessierenden Fahrzeug-Typen zu bitten.

Tom Madden, Direktor von British Car Auctions, griff die schwierige Frage des Gebrauchswertes der verschiedenen Marken und Typen auf. Nach seiner Meinung sieht man in Großbritannien viel zu sehr auf die Kilometerleistung, anstatt auf das Alter und den allgemeinen Zustand der Fahrzeuge zu achten.

„Das Maß aller Dinge"

„Ob ein Wagen geschont oder ‚getreten' worden ist, das wird viel zu wenig ins Kalkül gezogen", meinte Tom Madden. „Man macht es sich meistens sehr leicht und schaut auf das Tachometer, um dies als Rechtfertigung für einen oftmals kläglichen Wiederverkaufspreis zu nehmen – der Kilometerstand wird zum Maß aller Dinge."

Norman Allen, ein Manager der Group Transportation, Standard Telephones & Cables, berichtete über die Erfahrungen eines Fuhrpark-Nutzers und über den kosteneffektiven Einsatz. Hinsichtlich der Firmenwagen erwähnte er zwei sich auf den ersten Blick widersprechende Erfordernisse: einerseits möglichst geringe Kosten, andererseits möglichst höchste Zufriedenheit der Benutzer von Dienstwagen.

Über die Entwicklung der britischen Automobilindustrie und die Zukunftsprognosen gab der Chef des Autohauses Henlys, Tony Ball, einen Überblick. Er versuchte den Beweis zu führen, daß „die wenig schmeichelhaften Legenden, die immer noch die britische Automobilindustrie umgeben, größtenteils ungerecht und unberechtigt sind". Vielmehr habe sich die britische Automobilindustrie in den vergangenen Jahren außerordentlich reformfreudig erwiesen; es sei eine neue Richtung eingeschlagen worden, die einschneidende Wirkungen haben werde.

Was die heikle Frage des Protektionismus angehe, so meinte Ball, es müsse als unglücklich angesehen werden, daß sich die britische Regierung gegenüber den Wünschen der britischen Automobilhersteller weniger verständnisvoll gezeigt habe als andere Regierungen gegenüber ihren Industrien. „In einer zunehmend feindlichen und konkurrierenden Welt teilen nur wenige andere Länder das ehrsame Konzept Großbritanniens vom freien und fairen Handelsaustausch", erklärte Tony Ball.

Durch Protektionismus in der einen oder anderen Form werde die Automobilindustrie in vielen führenden Industrienationen der Erde begünstigt. Ball sagte: „Unsere pingelige Sorge, mit vielen undankbaren Handelspartnern nicht ebenso zu verfahren, grenzt manchmal schon an wirtschaftliche Naivität."

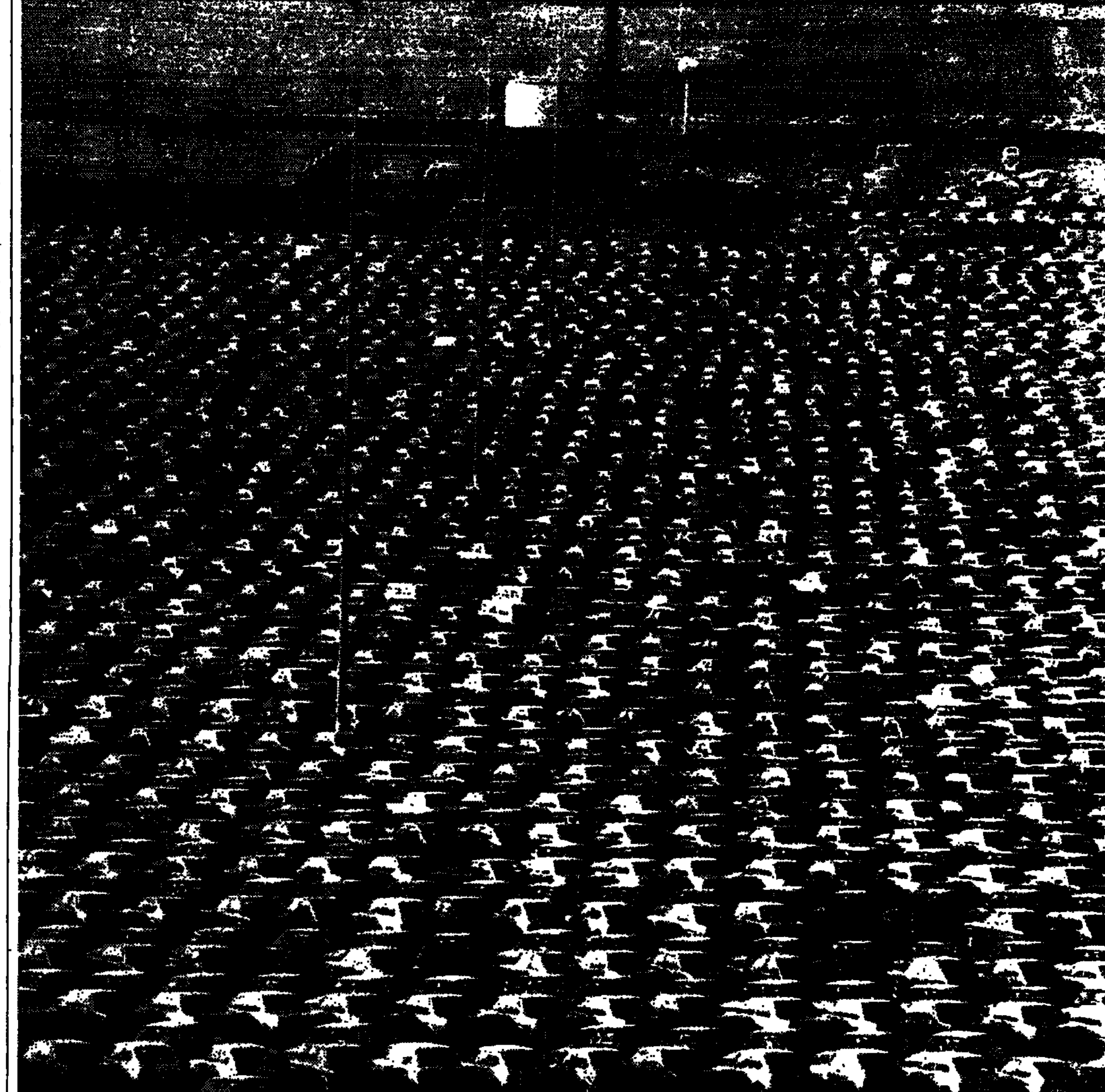
Ball wies darauf hin, daß britische Automobile, die in Spanien verkauft werden, neunmal höheren Zöllen unterliegen als spanische Fahrzeuge, die in Großbritannien abgesetzt werden. Japan habe sich zum Beispiel einen Marktanteil von bis zu 30 Prozent in Ländern des europäischen Kontinents erobert, aber nichttarifäre Handelsschranken bewirkten, daß die Autoimporte in jenes Land unter zwei Prozent der japanischen Zulassungen blieben. Die britischen Automobilausfuhren nach Osteuropa seien infolge staatlicher Vorschriften praktisch null.

„Mehr als eine halbe Million von Automobilen kamen allein im vorigen Jahr aus Spanien, Japan und den sozialistischen Ländern nach Großbritannien. Wenn die britische Automobilindustrie einen Absatz in derselben Größenordnung in den genannten Staaten gehabt hätte, hätten wir unsere Produktion nahezu verdoppeln können", stellte Tony Ball fest.

Steuerliche Vorteile

Der Steuerberater David Cartwright von der Beratungsfirma Robson Rhodes gab eine Übersicht über den letzten Stand der Steuerbestimmungen hinsichtlich der Firmenwagen, die steuerlichen Verbindlichkeiten der Unternehmen und die steuerliche Behandlung der Dienstwagen seitens des Nutzers. Cartwright: „Die Bereitstellung von Wagen und Treibstoff für einen Mitarbeiter der unteren Gehaltsstufen durch das Unternehmen ist steuerlich bei der Einkommenserklärung des Angestellten zu berücksichtigen. Ebenso ist die Bereitstellung eines oder mehrerer Automobile und von Benzin für hochdotierte Mitarbeiter steuerlich zu veranschlagen, zumal die für die Extrabezüge fällige Steuer noch erheblich unter den Kosten liegt, die sie für die Beschaffung eines oder mehrerer Wagen selbst aufzubringen hätten."

Weitere Beiträge auf dem Seminar stammten von Louise Patten, Marketing Director von Overdrive Credit Card Ltd., über die Kontrolle der Treibstoff-Kosten, von J. H. Chater, Manager für Entwicklung bei der Hogg Robinson (UK) Ltd. (Self Drive Hire & Leasing Division), über Versicherungsfragen, von David Paterson von Lumleys of Lloyds über Garantiezusicherungen für Fuhrparks, von John Carter von der VAG (UK) über Verbesserungen und die Entwicklung neuer Modelle. Vorsitzender des Seminars war Alex D'Adda, der Managing Director der Interleasing (UK) Ltd.



Im-Mobile FOTO: AP

ENGLAND / Firmen konnten Vertragsbestand erhöhen

Nutzfahrzeuge: Ford hat die Nase vorn

m. u. London

Die in der British Vehicle Rental and Leasing Association (BVRLA) zusammengeschlossenen Autoleasing-Firmen konnten 1982 ihren Vertragsbestand gegenüber dem Vorjahr um 15,4 Prozent erhöhen – in realen Zahlen eine Zunahme von 157 800 Fahrzeugen auf 182 180 Wagen.

Unter Einschluß aller Nutzfahrzeuge, Traktoren, Anhänger und Lieferwagen erreicht die Anzahl der Wagen, die von Autovermietungen und Autoleasing-Firmen auf die Straße gebracht wurden (vom einzelnen Pkw bis zu kompletten Fuhrparks) jetzt 211 965 Fahrzeuge – ein neuer Rekord.

Dabei schrumpfte der Bestand der Personen-Fahrzeuge bei den Autoverleihern von 50 833 auf 47 476 im Jahre 1982, eine Abnahme gegenüber 1981 um 6,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Fahrzeuge der Autoverleih-Firmen nahm ebenfalls ab: von 69 875 Einheiten im Jahre 1981 auf 66 363 im vorigen Jahr.

Nach Angaben des Sekretärs der BVRLA, Oliver Dawson, beteiligten sich 85,8 Prozent der 581 Mitglieder an den Erhebungen. Das ist eine erheblich bessere Mitwirkung als 1981 und die höchste seit langer Zeit. Der Leihpark der Firmen, die zu den restlichen 14,2 Prozent der Mitglieder zählen, die keine Angaben einreichten, ist entweder aufgrund ihrer früheren Meldungen geschätzt worden oder nach den Eintragungen im BVRLA-Register fortgeschrieben worden.

Bei der Aufschlüsselung der Hersteller, deren Fahrzeuge führend in den großen Fuhrparks vertreten sind, mußte Ford zum ersten Mal seit etlichen Jahren einen Rückgang hinnehmen: Der Anteil ging von 61 Prozent 1981 auf 56,8 Prozent im Vorjahr zurück. Hingegen konnten British Leyland und Vauxhall/Opel etwas aufholen, BL von 13,9 Prozent 1981 auf 15 Prozent und Vauxhall/Opel von 10,8 Prozent 1981 auf 13,8 Prozent. Weitere Einbußen erlitt Peugeot/Talbot, diese Marken haben jetzt nur noch einen Anteil von 3,9 Prozent an den Mietwagen-Fuhrparks.

Bei den Nutzfahrzeugen baute Ford seine Führung weiter aus und beherrscht nunmehr den Markt mit einem Anteil von 54,6 Prozent. British Leyland ging auf diesem Sektor auf 16,3 Prozent zurück, während der Anteil von Vauxhall/Opel mit 8,9 Prozent in etwa konstant blieb.

Wie schon in der Übersicht für 1981 war der BVRLA wiederum bestrebt, getrennte Zahlen für die Geschäftszweige „contract hire" und für „finance leasing / fleet management services" vorzulegen. Im großen und ganzen entsprechen die Erkenntnisse dem Muster des Vorjahres, wonach 68,5 Prozent auf „contract hire" entfallen und der Rest unter „finance leasing / fleet management services" läuft.

Die größte Veränderung gab es unter dem Rubrum „Nutzfahrzeuge / Zugmaschinen / Anhänger", wo die Sparte „contract hire" von 73,5 Prozent im Jahre 1981 auf 79,1 Prozent anstieg. „Finance leasing / fleet management services" machen demnach nur noch 20,9 Prozent aus.

Zum ersten Mal sind somit mehr als Dreiviertel des Fahrzeugparks der BVRLA-Mitglieder in den Geschäftszweigen „contract hire" und „finance leasing / fleet management" im Einsatz.

WACHSTUM / Bessere Lösungen durch Einsatz von Datenverarbeitung

Die Branche rechnet mit Steigerung

P. S. Goslar

Manchen Verlautbarungen aus der Branche vermag man bei einem Blick in das Leasing-Jahrzehnt der 80er Jahre nicht zu folgen. Es werden Zuwachsraten genannt, die den Anschein erwecken müssen, daß den Autoleasing-Gesellschaften der Erfolg wie reifes Obst in den Schoß gefallen ist oder noch fallen wird. Wie in der Vergangenheit muß jedoch auch in Zukunft an diesem Erfolg gearbeitet werden.

Das Automobilleasing ist ein Teil des Autogeschäftes schlechthin. Gute Automobiljahre werden auch gute Leasingjahre sein. Nur wenn eine ausreichende Auslastung der Fahrzeuge gewährleistet ist, wird die Autoleasing-Branche das in ihren Auftragsbüchern spüren. Sicherlich werden nicht so starke Ausschläge wie im Verkaufsgeschäft gegeben sein. Der Abschluß von Leasing-Verträgen macht die Disposition überschaubarer. Außerdem ist durch das Kündigungsrecht ein hohes Maß an Flexibilität vorhanden.

Bei einem stabilen Gesamtmarkt in den nächsten Jahren wird auch ein kontinuierlicher Anstieg der Leasingabschlüsse erwartet. Die Zuwachsraten werden wesentlich über denen anderer Wirtschaftsbereiche liegen und lassen eine Verdoppelung des Fahrzeugbestandes in den 80er Jahren erwarten.

Wenn man heute von einem Leasing-Anteil von etwa fünf Prozent an den Gesamtzulassungen spricht, so wird dieser Anteil in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich bei zehn Prozent liegen. Dieser prozentuale Anteil wird bereits heute in Teilmärkten der Bundesrepublik erreicht.

Vom Privatauto-Leasing werden wesentliche Impulse erwartet. Hier ist jedoch noch viel Aufklärungsarbeit erforderlich, um einen „mündigen Autoleaser" heranzuziehen. Das Ziel, das die führenden Automobilleasing-Unternehmen in der Bundesrepublik sich gesetzt haben, erfordert natürlich auch, daß das Produkt „Autoleasing" genauso *intensiv weiterentwickelt* wird wie das Automobil selbst.

Das heutige Angebot muß ständig erweitert werden. Dabei sollte es das Ziel sein, alle direkten Kosten des Fahrzeuges – ohne zusätzlichen Aufwand für den Kunden – in den Leasingvertrag einzuschließen. Neue Datenverarbeitungskonzepte müssen entwickelt werden, die einen Datenaustausch beispielsweise zwischen Mineralölfirmen und Leasinggesellschaften ermöglichen. Die heutigen Abwicklungsformen bieten den Kunden zwar schon eine Reihe von Serviceleistungen; bei kritischer Betrachtung können aber bessere Lösungen aufgrund der verfügbaren Datenverarbeitung entwickelt werden.

Wenn alle direkten Kosten erfaßt sind, so wird die Service-Palette auf indirekte Kosten ausgedehnt werden, wie zum Beispiel Spesenabrechnungen. Hier sind gründliche Überlegungen erforderlich, da gegebenenfalls disziplinarische und arbeitsrechtliche Probleme auftreten können. Die mit einem Leasing-Vertrag verbundene Entlastung darf jedoch nicht durch andere Mehrarbeit möglicherweise wieder aufgehoben werden.

Der Leasing-Kunde wird gezielt über Schwachpunkte in seinem Fuhrpark informiert werden. Er muß sich lediglich um den Ausnahmefall kümmern. Die Berichterstattungs-Systeme sind um so umfassender zu gestalten, je mehr sich das wirtschaftliche Risiko auf den Leasing-Kunden verlagert. Wenn Risiken künftig einen zu hohen Preis erfordern, werden solche offenen Abrechnungssysteme eine immer größere Rolle spielen.

Das Leasing-Angebot bei Nutzfahrzeugen muß allein aufgrund der sehr unterschiedlichen Einsatzvoraussetzungen anders aussehen als ein Leasing-Angebot für Personenwagen. Ebenso erwartet der private Kunde andere Service-Leistungen als der gewerbliche Kunde.

Automobilleasing-Gesellschaften werden die kompetenten Gesprächspartner in allen Auto- und Transportfragen sein. Sie veranstalten Fachtagungen und fungieren als Bindeglied zwischen Fahrzeugnutzer und Hersteller. Es ist erforderlich, sich auf diese hohen Anforderungen zu konzentrieren.

Die Finanzierungs-Leasing-Gesellschaften werden sich ihrerseits mehr auf die Re-Finanzierung von Autoleasing-Geschäften verlegen müssen, denn davon verstehen sie am meisten.

Und: es wird eine Bereinigung des Marktes erfolgen. Die Bonität der Leasinggesellschaften muß mindestens ebenso gut sein wie die ihrer Kundschaft. Die Solidität des Angebotes und nicht der niedrigste Preis werden auf die Dauer entscheidend sein.

Leasing mit gebrauchten Fahrzeugen wird ein spezieller Markt sein. Hier muß der hohe Anspruch an die Solidität des Anbieters besonders betont werden.

Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722 – 1452

HANDBALL

Vierter Titel in Aussicht

dpa, **Essen**

Der VfL Gummersbach unterlag zwar im ersten Endspiel um den deutschen Handball-Pokal bei TuSEM Essen mit 14:15, doch der Deutsche Meister, Europapokal- und Supercup-Gewinner hat es am nächsten Samstag selbt in der Hand, den vierten Titel zu erringen. Die Gummersbacher wollen damit das gleiche erreichen, was der TV Großwallstadt 1980 schaffte.

In der Essener Gruga-Halle war der VfL Gummersbach sogar lange Zeit auf der Siegerstraße. Noch acht Minuten vor Schluß führten die Oberbergischen vor 4500 Besuchern mit 14:11, doch die Essener drehten mit einem starken Schlußspurt den Spieß um und erzielten noch vier Tore zum 15:14-Erfolg. Trotz der Niederlage ist Ivanescu vom Pokalsieg seines Teams überzeugt.

INTER MAILAND

Platzverweis für Müller

sid/dpa, **Mailand/Catania**

Der bei Inter Mailand unter Vertrag stehende deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller wurde im Halbfinal-Hinspiel um den italienischen Pokal bei Juventus Turin (1:2) vom Platz gestellt. In der letzten Minute des Spiels hatte der frühere Stuttgarter eine Elfmeterentscheidung von Schiedsrichter Menegali für Turin zu heftig kritisiert. Am Ergebnis änderte der Strafstoß allerdings nichts mehr, denn Rossi scheiterte an Torwart Zenga.

In Catania (Sizilien) richtete der Stadionwärter Angelo Grasso bei einem B-Liga-Spiel mit einem Jagdgewehr unter den Zuschauern ein Blutbad an. Weil einige Zuschauer seine nahegelegene Wohnung mit Steinen beworfen hatten, erschoß Grasso einen jungen Mann und verletzte weitere 20 Personen zum Teil sehr schwer.

FUSSBALL

Drei Spieler vom Platz

sid/dpa, **Mexiko**

Polen steht nach einem 1:0-Sieg über Schottland als einzige europäische Mannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft der Junioren in Mexiko im Halbfinale. Neben dem Überraschungsteam Südkorea, das sich in der Verlängerung gegen Uruguay mit 2:1 durchgesetzt hatte, erreichten als letzte zwei südamerikanische Mannschaften die Runde der letzten vier. Die Junioren aus Brasilien besiegten die CSSR trotz eines frühen 0:1-Rückstandes noch deutlich mit 4:1. Argentinien, das bereits 1979 Weltmeister war, gelang der Siegtreffer zum 2:1 gegen Holland erst zwei Minuten vor Schluß. Wegen heftiger Proteste stellte der englische Schiedsrichter Hackett anschließend drei Holländer vom Platz und pfiff das Spiel wegen der tumultartigen Szenen auf dem Feld kurzerhand ab.

MOTORRAD

Siebtes Todesopfer

sid/dpa, **Rijeka/Nürburgring**

Beim Großen Preis von Jugoslawien in Rijeka gab es bereits das siebte Todesopfer der diesjährigen Motorrad-Saison. Der Schweizer Rolf Tüttimann erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen, die er sich bei einem Sturz zugezogen hatte. Im Rennen der 125er-Klasse war der international kaum bekannte Nachwuchsfahrer kurz vor Ende des Rennens aus noch ungeklärten Gründen von der Strecke abgekommen und dabei unter die Leitplanke geraten. Auf dem Nürburgring gab es beim Acht-Stunden-Rennen einen schweren Sturz. Der französische Motorradfahrer André Bolilloux überschlug sich mit seiner Honda und wurde in die Strohballen geschleudert. Nach einer ersten Untersuchung des Rennarztes erlitt der Franzose, der bei Bewußtsein geblieben war, innere Verletzungen.

MOTORSPORT / Arnoux gewann den Grand Prix in Montreal – Winkelhock auf Platz neun

Nach acht Läufen steht schon fest: Der große Verlierer der Saison heißt Niki Lauda

DANIEL HAUSER, **Montreal**

Halbzeit in der Formel 1: Den Großen Preis von Kanada in Montreal gewann der Franzose René Arnoux auf einem Ferrari-Turbo vor dem Amerikaner Eddie Cheever auf Renault-Turbo und Arnoux' Stallgefährten Patrick Tambay (Frankreich). Ausgezeichneter Vierter war Titelverteidiger Keke Rosberg aus Finnland auf einem 80 PS schwächeren Williams-Ford.

Zu Beginn einer fünfwöchigen Pause – das nächste Rennen ist der klassische englische Grand Prix am 16. Juli in Silverstone – führt in der Weltmeisterschafts-Wertung der Franzose Alain Prost (30 Punkte) vor seinem Landsmann Patrick Tambay, dem Brasilianer Nelson Piquet (beide 27 Punkte) und Titelverteidiger Keke Rosberg (25).

Der Franzose Arnoux konnte sich zwar als siebenter Fahrer in diesem Jahr in die Siegerliste eintragen, er gehört jedoch nicht zu den WM-Favoriten (fünfter Rang mit 17 Punkten). Die Verlierer dieser Saison sind bisher die beiden McLaren-Fahrer Niki Lauda (Österreich) und John Watson (Irland). Watson belegt in der WM-Wertung den siebenten Platz mit 16 Punkten, Lauda den achten mit zehn Punkten. In Montreal blieb der zweimalige Weltmeister Niki Lauda nach einem Dreher mit abgestorbenem Motor stehen.

Zu den Favoriten dieser Weltmeisterschafts-Saison: Der Franzose Alain Prost (28) gewann auf Renault-Turbo die Großen Preise von Frankreich und Belgien. Prost wird von dem früheren Weltmeister Jacky Stewart aus Schottland favorisiert: „Ganz klar, Prost wird Weltmeister." Stewart wiederum ist das Vorbild des früheren Formel-3-Europameisters Alain Prost: Für ihn steht taktisches Kalkül im Vordergrund.

Der Franzose Tambay (33) gewann den Großen Preis von San Marino auf Ferrari-Turbo. 1981 gab der Franzose schon einmal seinen Rückzug aus der Formal 1 bekannt. Der Grund: die ständigen Querelen zwischen Teamchefs und Verbandsfunktionären. Nach dem tödlichen Unfall seines Freundes Gilles Villeneuve (Kanada) im vorigen Jahr in Belgien erhielt er das Angebot, für Ferrari zu fahren. Tambay: „Ich wäre verrückt gewesen, hätte ich es nicht angenommen."

Der brasilianische Ex-Weltmeister Nelson Piquet (1981) siegte zum Auftakt der Saison beim Großen Preis von Brasilien. Der Sohn eines brasilianischen Parlamentsabgeordneten fährt seit sieben Jahren in der Formel 1, und der 30jährige kommt mit dem BMW-Turbomotor in seinem Brabham fabelhaft zurecht.

Interessant ist, daß der finnische Titelverteidiger Keke Rosberg (34) mit einem konventionellen Saugmotor der Firma Cosworth den mit Turbo-Aggregaten bestückten Konkurrenten Paroli bieten kann. Im Williams, der somit rund 80 PS weniger Leistung bringt, gewann Rosberg den Großen Preis von Monaco auf dem engen Straßenkurs von Monte Carlo.

Das Williams-Team hatte im vergangenen Jahr auch mit BMW wegen einer Lieferung erstklassiger Turbo-Motoren verhandelt. Doch das Geschäft kam nicht zustande, weil sich die Williams-Leute auf einmal für den neuen Turbo-Motor des japanischen Herstellers Honda interessierten. Jenes Aggregat soll im Spirit-Honda (Fahrer: Johannsson, Schweden) am 16. Juli in Silverstone erstmals offiziell in der Formel 1 vorgestellt werden. Doch die Japaner wollen den Motor vorerst noch nicht zum Verkauf freigeben.

Lauda hofft weiterhin auf den Porsche-Turbo. Doch inzwischen gibt es bei seinem McLaren-Team auch noch andere Pläne: Lauda soll 1984 Superstar der amerikanischen Indy-Serie werden. FOCA-Chef Bernie Ecclestone hofft auf diese Weise wieder mit der Formel 1 ins USA-Geschäft zu kommen, nachdem der New-York-Grand-Prix (25. September) abgesagt wurde.

Manfred Winkelhock wurde in Montreal auf dem deutschen ATS-BMW Neunter. Seine allgemein rüde Fahrweise monierte Nelson Piquet: „Wenn er nicht bald vernünftig wird, wird er noch in dieser Saison einen bösen Unfall verursachen."



Da fliegt einem der Hut weg: Während er selbst eine Flasche Champagner öffnet, muß René Arnoux eine Sekt-Dusche über sich ergehen lassen. FOTO: AP

„Unser Kosmos": Serie über Natur und Struktur des Weltalls von C. Sagan

Vom guten Ton in der Wissenschaft

Die Spekulation war schon immer ein wichtiges Werkzeug der Wissenschaft und des Fortschritts. So wurde zu Beginn unserer modernen Wissenschaft in der Spätrenaissance eifrig spekuliert, wie wir den Schriften von Galilei, Kepler und Newton nachlesen können. Im letzten Jahrhundert schließlich hat man die Naturerscheinungen richtig in den Griff bekommen.

Im gleichen Maß, wie Hypothesen zu strengen Theorien heranreiften und sich in der Praxis vielfach bewährten, kam die wissenschaftliche Spekulation in den Augen der Fachwissenschaftler immer mehr in Verruf. Jeder nicht streng beweisbare Gedanke wurde als „unwissenschaftlich" suspekt verworfen. Ein überaus strenger Kodex, wie man wissenschaftlich zu denken und zu forschen hätte, wurde zu einem ungeschriebenen Gesetz. Spekulation gehörte nicht zum guten Ton in der Wissenschaft.

Während der Jahre kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ist die wissenschaftliche Spekulation wieder richtig in Mode gekommen. In manchen Forschungszweigen konnte man nur mit Spekulation arbeiten, wie etwa in der Weltraummedizin vor dem ersten bemannten Raumflug. Da konnten wir zwar auf der Erde mit bemannten Weltraumkapseln und mit Weltraumanzügen experimentieren und gezielt konstruieren – ob das in der Praxis des Weltalls dann aber auch richtig funktionieren wird, war zunächst noch reine Spekulation.

Es gibt eine ganze Reihe von Pionieren auf dem Gebiet dieser wissenschaftlichen Denkweise, unter ihnen die Amerikaner Isaac Asimov und George Gamow, der deutsche Pascual Jordan und der Engländer Fred Hoyle. Es ist zwar typisch, daß diese Forscher in den Augen klassisch-konservativer Wissenschaftler immer noch als „Enfants terribles" angesehen werden, da sie ihre Spekulationen eben noch nicht streng beweisen können. Allerdings sieht man in ihnen auch keine Scharlatane, da sie bei ihren Gedankengängen nie ein bekanntes Naturgesetz verletzen und im allgemeinen ungeheuer viel von ihrem Fachgebiet verstehen.

Unser Kosmos (1) – ZDF, 22.05 Uhr

Einer der brillantesten Spekulierer ist der junge amerikanische Astronomieprofessor Carl Sagan. Mit seinen kühnen, phantasiereichen Ideen hatte er schon seit vielen Jahren Fachleute und auch das breite Publikum fasziniert. Auf seinen Gedanken fußt die neue 13teilige Sendereihe mit dem Titel „Unser Kosmos". Diese Programmserie kommt aus den Vereinigten Staaten, wo sie von Carl Sagan entworfen und geschaffen wurde.

Die einzelnen Folgen der Serie geben einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Astronomie und über die Natur und Struktur des Weltalls. Mit besonderer Spannung darf man jene Folgen erwarten, in denen Sagan seine berühmten Spekulationen über die Möglichkeit des Lebens auf fremden Planeten darstellt. Astronomen und Biologen sind heute der einhelligen Meinung, daß wir irdischen Menschen nicht die einzigen Statthalter des Geistes im Universum darstellen. Lediglich über die spekulative Zahl der zur Zeit existierenden „Menschheiten" in unserer eigenen Milchstraße allein urteilt Sagan sehr optimistisch: Er spricht von Millionen, während etwas mehr vorsichtigere Schätzungen nur einige 10 000 gelten lassen wollen.

Carl Sagan war auch der Urheber der Idee, Weltraumsonden vom Typ „Pioneer" und „Surveyor" vergoldete Schautafeln und Schallplatten mitzugeben, die dann vielleicht unseren Brüdern im All Kunde geben könnten von unserer Existenz, von unserem Wesen und von unserem Standort. Sagan selbst macht sich keine allzugroßen Hoffnungen, daß diese kosmische Flaschenpost je ihr Ziel erreicht; indessen, wenn man so etwas macht, zeigt es, daß die Spekulation heute zum guten Ton in der Wissenschaft gehört.

HEINZ HABER

KRITIK

So schlimm ist Mainhattan nicht

Wer sich anschickt, eine Stadt wie Frankfurt (alias Bankfurt, Krankfurt oder auch Mainhattan) zu verteidigen, muß ein breites Kreuz haben und sich gut auskennen. Der Schriftsteller Horst Krüger, in Berlin groß geworden, aber seit 20 Jahren Frankfurter (zuerst an der Zeil, wo sie am schlimmsten war, später im Westend wohnhaft), traut sich beides zu. Sein bereits zweimal aus aktuellem Anlaß verschobener Film **Frankfurt am Main** (ARD) wurde nun endlich gesendet, ohne den ursprünglichen Untertitel „Plädoyer für eine verrufene Stadt", aber ansonsten nicht, wie der Argwohn bereits munkelte, verändert.

Vielleicht eine Enttäuschung für den, der sich eine schärfer rationale Verteidigung gegen die oft oberflächlichen, ahnungslosen oder gar böswilligen Attacken auf diese unter ihren vielen Funktionen ächzende Stadt mit ihren Wolkenkratzern und doch nur wenig mehr als einer halben Million Einwohnern erhofft haben mag. Krüger ließ in Impressionen „seine" Stadt vorbeiziehen, inklusive selten gezeigter Bilder aus der Vorkriegszeit, die Probleme nur antippend, natürlich nicht vollständig, unterlegt mit einem nachdenklichen stark an Krügers „Schreibe" (und nicht „Spreche") orientiertem Text, den der Autor etwas zu hastig und monoton selber vortrug.

Aber ein gerechter Film ist es. Da wird deutlich – hier leben Menschen, sie leben gern hier und bemühen sich, nach und nach auch ihrer Stadt Farben zu verleihen, die andernorts viel leichter zu erzielen waren. Die meisten Anrufe während der Sendung kamen übrigens aus Frankfurt selbst. Die klangen positiv, etwa so: „Endlich einmal keine vorgefaßte Meinung über Frankfurt."

JOACHIM NEANDER

Meisterhafte Augen-Blicke

Scholls Fernsehkonsumenten wurden wieder verwöhnt. Wer unter ihnen zudem noch Sinn für das geistige Empfinden und Denken der Völker im Nahen Osten hat, der durfte schwelgen in den prächtigen Sequenzen und Bildern des zweiten Teils von **Keine Hoffnung für Nahost** (ZDF). Scholls Stärke sind die Gesichter, sowohl der Menschen als auch der Natur, sind die für den kleinen Schirm so mediengerechten und deshalb auch vielsagenden Nahaufnahmen, so die Augen der Menschen. Meisterhaft der Zoom auf das vom Schmerz gezeichnete Antlitz des maronitischen Mönchs, zu diesem Zeitpunkt in dieser Perspektive. Es war nach dem Mord an Libanons jüngstem Nationalheld, Beshir Gemayel. Dieser Augenblick vermittelte eine tiefere Erkenntnis über den Überlebenskampf dieser tapferen Minderheit als lange Abwägungen über konfessionelle Vielfalt, Unterschiede oder historische Bedeutung der Christen im Vorderen Orient. Vielleicht wußte Scholl es: Es war das Antlitz des Pater Joseph Mouanes, Poet, Professor, Philosoph, eine exemplarische Gestalt des christlichen Libanon. Wenn er es nicht wußte, so war es der Glücksgriff des tüchtigen Könners.

Scholl räumte auch auf mit den Vorurteilen der westlichen Medien gegenüber den libanesischen Christen, klagte die europäische Christenheit wegen ihres mangelnden Einsatzes und der lauen Solidarität für diese Brüder in Christo an. Engagement für jene kämpferische Minderheit, die sich „an ihren Bergen festkrallt", schwang mit, und manchmal schien es, als stritten zwei Seelen in Scholls Brust, die der aufrechten Christen unter dem Kreuz des Orients und die des wiedererwachenden Halbmonds.

So wurde der Streifen zur Apologie der Gläubigen – zu schade eigentlich, um ihn nur einmal zu sehen.

JÜRGEN LIMINSKI

STAND ● PUNKT

„Superman" fliegt wieder

Zwanzig Monate lang war es still um ihn. Eine Lungenentzündung sollte sorgfältig auskuriert werden, bevor er wieder seine atemberaubende Hatz auf der langen Hürdenstrecke fortsetzt. In San Francisco war es nun soweit: Der Kalifornier Ed Moses startet endlich wieder über 400 Meter Hürden. Das Ergebnis: Sieger in 48,43 Sekunden – Weltjahresbestzeit.

Nach 200 Metern hatte er das Feld, wie eh und je, zur Staffage degradiert.

Harald Schmid aus Gelnhausen, der wackere Europameister, kann sich auf die Weltmeisterschaften in Helsinki freuen und auf die Silbermedaille. Denn Ed Moses schlagen zu wollen, das wäre zu vermessen. In 74 Rennen seit 1977 ist der Kalifornier ungeschlagen. Nicht Coe oder Ovett, auch nicht Carl Lewis sind die Superstars der großen Leichtathletik-Szene, sondern unbestritten Ed Moses. Wie sagt doch sein amerikanischer Kontrahent David Patrick: „Vor mir flog Superman."

K. Bl.

NACHRICHTEN

Frankfurt mit Neumann einig

Frankfurt (sid) – Mittelfeldspieler Herbert Neumann wird heute beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt einen Vertrag unterschreiben. Der frühere Nationalspieler des 1. FC Köln wird keine Ablösesumme kosten.

Chinaglia zu Lazio Rom

Rom (dpa) – Der AC Mailand und Lazio Rom sind in die erste italienische Fußball-Division aufgestiegen. Giorgio Chinaglia (bisher Cosmos New York) kehrt zu seinem früheren Klub Rom zurück – als Spieler und Besitzer. Er leitet ein italienisch-amerikanisches Syndikat, das in New York den Kauf von Lazio Rom abschloß. Chinaglia will noch eine Saison spielen und dann Manager werden.

Hüging verlor im Finale

Las Vegas (sid) – Der ehemalige deutsche Meister Engelbert Hüging verlor erst im Finale der Offenen Tischtennis-Meisterschaften der USA in Las Vegas. Der Jülicher unterlag Eric Boggan (USA), der in der nächsten Saison in der Bundesliga (GW Bad Hamm) spielen wird, nach fünf Sätzen.

DFB-Junioren Vierte

Toulon (sid) – Beim internationalen Junioren-Turnier in Toulon belegte die deutsche Fußball-Nationalmannschaft „Unter 21 Jahren" den vierten Platz. Im Spiel um Platz drei unterlag die Mannschaft von Berti Vogts Frankreich mit 3:4 nach Elfmeterschießen. Turniersieger wurde Brasilien durch einen 3:0-Erfolg im Elfmeterschießen über Argentinien.

Brasilianer nur 1:1

Cardiff (dpa) – Im zweiten Spiel ihrer Länderspielreise durch Europa kam die Fußball-Nationalmannschaft von Brasilien in Cardiff gegen Wales nur zu einem 1:1-Unentschieden.

Rad: Stauff Siebter

Diekirch (sid) – Der Luxemburger Lucien Didier gewann zum zweiten Mal die für Profis und Amateure offene Luxemburg-Rundfahrt. Den siebten Platz belegte im Gesamtklassement der Kölner Werner Stauff.

ZAHLEN

GOLF

Internationale Amateur-Meisterschaft in Hannover-Garbsen (Standard/Par 71), Endstand, Herren: 1. Städler (Wuppertal) 73+72+73+70=288, 2. Gertite (Marokko) 73+74+75+71=293, 3.–5. Pagel (Falkenstein) 73+76+76+69=294, Domin (Hannover) 74+74+72+72=294, Titelverteidiger Schlig (Hubbelrath) 72+76+72+74=294, 6. Kappmeier (Ahrensburg) 70+68(eingestellter Platzrekord)+81+76=295. – Damen: 1. Bockelmann (Frankfurt) 70+79+73=222, nach Stechen auf dem 4. Extra-Loch, 2. Westendarp (Falkenstein) 74+75+73=222, 3. Titelverteidigerin Knödler (Feldafing) 77+76+71=224.

FUSSBALL

Zweite-Liga-Aufstiegsrunde, Gruppe Nord: Charlottenburg – St. Pauli 5:1, Oberhausen – Hamm 3:1. – Tabelle: 1. Oberhausen 7:5 Tore/6:2 Punkte, 2. St. Pauli 5:7/4:4, 3. Charlottenburg 8:7/3:5, 4. Hamm 5:6/3:5. – **Gruppe Süd:** Ulm – Bürstadt 2:1, Unterhaching – Saarbrücken 2:2. – Tabelle: 1. Saarbrücken 9:7/6:2, 2. Ulm 3:2/5:3, 3. Bürstadt 5:6/3:5, 4. Unterhaching 5:7/2:6.

MOTORSPORT

Großer Preis von Kanada in Montreal, 8. von 15 Läufen zur Formel-1-WM: 70 Runden = 308,77 km: 1. Arnoux (Frankreich) Ferrari-Turbo 1:48:31, 838 Std., 2. Cheever (USA) Renault-Turbo 42,09 Sek. zur., 3. Tambay (Frankreich) Ferrari-Turbo 52,61 zur., 4. Rosberg (Finnland) Williams 1 Rd. zur., 5. Prost (Frankreich) Renault-Turbo 1 Rd. zur., 6. Watson (Irland) McLaren-Ford 1 Rd. zur., 7. Boutsen (Belgien) Arrows 1 Rd. zur., 8. Alboreto (Italien) Tyrrell-Ford 2 Rd. zur., 9. Winkelhock (Deutschland) ATS-BMW-Turbo 3 Rd. zur. – **WM-Stand:** 1. Prost 30 Punkte, 2. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW-Turbo 27, Tambay 27, 4. Rosberg 25.

TENNIS

Davispokal, Europazone A, Viertelfinale: Belgien – Deutschland in Eupen 0:5. – Vanlangendonck – Westphal 3:6, 4:6, 6:4, 1:6, Grandjean – Keretic 6:4, 1:6, 3:6, 1:6, Grandjean/Vanlangendonck – Maurer/Popp 4:6, 4:6, 1:6, Vanlangendonck – Keretic 4:6, 6:3, 6:8, 1:6, Grandjean – Westphal 5:7, 2:6. In den Halbfinals der Gruppe A treffen vom 8. bis 10. Juli Deutschland auf Israel und Holland auf die Schweiz.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Villanova, Männer: 800 m: 1. Koskei (Kenia) 1:44,40 Min. (Weltjahresbestzeit).

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 0, 1, 1, 1, 2, 2, 1, 2, 1, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 25, 28, 31, 37, 40, 41, Zusatzspiel: 15. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 1, 2. – Rennen B: 25, 34, 30. (Ohne Gewähr)

REITEN

Schockemöhle, der Star

sid, **Berlin**

Vor dem letzten Durchgang bei den deutschen Meisterschaften der Springreiter war Paul Schockemöhle (Mühlen) mit Deister jedenfalls nicht erster Anwärter auf den Meistertitel. Doch die vor ihm liegenden Konkurrenten, Weltmeister Norbert Koof, Achaz von Buchwaldt und Michael Rüping, machten Schockemöhle durch ihre Fehler doch noch zum Deutschen Meister. Paul Schockemöhle, der nach seinem zwölften Platz im Auftaktspringen gegen die Uhr schon nicht mehr mit einer erfolgreichen Titelverteidigung gerechnet hatte, konzentrierte sich während der Titelkämpfe aber nicht nur auf den Wettkampf. Hilfreich zeigte er sich gegenüber Norbert Koof und half dem Weltmeister beim Abreiten.

Schockemöhle hatte aber auch Zeit für Gespräche. Während er mit dem Präsidenten der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, Graf Landsberg, sachlich diskutierte, haute er einigen Journalisten verbal eins um die Ohren. In der kurzen Zeit zwischen seinem Ritt im Finale und der Siegerehrung kaufte der alte und neue Meister schnell noch ein Pferd, das ebenfalls Deister hieß. Bevor Schockemöhle dann zur Siegerehrung ritt, ließ er seine neue Errungenschaft noch satteln und absolvierte ein paar Probesprünge. Mit seinem vierten Titel holte Paul seinen Bruder Alwin Schockemöhle ein.

Der Hamburger Achaz von Buchwaldt, der auf Wendy noch vor Norbert Koof auf Fire den zweiten Platz belegte, empfahl sich mit dieser Leistung für den engeren Kader, der Deutschland bei der Europameisterschaft Ende Juli in Hickstead (England) vertritt. Ebenfalls zum engen Kader gehören neben Paul Schockemöhle noch Norbert Koof, Ex-Weltmeister Gerd Wiltfang, Aktiven-Sprecher Hendrik Snoek, Peter Schmitz, Peter Luther und auch Michael Rüping, der sich nach seinen Titel-Chancen schließlich mit dem fünften Platz zufrieden geben mußte.

ARD



III.

ARD/ZDF-Vormittagsprogramm

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Regentropfen
11.55 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Das felsgraue Risiko
Bericht über die Sicherheit beim Bergwandern
Etwa 1000 Menschen sterben jährlich in den Alpen den Bergtod. Im Winter gibt es zwar mehr Unfälle, aber der Anteil der Toten und Schwerverletzten ist geringer im Vergleich zu dem, was im Sommer-Halbjahr passiert. Dem schneeweißen Risiko folgt das felsgraue Risiko …
17.00 Stadt, Land, Fluß
Letzte Folge der Unterhaltungssendung für Kinder mit Erwin Grosche
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens mit Olivia Pascal, Hans Herbert, Herbert Fux und Gerd Leienbach.
21.00 Report
Das Seveso-Gift und die unternehmerische Verantwortung/Was heißt gewaltfreier Widerstand gegen Nachrüstung? – Pro und Contra auf dem Kirchentag/Nachrüstung in der SPD ohne Chance? – Die Basis sagt schon heute nein/ Friedensbewegung in der „DDR": Jena ist überall
Moderation: Franz Alt
21.45 Der Aufpasser
Lauter schmutzige kleine Tricks
Mit Dennis Waterman, George Cole u. a.
Regie: Peter Sasdy
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger und Jupp Derwall.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation: „Bernstein – Gold des Nordens"
Alles selbstgemacht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Die Jungfernreise
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Paola
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner
18.20 Mein Name ist Hase
19.00 heute
19.30 Altbairische Miniaturen
Zwei Einakter von Ludwig Thoma
Die Dachserin.
Mit Norbert Gastell und Wilfried Klaus u. a.
Die Medaille. Mit Norbert Gastell und Katharina de Bruyn u. a.
21.00 heute-journal
21.20 Klartext: Wird das Wohnen unbezahlbar?
„Klartext" fragt:
Wieviel kostet den Mieter das neue Mietrecht? /Wem nützen die Förderungsmaßnahmen für den Wohnungsbau? / Wird der soziale Wohnungsbau abgeschafft?/Sind Bodenspekulation und Höchstpreise für Grundstücke unvermeidbar?
22.05 Unser Kosmos
Eine Reise durch das Weltall mit Carl Sagan in 13 Folgen
1. Die Küsten des kosmischen Ozeans
22.50 Auslese
Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene
Fernsehspiel von Erich Loest
Regie: Günter Gräwert
00.35 heute



Gegen „lauter schmutzige kleine Tricks" muß sich Terry heute behaupten. (Szene aus „Der Aufpasser" mit Dennis Watermann, r., und George Layton – ARD, 21.45 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Algebra (25)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
21.00 Formel Eins
21.45 Kultur im Gespräch
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Neuer Weg?
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Auf Straßen und Pisten in Kolumbien
19.15 Science Report
19.30 Landwirtschaft '83
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
21.00 Nahaufnahme
21.45 Juristen-Stammtisch
22.30 Science-fiction
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Kleine Fische, große Sprünge
18.40 Vier fröhliche Frechdachse
19.00 Formel Eins
19.45 Herrchen gesucht
20.00 Tagesschau
20.15 Hoffnung für Anna
Fernsehspiel
21.25 Drei aktuell
21.40 Dritte Welt in Nahaufnahme (3)
22.40 Kolonialmacht Venedig (3)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (25)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Keine Chance für Karies
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Heute in Offenburg
Angst vor morgen
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gesamt Südwest 3
21.15 Mission Galactica: Angriff der Zyklonen
Amerik. Spielfilm 1978
23.00 Los Gammas! Los Gammas!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Auf der Suche nach Leben
19.30 Formel Eins
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau

Kampf den Spaghetti

O. F. B. – Das Buch, mit dem der italienische Futuristenpapst Marinetti einst die Küche seines Landes „reformieren" wollte, erschien 1932 in einer Auflage von einigen hundert Exemplaren und galt seitdem als bibliophile Rarität. Jetzt hat der Klett-Cotta Verlag eine deutsche Fassung herausgebracht (übersetzt von Klaus M. Rarisch), und so kann sich der Leser endlich auch hierzulande zwar nicht an den angepriesenen Gerichten, wohl aber an den Clownerien erlaben, mit denen Marinetti ihn überschüttet.

Der ganze Haß dieses Küchenreformators gilt der Pasta asciutta, weil das täglich zweimalige Verschlingen von Nudelbergen die Italiener stumpfsinnig mache. Marinetti sagt dieser Speise das Schlimmste nach, was es für einen Nationalisten wie ihn gibt: sie sei eine Erfindung der Ostgoten gewesen. Was er hingegen predigt, sind „luftigere", dynamischere Speisen. Unter diesen figuriert etwa Huhn mit Stahlkugeln gespickt (das eiserne Zeitalter läßt grüßen) oder Käse in Kölnisch Wasser eingelegt.

Wir lesen weiter von Eis im Mondschein oder Lammbraten in Löwensauce, von Lachgasschaum Cinzano oder Regen aus Zuckerwatte. Eine pièce de résistance ist die „Fleischplastik": ein Zylinder von gebratenem Kalbfleisch wird mit elf Sorten Gemüse gefüllt, die die italienischen Landschaften symbolisieren. Der senkrecht stehende Zylinder wird mit einer Honigschicht versehen und an der Basis von einem Wurstring festgehalten.

Der modernen Technik wird immer wieder Tribut gezollt, etwa mit einem Flugzeugrumpf aus Kalbfleisch, der mit Maronen, Zwiebeln und Rauchwürsten garniert und mit Schokoladenpulver bestreut wird. In den Küchen der Zukunft sollen Ozonisatoren und ultraviolette Lampen das Speisegut vorbereiten. Vorausgeahnt werden elektrische Geräte, die Säfte und Extrakte zubereiten, also etwa unsere modernen Küchenmaschinen. Man denkt überhaupt gelegentlich an unsere „Nouvelle cuisine", nicht nur, wenn den Spaghetti der Kampf angesagt wird, sondern „luftige Speisen" mit Zentrifugen breiig zubereitet werden sollen.

Man findet bei Marinetti kandierte atmosphärische Elektrizität oder eine Salami, die in heißem Kaffee und Eau de Cologne serviert wird. Schwer zu sagen, wo die Clownerie in Selbstpersiflage umschlägt. Die Suada hat jedenfalls in ihrer grotesken Übersteigerung etwas Hinreißendes, zumindest für den, der dies alles bloß zu lesen und nicht zu essen braucht.

Mit „Turandot" ans rettende Ufer? – Wiens Operndirektor Lorin Maazel kämpft ums Überleben

Von der Abiturfeier zum Heuschnupfen

Spannender kann das Hickhack um Lorin Maazel kaum noch werden. Wenige Tage vor der „Turandot"-Premiere schien sein Schicksal als neuer Wiener Operndirektor schon wieder besiegelt. Die Lokalpresse forderte unisono, wenn auch mit unterschiedlicher Lautstärke, seine Abschiebung.

Maazels „Block-System", auf Kosten der traditionellen Wiener Repertoire-Vielfalt eingeführt, erwies sich als satter Flop. Um so ruchloser wirkte die Streichung solcher wohleingeführten Inszenierungen wie „Don Giovanni", „Così fan tutte", „Don Carlos", „Carmen", „Boris Godunow" und „Wozzeck" aus dem Spielplan, von dem ebenfalls gestrichenen „Ring" Richard Wagners ausgerechnet im Wagnerjahr nicht zu reden.

Die internationalen Stars tanzten Maazel auf der Nase herum. Riccardo Muti etwa sagte drei Festwochen-Vorstellungen von „Rigoletto" wegen Heuschnupfens ab und dirigierte zur selben Zeit in Mailand. Und statt selbst in die Bresche zu springen oder einen namhaften Kollegen ans Pult zu bitten, ließ Maazel die Aufführungen bei gleichbleibend hohen Kartenpreisen einfach von einem seiner jungen Hauskapellmeister dirigieren. Er selbst wiederum sprang zu Pfingsten in Salzburg für Karajan ein, ohne sich allerdings in Wien um vollwertigen Ersatz für seine „Tannhäuser"-Aufführung zu kümmern. Die Anti-Stimmung stieg auf den Siedepunkt.

Zu allem Überfluß wurde ausgerechnet Placido Domingo vom Operndirektor Maazel großzügig aus seinem Wiener Vertrag entlassen, um dem Filmemacher Maazel im Ausland für dessen „Carmen"-Aufnahmen zur Verfügung stehen zu können! Dieselbe Freiheit erlaubte der Direktor einem Sänger bei der „Turandot"-Generalprobe, während Regisseur Harold Prince gleich Haupt- *und* Generalprobe der Neuinszenierung schwänzte, um rasch zur Abiturfeier seiner Tochter in die USA zu fliegen.

Kein Wunder, daß dem glücklosen Maazel nun auch „Kleinigkeiten" angelastet wurden, z. B. daß er in der Theatersammlung der Wiener Nationalbibliothek kostbare Gemälde für seine Villa auslieh und sich dafür mit Opernfreikarten beim Leiter der Sammlung revanchierte oder daß er etliche junge Kapellmeister als bezahlte Assistenten durchs Opernhaus wandern ließ, ohne sie je ans Pult zu bitten. Die Dinge sind schon so weit gediehen, daß Maazel, kontaktarm und durch miserable Pressearbeit schwer gehandikapt, sich derzeit weigert, eine Pressekonferenz über seine nächsten Pläne abzuhalten. Daß Prey und Abbado den „Wozzeck" abgesagt haben, Pavarottis „Aida"-Gastspiel wakkelt und der Operndirektor ernsthaft eine konzertante „Walküre" (mit Savallisch am Pult) plant, erfährt man nicht von ihm selbst, sondern hinter vorgehaltener Hand.

Nein, Geschick und Fortune verfolgten ihn gewiß nicht in seiner ersten Spielzeit, und schon ist im Österreichischen Fernsehen für 22. Juni der Reißer „Durch die Hölle geschickt? Maazels erstes Jahr an der Wiener Staatsoper" von und mit Karl Löbl angekündigt. Allerdings, die Schlußpassagen dieses Reports werden – sollten sie schon im Kasten sein – neu gekurbelt werden müssen. Denn seit Sonntag sieht plötzlich wieder alles ein bißchen anders aus. Seit Sonntag hat Maazel plötzlich reelle Chancen, ein Wiener Opernliebling zu werden. Es glückte ihm nämlich mit der „Turandot", was keiner mehr für möglich gehalten hatte: ein voller, frenetisch umjubelter Premierenerfolg im eigenen Haus.

Die alte Frage „Regietheater oder Konvention?" beantwortete Maazel kurzerhand mit dem Stichwort „Broadway-Show" und holte sich sein Team ungeniert aus der Musical-Welt. Und Harold Prince (Westside Story, Chorus Line, Evita etc.) stellte denn auch mit seinen Mitarbeitern Timothy O'Brien und Tazeena Firth (Bühnenbild und Kostüme), Ken Billington (Lichtregie) und Francis Patrelle (Choreographie) so ziemlich alles in den Schatten, was je auf einer Bühne betörend geglänzt hat. Gegen diese „Turandot" war Karajans pompöse Salzburger „Aida" ein bloßes Mailüfterl.

Puristen mögen die Nase rümpfen. Aber sie verkennen, daß Puccinis „Turandot", dieser bombastischen Klangorgienmusik, mit psychologischem Kammerspiel oder intellektueller Werkschau kaum beizukommen ist. Sicher, man könnte sich die kleine Liu beteiligter, rührender vorstellen, als dies der Regisseur in Wien von Katia Ricciarelli verlangt hat. Und Turandots Wiener Skylab-Treppe, eine neun Meter hohe, beängstigend schmale Stahlrohrkonstruktion in schimmerndem Silber-Metallisé, besitzt wenig Funktion, führt im ersten Bild ins Nichts statt in den kaiserlichen Palast. Doch alle diese Einwände wurden am Premierenabend hinweggefegt durch einen vitalen, mitreißenden Lorin Maazel am Pult, der mit Hilfe des prachtvoll singenden Staatsopernchors, der grandiosen Wiener Philharmoniker und zweier über sich selbst hinauswachsender Sänger zu einem strahlenden Sieg kam.

Mag Maazel auch nicht ganz Karajans „drive" erreichen, so beweist er doch bei dieser Art Musik – einer Mischung aus Debussy, jungem Strawinsky und bestem Lehár – seine ganz großen Qualitäten als virtuoser Orchesterdompteur. Und Eva Marton? Sie sang die erste Turandot ihres Lebens – und katapultierte sich mit diesem Abend sofort an die Spitze der heutigen dramatischen Soprane.

Vergessen ihr enttäuschender Salzburger Fidelio, vergessen so manche Repertoirevorstellung. Wer so mühelos, so voller Wohlklang bis in die höchsten Höhen, so imponierend sicher alle Klippen dieser mörderischen Partie bewältigt, der hat ein Anrecht auf einen obersten Platz im Sänger-Olymp.

José Carreras, offenbar angestachelt durch die Hochform seiner Partnerin, fand ebenfalls wieder zu Hochform, zu fester, metallischer Tongebung. Sogar die hohen Töne, sonst für ihn meist eine Qual, gelangen diesmal passabel. Glückstrahlend kam der kleine Spanier nach dieser großen Materialschlacht am Ende vor den Vorhang, wo Maazel und seine musikalischen Heerscharen stürmisch gefeiert wurden, während Harold Prince und sein Team die obligaten Buhs abbekamen, frei nach dem Motto: Da könnt' ja ein jeder kommen und an der Staatsoper einfach Broadway-Theater abziehen.

Maazels Position aber ist zunächst einmal wieder gefestigt. Er hat jetzt ein Pfund, mit dem er klug wuchern sollte.

ANDREA SEEBOHM

Belcanto im Broadway-Ambiente: Eva Marton als Turandot und José Carreras als Kalaf in Harold Princes Wiener Inszenierung FOTO: VOTAVA



Kontaktarm und pressescheu: Wiens Operndirektor Lorin Maazel FOTO: AP

Symposion in Düsseldorf: Japanische Fotografie

Kunst braucht Handwerk

Benutzt die Fotografie eine international verständliche Sprache, oder gibt es regionale Ausdrucksformen, die jemandem, der nicht in diesem Kulturkreis aufgewachsen ist, unverständlich bleiben müssen? Das war die zentrale Frage des IV. Internationalen Foto-Symposions Schloß Mickeln, das sich (als Teil der Japan-Woche in Düsseldorf) mit „Aspekten japanischer Fotografie" beschäftigte.

Die einzelnen Vorträge machten deutlich, wie schwer es noch immer den meisten Europäern fällt, sich in die anderen Denk- und Wahrnehmungsweisen asiatischer Völker einzufühlen. Der Eurozentrismus kann selbst da nicht über seinen Schatten springen, wo langjährige Japan-Erfahrungen gegeben sind. Das wurde in dem Vortrag von Vlasta Cihákova-Noshiro, einer Kunstkritikerin, die zwischen Prag und Tokio pendelt, deutlich. Sie sprach über die künstlerische Avantgarde, die sich des Mittels der Fotografie bedient. Dabei handelt es sich allerdings im wesentlichen um Aktionen, Body-art oder Performances, die nur fotografisch dokumentiert werden. Die Frage, was daran typisch japanisch sei, ließ die Referentin offen.

Anders Heinz Spielmann vom Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe. Am Beispiel der „künstlichen Natur" stellte er überzeugend dar, wie auch in der japanischen Fotografie die Traditionen der klassischen Kunst weiterwirken. Das bezieht sich sowohl auf die Inhalte wie auf die Darstellungsformen. Die Topoi der japanischen Kunst, die dem besonderen, aus dem Shintoismus erwachsenden Naturverständnis der Japaner entsprechen – wie Berg, Meer, Wasserfall, Kiefer, Bambus, Kirschblüte, Lotos u. a. –, kehren auch in der Fotografie wieder. Zugleich benutzen die Fotografen häufig die klassische Darstellungsweise der Diagonalkomposition oder des hochgerückten Horizonts, die Rahmung durch Bäume oder Brücken bei einer scheinbar leeren Bildmitte, die Ambivalenz zwischen Groß und Klein, die Spannung zwischen Naturalismus und Abstraktion.

Diese Ausführungen ergänzte Lorenzo Merlo, Direktor der Cannon-Fotogalerie in Amsterdam, durch den Hinweis auf die Vorliebe der Japaner für Andeutung. In Einzelbildern wie in Serien begnügen sich die Fotografen – ähnlich wie die Literaten beim Kurzgedicht Haiku oder dem Kabuki-Theater – mit visuellen Kürzeln, die der Imagination des Betrachters weiten Raum lassen.

Das belegt auch die Ausstellung im Düsseldorfer Kunstmuseum, die von Merlo gemeinsam mit Erika Kiffl (von der die Anregung zu diesem Symposion stammt) organisiert wurde. Sie beschränkt sich auf Schwarzweißbilder von jungen Fotografen zwischen 20 und 30. Obwohl die meisten dieser Aufnahmen dem „internationalen Stil" zu entsprechen scheinen, lassen sich auch hier bei näherer Betrachtung die Kriterien entdecken, die Spielmann als typisch für eine japanische Kunst herausgearbeitet hat.

Und das bestätigte sich genauso bei der Präsentation seiner Arbeiten durch Eisoh Hosoe, einen der international anerkannten Fotografen Japans. Obwohl seine Aufnahmen in jeder Hinsicht modern sind, leugnen sie nicht die traditionellen Wurzeln.

Als wesentlicher Unterschied zwischen europäischer und japanischer Fotografie wurde mehrfach die hohe handwerkliche Qualität der japanischen Arbeiten als Voraussetzung künstlerischen Ausdrucks hervorgehoben. Und zugleich wurde deutlich, daß die Japaner mit der Technik zwar auch ästhetische Prämissen des Westens übernommen haben, sie jedoch in ihre Traditionen einfügten.

Japan kennt keine individualistischen Kunstäußerungen. Die Subjektivität des Sehens ordnet sich in den normativen Kanon des Überlieferten ein. Epigonentum ist dort keine Schande, sondern das Lernen durch Nachahmung gilt als Voraussetzung bedeutender künstlerischer Leistungen. Das heißt, auf die Fotografie bezogen, daß dieses Land seine eigene Sprache spricht. Das Symposion half mit einigen Beiträgen, Annäherungen an deren Verständnis zu schaffen.

PETER DITTMAR

Wien: S. Grays Antistück „Versäumte Stunden"

Ganz normaler Wahnsinn

Wenn man die begeisterten Urteile von „Times", „Punch" oder „Spectator" nach der Uraufführung von Simon Grays „Quatermains' Terms" (im Programmheft des Theaters in der Josefstadt aus Anlaß der deutschen Erstaufführung) dem Text des Autors gegenüberstellt, ist man ein wenig ratlos. Erst die Realisierung auf der Bühne läßt das Besondere dieses Stücks erkennen, welches offenbar und primär ein Schauspielerstück ist und demgemäß auch von den Darstellern der Josephstadt perfekt zur Geltung gebracht wurde, zu allererst von der Mittelpunktsfigur des Lehrers Quartermain, der es mit dem Unterricht – daher der deutsche Titel „Versäumte Stunden" – nicht allzu genau nimmt. Harald Harth verkörperte ihn überaus glaubhaft.

Das Stück spielt ausschließlich im Konferenzzimmer einer Ausländerschule in Cambridge, setzt aber an die Stelle von Schülerproblemen Ausschnitte aus dem Leben der Lehrkräfte sozusagen im zivilen Bereich. Sie scheinen alle keine Koryphäen zu sein, haben aber naturgemäß jeder sein Schicksal, das nun in kollegialer Aussprache veranschaulicht wird. Es gibt da kleine Tragödien, viel Familiäres, vielleicht sogar einen Mord – das jedenfalls deutet die Darstellung der Lehrerin Melanie durch Ingrid Burkhard ganz am Rande, und wohl auch im Sinne des Autors, an. Und schließlich versichert der zum Direktor gewordene Lehrer (Dietrich Siegl) seinen besten Kameraden Quartermain seiner aufrichtigen Freundschaft, die ihn aber nicht davon abhalten könne, den allzu großzügigen Schwärmer zu entlassen, was dieser mit englischer Tenue abtut, obwohl es für ihn gewiß ein schwerer Schlag ist.

Die Art, wie diese Abschlachtung stockend und doch elegant vollzogen wird, ist charakteristisch für das ganze Stück. Die Darsteller reden oft nur halbe Sätze und sagen damit mehr aus, als eine wohlgeformte Rede bieten würde. Der Zuschauer wird in außerhalb der Schule liegende Ereignisse geradezu zwingend eingeführt, obwohl sie ihn doch kaum ernstlich berühren können. Es geht um eine geräuschlose Dramatik, die freilich nur bei einem sehr gutwilligen Publikum ankommen kann.

Dem Gros erscheint dieses über einen Abend hingezogene Palaver reizlos, arm an Eindrücken. Es ist ja alles wirkliche Geschehen von der Bühne verbannt, taucht wie hinter einem Schleier auf und verweht. Im Grunde also ein Antistück, eines für Esoteriker. Demgemäß war auch der Beifall bescheidener als die Leistung der Darsteller – die Verhaltenheit Ingrid Burkhards, das Quirlige Dorothea Partons, die Hintergründigkeit Eugen Starks, die Penetranz Siegfried Walthers und die Zurückhaltung des sonst als Komiker bekannten Kurt Sobotka – verdient hätte. Regie führte der alte Theatermann Gustav Manker ebenso unauffällig wie der im ganzen Stück verarbeitete „normale Wahnsinn" eben ist, den, in seiner sanften Form, als tieftragisch zu verstehen einem Publikum, das ein Sommerstück erwartet hatte, sicherlich schwerfallen muß.

ERIK G. WICKENBURG

Ausstellung in Lübeck: Das Buddenbrook-Haus

Thomas stapelte zu hoch

Meine Kindheit war gehegt und glücklich. Mit vier Geschwistern wuchs ich auf in einem eleganten Stadthause, das mein Vater sich und den Seinen erbaut hatte, und erfreute mich eines zweiten Heimes in dem alten Familienhause aus dem 18. Jahrhundert", schreibt Thomas Mann in seinem berühmten Lebenslauf aus dem Jahre 1936. Stimmt das, was er da über sich in der Verkleidung seiner Buddenbrooks schreibt? Ist das, was dem Lübeck-Touristen als Buddenbrooks-Haus vorgeführt wird, identisch mit dem Hause Thomas Manns? Wie ist das Verhältnis von Wirklichkeit und Dichtung? Dieser Frage, geht Björn Kommer in seiner Ausstellung des St.-Annen-Museums, Lübeck, nach.

Um es gleich zu sagen: Soviel Übereinstimmendes die Ausstellung zutage fördert – nein, leider, das alte Haus ist es nicht mehr. Nur die Fassade des alten Bürgerhauses in der Mengstraße 4 existiert noch. Der Rest des weitläufigen Anwesens brannte in einer Bombennacht des Jahres 1943 vollständig aus. Heute befinden sich hinter renovierten Originalfassaden die modernen Räume einer Bank.

Um so erstaunlicher, was dennoch an Originaleinrichtungsgegenständen erhalten blieb und jetzt zusammengetragen wurde. Die Familie Mann existiert ja noch in und um Lübeck. Und dem eifrigen Kommer, der diese Ausstellung seit Jahren vorbereitete, gelang trotz eines winzigen Ausstellungsetats und großer Personalknappheit, hier soviel Schönes und Wichtiges zusammenzutragen, daß man nur staunen kann.

Die Ausstellung liefert uns eine Illustration der Buddenbrooks. Und mit den Gegenständen aus dem alten Buddenbrook-Haus oder aus anderen Bürgerhäusern werden wir vertraut gemacht. Daneben werden die Texte aus den „Buddenbrooks" gesetzt, das Ganze wirkt höchst lebendig und zeigt eine Möglichkeit, wie man Dichtung wirkungsvoll ausstellen kann. Nicht nur, daß erstmals hier die genauen Ausmaße und eine modellmäßige Rekonstruktion des alten Buddenbrook-Hauses mit seinen vielen Nebengebäuden exakt bis zu den Latrinen vorgenommen wird (niemals zuvor hatte sich jemand der Mühe unterzogen, eine genaue Vermessung aller Örtlichkeiten vorzunehmen), sondern eben gerade die beschriebenen Einrichtungsgegenstände werden uns gezeigt.

Etwa die riesigen Kandelaber aus goldbronziertem Holz, mit denen man noch zu Thomas Manns Kinderzeiten die Räume erleuchtete. Oder das im Roman ausführlich beschriebene Meißner Porzellan mit der schwarzen Rose. Auch das berühmte Landschaftszimmer nach französischen Vorbildern vom Ende des 18. Jahrhunderts ist erhalten, Spazierstöcke, das Kindertaufbecken und die Familienbibel, ja sogar die von den Franzosen beinahe geklauten Silberlöffel sind wieder da, deretwegen die Konsulin einst im Roman beinahe ins Wasser gegangen wäre. Die Hochzeit mit Elfeld (im Roman Grünlich) wird dokumentiert.

Aber soweit alles übereinstimmt und illustriert: Ganz so nobel wie Thomas Mann in der Erinnerung es beschreibt, scheint es offensichtlich niemals im Buddenbrook-Haus zugegangen zu sein. So reich war die Auf- und Absteigerfamilie nicht. Einen festen Diener zum Beispiel hatte man nie. So etwas gab es nur in den allerfeinsten Häusern, zu denen das Buddenbrook-Haus nie gehörte. Da ist Thomas Mann ein Hochstapler (bis 9. Oktober, Katalog 10 Mark, im Buchhandel 15 Mark).

CHRISTIAN OTTO

KULTURNOTIZEN

Wolfgang Klähns Zeichnungen zur Bibel (s. WELT v. 9. 8. 82) werden bis zum 1. September im Chor des Lübecker Doms ausgestellt.

Seltene Textilien und Antiken zeigt die Abegg-Stiftung in Riggisberg bei Bern in ihrer diesjährigen Sommerausstellung.

„Printed by Taunus Textildruck" heißt eine Übersicht des Deutschen Textilmuseums in Krefeld. Bis 21. August werden rund 500 Stoffe aus der Produktion der Firma seit Kriegsende ausgestellt.

Fotografien von Wols sind bis 19. Juni im Salzburger Rupertinum zu sehen.

Der Lyriker Gerald Zschorsch erhält das diesjährige „Worpswede Stipendium".

Berlin zeigt Erich Heckels frühe Holzschnitte

Fränzi auf roter Matte

Manche andere Ausstellung zum 100. Geburtstag Erich Heckels, landauf landab, mag in hellerem Licht allgemeinerer Aufmerksamkeit stehen. Aber die exquisite Darstellung des „frühen Holzschnitts" von Heckel im Berliner Brücke-Museum ist mehr als die übliche Pflicht der Gratulationen. Sie gibt zugleich Verehrung und Dankbarkeit Ausdruck.

Heckel selbst hat das Brücke-Museum nie gesehen. Von Berlin, wo er sein Atelier verlor, war er zum Bodensee gezogen. Als ihn dort die Nachricht erreichte, mit Schmidt-Rottluff werde ein Museum der (für Berlin so eminent wichtigen) Dresdener Künstlergemeinschaft geplant, hat er ohne weitere Bedingungen rund 1000 Werke beigesteuert, darunter allein 50 Blatt frühe Kirchner-Grafik und die heute hoch dotierte Zigeunermappe von Otto Mueller.

Von den 138 Blättern dieser Ausstellung wurden 123 von Heckel selbst dem Museum geschenkt, und diese Auswahl bewegt sich, auch in zeitlich kluger Bemessung, „auf den Höhen dessen, was Heckel geschaffen hat" – so Leopold Reidemeister, der Direktor des Hauses, ein nobler Diplomat unter den deutschen Museumsleuten. Gerade der frühe Holzschnitt Heckels unterstreicht die elementare Bedeutung dieses Mediums für die Brücke-Künstler. Er ermöglichte gleichermaßen den Anschluß an früheste Grafik in Deutschland wie den elementaren und dynamischen Aufbruch einer ganz neuen Kunst, die bereit war, Leben und Leiden gleichsam existentiell kräftig durchzuatmen.

Heckel hat in seinen frühen Holzschnitten die vielfältigsten Möglichkeiten und Kontrastfähigkeiten ausgekostet, die diese Technik ihm nur bieten konnte. Er gestaltete Motive der städtischen Bohème und die ausgeruhte Natur von Dangast. Er nutzte die enorme Leuchtfähigkeit der ausgeschnittenen Flächen, indem er Porträts oder Schneelandschaft unterschiedlichen Wirkungen zuliebe wechselnd aus schwarzem oder weißem Grund hob. Er war fähig, Menschengesichter gleichermaßen hart aus der Platte zu schneiden, wie er ihnen mitunter ein malerisch nervöses Naturell lieh – darin Noldeschen Schnitten nicht unähnlich. Selbst im Sanitätszug in Belgien war es ihm noch möglich, die künstlerische Tätigkeit fortzusetzen. Die Kriegsthematik schlägt sich mit besonderer technischer Härte nieder. Die Bildnisse der Verwundeten, die Serie vom barmherzigen Samariter gehören hier zu den bewegendsten Arbeiten.

Ein Fest der expressionistischen Grafik intonieren die farbigen Holzschnitte. Die wunderbare „Liegende Fränzi" – der Körper des Mädchens scheint auf roter Matte ins reine Schwarz gebettet. Heckel hat in anderthalb Jahrzehnten, 1904–1919, dieser Technik eine außerordentliche Sinnlichkeit, einen malerischen Schmelz, dann aber auch eine unvergleichliche „gotische" Schärfe und Winkligkeit entlockt. Er überredete den Holzschnitt zu Wirkungen, die außerhalb seiner traditionellen Möglichkeiten lagen – und er hat andererseits gerade auch seine charakteristischen Merkmale zu höchster expressiver Kraft getrieben (Bis 31. Juli, Katalog 25 DM).

PETER HANS GÖPFERT



Erich Heckel: „Mädchen am Meer", früher Holzschnitt von 1918, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

JOURNAL

Exilpolen protestieren gegen Todesurteil

DW. Warschau

Der Literaturkritiker Zdzislaw Najder ist in Warschau in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Die Anklage wirft ihm vor, für den amerikanischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein. Exilpolen, unter ihnen Leszek Kolakowski, Czeslaw Milosz und Slawomir Mrozek, gaben dazu eine Erklärung ab, in der es heißt, daß das Urteil ein weiterer Beweis dafür sei, was Kriegsrecht in Polen bedeute.

„Najders schwerwiegendes ‚Verbrechen' besteht darin, daß er nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen den Posten des Programmdirektors der polnischen Sektion des Senders ‚Radio Free Europe' in München übernahm. Das Urteil wurde unmittelbar vor dem Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen gefällt. Dies beweist, daß das Militärregime, während es verbal die Notwendigkeit einer ‚nationalen Verständigung' verkündet, gleichzeitig einen hemmungslosen Repressionskrieg gegen das polnische Volk führt. Dieses Urteil ist eine Schande für die Richter, die mit ihm einverstanden sind. Es darf nicht ohne einen stürmischen Protest seitens aller Menschen – Polen wie Ausländer –, die sich der Freiheit verpflichtet fühlen, hingenommen werden."

Napoleons Flotte soll gehoben werden

AFP, Kairo

Fünf der 17 Schiffe umfassenden Kriegsflotte Napoleons, die 1798 vor Alexandria vom englischen Flottenadmiral Nelson zum Auftakt des Ägypten-Feldzugs versenkt worden sind, sollen jetzt gehoben werden. Die ägyptische Regierung hat dazu dem französischen Cineasten und Unterwasserforscher Jacques Eumas eine entsprechende Genehmigung erteilt. Die Sucharbeiten sollen Ende Juni mit Unterstützung des französischen Minensuchbootes „Vinh-Long" und der ägyptischen Marine aufgenommen werden.

Berliner Bücher in Bonn ausgestellt

DW. Bonn

„Autoren- und Verlagsstadt Berlin" ist das Thema einer Buchausstellung, die bis 24. Juni in der Berliner Landesvertretung in Bonn gezeigt wird (täglich 10–17.30 Uhr, Katalog frei). Tausend Titel aus 65 Verlagen, darunter auch seltene antiquarische Stükke, dokumentieren den Rang, den die alte Hauptstadt im deutschen Geistesleben immer noch einnimmt. Ein Schwerpunkt der Ausstellung gilt dem zeichnerischen und dichterischen Werk der „Malerpoeten".

Oberrheinischer Kulturpreis vergeben

dpa, Basel

Die Johann-Wolfgang-von-Goethe-Stiftung in Basel hat den mit insgesamt 30 000 Franken (rund 36 000 Mark) dotierten Oberrheinischen Kulturpreis 1983 zu gleichen Teilen dem Schriftsteller Gerhard Jung aus Lörrach (Südbaden), dem Schweizer Komponisten Robert Blum aus Bellikon (Kanton Aargau) sowie dem Literaturwissenschaftler und Dichter Adrien Finck aus Straßburg zugesprochen.

Bildhauer-Symposion in Lindau eröffnet

dpa, Lindau

Zum Thema „Die menschliche Figur" zeigen beim 7. internationalen Plastiksymposion in Lindau 33 Künstler aus zehn Ländern insgesamt 62 Bildhauerarbeiten. Anstelle herkömmlicher Materialien wie Marmor, Eisen und Holz wurden für die Ausstellung ausschließlich Kunststoffe wie Plexiglas, Polyurethan und Polyester verwendet. Unter anderem ist aus Frankreich Niki de Saint-Phalle vertreten. Aus Berlin kamen sechs Künstler und Künstlerinnen. Die Schau dauert bis zum 10. Juli.

Clemens Holzmeister †

egw. Wien

Wie er selbst sagte, war er ein Romantiker unter den Architekten, der als brasilianischer Staatsbürger geborene Urtiroler Clemens Holzmeister, der nun als 97jähriger in Hallein verstorben ist. Sein Großvater war seinerzeit ausgewandert, das ersparte dem Enkel den Militärdienst im Ersten Weltkrieg. Sein Lebenswerk vor allem als Kirchenbauer kann fast als unübersehbar bezeichnet werden, nicht zu Unrecht erhielt er von seinen Freunden den Ehrentitel „Clemens der Große".

Den ersten Durchbruch schaffte er mit dem Bau des Krematoriums in Wien, und schon hier zeigte sich sein Können in der Einfühlung seiner Bauten an die Landschaft, indem er von dem nahen, aus dem 16. Jahrhundert stammenden Schloß „Neugebäude" sogar Zinnen übernahm. Sein Lehramt an der Wiener Akademie der Bildenden Künste mußte er 1938 aufgeben, er ging auf Jahre nach Istanbul, das ihn auch – wie später eine Reihe österreichischer Hochschulen – zum Ehrendoktor ernannte. Ihm wird der Bau des Festspielhauses in Salzburg verdankt, an dem er bis in sein hohes Alter hinein immer wieder Verbesserungen vornahm. Er besaß überdies bedeutende malerische Talente, er schildert selbst, daß er die Zweite Staatsprüfung sogar nur dank seiner graphischen Leistungen bestehen konnte. Eine Mappe von schönen Aquarellen liegt aus der Spätzeit vor.

Ladendiebe stehlen sich in der Statistik nach oben

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Deutschlands Ladendiebe sind mit allen Wassern gewaschen und stehlen sich in der Kriminalstatistik immer weiter nach oben: 1982 wurden 337 689 Ladendiebstähle registriert.

Für Oberkommissar Gregor Bachmann (Lippstadt), der die Tricks der Langfinger jetzt in der „Deutschen Polizei", dem Blatt der größten deutschen Polizeigewerkschaft schilderte, ist der Ladendiebstahl eine Volksseuche geworden, getreu dem Sprichwort: „Gelegenheit macht Diebe." Das riesige, oft unüberschaubare und kaum noch kontrollierbare Warenangebot begünstige den schnellen, illegalen Griff in die Regale.

Zwar werden relativ viele Täter erwischt – die Aufklärungsrate liegt bei 97 Prozent –, doch sei das angesichts der Masse an unentdeckten Fällen auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Dunkelziffer ist enorm: Nur jeder zehnte bis 25. Diebstahl werde überhaupt bekannt, schreibt Bachmann. Dieser Schätzwert ergebe sich im Rückschluß aus der „unbekannten Schwundmasse, die erst bei Inventuren bekannt wird".

Wie die Statistik beweist, haben alle Bundesländer bis auf Niedersachsen in den vergangenen zwei Jahren zum Teil ganz erhebliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Den größten Sprung nach „oben" tat mit annähernd 40 Prozent Baden-Württemberg. Hier erhöhten sich die Straftaten von 31 950 (1980) auf 44 119 (1982). Die absolute Höchstzahl steuerte aber Nordrhein-Westfalen mit 109 669 Delikten im vergangenen Jahr bei, wenngleich die Steigerungsrate nur etwa halb so hoch liegt wie im „Musterländle".

Unter den Stadtstaaten behauptete Berlin mit 20 705 Fällen (1980: 18 954) seine unrühmliche Spitzenstellung. Mit 17 005 Fällen ('80: 13 489) stehen die Hamburger allerdings kaum nach. Nur Bremen nimmt sich mit 6876 (80: 6077) hanseatisch zurückhaltend aus. Allein in Niedersachsen ebbte die Welle dieses kriminellen Sports ein wenig ab. Die Zahlen sanken von 41 587 auf 40 312.

Gestohlen wird alles und zu jeder Tageszeit: Da wählen die Diebe Geschäftszeiten mit starkem Kundenandrang, wenn das Verkaufspersonal vollauf mit dem Bedienen beschäftigt ist; da kommen die Langfinger aber auch in den käuferflauen Stunden – in der Hoffnung, daß sich weniger Mitarbeiter im Laden aufhalten.

Dabei ist die Zahl der zunächst einmal unverdächtigen Hausfrauen, Rentner, ja sogar höherer Beamter, die sich solcher Luxusgegenstände wie einer Flasche Cognac oder Parfüms annehmen, überproportional hoch.

Abgesehen von solchen Gelegenheitsdieben, die aber auch einen nicht unbeträchtlichen Schaden anrichten, entwickelt sich der Ladendiebstahl aber auch immer mehr zu einem Bandendelikt, bei dem mehrere Personen zusammenarbeiten: „Während der eine stiehlt", schreibt Bachmann, „halten die anderen ein Verkaufsgespräch mit dem Personal oder lenken die Aufmerksamkeit auf sich, indem sie zum Beispiel eine preiswerte Flasche aus dem Regal fallen lassen."

Von besonderem Ideenreichtum seien die Leute auch in der Umkleidekabine. Dort werden die neuen Kleidungsstücke oft unter der eigenen Kleidung angezogen. Der Täter spekuliere darauf, daß der Verkäufer in dem Wust der ausgesuchten Sachen den Überblick verliere.

Der Lippstädter Polizeiexperte entwirft in seinem Beitrag auch verschiedene Psychogramme der einzelnen Tätertypen:

- „Unter den Ladendieben gibt es solche, die den Entschluß zur Tatausführung zu Hause fassen."
- „Andere schlendern in ihrer Freizeit ziellos durch Kaufhäuser und sehen sich dabei um. Der Entschluß zum Diebstahl kommt erst mit dem Betrachten der Waren ... Wirtschaftliche Not ist selten ein Motiv."
- Die Hausfrau wolle „sparen oder sich etwas Besonderes gönnen". Für vermögende Leute sei der Diebstahl oft nur ein Nervenkitzel.
- „Der Hobbysammler könne einfach seine Sucht, alles zu horten, nicht bremsen".

Die „Ulva lectuca" nimmt der Lagunenstadt die Luft zum Leben

Chemieabwässer brachten Venedig eine neue Bedrohung: die Lattich-Algen

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Zu den großen Versprechungen der inzwischen zurückgetretenen italienischen Regierung gehörten auch verstärkte Bemühungen im Umweltschutz. Eine „Sonderkommission für Umweltprobleme" sollte Pläne zum Schutz von Landschaft, Wohnstätten und Lebensbedingungen ausarbeiten und entsprechende Gesetze vorbereiten. Geschehen ist so gut wie nichts. Drei dicke Bände im Archiv des Parlaments dokumentieren, daß in den Ausschußsitzungen viele schöne Reden gehalten wurden.

Musterbeispiel ist die Lagunenstadt Venedig, die immer schneller auf eine Umweltkatastrophe zusteuert. Die Probleme der Restaurierung vieler Paläste bei völlig unzureichenden finanziellen Mitteln sind bekannt. Umweltverschmutzung, die die Mauern immer brüchiger werden läßt, und der langsam steigende Wasserspiegel, der ein Versinken der Stadt befürchten läßt, konnten bisher auch mit großangelegten Spendenaktionen kaum gestoppt werden.

Die Natur ist aus dem Gleichgewicht

Die neue Gefahr, die alle bisherigen Berechnungen und Planungen über den Haufen wirft, heißt Lattichalgen. Sie wurde im vergangenen Spätsommer erstmals bedrohlich. In diesem Jahr nun tauchte sie sogar zwei Monate früher auf, und zwar so massiv, daß man von einer neuen ernsten Gefahr für Venedig sprechen muß.

Die Lattichalge, von den Botanikern „ulva lectuca" genannt, hat sich so abnorm vermehrt, daß die Lagune und viele Kanäle von ihr überschwemmt werden. Ein schwammiger grüner Teppich deckt große Teile des Wasserspiegels zu und erstickt alles Leben darunter. Die Gondolieri haben Schwierigkeiten, ihre Kähne durch den zähen Teppich zu lavieren, und selbst Motorboote kommen nur mühsam weiter.

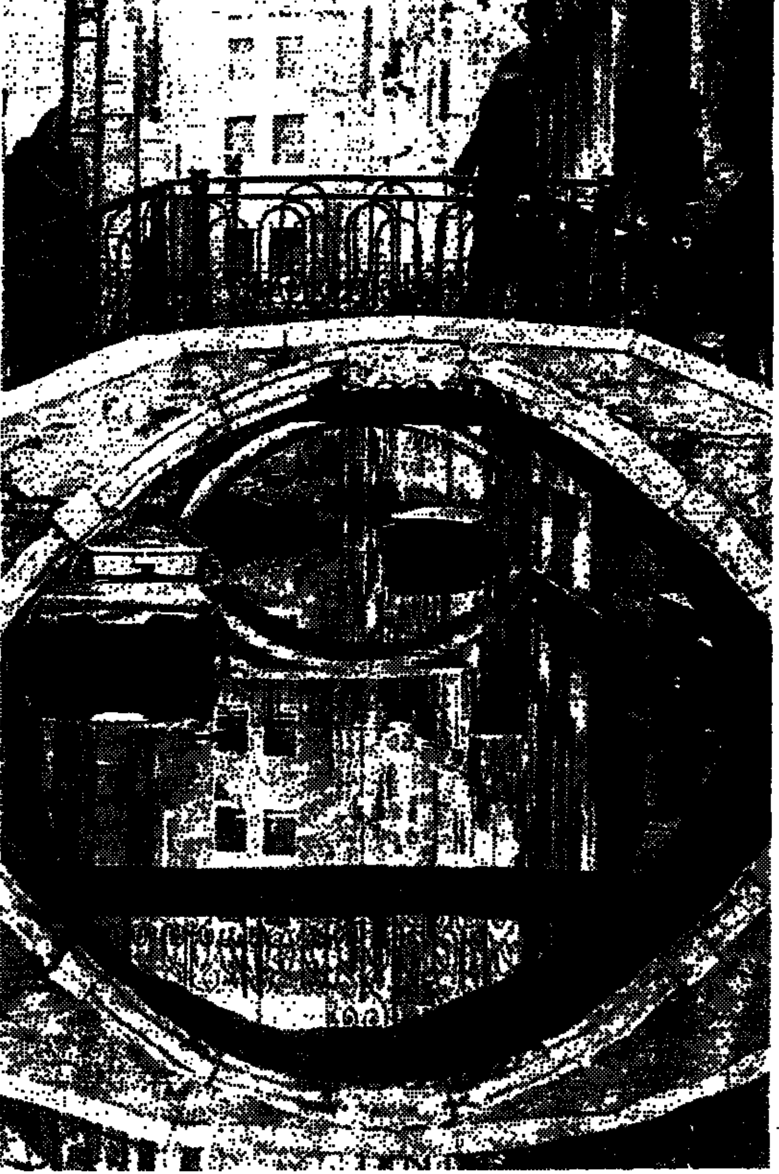
Viel schlimmer jedoch ist das Fischsterben. Die Algen verhinderten die Sauerstoffaufnahme des Wassers, und so erstickten die Fische zu Tausenden. Damit verloren die Mückenlarven ihre natürlichen Feinde, und es kam zu einer unerträglichen Mückenplage.

Die Natur ist aus dem Gleichgewicht, und der Mensch ist dafür verantwortlich. Denn wie das Institut für Meeresbiologie, Mitglied des italienischen Forschungsrats, feststellt, erklärt sich die bedrohliche Zunahme der Lattichalgen aus dem zunehmenden Zufluß von Schadstoffen, wie stickstoffhaltigen Chemikalien, salpetersaurem Salz, Phosphor und anderen Abfallprodukten aus der Produktion von Reinigungs- und Düngemitteln.

Hauptquelle der Wasserverseuchung in und um Venedig sind die Industrieanlagen von Marghera auf dem Festland. Wer über den langen Damm im Wagen oder Zug nach Venedig fährt, kommt automatisch am Industriezentrum von Marghera vorbei und sieht den gelbbraunen übelriechenden Dampf aus den Schornsteinen gen Himmel steigen. Solch giftiges Gebräu geht aber auch ins Wasser, umspült die Lagunenstadt, mästet die Lattichalgen, macht die Fischer brotlos und zerstört das kulturelle Kleinod Italiens und Europas. Marghera ist vor den Tore Venedigs in Jahrzehnten zu einem Moloch geworden, dessen man heute nicht mehr Herr wird.

Venezianer verlassen die kränkelnde Stadt

Ein Indiz für die Vergiftung ist der Gestank der verwesenden Algen bei niedrigem Wasserstand, der zusammen mit der Mückenplage viele Touristen aus der Stadt verjagt. An sich ist der Massentourismus mehr eine Plage als ein Gewinn für die Stadt. die 20–30 000 Tagesgäste richten viel Schaden an und bringen wenig Geld. Anders steht es mit den solventen Gästen aus aller Welt. Gesucht sind vermögende Ausländer, die in der Lage sind, einen der leerstehenden Paläste zu kaufen oder zu mieten. In den letzten Jahren ist allerhand Geld für Restaurierungen ausgegeben worden. Doch die Venezianer selbst ziehen es vor, die kränkelnde Stadt zu verlassen. Wo 1950 noch 170 000 Menschen lebten, wohnen heute nur noch 80 000. Die leerstehenden, nur zum Teil sanierten Paläste warten auf Zuzug aus dem Ausland. Spekulanten bemühen sich, den ausländischen Interessenten das Wohnen in Venedig schmackhaft zu machen. Die Schattenseiten der umweltbedrohten Lagunenstadt verschweigen sie.



Die Zuleitung von Chemieabwässern blieb nicht ohne Folgen: Wird Venedig, oft totgesagt, endgültig zur sterbenden Stadt? FOTO: DPA

Polizei gelang Schlag gegen Waffenhändler

AP, **Stuttgart**

Dem baden-württembergischen Landeskriminalamt (LKA) ist in der vergangenen Woche ein großer Schlag gegen illegale Waffenhändler gelungen. Wie die Behörde gestern in Stuttgart mitteilte, wurden mehrere mutmaßliche Waffenschieber dingfest gemacht und etwa 160 Schußwaffen – darunter mehrere Maschinengewehre – sowie rund 24 000 Schuß Munition sichergestellt. Als Hauptverdächtiger gilt ein 41 Jahre alter Werkzeugmacher und Kaufmann aus dem württembergischen Rems-Murr-Kreis. Hinweise auf politische oder terroristische Hintergründe liegen den Fahndern nicht vor. Insgesamt wurden sieben Tatverdächtige vorläufig festgenommen. Gegen drei wurde Haftbefehl erlassen. Die Zahl der Tatverdächtigen beläuft sich auf mehr als 100 Personen. Die Polizei rechnet damit, daß sich diese Zahl mit den laufenden Ermittlungen, die sich auch auf das benachbarte Ausland erstrecken, noch ausweiten wird. Die Herkunft der Waffen ist noch ungeklärt.

Zwei Deutsche verhaftet

dpa, **Trapani**

Zwei Deutsche sind in Trapani (Sizilien) unter dem Vorwurf des Rauschgifthandels verhaftet worden. Die italienische Finanzpolizei fand in ihrem Auto neun Kilogramm Marihuana. Die beiden, die aus Marokko kamen, erklärten, sie wüßten nicht, wie das Rauschgift in ihr Fahrzeug gekommen sei.

Einigung über Grube Messel

dpa, **Messel**

In der als Fossilienfundstätte bekannt gewordenen Grube Messel (Kreis Darmstadt-Dieburg) darf vorerst nicht mit den Bauarbeiten für eine zentrale Mülldeponie für das Rhein-Main-Gebiet begonnen werden. Darauf einigten sich am Wochenende die Kläger gegen den Planfeststellungsbeschluß und Vertreter der Planungsbehörden sowie des Trägers der geplanten Mülldeponie beim Verwaltungsgericht Darmstadt.

Frühe Hitzewelle in Spanien

dpa, **Madrid**

Eine ungewöhnlich frühe und heftige Hitzewelle hat die Temperaturen in Spanien auf 42 Grad im Schatten hochgetrieben. Seit Tagen stöhnen die Menschen unter einer Hitzeglocke, die bis in 11 000 Meter Höhe reicht und von südlichen Luftströmungen aus der Sahara gespeist wird. Die Hitze soll den ganzen Monat über anhalten.

Kosmische Explosion

dpa, **Budapest**

Eine enorme Explosion auf der Sonnenoberfläche hat am Sonntag eine riesige Wasserstoff-Wolke freigesetzt. Das Phänomen wurde mit einem besonderen Solar-Teleskop von der Georgiana-Sternwarte in Budapest beobachtet. Die 60 000 Kilometer hohe Wasserstoff-Wolke ist eine der größten Erscheinungen der vergangenen Jahre.

Projektgruppe „AIDS"

dpa, **München**

Das Bundesgesundheitsamt in Berlin hat zur Untersuchung der jetzt auch in der Bundesrepublik auftretenden Krankheit „AIDS" eine Projektgruppe aus 15 Professoren eingesetzt. Neben der Erforschung der Ursachen für die häufig bei Homosexuellen auftretende Krankheit soll die Arbeitsgruppe Mediziner beraten und Merkblätter zusammenstellen, erläuterte der Präsident des Bundesamtes, Professor Karl Überla, gestern in München.

Gasalarm auf Autobahn

SAD, **Paris**

Panik auf der französischen Süd-Autobahn Paris–Lyon am Wochenende. Anlaß war ein deutscher Lastwagen, der 130 Fässer mit hochgiftigem Phosphor-Chlorat über Paris nach Spanien transportierte. Eines der Fässer hatte ein Loch, aus dem das lebensgefährliche Gas austrat. Die Autobahn wurde fünf Stunden zwischen Nemours und Corbeil in beiden Richtungen gesperrt.

Ein Graf will wieder Prinz werden

Sigvard Bernadotte sorgt für Ärger am schwedischen Hof

R. GATERMANN, **Stockholm**

Meinungsverschiedenheiten und Streit kommen in den besten Familien vor, selbst das schwedische Königshaus bleibt davon nicht verschont. Dort war es während des Staatsbesuches der britischen Königin Sigvard Bernadotte, ein Onkel von König Carl Gustaf, der die Gemüter bei Hofe in Wallung brachte, als er kurzerhand der Öffentlichkeit mitteilte, daß er von sofort an wieder den Titel Prinz trage. Dieser war ihm vor 49 Jahren bei seiner Hochzeit mit der Berliner Kaufmannstochter Erika Patzek aberkannt worden, weil diese Ehe nach Ansicht des damaligen schwedischen Regenten Gustaf V. nicht standesgemäß war. Trotz langjähriger Versuche gelang es dem mit einem Grafentitel abgefundenen Sigvard Bernadotte nicht, seinen Vater, König Gustaf VI. Adolf, oder seinen Neffen, König Carl Gustaf, dazu zu bewegen, ihm seinen Prinzentitel zurückzugeben.

Sigvard Bernadotte, ein international anerkannter Industriedesigner, ist verbittert. Er meint, es sei von vornherein falsch und juristisch zweifelhaft gewesen, ihm während seines Hochzeitsessens in London seinen königlichen Paß sowie den Prinzen- und Herzogtitel abzunehmen. Er glaubt, sein Verzicht auf die Thronfolge hätte reichen müssen. Das gleiche Schicksal ereilte aus gleichem Grund seinen jüngeren Bruder Carl Johan, der sich heute allerdings nicht einmal Graf, sondern schlicht Direktor Carl Johan Bernadotte nennt.



Erklärte sich selber wieder zum Prinzen: Sigvard Bernadotte. FOTO: CAMERA PRESS

Neue Hoffnung schöpfte allerdings Sigvard 1976, als sein jüngerer Bruder Bertil die geschiedene Britin Lilian Craig zum Traualtar führte und Carl Gustaf, selbst erst seit ein paar Monaten mit der Bürgerlichen Silvia Sommerlath verheiratet, ihm den Prinzentitel ließ und darüber hinaus noch seine neue Tante zur Prinzessin von Schweden machte. Daß übrigens Carl Gustaf ohne Schwierigkeiten eine Bürgerliche zur Frau nehmen konnte, liegt einfach daran, daß er als König die freie Wahl hat. Während seiner Kronprinzenzeit wäre dies ganz bestimmt nicht so reibungslos vonstatten gegangen.

Bei Hofe ist man offenbar nicht sehr erfreut über den jüngsten Alleingang von Sigvard Bernadotte. Nach außen ist es Königin Silvia, die den ersten Gegenangriff führte. Als sie erfuhr, daß Sigvard und seine Frau Marianne bei einem Reiterwettbewerb am vergangenen Wochenende in Stockholm auch den von ihr gestifteten Pokal überreichen sollten, ließ sie dem Verein über den Hofmarschall mitteilen, daß sie dies nicht wünsche. Dazu kam der Wink, der Hof würde es nicht einmal gern sehen, wenn sich das streitbare Paar beim Wettbewerb um den Königinnenpokal im Stadion aufhalte. Somit blieben bei diesem Springen auf der Ehrentribüne zwei Stühle leer. Die Gewinner der übrigen Wettbewerbe erhielten jedoch anschließend die Preise aus der Hand von Sigvard und Marianne, die auch schon in früheren Jahren den Königinnenpokal überreicht hatten, wenn Königin Silvia verhindert war.

Die Stimmung im Königshaus ist jetzt sehr gereizt. Auch wenn Juristen meinen, Sigvard habe nichts Gesetzwidriges getan, manövrierte er sich zumindest in den Augen der Familie noch weiter ins Abseits. Seine Schwägerin Kerstin Bernadotte, die Frau von Carl Johan, erklärte vor der Presse frank und frei: „Sigvard hat sich lächerlich gemacht."

LEUTE HEUTE

Rekord-Sitzer

Einen neuen „Weltrekord im Pfahlsitzen" hat der 25jährige Niederländer **Kees Scheffers** aufgestellt. Nach 404 Tagen und Nächten auf einem 16 Meter hohen Pfahl hatte er am Wochenende erstmals wieder festen Boden unter den Füßen. Sein Traumziel ist erreicht – er wird in das „Guinness Book of Records" eingetragen. Der Gastwirtssohn aus Stolwijk verbrachte mehr als 13 Monate in einer am oberen Pfahlende befestigten Hütte von 2,20 mal 2,20 Meter Fläche.

Letzte Liebe

„**Romy Schneider** hat **Alain Delon** bis zu ihrem Tod geliebt. Sie sah Alain in den Wochen und Monaten vor ihrem Tod oft. Man kann wirklich sagen, daß sie verliebt in Alain war, als sie starb." Das erzählte jetzt der deutsche Schauspieler **Helmut Berger** (Foto) französischen Journalisten.



Am 27. Mai 1982 – zwei Tage vor ihrem Tod – habe die vor einem Jahr an Herzversagen verstorbene Schauspielerin ihn angerufen. „Sie sprach von Alain Delon und von einem gemeinsamen Filmprojekt. Sie freute sich darauf. Sie sagte mir, daß sie niemals einen Mann so sehr wie Alain geliebt habe. ‚Er beherrscht immer noch mein Leben', waren ihre letzten Worte."

Monaco wartet

Die zukünftige Fürstin von Monaco ist blond wie Gracia Patricia, schön wie Gracia Patricia und Amerikanerin, wie Gracia Patricia es war. Es handelt sich um **Georgia Davis**, die man seit Wochen an der Seite des Prinzen **Albert** sieht. Im Fürstentum von Monaco ist man überzeugt, daß Albert seine Fürstin gefunden hat. Die Davis sind sogar mit den Kellys, der Familie Gracia Patricias, weitläufig verwandt.

Ein „heißer Draht" gegen die neue Sucht

In den USA wurde Gefahr der Kokainabhängigkeit unterschätzt

GITTA BAUER, **New York**

„Wir haben die Zahl der Kokain-Abhängigen in Amerika weit unterschätzt. Wir glaubten, es seien zwischen hundert- und zweihunderttausend. Nach unseren jüngsten Erfahrungen liegt die Zahl erheblich höher." Das ist ein erstes Fazit, das Mark Gold vom Fair Oaks Hospital in Summit, New Jersey, zieht – zwei Wochen, nachdem er dort einen Notruf für Kokain-Abhängige eingerichtet hat.

„Kokain ist nicht mehr nur eine Belustigung für Millionäre wie De Lorean oder John Belushi", bestätigt auch Peter Bensinger, der bis 1981 die Behörde zur Überwachung von Drogenmißbrauch in Washington leitete. Dort schätzt man die Zahl der gelegentlichen Kokain-Schnupfer, -Raucher oder -Fixer auf 15 bis 20 Millionen.

Von ihnen sollen bis zu einer Million in eine Abhängigkeit geraten sein, die sie Hilfe suchen läßt, wie zum Beispiel bei dem Notruf in Fair Oaks. Er kann gebührenfrei von überall in den USA unter der Nummer 800-Cocaine erreicht werden. Ein Team von acht Beratern, zum Teil selbst einmal drogenabhängig, sowie zwei Psychiatern, Mark Gold und William Annitto, antwortet, mehr als 7000 Anrufer haben bisher dort Hilfe gesucht, die Nummer ist fast ständig besetzt.

Obwohl das aus den Blättern des Coca-Strauches gewonnene und meist aus Kolumbien stammende weiße Pulver von der Food and Drug Administration in Washington nicht zu den „suchterzeugenden Rauschgiften" gezählt wird, wird die psychische Abhängigkeit als mindestens ebenso gefährlich angesehen.

Joe Reilly, ein Psychiater, der schon seit vier Jahren in San Francisco einen Notruf, Cocaine Intensive (CI), unterhält, sagt dazu: „Es ist die emotionelle Abhängigkeit, die Familien zerstört, Karrieren ruiniert." Die milde Euphorie, die das Schnupfen von Kokain auslöse, beeinträchtige zunächst die täglichen Aktivitäten des Schnupfers nicht. „Was als Gesellschaftsspiel anfängt", sagt Reilly, kann rasch zu asozialem Verhalten führen, zu Paranoia, Mißtrauen, einer Art Eremiten-Dasein."

Neun von zehn seiner Hilfesuchenden sind denn auch entweder schon geschieden oder auf dem Wege dazu. „Die Ehefrauen lehnen oft den Kokaingenuß ab. Der Benutzer aber bricht lieber mit seiner Frau als die Gewohnheit." Hier setzt Reilly an. „Die Prioritäten zurechtzurücken, das ist mein Geschäft." Wie er das macht, ist sein Geheimnis – „das ist Teil der ärztlichen Behandlung".

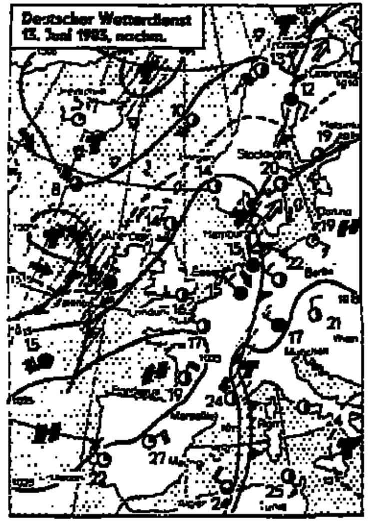
Die meisten Anrufer bei den Hotlines in Amerika, das ergab eine Auswertung von 2000 Hilferufen in New York City, haben gesundheitliche Probleme und Schwierigkeiten in Familie und Beruf. Dichtauf folgen finanzielle Nöte, die der kostspieligste aller Drogengenüsse verursacht. Reilly schätzt den täglichen Verbrauch eines Abhängigen auf ein Gramm. Der Straßenverkaufspreis liegt bei 120 Dollar oder rund 260 Mark. Das gibt Euphorie für ein bis zwei Stunden.

Als medizinische Probleme, die bei den ausgewerteten Anrufen vorgebracht wurden, nennt Arnold Washton vom New York Medical College: schweren Gewichtsverlust, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, wunde Nasen und Konvulsionen. Psychische Symptome sind panische Angst, cholerische Ausbrüche und, in schweren Fällen, Verfolgungswahn.

Der typische Kokain-Benutzer ist nach der New Yorker Studie ein weißer Mann von Anfang dreißig mit College-Bildung und einem Durchschnittseinkommen von mehr als 25 000 Dollar im Jahr. Dieser Befund widerlegt die Legende von der Droge der Stars und Sportler gründlich. Es ist zudem ein 25-Milliarden-Dollar-Geschäft, dessen Umsatz höher ist als die der Film- und der Schallplattenindustrie zusammen, „das lukrativste der Unterwelt", schätzt sogar ein Beamter der Rauschgiftbehörde in Washington. (SAD)

WETTER: leicht unbeständig

Wetterlage: Der nach Osten abziehenden Kaltfront folgt ein schmaler Zwischenhochkeil, der im Tagesverlauf Deutschland überqueren wird. Zum Abend greift von Westen her erneut ein atlantischer Störungsausläufer auf Westdeutschland über und führt kühle Meeresluft heran.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. ● Sprühregen. ● Regen. ✻ Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel. ▲▲▲ Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ➡ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Berlin: Im Westen zunächst heiter bis wolkig, gegen Abend bewölkungsverdichtung und strichweise etwas Regen, im Osten meist noch stark bewölkt und gelegentlich Regen. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 22 Grad. Tiefstwerte nachts zwischen 10 und 15 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind anfangs aus Nord, im Tagesverlauf in den westlichen Landesteilen auf südwest zurückdrehend.

Weitere Aussichten:

Unbeständig mit einzelnen Schauern.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	31°
Bonn	16°	Kopenh.	18°
Dresden	23°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	16°
Frankfurt	21°	Madrid	27°
Hamburg	15°	Mailand	24°
List/Sylt	15°	Mallorca	28°
München	17°	Moskau	21°
Stuttgart	20°	Nizza	24°
Algier	24°	Oslo	17°
Amsterdam	17°	Paris	17°
Athen	20°	Prag	21°
Barcelona	24°	Rom	24°
Brüssel	18°	Stockholm	20°
Budapest	20°	Tel Aviv	31°
Bukarest	15°	Tunis	25°
Helsinki	19°	Wien	21°
Istanbul	24°	Zürich	16°

* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 5.05 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr, **Mondaufgang:** 9.48 Uhr, Untergang 1.00 Uhr.
* In MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Mafia schmutziges Geschäft mit dem Müll

Verbrecherbanden verschaffen sich in den USA mit Gewalt Aufträge für die Entsorgung von Industrieunternehmen

AFP, **Washington**

Giftige Industrieabfälle gehören seit einigen Jahren zur „heißen Ware" des organisierten Verbrechertums der Vereinigten Staaten. Die rivalisierenden Mafia-Clans kämpfen auf Leben und Tod um das Geschäft mit der Abfallbeseitigung, das zumindest ebenso einträglich ist wie Prostitution und Drogenhandel. Der „Müllkrieg" hat nach Ermittlungen der „New York Times" seit Anfang der sechziger Jahre 14 Todesopfer allein im Raum von New York gefordert. Richtig zum Blühen kam das Geschäft aber erst 1976 mit dem neuen Umweltschutzgesetz.

Diese Vorschriften bedeuteten für viele Chemiewerke das Ende der „guten alten Zeit", da giftige Rückstände ungestraft in die Abwässerkanäle, Flüsse oder Seen abgeführt werden konnten. Die neuen Auflagen zwingen zur Entgiftung der Abfälle und zu präzisen Eintragungen in entsprechende Register, die jederzeit unangekündigt kontrolliert werden können.

Das brachte zum Teil so erhebliche Mehrausgaben mit sich, daß mancher Industrielle den Angeboten obskurer „Müllbeseitigungsfirmen" zur kostensparenden Abfallvernichtung ein geneigtes Ohr schenkte.

Wer sich hinter den Angeboten verbarg, dürfte den meisten klar gewesen sein. Dennoch gab es zahlreiche Kunden. Nach polizeilichen Schätzungen werden rund 40 Prozent des anfallenden Industriemülls der Bundesstaaten New Jersey und New York inzwischen von der Mafia und anderen Verbrecherorganisationen übernommen.

In den Vereinigten Staaten fallen jährlich 250 Millionen Tonnen Industriemüll an. Das ist ein enormer potentieller Markt, der in den letzten Jahren immer mehr unter die Kontrolle des organisierten Verbrechertums geriet.

Einer der wenigen Prozesse, bei der die Verwicklung der Mafia bei der Beseitigung chemischer Industrieabfälle sichtbar wurde, lief 1980 in New Jersey ab. Sorgfältig vor Kameras und neugierigen Blicken abgeschirmt, trat im Zeugenstand ein Mitglied einer Verbrecherbande auf, das sich zur Zusammenarbeit mit der Polizei entschlossen hatte. Der Mann beschrieb die verschiedenen Etappen, die bis zum Müllbeseitigungsauftrag einer Firma führen.

Zwei Jahre lang trug Harold Kauffman ständig ein Mini-Mikrophon mit sich, mit dem er alle Gespräche mit seinen „Arbeitskollegen" aufnahm. Der Prozeß endete mit vierzig Verurteilungen. Erstmals erfuhr die amerikanische Öffentlichkeit, daß Industrielle bedroht werden, wenn sie sich nicht kooperationswillig zeigen. Bleiben diese Drohungen wirkungslos, wird mit Sabotage nachgeholfen: Lastwagen werden demontiert, Gebäude in Brand gesteckt, Sprengstoffattentate auf Betriebe oder Privatwohnungen unbequemer Unternehmer verübt.

Die Mafia zögert nicht, auch den Größten der Großen ihr Müllbeseitigungsgeschäft anzubieten. Wie die „New York Times" berichtete, habe selbst der Chemie-Gigant „Procter and Gamble" ein Angebot von einer zwielichtigen Firma aus New Jersey erhalten, gegen die derzeit ein Prozeß läuft.

Mit Vertragsabschluß ist der Unternehmer im allgemeinen gezwungen, keine andere Firma mit der Abfallvernichtung zu betreuen. Die Mafia beansprucht für sich ein „Besitzrecht", von dem der Industrielle erst bei Verkauf seines Betriebs entbunden wird.

In das Geschäft mit dem Müll sind nach Presseberichten die beiden großen Mafia-Familien Genovese und Gambino verwickelt. Ihre Namen wurden im Zusammenhang mit dem Prozeß vor drei Jahren in New Jersey genannt. Aber auch die Politik war wieder einmal im Spiel. So kam ans Tageslicht, daß einer der Organisatoren des Parteikonvents der Demokraten im Jahr 1976 kurze Zeit den Vorsitz über eine Filiale des organisierten Verbrechens führte.

Wieviel die Mafia und andere Organisationen an der illegalen Müllbeseitigung verdienen, ist nicht bekannt. Ihre Einnahmen werden jedoch auf etwa zwei Milliarden Dollar geschätzt. Diese Berechnung geht von vier bis fünf Milliarden Dollar aus, die der amerikanische Staat für die Beseitigung von 200 Millionen Tonnen Abfälle ausgibt.

Die Arbeitsmethode der Verbrecherorganisation ist denkbar einfach: Feste Giftstoffe werden, mit Haushaltsabfällen vermengt, auf öffentliche Müllhalden gebracht oder in Metallbehältern verschlossen irgendwo vergraben. Gefährliche Flüssigkeiten werden nachts einfach in Abwässerkanäle oder Flüsse geleitet.

(PHILIPPE COSTE)

ZU GUTER LETZT

„Die Bearbeitung einer Bewerbung bis zur endgültigen Entscheidung nimmt einen Zeitraum von 6 bis 8 Monaten in Anspruch." Aus einer Stellenanzeige des „Volkseigenen Kombinats Seeverkehr und Hafenwirtschaft" in Rostock.